

Die Namensänderung nach § 3 Abs. 1 NÄG
unter besonderer Berücksichtigung der
sogenannten Stiefkinderfälle

INAUGURAL - DISSERTATION

zur Erlangung des akademischen Grades eines
DOKTORS DER RECHTE
durch den Fachbereich Rechtswissenschaft der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
Franz Rainer E n s t e
aus Münster
1983



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die Namensänderung nach § 3 Abs. 1 NÄG
unter besonderer Berücksichtigung der
sogenannten Stiefkinderfälle

INAUGURAL - DISSERTATION
zur Erlangung des akademischen Grades eines
DOKTORS DER RECHTE
durch den Fachbereich Rechtswissenschaft der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
Franz Rainer E n s t e
aus Münster
1983



Erster Berichterstatter:

Prof. Dr. Schnapp

Zweiter Berichterstatter:

Prof. Dr. Schlüter

Dekan:

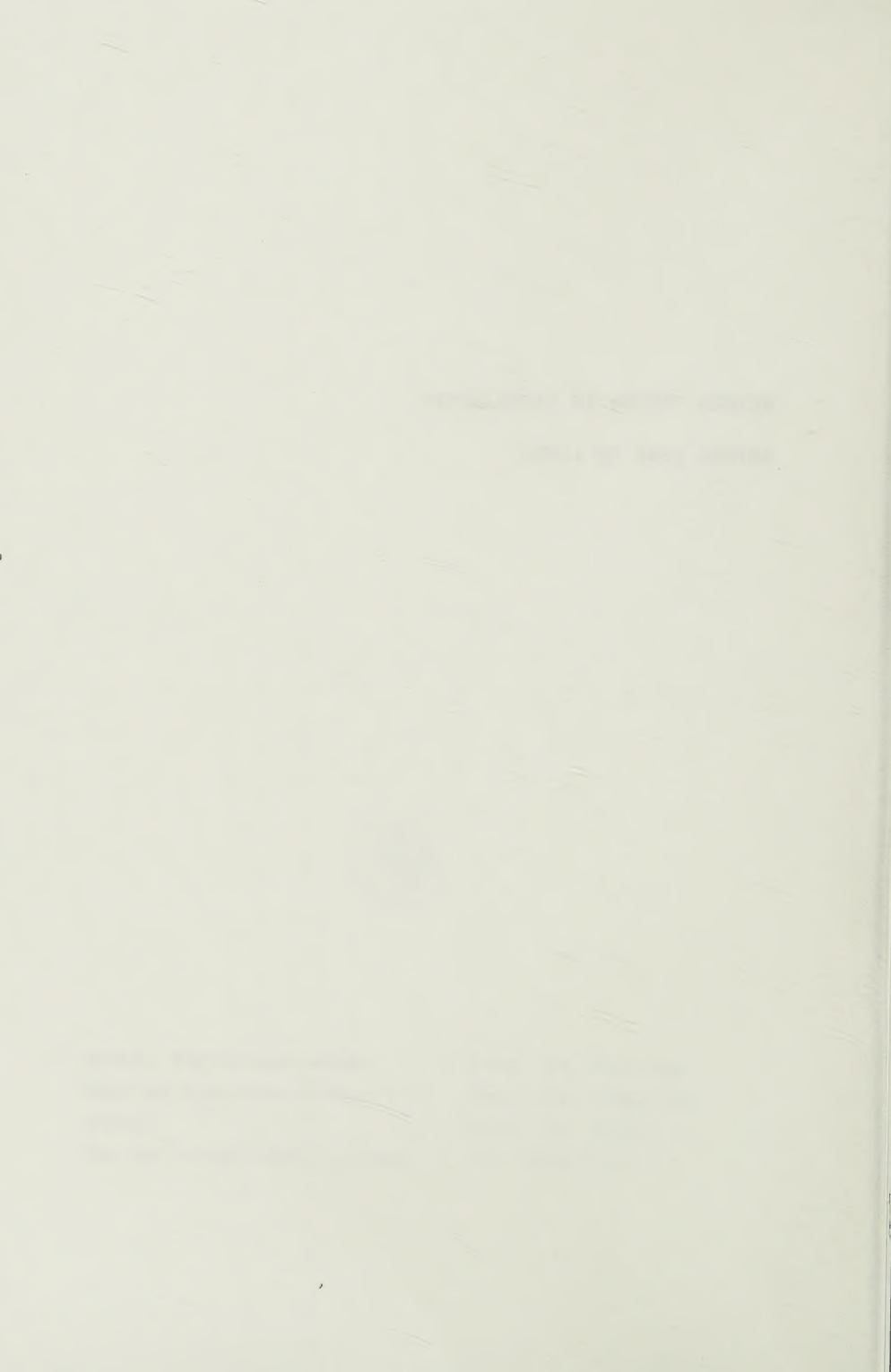
Prof. Dr. Harms

Tag der mündlichen Prüfung:

23. Juni 1983

MEINEN ELTERN IN DANKBARKEIT

MEINER FRAU IN LIEBE



Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Abkürzungsverzeichnis	IV
A. Einleitung	1
B. Der Name als außerrechtliches Phänomen	19
C. Geschichtlicher Rückblick	29
I. Die Entstehung von Familiennamen	30
II. Namensrechtliche Kodifikationen	42
D. Entstehungsgeschichte und heutige Geltung des NÄG	54
E. Die allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen für eine Familiennamenänderung	61
I. Der Begriff des "Familiennamens"	61
II. Der Begriff der "Änderung"	66
III. Ordnungsgemäße Antragstellung	67
F. Das Tatbestandsmerkmal des "wichtigen Grundes"	72
I. Auslegung nach Kriterien der juristischen Methodenlehre	74
1. Der Wortsinn des "wichtigen Grundes"	75
2. Die Regelungsabsicht des historischen Gesetzgebers	79
3. Systematische Auslegungsgesichtspunkte	82
4. Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung	86
II. Interpretation des Begriffs "wichtiger Grund" unter Berücksichtigung verschiedener namensrechtlicher Grundsätze	88
1. "Soziale Ordnungsfunktion" und öffent- liches Interesse an der Beibehaltung des bisherigen Namens	89

	<u>Seite</u>
2. Funktion des Familiennamens zur Kennzeichnung der Abstammung und einer familiären Zugehörigkeit	101
III. Bestimmung des "wichtigen Grundes" als Abwägung verschiedener privater Interessen	119
1. Ermittlung und Gewichtung der verschiedenen Beteiligtenstellungen	120
2. Die Position des nichtsorgeberechtigten Elternteils in den sogenannten Stiefkinderfällen	123
a. Namensrechtliche Bestimmungen	127
b. Grundrechtliche Positionen	131
aa. Art. 6 Abs. 1 GG	132
bb. Art. 6 Abs. 2 GG	136
IV. Der "wichtige Grund" als unbestimmter Rechtsbegriff	143
V. Die Beurteilung des "wichtigen Grundes" in besonders praxisrelevanten Fallgruppen	151
1. Anstößig, lächerlich oder fremdländisch klingende Namen	153
2. Aussterbender Familienname / Erhaltung eines Hof- oder Unternehmensnamens	158
3. Gutgläubig geführter Name	161
4. Sammelnamen	163
G. Besondere Abwägungsgesichtspunkte zur Ermittlung einer "dem Wohl des Kindes förderlichen Namensführung in den sogenannten Stiefkinderfällen	167
I. Familienintegration und Identifikation mit der neuen Familie	180
II. Das Verhältnis von Namensänderung und Adoption	195
III. Laufende Unterhaltszahlungen und regelmäßige Wahrnehmung des Umgangsrechts durch den nichtsorgeberechtigten Elternteil	205

	<u>Seite</u>
IV. Fehlverhalten eines Elternteils	213
V. Ausdrücklicher Namensänderungswunsch des Kindes	219
H. Ausblick	227
Literaturverzeichnis	241

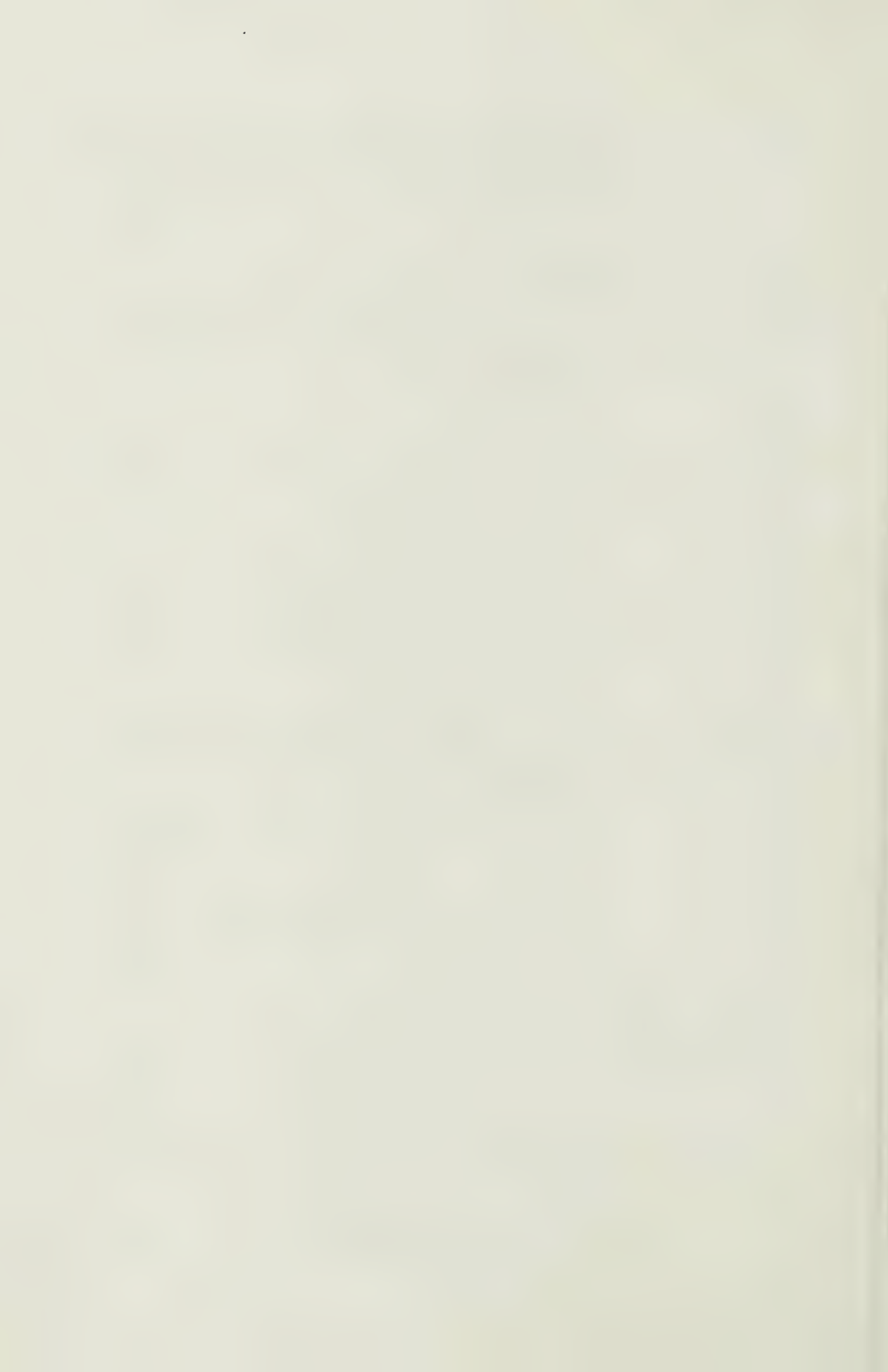
Abkürzungsverzeichnis

a.A.	= andere Ansicht
ABl.	= Amtsblatt
Abs.	= Absatz
AcP	= Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	= am Ende
a.F.	= alte Fassung
AFET	= Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag
AG	= Amtsgericht
AGJ-Mitt.	= Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
ALR	= Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794
Alt.	= Alternative
a.M.	= andere Meinung
Anm.	= Anmerkung
AÖR	= Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	= Artikel
Aufl.	= Auflage
BAnz	= Bundesanzeiger
BayObLG	= Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl	= Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	= Band
Beschl.	= Beschluß
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	= Bundesgesetzblatt
BGH	= Bundesgerichtshof
BGHZ	= Amtliche Sammlung der Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BT-Drucks.	= Bundestagsdrucksache
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	= Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	= Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	= Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts

bzw.	= beziehungsweise
ca.	= circa
CIEC	= Commission Internationale de l'Etat Civil
DAVorm	= Der Amtsvormund
d.h.	= das heißt
DJT	= Deutscher Juristentag
DÖV	= Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	= Deutsche Richterzeitung
DV	= Deutsche Verwaltung
DVB1	= Deutsches Verwaltungsblatt
ebd.	= ebenda
EDV	= Elektronische Datenverarbeitung
EheG	= Ehegesetz
e.V.	= eingetragener Verein
f, ff	= folgende Seite(n)
FamRZ	= Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FGG	= Gesetz über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	= Fußnote
FV	= Familie und Volk
GG	= Grundgesetz
GMBl.	= Gemeinsames Ministerialblatt
GmS-OGB	= Gemeinsamer Senat der obersten Gerichte des Bundes
GS.	= Preußische Gesetzssammlung
GVBl.	= Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	= Gerichtsverfassungsgesetz
Halbs.	= Halbsatz
HGB	= Handelsgesetzbuch
Hrsg., hrsg.	= Herausgeber, herausgegeben
i.d.F.	= in der Fassung
i.V.m.	= in Verbindung mit
JAG	= Juristenausbildungsgesetz
JZ	= Juristenzeitung
KG	= Kammergericht
KO	= Konkursordnung
KRABl.	= Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland

LG	= Landgericht
MBI.	= Ministerialblatt
MDR	= Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	= meines Erachtens
m.w.N.	= mit weiteren Nachweisen
NÄG	= Gesetz über die Änderung von Familien- namen und Vornamen
NamÄndVwV	= Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Ge- setz über die Änderung von Familien- namen und Vornamen
n.Chr.	= nach Christus
n.F.	= neue Fassung
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	= Nummer
n.v.	= nicht veröffentlicht
NVwZ	= Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NW	= Nordrhein-Westfalen
ÖJZ	= Österreichische Juristenzeitung
OIG	= Oberlandesgericht
OVG	= Oberverwaltungsgericht
OVGE	= Amtliche Sammlung der Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte Lüneburg und Münster
Prod.-Nr.	= Produktionsnummer
RdErl.	= Runderlaß
Rdnr.	= Randnummer(n)
RG	= Reichsgericht
RGBI.	= Reichsgesetzblatt
RGZ	= Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RMBIIV	= Reichsministerialblatt der inneren Ver- waltung
Rspr.	= Rechtsprechung
RVerwBl	= Reichsverwaltungsblatt
s.	= sieh
S.	= Seite
s.O.	= sieh oben

st.	= ständig(e)
StAZ	= Das Standesamt (früher: "Zeitschrift für Standesamtswesen" bzw. "Der Standesbeamte")
u.	= und
u.a.	= unter anderen(m), und andere
Urt.	= Urteil
UWG	= Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	= vom, von
v.Chr.	= vor Christus
Verf.	= Verfasser
VerwArch	= Verwaltungsarchiv
VG	= Verwaltungsgericht
VGH	= Verwaltungsgerichtshof
vgl.	= vergleiche
VwGO	= Verwaltungsgerichtsordnung
VwRspr	= Verwaltungsrechtsprechung
WRV	= Weimarer Reichsverfassung
WZG	= Warenzeichengesetz
z.B.	= zum Beispiel
ZBlJugR	= Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
ZDF	= Zweites Deutsches Fernsehen
Ziff.	= Ziffer
zit.	= zitiert
ZPO	= Zivilprozeßordnung
ZRP	= Zeitschrift für Rechtspolitik



A. Einleitung

Der Name hat die Funktion, eine Person - bezogen auf ihren Lebenskreis - mit sprachlichen Mitteln unterscheidungskräftig und unmißverständlich als etwas einmalig Vorhandenes zu bezeichnen. Er ist entstanden aus dem Bedürfnis, die Individuen innerhalb ihres sozialen Umfeldes schnell und sicher, d.h. ohne Erklärungen und zusätzliche Umschreibungen zu kennzeichnen. Damit ist der Name gleichzeitig notwendiges Produkt und wesentliche Stütze zwischenmenschlicher Beziehungen¹⁾. Wenn man den Namen eines Menschen seines Bekanntenkreises hört, so denkt man nicht den Namen in seiner Bedeutung als Wort, sondern assoziiert den Menschen, der dahintersteht²⁾. Hieran wird deutlich, daß als Leistung des menschlichen Eigennamens in erster Linie seine Bezeichnungsfunktion zählt³⁾. Es interessiert mithin nicht das mögliche Charakterisierungsmoment, sondern ausschließlich die individualisierende Kraft eines Namens, also seine Fähigkeit, Personen als Individuen aus der Masse von Gleichartigen herauszuheben und sie in bestimmte gesellschaftliche Zusammenhänge zu stellen⁴⁾. Demgegenüber ist die Wortbedeutung, die in einem Namen steckt ("lexikalische Bedeutung"⁵⁾), ohne Belang und

1) Hermann AcP 45, 155; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 1.

2) Edlbacher StAZ 1979, 3.

3) Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 17f und 20f.

4) Fleischer, Name und Namenforschung, in: Agri-cola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die Deutsche Sprache, 2. Band, 1970, S. 640; vgl. auch Friedrich Schiller: "Wer allein ist, hat keinen Namen nötig, denn es ist keiner da, mit dem er verwechselt werden könnte", zitiert nach Fleischer ebd.

5) Schützeichel ebd.

für seinen sinnvollen Gebrauch keine notwendige Voraussetzung¹⁾. Als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal des Menschen spielt der Name - solange er nicht durch numerische, EDV-gerechte Personenkennzeichen verdrängt worden ist²⁾ - überall dort eine entscheidende Rolle, wo Menschen in amtlichen Büchern und Karteien registriert werden oder am vielgestaltigen Rechtsverkehr teilnehmen³⁾. Die Aufgabe des Namens, eine - zumindest annähernd - exakte Identifizierung von Menschen zu gewährleisten⁴⁾, macht ihn zum Gegenstand rechtlicher, vor allem ordnungsrechtlicher Regelungen und damit (auch) zu einem Instrument des Rechts.

Neben den großen rechtswissenschaftlichen Themen führen spezifische Probleme des Namensrechts in der Regel ein Schattendasein. Fragen des Namensschutzes (§ 12 BGB) und insbesondere des Firmennamenschutzes (§ 37 Abs. 2 HGB, § 16 UWG, § 24 WZG) bilden dabei zwar - wohl aufgrund ihrer teilweise enormen wirtschaftlichen Bedeutung - eine Ausnahme. Demgegenüber stoßen aber Fragen der richtigen Namensführung, also etwa des Namenserwerbs, der Namensänderung und des Namensverlustes häufig auf ein geringes Interesse. Immerhin hat die beinahe zwanzig Jahre dauernde Diskussion um den Ehe- und Familiennamen, bei der die Verwirklichung des verfassungsrechtlichen Gleichheitsgebotes aus Art. 3 Abs. 2 GG im Vordergrund stand⁵⁾ und die auch nach

- 1) Boesch, Deutschunterricht 9 (1957), S. 32f.
2) Vgl. Gundrum StAZ 1968, 277 u. von Buch JZ 1974, 446.
3) Brintzinger StAZ 1970, 89.
4) Bitzi, Der Familienname als Marke, 1972, S. 17.
5) VGH Kassel Urt. v. 17.12.1979 - VIII OE 89/79 - in StAZ 1980, 277, 278; aus der Fülle der Literatur Krüger AcP 156, 232, 242ff; Müller-Freienfels JZ 1957, 685ff, 696; Graf von Bernstorff NJW 1957, 1901; Simitis StAZ 1969, 275ff; Diederichsen NJW 1976, 1169; Ruthe FamRZ 1976, 410ff; Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 148ff.

der Novellierung des § 1355 BGB durch das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.6.1976 (BGBl. I S. 1421) teilweise noch vehement weitergeführt wurde, gleichsam als Nebeneffekt zu einer ersten systematisierenden Betrachtung des Namensrechts und zu einer gewissen Sensibilisierung bezüglich der Besonderheiten dieses Rechtsgebietes geführt. Schon die ersten im Zuge dieser rechtspolitischen Erörterungen geäußerten Ansichten machten dabei deutlich, daß der Name in seiner Eigenschaft als Unterscheidungsinstrument kaum einer nüchtern-funktionalen Betrachtungsweise zugänglich ist. Während auf der einen Seite der Vorwurf erhoben wurde, an keiner Stelle wurzele das Bürgerliche Gesetzbuch so tief in der Vorzeit wie in einigen Teilen des Namensrechts und nichts diene so sehr der Verfestigung hierarchisch-patriarchalischer Familienstrukturen wie die namensbezogenen Vorschriften des Familienrechts¹⁾, wurde auf der anderen Seite die Befürchtung geäußert, eine Verwirklichung des Vorschlags der freien Namenswahl durch die Ehegatten nehme dem Familiennamen seine entscheidende Funktion, nämlich im Sinne der Gliederung des Volkes in Sippen und Familien für seinen jeweiligen Träger Vermittler der geistigen Welt und Leistung seiner Väter und Vorväter zu sein²⁾. Zu der Diskussion um die Frage, inwiefern jedwede "Dynamisierung des Namensrechts"³⁾ zu einem Bruch mit jahrhundertalten Traditionen führe und in die "im Volk verwurzelte namensrechtliche Ordnung" eingreife⁴⁾, gesellte sich schließlich noch die

1) Krüger AcP 156, 232ff; Simitis StAZ 1969, 276.

2) Graf von Bernstorff NJW 1957, 1901; vgl. auch Gernhuber, Familienrecht (3), 1980, S. 155.

3) Gernhuber ebd.

4) Ruthe FamRZ 1976, 409.

Furcht vor einem vom Grad der Namensdisponibilität abhängigen Funktionsverlust und Bedeutungsverfall des Personennamens insgesamt¹⁾.

Was die rechtswissenschaftliche Durchdringung gerade des Namensrechts so schwierig macht, ist zunächst die Tatsache, daß in der deutschen wie auch in anderen Rechtsordnungen ein eigenes Namensgesetz fehlt, und daß das Namensrecht aus seiner Verstreutheit in Vorschriften privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Ursprungs zusammengetragen und geordnet werden muß. Viele Regelungen sind dürftig und unvollständig und lassen entscheidende Zweifelsfragen unbeantwortet²⁾. Hinzu kommt, daß - insbesondere personenstandsrechtliche - Formenstrenge kollidiert mit einer in bestimmten Bereichen weitgehenden Gestaltungsfreiheit des einzelnen (so etwa bei § 1355 BGB)³⁾. Schließlich drohen namensrechtliche Erörterungen - und das spielt, wie noch gezeigt wird, eine nicht zu unterschätzende Rolle - leicht abzugleiten in eine Mystifizierung der Namensfunktion. Eine solche Mystifizierung findet statt, wenn man ausführt, der Familienname schmiede das "Bindeglied zwischen Vergangenheit und Zukunft"⁴⁾, sei "unteilbares gemeinsames Rechtsgut aller Namens-träger"⁵⁾ und entziehe sich in seiner "über-individuellen Bedeutung" weitgehend der Faßbarkeit durch ausdrückliche gesetzliche Bestimmungen⁶⁾.

1) Von Buch JZ 1974, 446; Ruthe FamRZ 1976, 416; Gernhuber ebd.

2) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 5; Edlbacher StAZ 1979, 4; Raschauer Namensrecht, 1978, S. 20.

3) Vgl. Brintzinger StAZ 1970, 89, 120.

4) Gundrum StAZ 1968, 282.

5) Graf von Bernstorff NJW 1957, 1904.

6) Graf von Bernstorff ebd.; vgl. auch Krüger AcP 156, 244.

Neben namensrechtlichen Problemen, welche auf spezifisch familienrechtlichen Tatbeständen (Ehename, Name des nichtehelichen oder des adoptierten Kindes) basieren, sind die Fragen einer Namensänderung nach dem Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NÄG) vom 5.1.1938 (RGBl. I S. 9; BGBl. III Nr. 401-1) für eine systematische Erfassung des geltenden Namensrechts von besonderer Bedeutung. Mit dem - wie auch immer begründeten - Wunsch des einzelnen nach Änderung des bisher geführten Namens tangiert dieser nämlich zwangsläufig ein Grundprinzip des Namensrechts, wonach der Name in seiner Eigenschaft als unveränderliches Identifikationsmerkmal aufgrund von Tradition und von öffentlichen Interessen grundsätzlich nach Beharrung drängt. Was das Phänomen "Name" als rechtliches Instrument zu leisten vermag und wo unser heutiges Namensrecht insgesamt steht, läßt sich daher am besten an dem neuralgischen Punkt der Namensänderungsverfahren ablesen.

Im Rahmen der nach dem NÄG abgewickelten Verfahren standen zunächst zwei Gruppen im Vordergrund, nämlich zum einen die Änderung von anstößig, lächerlich oder fremdländisch klingenden Namen und zum anderen diejenige von Sammelnamen aufgrund ihrer fehlenden Unterscheidungskraft. Unabhängig von ihrer großen praktischen Bedeutung für die damit befaßten Behörden¹⁾ erregten diese Verfahren so gut wie kein rechtswissenschaftliches Interesse, da die jeweiligen Besonderheiten des Einzelfalls kaum einen Anhaltspunkt für grundsätzliche namensrechtliche Erörterungen lieferten.

¹⁾ Vgl. von Buch JZ 1974, 445 und Burghardt, Festschrift für Karl Bischoff (1975), S. 272.

Etwas anderes gilt jedoch für eine Fallkonstellation, die inzwischen die Namensänderungspraxis beherrscht¹⁾, nämlich für die sogenannten "Stiefkinderfälle", bei denen der Antrag auf Änderung des Familiennamens die Anpassung des Namens des Kindes aus einer aufgelösten Ehe an den Familiennamen des sorgeberechtigten Elternteils, den dieser infolge einer Wiederverheiratung führt, bezweckt²⁾. Die Namensänderung auf seiten des Kindes (bzw. der Kinder) soll - das ist in der Regel das Hauptmotiv - die Eingliederung in die neue Familie erleichtern und dem Kind das Gefühl nehmen, in seinem nächsten sozialen Beziehungsfeld ein Fremdkörper und Außenseiter zu sein³⁾, ohne daß damit gewollt ist, ein echtes familienrechtliches Verhältnis zwischen dem Kind und dem Stiefelternteil zu begründen⁴⁾.

Daß es in der neuen Familie für das Kind zu der unglücklichen Namensverschiedenheit kommt, hat - statistisch gesehen - vor allem drei Ursachen: erstens erhält nach einer Ehescheidung in 90 - 94% aller Fälle die Mutter das Sorgerecht über das Kind (die Kinder) zugesprochen⁵⁾, zweitens

-
- 1) Nach einer privaten Umfrage des Verf. bei verschiedenen Namensänderungsbehörden stellen die Stiefkinderfälle etwas über 70% sämtlicher Namensänderungsverfahren dar; allgemein zur gestiegenen praktischen Bedeutung dieser Fälle vgl. auch Pennrich StAZ 1969, 152; Ey StAZ 1978, 185.
- 2) Vgl. VG Kassel Urt. v. 16.9.1981 - III E 147/80 - in NVwZ 1982, 142.
- 3) Vgl. Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 72f.
- 4) Zu letzterem vgl. Schwimmann ÖJZ 1977, 85.
- 5) Simon StAZ 1974, 201 (Fn. 39); Dieckmann AcP 178, 320; Waller-Döhner/Kulms/Höh, Soziologie der Scheidung, in: Kühn-Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform - Chance einer besseren Wirklichkeit, 1978, S. 96; "Der Spiegel", 1979, Heft 37, S. 70 u. 1980, Heft 11, S. 42 mit Verweis auf eine Zählung der "Interessen- und Schutzgemeinschaft unterhaltspflichtiger Väter und Mütter" ("ISUV"); etwas niedriger liegen die Prozentzahlen bei Simitis u.a., Kindeswohl, 1979, S. 56, 74 Haffter, ebd. S. 53f.

wagen etwa 70% der geschiedenen Frauen eine neue Ehe - bei Frauen unter 27 Jahren sind es sogar 90% -¹⁾ und drittens wird nur für etwa 1% der geschlossenen Ehen der Name der Frau als Ehe-name gewählt²⁾, was wiederum in der deutlichen Mehrzahl erstens dazu führt, daß ein Kind aus der ersten Ehe der Frau den Namen seines leiblichen Vaters trägt (§ 1616 BGB), und zweitens die sorgeberechtigte Kindesmutter mit ihrer Wiederheirat die ursprüngliche Namensgleichheit zum Kind aufhebt. Die zahlenmäßig weitaus häufigste und brisanteste Fallkonstellation bei den Namensänderungsverfahren sieht demnach so aus, daß die Mutter für ihre sorgeberechtigten Kinder einen Antrag auf Namensänderung stellt³⁾ und bei einer ablehnenden Entscheidung Klage vor dem Verwaltungsgericht erhebt oder der leibliche Vater sich gegen die einem solchen Antrag stattgebende Entscheidung der zuständigen Behörde⁴⁾ bis auf

- 1) "Der Spiegel", 1974, Heft 9, S. 124, 125 und 1977, Heft 38, S. 112; Simon StAZ 1974, 205 (Fn. 66); nach Waller-Döhner/Kulms/Höh, ebd., S. 94, 96 werden die geschiedenen Frauen allerdings "durch die völlig unzureichenden gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Autonomie" zur Wiederheirat "genötigt"; inzwischen ist eine abnehmende Wiederverheiratungstendenz Geschiedener festzustellen, vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1981, S. 855, insbesondere Tabelle 7.
- 2) Vgl. die Mitteilung in StAZ, 1981, 256; die gleiche Zahl nennt Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 64f mit Verweis auf eine Ermittlung österreichischer Standesbeamten; von immerhin 2% geht Diederichsen, Festschrift für Beitzke, 1979, S. 181 aus.
- 3) Nach einer in der ZDF-Fernsehsendung "Wie würden Sie entscheiden? (Namensänderung)" vom 15. 3. 1982 - Produktions-Nr. 6491/2041 - gemachten Angabe werden nur in weniger als 10% der Fälle "ehelicher Stiefkinder" Namensänderungsanträge gestellt; nach einer privaten Umfrage des Verf. bei verschiedenen Behörden liegt diese Zahl allerdings deutlich höher.
- 4) Eine Übersicht über die landesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen findet sich bei Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981, S. 59-67.

wenige Ausnahmefälle einer einverständlichen Regelung mit Widerspruch und Anfechtungsklage zur Wehr setzt. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß bei der Wahl jeweils eines anderen Ehenamens (bei Erst- und Wiederheirat des Vaters) und einer Sorgerechtsentscheidung zugunsten des Kindesvaters selbstverständlich auch der spiegelbildlich verkehrte Fall denkbar ist, daß dieser aber bisher - soweit ersichtlich - interessanterweise weder die Namensänderungsbehörden noch die Verwaltungsgerichte beschäftigt hat.

Das Namensproblem der Stiefkinder ist eingebettet in ein gesamtgesellschaftliches Problem, nämlich die steigende Zahl gerichtlicher Ehelösungen in der Bundesrepublik¹⁾. Nach statistischen Berechnungen wird jede vierte in den siebziger Jahren geschlossene Ehe wieder geschieden, im Laufe von sechs Jahren sind nach einer Dokumentation der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft bereits 10% aller Ehen wieder aufgelöst²⁾. Mit steigenden Ehescheidungsziffern steigt auch die Zahl der betroffenen Kinder³⁾. Von den im Jahre 1980 geschie-

1) Ehescheidungen 1960 = 48.878, 1970 = 76.520, 1975 = 106.829, 1978 = 32.462 (verfahrenstechnisch bedingte Zäsur in Auswirkung der Neuregelung des Ehe- und Familienrechts), 1979 = 79.490, 1980 = 96.222; vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1981, S. 852, Tabelle 1 und Statistisches Bundesamt, Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Bevölkerungsbewegung, 1980, S. 18, 71. Nach Pressemitteilungen vom 25.8.1982, die sich auf Angaben des Statistischen Bundesamtes beziehen, waren 1981 sogar 109.520 Ehescheidungen zu verzeichnen (= Steigerungsquote gegenüber dem Vorjahr von 13,8 Prozent).

2) Frisk in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 30.4.1982.

3) 1960 = 45.067 minderjährige Kinder, 1978 = 21.162, 1979 = 63.211, 1980 = 78.972; vgl. Statistisches Bundesamt, ebd., S. 76 und Wirtschaft und Statistik, ebd., S. 854; vgl. auch Roether, Ehe- und Scheidungskonflikte, in: Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform, 1978, S. 126 und Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 22.

denen Ehen hatten 53% minderjährige Kinder¹⁾, wobei es sich in der ganz deutlichen Mehrzahl um Ehen mit einem Kind (etwa 60%) oder zwei Kindern (etwas über 30%) handelte²⁾. Nimmt man die Zahlen von zwölf Jahren zusammen, gibt es derzeit über eine Million Kinder, die als "Scheidungswaisen" heranwachsen³⁾. In diesem Zusammenhang ist wiederum zu berücksichtigen, daß einerseits Kinder aus gescheiterten Ehen nach den Erfahrungen von Psychotherapeuten und Mitarbeitern von Erziehungsberatungsstellen aufgrund von Schuldgefühlen, Loyalitätskonflikten und Identitätsunsicherheiten zu den am schwersten betroffenen Fällen mit ungünstiger Prognose gehören⁴⁾ und daß andererseits Stieffamilienverhältnisse besonderen psychologischen Belastungen ausgesetzt sind⁵⁾ und daher auch zu den schwierigsten pädagogischen Situationen zu zählen sind⁶⁾.

Schon hieran wird deutlich, daß die von seiten (ehelicher) Stiefkinder gestellten Anträge auf Änderung ihres Familiennamens aus einer besonderen, mit den übrigen Namensänderungsverfahren nicht vergleichbaren Situation heraus an die zuständige Behörde gerichtet werden. Was diese "Stiefkinderfälle" dabei so höchst problematisch macht, ist die Tatsache, daß sich hier

- 1) Wirtschaft und Statistik, ebd.
- 2) Statistisches Bundesamt, ebd.; Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 25.
- 3) Diederichsen, Festschrift für Beitzke, 1979, S. 175.
- 4) Haffter, ebd., S. 9; Roether, Ehe- und Scheidungskonflikte, in: Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform, 1978, S. 126f.
- 5) Stern, Zeitschrift für Kinderforschung, Heft 34 (1928), S. 144ff; Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 21ff; Lüderitz FamRZ 1981, 524.
- 6) Eckstein, Pädagogische Situationen im Lichte der Erziehungsberatung, 1962, S. 190; Frank ebd., S. 74.

nicht nur, wie bei den übrigen Verfahren, private und öffentliche Interessen gegenüberstehen, sondern quasi eine - im untechnischen Sinne - "Scheidungsfolgesache" ausgetragen wird. Die vorgebrachten Argumente und die Vehemenz, mit der Kindesmutter und Kindesvater, also die geschiedenen Eheleute, als die vielfach eigentlichen Kontrahenten des Verfahrens um den Namen des gemeinsamen Kindes streiten, erwecken bei Mitarbeitern von Jugendämtern¹⁾, Verwaltungsrichtern und im Verwaltungsrechtsstreit gutachterlich tätigen Psychologen häufig genug den Eindruck, daß das Namensänderungsverfahren benutzt werden soll als Ventil zur Verdrängung einer nicht verarbeiteten Vergangenheit - insbesondere aus der Sicht der Mutter, für die der anderslautende Name des Kindes eine ständige Erinnerung an einen Lebensabschnitt persönlichen Scheiterns darstellt, die sie ausradieren möchte - oder daß es zur schlichten Prestigefrage erhoben wird, die im übrigen gleichzeitig die Möglichkeit der Kränkung des früheren Ehepartners eröffnet. Ähnlich wie bei dem teilweise erbitterten Streit um das Sorgerecht²⁾ droht daher zumindest tendenziell die Gefahr, daß das Namensänderungsverfahren "für die Fortsetzung der nach wie vor affektiv-dynamisch aufgeladenen Konflikte"³⁾ zwischen den geschiedenen Elternteilen vereinnahmt und - so der Tübinger Jugendpsychiater Prof. Dr. Lempp in einem Brief an den Verfasser - "in einem

- 1) Diese werden in den genannten Verfahren regelmäßig um Stellungnahme gebeten.
- 2) Vgl. Reuther FamRZ 1967, 260f; Lempp, Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 13; Steffen ZBlJugR 1979, 132f; Diederichsen NJW 1980, 9; Ell ZBlJugR 1980, 321.
- 3) Steffen ZBlJugR 1979, 133.

neurotisierenden Milieu" durchgeführt wird.

Die Frage nach den Möglichkeiten zur Lösung des beschriebenen Problems hat das Namensrecht in einer zuvor ungeahnten Weise in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Angesichts der Tatsache, daß das bürgerliche Recht aufgrund von Novel-lierungen im Bereich des Ehe- und Familiennamens - vgl. § 1355 Abs. 2 bis 4 BGB - und der Namensregelung beim nichtehelichen (Stief-) Kind - vgl. § 1617 Abs. 2, 4 und § 1618 BGB - durch die Gewährung von Optionsrechten zu einer erheblichen "Dynamisierung" des Namensrechts geführt hat¹⁾, stellt sich die Frage, aus welchem Grunde das "eheliche Stiefkind" nach den Vorstellungen des Gesetzgebers im Falle eines Namensänderungsbegehrens unter Ausschluß einer Einbenennungsmöglichkeit - wie sie etwa § 1618 BGB vorsieht - auf den ungewissen Weg eines Verfahrens nach dem NÄG verwiesen wird. Immerhin wäre auch eine Lösung denkbar und plausibel, die den Namen von "Scheidungswaisen" grundsätzlich an den Namen des jeweils sorgeberechtigten Elternteils koppelt²⁾. In einem solchen Fall würden auch bei einer Wiederheirat der Mutter in der Stieffatherfamilie keine Namensunterschiede entstehen. Im Vergleich zu dieser Alternative zeigt sich, daß das geltende Recht hier einer bestimmten Funktion des Namens den Vorrang gibt, nämlich derjenigen, die Abstammung einer Person zu kennzeichnen. Demgegenüber wird - zumindest für die hier beschriebene Fallkonstellation - eine andere überkommene

¹⁾ Diederichsen NJW 1976, 1177; Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 151, 155.

²⁾ Vgl. Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 681.

Namensfunktion vernachlässigt, und zwar diejenige der Kennzeichnung einer familiären Zugehörigkeit und Verbundenheit oder - allgemein gesprochen - eines örtlichen Zuordnungsrahmens (man denke dabei etwa an die alten Hofnamen). Unabhängig von den Besonderheiten des Einzelfalles zwingt diese gesetzgeberische Prioritätsentscheidung angesichts der generellen, sämtliche Stiefkinderfälle erfassenden Problematik für zukünftige rechtspolitische Diskussionen zu einer neuen Standortbestimmung im Bereich des Namensrechts. Das gilt auch und gerade vor dem Hintergrund der in der forensischen Praxis vielfach artikulierten Unzufriedenheit verschiedenster Beteiligten an dem gegenwärtigen Rechtszustand.

Zentrale Maßstabsnorm für die Bearbeitung von Namensänderungsanträgen ist nach heutiger Rechtslage § 3 Abs. 1 NÄG, wonach ein Familienname nur geändert werden darf, wenn ein wichtiger Grund die Änderung rechtfertigt. Die Fassung des Gesetzes verdeutlicht damit allenfalls den besonderen Ausnahmecharakter von Namensänderungen, im übrigen aber werden die Rechtsanwender bei den zuständigen Behörden und Gerichten bezüglich der Interpretation des "wichtigen Grundes" vom Gesetzgeber im Stich gelassen. Angesichts dieser - möglicherweise bewußten - legislativen Zurückhaltung haben bestimmte Grundsatzentscheidungen von Obergerichten, aber auch die einschlägigen Verwaltungsvorschriften¹⁾ und Bearbeitungsricht-

¹⁾ Bei der derzeit geltenden Fassung handelt es sich um die "Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndVwV) vom 11.8.1980" (=Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 153 vom 20.8.1980).

linien für die Namensänderungspraxis ein ganz erhebliches Gewicht bekommen, zumal die Verwaltungsgerichte letzteren attestieren, "Spiegelbild einer allgemeinen Verkehrsauffassung" im Bereich des Namensrechts zu sein. Die Annahme eines "wichtigen Grundes" setzt danach voraus, daß das schutzwürdige Interesse des Namensträgers an der Ablegung seines bisherigen Namens und der Führung des erstrebten Namens überwiegt gegenüber dem schutzwürdigen Interesse der durch die Namensänderung betroffenen Träger des bisherigen und des neuen Namens und gegenüber den in den gesetzlichen Bestimmungen zum Ausdruck kommenden Grundsätzen der Namensführung (als Ausdruck einer bestimmten Verkehrssitte), zu denen auch die soziale Ordnungsfunktion des Namens sowie das sicherheitspolitische Interesse an der bisherigen Namensform gehören¹⁾. In den Stiefkinderfällen soll

¹⁾ Vgl. NamÄndVwV (s.o.) Nr. 28, 30; aus der Literatur: Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 48; Frauenstein StAZ 1980, 262; aus der Rechtsprechung: VG Gelsenkirchen Urt. v. 4.5.1962 - 2 K 292/60 - in StAZ 1962, 221; BVerwG Urt. v. 7.12.1962 - VII C 123.61 - in StAZ 1963, 216 und st. Rspr.; OVG Münster Urt. v. 29.1.1963 - II A 755/60 - in StAZ 1963, 331; OVG Lüneburg Urt. v. 2.2.1965 - II A 25/63 - in StAZ 1968, 50; VGH Mannheim Urt. v. 6.10.1964 - III 290/63 - in StAZ 1966, 18; OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 162; OVG Koblenz Urt. v. 29.11.1978 - 7 A 43/75 - in StAZ 1979, 301; VGH Kassel Urt. v. 17.12.1979 - VIII OE 89/79 - in StAZ 1980, 278; OVG Münster Beschl. v. 3.5.1979 - XV A 260/78 - in StAZ 1980, 46; VGH Kassel Urt. v. 28.5.1979 - VI OE 92/78 - in StAZ 1980, 201; OVG Hamburg Urt. v. 22.6.1981 - Bf. III 12/81 - in FamRZ 1982, 188; OVG Bremen Urt. v. 22.9.1981 - 1 BA 39/81 - in FamRZ 1982, 191.

für die Entscheidung maßgebend sein, ob die Änderung des Familiennamens dem Wohl des Kindes förderlich ist. Im Einzelfall sind dabei sein Interesse an der einheitlichen Namensführung in der neuen Familiengemeinschaft und sein Interesse an einer Aufrechterhaltung der namensmäßigen Verbindung zu dem nichtsorgeberechtigten Elternteil unter Berücksichtigung des Kriteriums der unterschiedlichen Beziehungs- und Bindungsintensität gegeneinander abzuwägen¹⁾.

Die genannten Formulierungen zeigen, daß mit ihnen für die konkrete Dezision wenig gewonnen ist. Der im Gesetz verwendete konturenlose Begriff des "wichtigen Grundes"²⁾ wird lediglich durch ebenfalls ausfüllungs- und auslegungsbedürftige Floskeln ersetzt, der unbekannte Maßstab also nur durch eine andere Unbekannte umschrieben. Es entsteht folglich ein Definitionswirrwarrum Begriffshülsen. Das gilt vor allem für die "Schutzwürdigkeit von Interessen", "Grundsätze der Namensführung", "soziale Ordnungsfunktion" und den Begriff des "Kindeswohls"³⁾

- 1) Vgl. NamÄndVwV (s.o.) Nr. 40; aus der Rechtsprechung: OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 163; BVerwG Beschl. v. 12.9.1975 - VII B 95.74 - in StAZ 1976, 162; OVG Berlin Urt. v. 4.11.1976 - V B 9.74 - in StAZ 1978, 70; OLG Frankfurt Beschl. v. 8.3.1977 - 20 W 67/77 - in StAZ 1978, 160; BVerwG Beschl. v. 5.12.1978 - VII B 207.78 - in StAZ 1980, 277; VG Kassel Urt. v. 14.5.1980 - III E 132/79 - in StAZ 1980, 281 u. Urt. v. 16.9.1981 - III E 147/80 - in NVwZ 1982, 142.
- 2) Frauenstein StAZ 1980, 261 nennt den Begriff eine "oft bunt schillernde Pflanze".
- 3) Insbesondere zur Kritik am Kindeswohlbegriff im Sorgerechtsverfahren als "Leerformel" und "heuchlerisches Begriffsmonster", als "diffusen Allgemeinplatz" u. "Mystifikation" vgl. Dieckmann AcP 178, 316, 317; Diederichsen FamRZ 1978, 468; Jayme FamRZ 1975, 7; Mnookin FamRZ 1975, 4; Eli ZBlJugR 1980, 321 u. Brügge in "Der Spiegel", 1977, Heft 38, S. 96, 98; dagegen aber Gernhuber FamRZ 1973, 230, der die "appellierende Kraft", die in ihm "wirkende Humanisierungstendenz" und die Erzeugung eines Freiheitsraumes betont.

Die durch die offenbare Dürftigkeit der gesetzlichen Regelung bedingten Unklarheiten und Unsicherheiten bleiben demnach bestehen¹⁾.

Aufgabe der vorliegenden Arbeit ist es daher, vor dem Hintergrund einer genauen Bestimmung der überkommenen Funktion des Familiennamens den Begriff des "wichtigen Grundes" für die markantesten Anwendungsbereiche zu erhellen und die derzeitige Namensänderungspraxis kritisch zu überprüfen. Da der Gesetzgeber dem Rechtsanwender lediglich eine Generalklausel mit den ihr eigenen "Gewißheitsdefiziten"²⁾ und der sie kennzeichnenden "Elastizität"³⁾ an die Hand gibt und damit den Weg für eine am Gesichtspunkt der Einzelfallgerechtigkeit orientierte Entscheidung von Behörden und Gerichten eröffnet⁴⁾, ist das Interesse aus rechtswissenschaftlicher Sicht dabei insbesondere darauf gerichtet, diese Generalklausel zu rationalisieren⁵⁾ und - soweit sie in der praktischen Rechtsanwendung zu einer extensiven Handhabung verführt - zu disziplinieren. Eine solche Aufgabe stellt sich vor allem deshalb, weil Verwaltung und Rechtsprechung nach Art. 20 Abs. 3 GG an Gesetz und Recht gebunden sind, so daß die dogmatische Rechtswissenschaft für den Rechtsanwender ermitteln muß, was Inhalt eines bestimmten Gesetzes ist, damit dieser weiß, woran eine von der Verfassung postulierte Bindung besteht. Da die Gesetzessprache als nicht-

1) Vgl. Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 5 und VG München Urt. v. 15.9.1969 - Nr. 3166/69 - in FamRZ 1971, 446.

2) Coester NJW 1981, 962.

3) Leisner FamRZ 1966, 123.

4) BVerwG Urt. v. 12.9.1975 - VII B 95/74 - in StAZ 1976, 162.

5) Vgl. Coester ebd.; Gernhuber FamRZ 1973, 244.

formalisierte Fachsprache kaum eindeutige Ausdrücke enthält¹⁾ - der Begriff des "wichtigen Grundes" in § 3 Abs. 1 NÄG ist geradezu ein klassisches Beispiel für diese mangelnde Eindeutigkeit -, geht es zunächst einmal darum, den Rahmen derjenigen Interpretationsmöglichkeiten aufzuzeigen, der vom Wortsinn noch abgedeckt ist. Die nächste Aufgabe besteht darin, die von der behördlichen und verwaltungsgerichtlichen Entscheidungspraxis gelieferten Auslegungshypothesen - deren fast einhellige Anerkennung auf seiten der Rechtsanwender keineswegs den positiven Beweis für ihre Richtigkeit erbringt, sondern allenfalls ein Indiz für ihre praktische Bewährtheit darstellt - zu falsifizieren²⁾, zumal Generalklauseln in Gesetzestexten durch die Übernahme tradierter Verhaltensmuster und Rollenbilder die Tendenz zu möglichen Verfestigungen beinhalten, die vom Gesetzgeber nicht kontrolliert sind³⁾. Dabei ist unter Zuhilfenahme historischer, systematischer und teleologischer Auslegungsmethoden zu ermitteln, was der Gesetzgeber mit der gesetzlichen Regelung des Namensänderungsgesetzes in Verbindung mit den namensrechtlichen Vorschriften des Privatrechts positiv hat sagen wollen und im Lichte von mehreren Familienrechtsreformen heute noch sagen will⁴⁾, um so die dem Normsinn des § 3 Abs. 1 NÄG am nächsten kommende Interpretation hermeneutisch zu bestimmen. Nicht Gegenstand einer rechtswissenschaftlichen Untersuchung ist

-
- 1) Horn, Rechtssprache und Kommunikation. Grundlegung einer semantischen Kommunikationstheorie, 1966, S. 26ff, 94f; Dubischer, Grundbegriffe des Rechts. Eine Einführung in die Rechtstheorie, 1968, S. 21f.
2) Vgl. Popper, Logik der Forschung (5), 1973, S. 47ff.
3) Vgl. Jayme FamRZ 1975, 1.
4) Raschauer, Namensrecht, 1978, 20.

in diesem Zusammenhang aber der Bereich, der nicht mit wissenschaftlicher Stringenz vermittelt werden kann, also der Bereich der konkreten Einzelfallentscheidung; an diesem Punkt findet die Rechtswissenschaft jedoch die Aufgabe, die Dogmatisierungshülsen, in die die jeweilige Dezision eingekleidet ist, zu überprüfen, wie sie zum Beispiel verwendet werden, wenn für den hier interessierenden Bereich von "in den gesetzlichen Bestimmungen zum Ausdruck kommenden Grundsätzen der Namensführung" her argumentiert wird. Die Ermittlung solcher grundlegenden Determinanten ist dabei deshalb besonders schwierig, weil die Rechtsordnung den Namen als Rechtsinstitut voraussetzt, ohne zu definieren, was der "Name" ist, welche gesellschaftliche Bedeutung er hat und was er für die Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen zu leisten vermag.

Die häufig artikulierte Unzufriedenheit mit der derzeitigen Verfahrenspraxis bei den Namensänderungen von Stiefkindern, unter anderem auch hervorgerufen durch rechtliche und (entwicklungs-) psychologische Begründungsdefizite in den aus der Sicht einzelner Beteiligten unbewußt als willkürlich empfundenen Entscheidungen von Behörden und Gerichten, hat inzwischen zu einer Diskussion zahlreicher Novellierungsvorschläge geführt, von denen sicherlich der weitreichendste Vorschlag dahin geht, für das eheliche Stiefkind eine Einbenennungsregelung nach dem Modell des § 1618 BGB vorzusehen und dieses damit (namens-

rechtlich) dem nichtehelichen Stiefkind gleichzustellen¹⁾. Es ist abzusehen, daß diese rechtspolitische Diskussion in nächster Zukunft noch in verstärktem Maße fortgesetzt wird. Die vorliegende Arbeit soll mit der Vorstellung verschiedener Lösungsvarianten dafür Material an die Hand geben.

¹⁾ Unter anderen Simon StAZ 1974, 204-206; Schwimann ÖJZ 1977, 85, 89f, gleichzeitig mit Verweis auf die Einbenennungsmöglichkeiten bei ehelichen Kindern in anderen Rechtsordnungen (S. 85, Fn. 5); Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 27f; Conradi FamRZ 1980, 105 mit Verweis auf einen entsprechenden Vorschlag der "Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe" in AGJ-Mitt. 202/76 S. 10; vgl. auch Gernhuber FamRZ 1973, 244 sowie Diederichsen NJW 1976, 1177 und Kumme ZBlJugR 1976, 526; auch in der Rechtsprechung ist dieser Gedanke teilweise aufgegriffen worden: OLG Hamburg Beschl. v. 18.11.1976 - 2 W 30775 - in StAZ 1977, 226.

B. Der Name als außerrechtliches Phänomen

Namen sind sprachliche Gebilde, die zunächst eine sprachwissenschaftliche Beschreibung verlangen¹⁾. Von seinem etymologischen Ursprung her stellt der Begriff "Name" einen in den indogermanischen Sprachen übereinstimmenden Ausdruck für "Erkennung" oder "Kennzeichen" dar; man denke an das griechische "ὄνομα" ("ὄνω"), das lateinische "nomen", das germanische "namōn" sowie an das englische "name" ("know") und das französische "nom"²⁾. In den gängigen sprachwissenschaftlichen Definitionen des Namens (bzw. des "Eigennamens") wird folglich die Kennzeichnungsfunktion des Namens besonders hervorgehoben; so etwa auch in folgender Formulierung: "Der Eigename ist ein Wort oder eine Wortgruppe, deren eigentlicher Zweck anerkanntermaßen die Identifikation ist. Er erfüllt diesen Zweck - oder zielt wenigstens auf dessen Erfüllung ab - allein durch den unterscheidenden Lautkomplex, ohne daß irgendeine Bedeutung berücksichtigt wird, die diesem Lautkomplex von Anfang an innewohnte oder die er durch Assoziation mit dem benannten Gegenstand oder damit identifizierten Gegenständen erlangt

-
- 1) Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 13.
2) Bareuther Nitze StAZ 1933, 241.

hat"¹⁾. Namen sind also Ausdrücke der Sprache, welche den Sprachanwendern dazu dienen, in ihren formulierten Gedanken auf Personen oder Gegenstände hinzuweisen, wobei der Sprachbenutzer mit dem Namen bestimmte Kriterien verbinden muß, welche ihm erlauben, die unter den Namen fallenden Gegenstände zu erkennen²⁾. Daß der Name im Sprechakt "eine bestimmte Bezeichnung, eine Referenz auf ein Individuum hin"³⁾, erhält, ist ausschließlich möglich, wenn der Hörer eines Namens verstehen kann, wem die Bezeichnung gilt, so daß der Sprecher diese Verstehensmöglichkeit des Hörers antizipieren muß⁴⁾. Nur auf diese Weise können Namen trotz des Fehlens einer lexikalischen Bedeutung, durch das sie sich von anderen Substantiven (Appellativen) unterscheiden⁵⁾, ihre Bezeichnungsfunktion erfüllen. Die Fixierung eines Eigennamens auf den jeweiligen Namensträger ist

-
- 1) Gardiner, The theory of proper names, 2nd ed., 1954, S. 73 (Nachdruck 1957, S. 76); im englischen Original lautet die Definition: "A proper name is a word or a group of words which is recognized as having identification as its specific purpose, and which achieves, or tends to achieve, that purpose by means of its distinctive sound alone, without regard to any meaning possessed by that sound from start, or acquired by it through association with the object or objects thereby identified"; deutsche Übersetzung bei Fleischer, Zum Begriff des Namens, in: Agricola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die Deutsche Sprache, 1970, S. 640.
- 2) Weinberger, Rechtslogik, 1970, S. 35, 36; Schleichert, Linguistische Berichte 15 (1971) 12ff.
- 3) Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 21.
- 4) Schützeichel ebd., S. 18.
- 5) Schützeichel ebd., S. 15ff; Boesch, Deutschunterricht 9 (1957) 32ff.

also bestimmt durch die Kenntnis außersprachlicher Vorgänge auf seiten von Sprecher und Hörer¹⁾, nämlich die Kenntnis verschiedener namenstiftender Akte wie etwa der Abstammung eines Menschen von bestimmten Eltern (vgl. § 1616 BGB), der Eheschließung (vgl. § 1355 Abs. 1 BGB) oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft von Personen (z.B. Familiengemeinschaft, Ordensgemeinschaft). Lerntheoretisch wird - vereinfacht dargestellt - beim Erfassen eines Eigennamens eine bestimmte Merkmalskombination, die zur individuellen Identifikation eines uns interessierenden Objekts ausreicht und die durch die Sinnesorgane vermittelt wird, mit einer bestimmten Zeichenfolge assoziiert, und diese Zeichenfolge wird damit zum Eigennamen der jeweiligen Merkmalskombination²⁾.

Es versteht sich von selbst, daß der rein sprachtheoretische Ansatz nicht ausreicht, um das Phänomen "Name" umfassend zu erklären. Denn wäre der Name nichts anderes als eine äußerliche Buchstabenreihe³⁾, nicht mehr als eine zufällige und unverbindliche Formalie⁴⁾ wie die Haus- oder Telefonnummer, ließe sich kaum verstehen, auf welche Weise mit ihm Rechtspositionen verknüpft werden können und warum - wie in den Stiefkinderfällen - um eine bestimmte

1) Schützeichel ebd., S. 20; vgl. auch Schleichert ebd., S. 12 unten.

2) Schleichert ebd., S. 13, 14; vgl. schon Hermann AcP 45, 317: "Der Name erzeugt mit einem Schlag, was die Angabe unzähliger einzelner Kennzeichen und Merkmale nicht erzeugen könnte - das ganze Bild der Persönlichkeit."

3) Vgl. Bitzi, Der Familienname als Marke, 1972, S. 16.

4) Vgl. Graf von Bernstorff NJW 1957, 1901.

Namensführung überhaupt ein teilweise so erbitterter Streit entstehen kann. Dieser Gesichtspunkt läßt sich nur erklären, wenn man berücksichtigt, daß Namen eben nicht nur sprachliche Einheiten und Zeichen sind, sondern zugleich historische Sprachmuster, die mit überkommenen und zumindest unbewußt bis heute fortwirkenden Traditionen eng verknüpft sind¹⁾.

So wird die über eine bloße Kennzeichnungsfunktion hinausgehende Bedeutung des Namens deutlich, wenn man sieht, daß etwa in der Antike die Personennamen generell ein ideales, poetisches Gepräge hatten und sich auf edle Eigenschaften und Beschäftigungen bezogen²⁾; daß in früheren Zeiten die Namensgebung das Symbol der feierlichen Aufnahme eines Kindes in die Hausgemeinschaft darstellte³⁾, und daß die Germanen dem Namen eine weissagende Kraft zuschrieben⁴⁾. Bei der Vornamengebung spielt teilweise heute noch der Gedanke eine Rolle, daß die Namen von Heiligen Schutz gewähren und ihren Träger zu christlicher Lebensführung anhalten sollen oder die Namen großer Persönlichkeiten aus der Geschichte und Zeitgeschichte dem Kind ein Ansporn sein oder ihm ein besonderes Ansehen verleihen

-
- 1) Boesch, Deutschunterricht 9 (1957), 36; Schütze-
eichel ebd., S. 13, 14; vgl. auch Wlochatz
StAZ 1930, 166, der sogar von einer engen
Verknüpfung des Namens "mit dem großen Leben
unseres Volkes, mit seiner Seele und seinem
sozialen Gefüge" spricht.
- 2) Heintze/Cascorbi, Die deutschen Familienna-
men, 1925, S. 10 mit einzelnen Beispielen.
- 3) Bach, Deutsche Namenkunde, Bd. 1, 2. Halb-
band (2), 1953, S. 214 mit Verweis auf "Lex
Salica 24,4".
- 4) Levi, Vorname und Familienname im Recht, 1888,
S. 2; vgl. auch Plautus in "Persa" IV, 4, 74:
"nomen est omen".

sollen, gleichsam als Musterbild und Vorbedeutung für sein weiteres Leben¹⁾. Was in Besonderheit den Familiennamen angeht, steht demgegenüber meist noch ein anderer Aspekt im Vordergrund, nämlich derjenige, mit der generationenweisen Übertragung des Namens Taten und Erfolge einer Person in der Erinnerung zu behalten und diese so gewissermaßen (unsterblich zu machen²⁾). Dadurch wird der Name zu einem "Wert- und Gedächtniszeichen für das Maß überkommener und erworbener Anerkennung des Trägers im privaten und öffentlichen Leben, seiner Geltung in der menschlichen Gesellschaft wie in den Augen der Nachwelt"³⁾. So heißt es bereits in einer sehr frühen Betrachtung des Namens: "Unsere Namen, beide Vornamen und Geschlechtsnamen, machen uns bei den Zeitgenossen und der Nachwelt kenntlich. Sie wollen nicht nur mit uns unser Leben hindurch, sondern überleben uns nach unserem Tode, bald kürzer, bald länger, ja oft Jahrhunderte, Jahrtausende. Bloß durch unsern Namen können wir unser Andenken erhalten. Erlöschet unser Name, so verschwindet auch unser Andenken. Kein Wunder daher, wenn der Mensch sich bestrebet, seinen Namen zu erhalten oder ihn auf die Nachkommenschaft zu bringen. Diese Triebfeder liegt in den Handlungen des Staatsmannes, des Kriegers, des Gelehrten, des Künstlers und selbst

-
- 1) Klarman, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 43; Fleischer, Die alten heimischen Rufnamen, in: Agricola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die Deutsche Sprache, 1970, S. 651, 658; Gundrum StAZ 1968, 278; vgl. auch BGH Beschl. v. 15.4.1959 - IV ZB 286/58 - in BGHZ 30, 135.
- 2) Vgl. Hermann AcP 45, 156; Corsing StAZ 1928, 379.
- 3) Klarman ebd., S. 44.

des gemeinen Mannes gewöhnlich verborgen"¹⁾. In poetischer Form taucht dieser Gedanke ebenfalls auf: "Ist der Leib in Staub zerfallen, / lebt der große Name noch" (Schiller) und "Wer keinen Namen sich erwarb... / gehört den Elementen an" (Goethe)²⁾. Die "Bedeutung des Namens als etwas Überindividuelles"³⁾ und als ein "in tiefere Lebensbeziehungen und Zusammenhänge"⁴⁾ weisendes Phänomen macht diesen auch zum häufigen Gegenstand literarischer Betrachtungen. So nennt Goethe den Namen "den schönsten, lebendigsten Stellvertreter der Person"; und an anderer Stelle: "... der Eigenname eines Menschen ist nicht etwa wie ein Mantel, der bloß um ihn her hängt und an dem man allenfalls noch zupfen und zerren kann, sondern ein vollkommen passendes Kleid, ja wie die Haut selbst ihm über und über angewachsen, an der man nicht schaben und schinden darf, ohne ihn selbst zu verletzen"⁵⁾. "Dein Name ist dein Sein" heißt es bei Honoré de Balzac, und für Thomas Mann - in seiner Erzählung "Die vertauschten Köpfe" - ist der Name "ein Stück des Seins und der Seele". In Fortführung dessen wurde die Namensgebung

- 1) Wiarda, Ueber deutsche Vornamen und Geschlechtsnamen, 1800, Vorrede, S. VI-VII;
- 2) Ähnlich Gansen StAZ 1929, 239.
- 3) Mit dem Worte "Name" sind ohnehin einige in ihrer Bedeutung festumrissene Redewendungen verknüpft: "sich einen großen Namen machen" bedeutet soviel wie "berühmt werden" (vgl. 2 Samuel 7, 9: "Ich will dir einen großen Namen machen, gleich dem Namen der Großen der Erde") "einen guten Namen hinterlassen" bedeutet, ein rechtschaffender und untadeliger Mensch gewesen zu sein; vgl. Wiarda ebd., S. 22 mit weiteren Beispielen.
- 4) Graf von Bernstorff NJW 1957, 1901.
- 5) BGH Beschl. v. 13.7.1957 - IV ZB 23/57 - in BGHZ 25, 163, 168 und Urt. v. 26.2.1960 - I ZR 159/58 - in BGHZ 32, 108, 111; OVG Münster Urt. v. 10.10.1961 - II A 1515/60 - in OVG 17, 98, 99.
- 5) "Dichtung und Wahrheit", Zweiter Teil, 10. Buch.

auf der dichterischen Ebene sehr häufig sogar dem Zufall entrissen und als Stilmittel einbezogen in die Gestaltung des Stoffes¹⁾. So genannte "redende Namen" sollten Mittel des Verständnisses einer bestimmten Figur werden und allein durch ihre Nennung Suggestivkraft entfalten²⁾.

Zum Gesamtverständnis des Phänomens "Name" darf schließlich ein weiterer Gesichtspunkt nicht außer Betracht bleiben, nämlich die dem Namen häufig beigemessene magische Bedeutung. Diese resultiert bei vielen primitiven Gemeinschaften zunächst aus der Funktion des Namens zur Kennzeichnung einer Clanzugehörigkeit sowie in der Pflege des Totemkultes und der damit verbundenen Sitte der Exogamie, so daß der Name hier einem religiösen und - unbewußt - auch einem eugenischen Zweck dient³⁾. Hinzu kommt

- 1) Boesch, Deutschunterricht 9 (1957), 36f.
- 2) Es sei hingewiesen auf - um nur einige wenige Beispiele zu nennen - den kriecherisch-opportunistischen "Wurm" und den eitlen, dümmlichen "Hofmarschall von Kalb" in Schillers "Kabale und Liebe" oder - in Thomas Manns Roman "Doktor Faustus" - auf den Namen "Leverkühn", der auf eine bestimmte Lebenshaltung und auf Nietzsches Lehre vom kühnen und gefährlichen Leben hinweist, oder den Namen "Serenus Zeitblom", der den Träger als ernsthaften Zeitgenossen und Chronisten der geschilderten Ereignisse charakterisiert; vgl. dazu Geissler, Möglichkeiten des modernen deutschen Romans (3), 1968, S. 22f; vgl. auch Dessoir, Vom Jenseits der Seele (6), 1931, S. 545: "Da Namen ... mit Geheimnissen umgeben sind, so werden sie manchmal absichtlich als Rätsel dargeboten. Diese Rätsel, mögen sie bezogen sein auf Götterlegenden oder menschliche Erfahrungen oder Naturdinge, sind immer durchdrungen von dem Wunsch nach symbolischer Widerspiegelung verborgener Welten in sprachlichen Formen."
- 3) Pulgram, Beiträge zur Namenforschung 2, 1950, S. 132, 133.

die Vorstellung, daß der Name zu den wesentlichen Bestandteilen einer Persönlichkeit gehört¹⁾, den Menschen also erst zu einer (Rechts-) Person macht - wohingegen Namenlosigkeit mit Unbedeutendheit gleichzusetzen ist²⁾. Aufgrund seiner abergläubischen Verehrung und Behandlung gehörte der Name zum Beispiel bei den alten Ägyptern ebenso zum Menschen wie seine Seele, so daß jede Namensänderung gleichzeitig einen Eingriff in Charakter und Schicksal des Menschen bedeutete³⁾. Ist in Huldigung eines solchen Namenkultes und Namenszaubers der Name erst gleichbedeutend mit der Seele eines Menschen, so wird dieser zu einem wohl zu behütenden Geheimnis, wird Namensgebung zugleich zur Wesensbestimmung⁴⁾ und Namenskenntnis - bzw. Namensnennung - ein Instrument der Macht über seinen Träger⁵⁾. Gerade der zuletzt genannte Gedanke ist

- 1) Krüger AcP 156, 232f, 234; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 1, 2.
- 2) Man denke dabei an "Parsifal" im mittelalterlichen Epos von Wolfram von Eschenbach und in dem Bühnenweihfestspiel von Richard Wagner: Parsifal ist namenlos und damit unbedeutend, solange er nur weiß, daß man ihn zu Hause "guter Sohn" nannte; zur wirklichen Person wird er erst, als er seinen wahren Namen erfährt, erst dann kann er König der Gralsritter und damit Wahrer der Gralsidee werden.
- 3) Dessoir, Vom Jenseits der Seele (6), 1931, S. 371; vgl. auch S. 543 zur Rolle des Namen "im magischen Idealismus": "Da der Mensch allgemein als vielfältiges (nicht nur aus Leib und Seele zusammengesetztes) Wesen angesehen wird, so bietet es keine Schwierigkeit, unter den fünf oder sieben Bestandteilen dieses Wesens auch den Namen anzusiedeln. Entweder nun gilt der Name als der faßbarste unter den unsichtbaren Teilen oder als Summenausdruck der übrigen Teile; in beiden Fällen soll er das Wesen der Person sinnvoll ausdrücken".
- 4) Dessoir ebd., S. 543.
- 5) Krüger AcP 156, 232, 233; Freud, Totem und Tabu, 1973, S. 87; Mitteis/Lieberich, Deutsches Privatrecht (9), 1981, S. 51.

dabei von besonderer Wichtigkeit. Er taucht bereits in der Bibel auf (Jesaja 43,1: "Nun aber spricht also Jahwe, dein Schöpfer, Jakob, dein Bildner, Israel: "... ich erlöse dich und rufe dich beim Namen, mein bist du.") und ist auch literarisch in vielfältiger Weise verarbeitet worden: die Königin des Märchens gewinnt Gewalt über das "Rumpelstilzchen", sobald sie seinen Namen kennt und ihm gegenüber ausspricht¹⁾; auch die sieben Hexen in Goethes "Zigeunerlied" werden durch die Nennung ihres Namens gebannt; im "Faust" entgegnet Mephisto auf die Frage nach seinem Namen lediglich mit einer umschreibenden Antwort, ohne seinen Namen preiszugeben; und in Thomas Manns "Joseph und seine Brüder" heißt es im ersten Band am Anfang: "... denn um den Namen steht es geheimnisvoll, und uns ist, als gäbe sein Besitz uns Beschwörerkraft über des Knaben zeitversunkene, doch einst so gesprächig-lebensvolle Person...". Die Vorstellung, daß Kenntnis und Nennung des Namens dem Wissenden die Verfügung über den Genannten verleiht²⁾, hat schließlich noch eine bedeutsame Kehrseite; es ist die Idee, daß derjenige, der den Namen eines Menschen tilgt, auch diesen selbst mit vernichtet³⁾: so hat Hitler Kindern, deren Eltern am Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligt waren, andere Familiennamen vorgeschrieben - die physische Vernichtung

1) Das Märchen beruht auf einem alten deutschen Volksglauben, wonach ein Geist, wenn man seinen richtigen Namen nennt und ruft, erscheinen muß und entzaubert, gefangen ist, vgl. Wuttke, Der deutsche Volksaberglaube der Gegenwart, 1900, S. 404; vgl. auch Bach, Deutsche Namenkunde, Band 1, 2. Halbband (2), S. 227, 229 mit dem Hinweis darauf, daß dieser Gedanke auch Kern der Lohengrin-Sage ist (Motiv des Frageverbots).

2) Boesch, Deutschunterricht 9 (1957), 41.

3) Krüger AcP 156, 234 mit Beispielen.

der Attentäter genügte ihm nicht mehr, sie sollten ihren Namen nicht weitergeben dürfen, dieser sollte mit ihnen ausgelöscht werden¹⁾.

Die zuletzt gemachten Ausführungen haben gezeigt, daß es unterschiedliche Bedeutungen und Funktionen des Wortes "Name" gibt. Der Name erscheint einmal als bloße äußere Bezeichnung, als formale Hülle eines Begriffs, bei der es auf die Erklärung dieses Begriffs und damit auf die Wortbedeutung ankommt²⁾, auf der anderen Seite als Benennung eines Wesens, das mit ihm zu identifizieren ist, bei der es nicht auf die Wortbedeutung, sondern auf die unmittelbare Beziehung zu dem so benannten Wesen und seine eindeutige, vollständige Erfassung ankommt³⁾. Was speziell die menschlichen Eigennamen angeht, so können sie trotz ihrer primär bestehenden Bezeichnungsfunktion nicht als "völlig sinnfreie Identifikationsmarken"⁴⁾ charakterisiert werden, nicht als "Schall und Rauch" (Goethe, "Faust I", Vers 3457). Vieles von dem, was den Namen als ein außerrechtliches Phänomen ausmacht, schwingt mit, wenn er zum Gegenstand rechtlicher Auseinandersetzungen gemacht wird. Darauf wird bei Gelegenheit zurückzukommen sein.

1) Von Buch JZ 1974, 448.

2) Vgl. auch die Redensart: "eine Sache nur dem Namen nach (d.h. äußerlich, oberflächlich) kennen"; s. Fleischer, Zum Begriff des Namens, in: Agricola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die Deutsche Sprache, 1970, S. 639.

3) Fleischer ebd.

4) Fleischer ebd., S. 640.

C. Geschichtlicher Rückblick

Der Rückblick auf die historischen und sozialen Entstehungsbedingungen dessen, was wir heute unter Familiennamen verstehen, sowie auf die ersten namensrechtlichen Kodifikationen hat angesichts der Besonderheiten des gewählten Themas nicht lediglich den Stellenwert einer akademischen Pflichtübung. Er ist vielmehr erforderlich, um aufzuzeigen, welche Funktionen das Phänomen "(Familien-) Name" im Laufe der Geschichte wahrzunehmen in der Lage war und wie eine solche Funktionenbestimmung heute unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen vorgenommen werden kann.

Namensrechtliche Regelungen sind in Jahrhunderten gewachsen, und gesetzgeberische Bestimmungen haben in der Regel auf ältere Vorschriften und Praktiken Bezug genommen, indem sie diese entweder voraussetzten oder bestätigten, teilweise aber auch korrigierten¹⁾. Ebenso ist das Namensänderungsgesetz von 1938 durch bestätigende und abweichende Bezüge von dem zuvor geltenden Namensrecht getragen. Traditionell bestimmte Vorstellungen von dem, was die Familiennamen für den Einzelnen und für die Rechtsgemeinschaft zu leisten vermögen, beeinflussen namensrechtliche Erörterungen und Diskussionen auch heute noch in einem besonderen Maße; der Verweis auf jahrhundertealte Gebräuche und Gepflogenheiten ist - wie bereits in der Einleitung gezeigt - schnell bei der Hand. Gerade die Argumentationsfigur der "allgemeinen Grundsätze des Namensrechts" mit ihren

¹⁾ Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 20.

beiden wesentlichen Ebenen, der Ordnungs- und der Kennzeichnungsfunktion, ist erst aufgrund einer Rückschau auf verschiedene grundsatzbildende Faktoren besser verständlich. Was schließlich in Besonderheit die Position des leiblichen Vaters in den problematischen Stiefkinderfällen angeht, insbesondere die Frage nach der Gewichtung seines Widerspruchs für das Namensänderungsverfahren, so kann der Hinweis auf historische Zusammenhänge erhellen, inwiefern diesbezüglich auf - teils unbewußt - überkommene Vorstellungen zurückgegriffen wird.

I. Die Entstehung von Familiennamen

Bei der Untersuchung des Phänomens der Entstehung von Familiennamen ist zunächst zu berücksichtigen, daß anfangs das Prinzip der Einnamigkeit¹⁾ galt. Griechen und Germanen kannten wie die ganz überwiegende Zahl der übrigen indogermanischen Völker nur einen einzigen Rufnamen bzw. Individualnamen, der zur Kennzeichnung einer Person ursprünglich auch ausreichte und von denen es eine außerordentliche Vielfalt gab²⁾. Nur in wenigen Ausnahmefällen wurde der Deutlichkeit halber dem persönlichen Einzel-

1) Fleischer, Personennamen: Rufnamen, in: Agri-
cola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die
Deutsche Sprache, 1970, S. 648; Schützeichel,
Einführung in die Familiennamenkunde, in:
Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982,
S. 45.

2) Grimm, Deutsche Rechtsaltertümer (4), 1899,
S. 472; Bach, Deutsche Namenkunde, Bd. 1, 2.
Halbband (2), 1953, S. 1; Fleischer ebd., S.
648, 659; Schützeichel ebd.; vgl. auch Klar-
mann, Zur Geschichte der deutschen Familien-
namen (2), 1927, S. 1; Wacke FamRZ 1977, 510;
Münchener Kommentar-Wacke (1978), § 1355 BGB,
Rdnr. 1.

namen der Name des Vaters oder ein örtlicher Hinweis hinzugefügt¹⁾.

Bei den Römern und Etruskern verfestigte sich demgegenüber - nachweisbar spätestens seit dem fünften Jahrhundert v. Chr.²⁾ - zum erstenmal in der abendländischen Geschichte die Sitte, alle Angehörigen einer Familie außer durch individuelle Rufnamen noch mit dem gleichen erblichen Familiennamen zu kennzeichnen³⁾. Zumindest in den römischen Patrizierfamilien waren die vollen Männernamen in der Regel sogar dreigliedrig. Sie bestanden dann aus dem Vornamen ("praenomen"), dem Namen des jeweiligen Geschlechts ("nomen gentilicium") und dem eigentlichen Familiennamen ("cognomen"), wobei teilweise noch eine Art Spitzname ("agnomen") hinzutrat, der den Betreffenden entweder aufgrund einer bestimmten Eigenschaft oder aufgrund eines militärischen oder politischen Erfolges aus der Menge der übrigen Familienmitglieder hervorhob (z.B. Publius Cornelius Scipio Africanus)⁴⁾. Die jeweiligen Gentilnamen waren dabei aus erstarrten Vatersnamen (Patronymika) entstanden⁵⁾ und drückten im Gegensatz zu diesen nicht mehr die Zugehörigkeit zum leiblichen Vater, Adoptivvater oder zu einer Person mit vergleich-

1) Danner StAZ 1933, 47; Bach ebd.; Fleischer ebd., S. 659.

2) Wacke FamRZ 1977, 510.

3) Pulgram, Beiträge zur Namenforschung, 2, 1950, S. 137ff; Wacke ebd.; Münchener Kommentar-Wacke (1978), § 1355 BGB, Rdnr. 1.

4) Levi, Vorname und Familienname im Recht, 1888, S. 1; Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 32 (Fn. 2); Corsing StAZ 1928, 358; Danner StAZ 1933, 47; Bach, Deutsche Namenkunde, Bd. 1, 2. Halbband (2), 1953, S. 1.

5) Wacke FamRZ 1977, 510.

barer Stellung aus, sondern die Zugehörigkeit zu einer Abstammungsreihe ("gens"), ohne daß die Kenntnis des Ahnherrn eine Rolle spielte¹⁾. Die Hinzufügung von Familiennamen zum Gentilnamen war erforderlich geworden, als die "gentes" wegen ihrer Größe in "familiae" unterteilt werden mußten²⁾, und wurde im übrigen durch das Bedürfnis begünstigt, durch die Nennung eines vornehmen, illustren Namens seinen Adel zu betonen und damit den Familiennamen als Zeichen der Nobilität zu führen³⁾. Zu den unbestrittenen Sätzen des römischen Namensrechts gehörte dabei bereits der später immer wiederkehrende Grundsatz der "Angeborenheit des Namens"⁴⁾ - gemeint ist: des "cognomen" - wonach die ehelichen Kinder in jedem Fall den Familiennamen des Vaters erhielten⁵⁾. Gegen Ende des weströmischen Reiches kehrte man jedoch durch die ausschließliche Verwendung von Beinamen ("signa") schließlich wieder zur Einnamigkeit zurück, also zu dem nichterblichen Individualnamen⁶⁾. Das römische Namenssystem als ein erstes sorgfältig konstruiertes onomastisches System fällt also in seiner zeitlichen Geltung zusammen mit dem Bestehen eines durch einen besonders hohen Organisationsgrad gekennzeichneten antiken Weltreiches.

1) Rix, Zum Ursprung des römischen Gentilnamenssystems, in: Temporini (Hrsg.), Aufstieg und Niedergang der römischen Welt, Teil I, Band 2, 1972, S. 740.

2) Bach ebd.

3) Fulgram, Beiträge zur Namenforschung 2, 1950, S. 139, 140.

4) Hermann AcP 45, 320.

5) Levi, Vorname und Familienname im Recht, 1888, S. 16, 17.

6) Bach ebd.; Wacke FamRZ 1977, 510.

Auch in der Zeit, in der bei den germanischen Stämmen der Grundsatz der Einnamigkeit noch unangetastet galt, war bereits vielfach die Tendenz und das Bestreben erkennbar, die Mitglieder einer durch verwandtschaftliche Beziehungen zusammengehörigen Gruppe von Menschen, und zwar in erster Linie die Angehörigen eines engeren Familienkreises, durch bestimmte Maßnahmen in der Rufnamengebung als zusammengehörig zu kennzeichnen¹⁾. In Betracht kam dabei etwa eine Stabreimbildung bei den Vornamen²⁾, eine Variation von Rufnamengliedern³⁾ sowie die Erteilung eines in der Familie schon vorhandenen vollständigen Namens⁴⁾ (Prinzip der Nachbenennung).

Etwa im elften Jahrhundert n. Chr. vollzog sich dann in der Namensgebung insofern ein entscheidender Wechsel, als der Gebrauch persönlicher Individualnamen zusehends abgelöst wurde durch die Verwendung zweiteiliger Personennamen. Über die bloß okkasionele Bemerkung zum Beispiel eines Stadtschreibers in einem amtlichen Verzeichnis oder auch eines Nachbarn zum Zwecke genauerer Identifikation einer bestimmten Person und über das Hinzusetzen eines rechtlich nicht gefestigten Beinamens zum jeweiligen Rufnamen wurde ein Prozeß in Gang gesetzt, der -

1) Levi, Vorname und Familienname im Recht, 1888, S. 44; Bach, Deutsche Namenkunde, Bd. 1, 2. Halbband (2), 1953, S. 59, 60; Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 46.

2) Vgl. etwa die merowingischen Könige des 5. bis 8. Jahrhunderts: Childerich - Chlodovech - Chlodomer - Childebert - Chlotahar - Charibert - Chilperich, sieh: Schützeichel ebd.

3) Vgl. die Cheruskerfürsten Segestes - Segimund - Segimer, sieh: Schützeichel ebd.

4) Beispiele bei Wlochatz StFAZ 1930, 167.

in zeitlich-räumlicher Staffelfung bei gleichzeitig unterschiedlicher Erfassung der einzelnen Bevölkerungsschichten¹⁾ - erst nach Jahrhunderten²⁾ zu dem allgemein gebräuchlichen Familiennamen im heutigen (juristischen) Sinne führte.

Den ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zum festen und erblichen Familiennamen stellte die zunehmende Verwendung von Beinamen dar, die zu dem bereits vorhandenen und weiterhin Priorität genießenden Rufnamen hinzutraten, auch nicht immer für alle Familienangehörigen galten und im allgemeinen aus dem appellativischen Wortschatz entnommen waren³⁾. Sie enthielten also entweder genealogische Erläuterungen oder gaben Herkunft, Wohnstätte sowie die jeweilige Berufstätigkeit an oder aber waren ihrem Inhalt nach (Hinweis auf auffallende körperliche Merkmale oder wesentliche Eigenschaften) mit den heutigen "Spitznamen" vergleichbar⁴⁾. Der Gebrauch eines Beinamen als differenzierender, nur dem jeweiligen Träger persönlich zukommender und eher zufälliger Rufnamenzusatz⁵⁾ wurde

- 1) Vgl. Fleischer, Die Entstehung der Familiennamen, in: Agricola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die Deutsche Sprache, 1970, S. 662ff.
- 2) Vgl. Kleinpaul, Die deutschen Personennamen, 1921, S. 84; Heintze/Cascorbi, Die deutschen Familiennamen, 1925, S. 28, 29; Bach, Deutsche Namenkunde, Bd. 1, 2. Halbband (2), 1953, S. 76.
- 3) Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 38, 47; vgl. auch Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 6.
- 4) Heintze/Cascorbi, Die deutschen Familiennamen, 1925, S. 28; Fleischer, Die deutschen Personennamen (2), 1968, S. 76, 77; Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 20.
- 5) Vgl. Hermann AcP 45, 157; Bach, Deutsche Namenkunde, Bd. 1, 2. Halbband (2), 1953, S. 73; Wacke FamRZ 1977, 509.

durch verschiedene historische Ursachen ausgelöst. Dazu zählen das Ausscheiden vieler Individualnamen aus der Zahl der gebräuchlichen und unterscheidungskräftigen Rufnamen¹⁾ - mit der Folge, daß immer mehr Menschen in einem bestimmten Kreis den gleichen Namen trugen -, die zunehmende Bevölkerungsdichte²⁾, insbesondere in den Städten³⁾, und schließlich die Ablösung der primitiven Eigenversorgungs- und Tauschwirtschaft einer bodenständigen Bevölkerung⁴⁾ durch eine in Ansätzen arbeitsteilige Geld- und Kreditwirtschaft⁵⁾, einen erstmals durch Schriftlichkeit gekennzeichneten Rechtsverkehr⁶⁾ und einen stadtübergreifenden Fernhandel⁷⁾.

Etwa zwischen dem zwölften und fünfzehnten Jahrhundert n. Chr. entwickelten sich aus den persönlichen und noch einem generationenweisen Wechsel unterworfenen Beinamen feste Familiennamen, wobei die Übergänge als fließend anzusehen sind. Allgemein wird angenommen, daß es sich bereits dann um einen zur Regel gewordenen Familiennamen handelte, wenn ein bestimmter Beiname über wenigstens zwei bis drei Generationen getragen, also "vererbt" wurde⁸⁾. Ein wichtiges sprachliches Indiz für den Wechsel

1) Martell StAZ 1927, 347; Fulgram, Beiträge zur Namenforschung 2, 1950, S. 153f.

2) Martell ebd.

3) Fleischer, Die Entstehung der Familiennamen, in: Agricola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die Deutsche Sprache, 1970, S. 661 mit detaillierten Angaben über die Einwohnerzahlen in den großen mittelalterlichen Städten.

4) Vgl. Heintze/Cascorbi ebd., S. 27.

5) Wacke FamRZ 1977, 510.

6) Wacke ebd.

7) Heintze/Cascorbi, Die deutschen Familiennamen, 1925, S. 27f; Fleischer ebd., S. 662.

8) Fleischer ebd., S. 659.

vom persönlich erhaltenen und ausschließlich individualbezogenen Beinamen zum erblichen Familiennamen stellt die Verknüpfung des Rufnamens mit dem jeweiligen präzisierenden Beinamen durch Bindewörter wie "dictus", "nominatus", "cognomine", "qui et..." dar. Sie bringt zum Ausdruck, daß "die überkommene Benennung zu einem bloßen Zeichen erstarrt war, das keinerlei persönliche Kennzeichnung des Inhabers mehr enthielt"¹⁾, und daß die ursprüngliche lexikalische Bedeutung der Namenwörter zurücktritt zugunsten der bloßen Individualisierung einer Person und der Zuordnung zu einer bestimmten Personengruppe²⁾. Schon der Begriff "Familiennamen" macht in diesem Zusammenhang deutlich, daß es sich um eine bestimmte Art von Zunamen handelt, welche nämlich die Träger von Individualnamen (Vornamen/Rufnamen) als Mitglieder einer Familie im engeren oder weiteren Sinne identifizieren³⁾. Unter "Familie" wurde dabei in dem fraglichen Zeitraum unbestritten eine durch die Abstammung im Mannesstamm (agnatisches Prinzip) zusammengehörige soziologische Gruppe verstanden⁴⁾.

Daß sich bestimmte persönliche Beinamen allmählich zu Familiennamen verfestigten, hatte wiederum verschiedene Ursachen. Dazu gehörten zunächst - soweit der Beiname auf einer Berufsbezeichnung basierte - die Ausübung desselben Berufs über mehrere Generationen, wie sie

1) Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 30; vgl. auch Heintze/Cascorbi. Die deutschen Familiennamen, 1925, S. 28.

2) Vgl. Fleischer, Die deutschen Personennamen (2), 1968, S. 81.

3) Pulgram, Beiträge zur Namenforschung 2, 1950, S. 132; Gundrum StAZ 1968, 277.

4) Arndt StAZ 1954, 40.

im Mittelalter durchaus üblich war¹⁾, sodann die insbesondere in den Adelskreisen verbreitete Sitte, zu dem individuellen Rufnamen den Namen des Schlosses, Erbgutes oder Stammsitzes hinzuzufügen²⁾, sowie der vor allem unter der ländlichen Bevölkerung allgemein übliche namensmäßige Hinweis auf den zugehörigen Hof oder das Dorf, dem man entstammte³⁾. Da einerseits gerade Herkunftsbezeichnungen für die Beinamenbildung eine wesentliche Rolle spielten⁴⁾ und der jeweilige örtliche Zuordnungsrahmen eines Menschen relativ selten verändert wurde, wohnte dieser Zunamenbildung von vornherein eine besondere Verfestigungstendenz inne. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die genannten Herkunftsbezeichnungen bei einem Wechsel des jeweiligen Besitzes zunächst ebenfalls

- 1) Klarmann ebd., S. 6; Pulgram, Beiträge zur Namenforschung 2, 1950, S. 134; Bach, Deutsche Namenkunde, Bd. 1, 2. Halbband (2), 1953, S. 73; vgl. auch Wiarda, Ueber deutsche Vornamen und Geschlechtsnamen, 1800, S. 116: "Die Ehrfurcht und die Liebe des Sohnes zu dem Vater veranlaßte nicht selten den Sohn, in die Fußstapfen des Vaters zu treten, dessen Handlungen zu seiner Richtschnur zu nehmen und das fortzusetzen, was der Vater angefangen hatte. Kein Wunder ist es daher, wenn der Sohn anfang, sich in den Urkunden mit eben dem Beinamen bezeichnen zu lassen, den der Vater angenommen hatte".
- 2) Heintze/Cascorbi, Die deutschen Familiennamen, 1925, S. 28; Hubernagel StAZ 1925, 167; Corsing StAZ 1928, 358; Gansen StAZ 1929, 239; Wlochatz StAZ 1930, 166, 167; Danner StAZ 1933, 47.
- 3) Martell StAZ 1927, 347; Corsing ebd.; Wlochatz ebd.; Fleischer, Die Entstehung der Familiennamen, in: Agricola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die Deutsche Sprache, 1970, S. 663.
- 4) Heintze/Cascorbi ebd., S. 59; Wlochatz StAZ 1930, 167.

noch vertauscht wurden¹⁾. Daß die mehr oder minder festen Beinamen schließlich noch die Eigenschaft der Erbllichkeit erhielten, ist durch zusätzliche historische und soziale Faktoren bedingt.

Zu diesen Faktoren ist zunächst eine gewisse Ausstrahlung der oberitalienischen Städte zu zählen. Hier könnte man erbliche Familiennamen schon im achten und neunten Jahrhundert n. Chr.²⁾. Aufgrund eines regen Handelsverkehrs (insbesondere mit den deutschen Städten im Westen und Südwesten)³⁾, wurden, teilweise auf dem Umweg über Frankreich und den romanischen Teil der Schweiz⁴⁾, mit dieser Form der Namensführung - quasi als eine Modeangelegenheit, auch in dem gebräuchlichen Urkundenstil⁵⁾ - die Verhältnisse in Deutschland beeinflusst. Hinzu kam das äußerst starke Bedürfnis, Sippenbindung und familiäres Zusammengehörigkeitsgefühl⁶⁾ nicht nur - wie dargestellt - durch

-
- 1) Wiarda, Ueber deutsche Vornamen und Geschlechternamen, 1800, S. 141, 142; Heintze/Cascorbi ebd.; vgl. auch S. 28; Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 22 (Fn. 1); Fleischer, Die deutschen Personennamen (2), 1968, S. 93.
- 2) Kleinpaul, Die deutschen Personennamen, 1921, S. 83; Klarmann ebd., S. 8; Fleischer ebd., S. 84; Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 47.
- 3) Levi, Vorname und Familienname im Recht, 1888, S. 7; Klarmann ebd.
- 4) Klarmann ebd.
- 5) Bach, Deutsche Namenkunde, Bd. 1, 2. Halbband (2), 1953, S. 79.
- 6) Hermann AcP 45, 157; Boesch, Deutschunterricht 9 (1957), S. 36; Fleischer, Die deutschen Personennamen (2), 1968, S. 84; vgl. auch Pulgram, Beiträge zur Namenforschung 2, 1950, S. 132, wonach das Bedürfnis, sich als Mitglied einer Familie, einer Gemeinschaft zu fühlen, im Wesen der menschlichen Psyche (Mensch als Gemeinschaftswesen) liegt.

eine sprachliche Variation von Rufnamengliedern auszudrücken, sondern auch durch einen über Generationen hinweg konstanten Familiennamen, der damit eine "Binde-Funktion"¹⁾ übernehmen sollte. Hintergrund dieses Bedürfnisses war die Tatsache, daß sich das germanische Volk durch eine besondere Gliederung in Gemeinschaften, die über dem Einzelnen standen und ihm erst die Teilhabe am Rechtsleben vermitteln, auszeichnete und die bedeutendste Gemeinschaft eben die auf gemeinsamer Abstammung beruhende Sippe war, die als umfassende Friedens-, Schutz-, Rechts- und Siedlungsgemeinschaft fungierte²⁾. Für die Adelsfamilien, die in der Annahme erblicher Familiennamen eine Art Vorreiter darstellten und die diese Namen als Ausdruck ihres Besitzerstolzes zuerst von ihren Lehensgütern abgeleitet hatten³⁾, war schließlich von besonderer Bedeutung, daß durch die Konstitution Konrads II. von 1037 n. Chr. die Erblichkeit der Lehensgüter zugestanden wurde⁴⁾. Die Namensgleichheit mit dem Vorfahre diente damit zunächst dem leichteren Nachweis der Abstammung vom Erstbelehenden. Sie übernahm aber gleichzeitig auch die Funktion, gegenüber

1) Fleischer ebd.

2) Mittels/Lieberich, Deutsche Rechtsgeschichte (15), 1978, S. 15ff.

3) Wiarda, Ueber deutsche Vornamen und Geschlechternamen, 1800, S. 141.

4) Wiarda ebd., S. 141-143; Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 2, der im übrigen die allmähliche Auflösung der Gauverfassung und - für die spätere Annahme erblicher Familiennamen in den Kreisen der Handwerker und vergleichbarer sozialer Schichten - die Kämpfe um die Gleichberechtigung der Zünfte im 13. und 14. Jahrhundert als weitere historische Ursachen nennt, vgl. S. 24.

der Umwelt erblichen Besitz und erbliche politische Rechte zu markieren¹⁾. In einer Gemeinschaft, in der Besitz und Ämterwürden erblich waren, bestand sogar ein unmittelbar einsichtiges Interesse einer auf diese Art und Weise ausgezeichneten Familie, etwa des Ministerialadels oder auch des Ritterstandes, ihre Ansprüche auf bestimmte Adelsprivilegien sowie auf Grundbesitz zu proklamieren und für künftige Generationen festzusetzen²⁾. Der Gedanke einer Dokumentation von Rechtspositionen durch generationenweise Namensgleichheit hatte freilich auch eine Kehrseite vor dem Hintergrund eines - bedingt durch einen weitverzweigten Handel - komplizierter werdenden Rechtswesens: gerade im Hinblick auf die Verpflichtung eines Sohnes für die vom Vater abgeschlossenen Rechtsgeschäfte erwies sich eine Bezeichnung als wirksam und notwendig, die eine Verwandtschaft sofort erkennen und den Gläubiger seinen Schuldner ohne Schwierigkeiten finden ließ³⁾.

Zu den bisher genannten Entstehungsbedingungen für erbliche Familiennamen, die im wesentlichen in Bedürfnissen und Motiven der Namensträger anzusiedeln sind, traten schließlich im Laufe des dreizehnten und vierzehnten Jahrhunderts im besonderen Maße Gesichtspunkte hinzu, die dem Bereich öffentlicher Interessen zugeordnet werden

-
- 1) Fleischer, Die deutschen Personennamen (2), 1968, S. 84; Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 47.
- 2) Pulgram, Beiträge zur Namenforschung 2, 1950, S. 133; Bach, Deutsche Namenkunde, Bd. 1, 2. Halbband (2), 1953, S. 85.
- 3) Vgl. Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 22.

können. Steigende Bevölkerungszahlen, vor allem eine Menschenkonzentration in den Städten, führten zu wachsenden Verwaltungsaufgaben¹⁾ und zu der Entwicklung einer kommunalen Verwaltung, in deren Kanzleien Kämmerer und Schreiber Stadtbücher, Bürgerverzeichnisse, Steuer- und Zinsregister sowie verschiedene andere Urkunden, in späterer Zeit nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auch die Verzeichnisse der Wehrpflichtigen, führten²⁾. Die administrativen Erfordernisse und Bedürfnisse eines in zunehmendem Maße organisierten Staates³⁾ machten sich dementsprechend - als der Name "Unterscheidungskraft für soziale Lebensäußerungen"⁴⁾, für die "Zuteilung staatsbürgerlicher Pflichten"⁵⁾ erhielt - eine Entwicklung in der allgemeinen Namensführung zunutze, die aus den oben genannten Gründen und ohne das Zutun staatlicher Institutionen ihren Anfang genommen hatte. Sie förderten ihrerseits in einer gewissen Wechselbeziehung die Annahme erblicher Familiennamen allein aufgrund der Tatsache, daß verständlicherweise ein Beiname automatisch eine höhere Permanenz erhält, sobald er erst behördlich aufgezeichnet und re-

- 1) Fleischer, Die Entstehung der Familiennamen, in: Agricola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die Deutsche Sprache, 1970, S. 662; Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 47.
- 2) Bach ebd., S. 84; Fleischer ebd.; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 2; Klarmann ebd., S. 4; Krüger AcP 156, 240; Wacke FamRZ 1977, 510; vgl. auch Hermann AcP 45, 164 und Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 56.
- 3) Vgl. Pulgram ebd., S. 135, 137.
- 4) Bareuther Nitze StAZ 1933, 241.
- 5) Gansen StAZ 1929, 239.

gistriert ist¹⁾. Den entscheidenden Einfluß auf den Prozeß der namensmäßigen Verfestigung gewann der Staat allerdings erst in dem Moment, als er in der Erkenntnis eines eminenten Eigeninteresses an einem konstanten und umfassenden (d.h. von der gesamten Bevölkerung getätigten) Namensgebrauch Fragen der Namensführung nicht mehr den "Normen" von Sitte und Höflichkeit überließ, sondern - wie im folgenden gezeigt wird - gesetzgeberischen Regelungen unterwarf und die grundsätzlich unauflösliche Bindung eines jeden Menschen an einen bestimmten Namen von Rechts wegen vorschrieb.

II. Namensrechtliche Kodifikationen

Erste Ansätze für eine Regelung der Namensführung von Staats wegen sind bereits in der Antike zu verzeichnen. In Griechenland bestimmte ein Gesetz von 510 v. Chr., daß sich die Staatsbürger nicht nur durch Eigennamen und Patronymikum kennzeichnen, sondern außerdem auch noch den Namen ihres Stammes tragen sollten²⁾. Im römischen Recht regelte zunächst die "Lex de repetundis" aus dem Jahre 123 v. Chr. für die Gerichtsakten den Gebrauch der oben beschriebenen dreiteiligen Personennamen ("tria nomina"); durch die "Lex Iulia municipalis" des

¹⁾ Pulgram ebd., S. 135; Fleischer, Die deutschen Personennamen (2), 1968, S. 85; vgl. auch Raschauer ebd., S. 2, 6, 20, 38, wonach der Name erst zur Zeit der Kameralistik ein Rechtsinstitut wurde und die Durchsetzung des Rechtsprinzips eines festen Namens ohne eine geordnete matrikelmäßige Erfassung der Bürger nicht denkbar ist.

²⁾ Pulgram, Beiträge zur Namenforschung, 2, 1950, S. 158.

Jahres 45 v. Chr. wurde diese Vorschrift auf die Volkszählung in den Kolonien und Freistädten ausgedehnt¹⁾. Ungeachtet dieser Bestimmungen zum konkreten Namensgebrauch galt ansonsten grundsätzlich das Prinzip der Namensführungsfreiheit²⁾. Ebenso wie die Namensgebung dem privaten Willen des Einzelnen überlassen war, konnte auch der einmal gegebene Name unbedenklich nach Belieben geändert werden, sofern die Namensänderung nicht in unlauterer Absicht ("sine aliqua fraude") vorgenommen wurde, also etwa der Umgehung einer Verpflichtung diene und einen strafrechtlich zu ahndenden Betrug darstellte³⁾. Entscheidend für diesen Rechtszustand war dabei der auch später rezipierte römisch-rechtliche Lehrsatz aus der "Constitutio unica de mutatione nominis" des "Corpus iuris civilis, Codex Justinianus, Liber nonus XXV" (Reskript der Kaiser Diocletian und Maximian) aus dem Jahre 293 n. Chr.⁴⁾. Eine Bestätigung fand diese Regel später noch in einer Glosse des Baldus mit der Formu-

- 1) Pulgram ebd. und S. 138.
2) Hermann AcP 45, 161; Corsing StAZ 1928, 359.
3) Pulgram ebd., S. 159. Vgl. Paulus, Sententiae V 25 § 11: "Qui sibi falsum nomen imposuerit, genus parentesve finxerit, quo quid alienum interciperet, caperet, possideret, poena legis Corneliae de falsis coercetur", zitiert nach Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 4.
4) Im vollen Wortlaut: "Sicut in initio nominis, cognominis, praenominis recognoscendi singulos impositio libera est privatis, ita eorum mutatio innocentibus periculosa non est; mutare itaque nomen vel praenomen sive cognomen sine aliqua fraude licito iure, si liber es, secundum ea, quae saepe statuta sunt, minime prohiberis, nullo ex hoc praedictio futuro", zitiert nach Hermann ebd., Levi, Vorname und Familienname im Recht, 1888, S. 34 und Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 32 (Fn. 2).

lierung "mutatio nominis non fraudulosa libero homini est permissa"¹⁾. Eine besondere Betonung der betrugsrechtlichen Seite wurde vorgenommen in der "Lex Visigothorum" (VII. Buch, V. Titel § 6)²⁾.

In Deutschland wurden Namen und Beinamen zunächst auf keiner gesetzlichen Grundlage geführt. Auch Sachsen- und Schwabenspiegel enthalten keine Angaben über irgendwelche Namensführungsregeln³⁾. Da das römische Recht gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts hier Einfluß zu gewinnen begann und im sechzehnten Jahrhundert durch Rezeption als "gemeines Recht" schließlich allgemeine Geltung erlangte⁴⁾, ging die damalige Rechtslehre - und zwar etwa bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts⁵⁾ - folglich auch vom Grundsatz der Namensfreiheit aus⁶⁾. Der Name des einzelnen und insbesondere die konkrete Art seiner Führung erschien als reine Privatsache, der Willkür mithin gänzlich unterworfen. Eine Einschränkung fand dieser Grundsatz nur dort, wo die Namensänderung in Unlauterkeit oder unter Annahme des Namens eines anderen Geschlechts vorgenommen wurde⁷⁾. In

-
- 1) Zitiert nach Hermann AcP 45, 162.
2) Wörtlich: "Qui sibi nomen falsum imponit, vel genus mutat, aut parentes finxerit, aut aliquam imposturam fecerit, reus falsitatis habetur", zitiert nach Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 4 (Fn. 16).
3) Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 21.
4) Vgl. Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 32.
5) Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 138; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 13.
6) Wiarda, Ueber deutsche Vornamen und Geschlechternamen, 1800, S. 200; Hermann AcP 45, 161; vgl. auch Levi, Vorname und Familienname im Recht, 1888, S. 35; Globke DV 1938, 51.
7) Edlbacher ebd., S. 23.

diesem Zusammenhang muß allerdings als Hintergrund berücksichtigt werden, daß in dem gesamten Zeitraum, in dem die Beinamen sich verfestigten und allmählich den Charakter erblicher Familiennamen annahmen, viele Namensänderungen nicht vom Namensträger selbst ausgingen, sondern von der jeweiligen Umwelt vorgenommen wurden¹⁾. Das war immer dann der Fall, wenn ein Berufswechsel des Namensträgers - auch ein solcher innerhalb zweier Generationen - oder ein Wechsel von Haus und Hof noch das Bedürfnis hervorrief, eine Veränderung der für die (Bei-) Namensgebung maßgeblichen Umstände für die weitere Namensführung des Betreffenden nachzuvollziehen. Diesem wurde von seiten der Gesellschaft ein neuer Name beigelegt, der ihn oder seinen "sozialen Standort" besser als der bisher geführte Name zu kennzeichnen vermochte²⁾. Unter einer rechtlich relevanten Namensänderung verstand die Rechtslehre zu Beginn der Neuzeit und in der Folgezeit darum nur die vom Träger initiierten Namenswechsel. Ungeachtet des Dogmas von der Namensführungsfreiheit und der fehlenden gesetzlichen Fixierung des Unveränderlichkeitsgrundsatzes kamen Namensänderungen in der Praxis auch nur unter besonderen Umständen vor³⁾. Im Gegenteil erzeugten die im vorigen Kapitel dargestellten Faktoren der Namensverfestigung eher die allgemeine Rechtsüberzeugung von der rechtlichen Notwendigkeit einer Beständigkeit des Namens als wichtiges Erkennungszeichen innerhalb der sozialen Ge-

1) Fleischer, Namenwechsel, in: Agricola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die Deutsche Sprache, 1970, S. 665.

2) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 13.

3) Loos ebd.

meinschaft¹⁾.

Erst seit dem späteren siebzehnten Jahrhundert sind Maßnahmen des Staates zu verzeichnen, die dazu bestimmt waren, den jeweiligen Bestand eines Familiennamens unbedingt zu sichern und Namenwechsel zu unterbinden²⁾. Bayern machte als erstes deutsches Land mit dem kurbayerischen Dekret vom 12.3.1677 eine beabsichtigte Namensänderung von der Zustimmung des Landesfürsten abhängig³⁾. Es folgten Österreich mit dem Patent vom 3.2.1776 (mit Nachträgen von 1826, 1848, 1866⁴⁾), das ebenfalls willkürliche Namensänderungen untersagte⁵⁾, und schließlich Preußen, das im Allgemeinen Landrecht vom 5.2.1794 die Führung eines fremden Familiennamens zur Ausführung eines Betruges unter Strafe stellte und für den Fall der "Anmaßung" eines solchen Namens einen Untersagungsanspruch normierte (§ 1440 Titel 20 Teil II ALR). Im Gegensatz zu der zuvor genannten Namensvorschrift, die das öffentliche Interesse an einer geordneten Namensführung zum

- 1) Hermann AcP 45, 166 siedelt den Namensbeibehaltungsgrundsatz daher auf der Ebene eines Gewohnheitsrechtes an; vgl. auch Loos ebd.
- 2) Vgl. Schützeichel, Einführung in die Familienamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 75: "Gesetzliche Bestimmungen sind nichts anderes als außersprachliche Einwirkungen auf den betreffenden Bereich der Sprache. Sie zielen auf die Sicherung eines einmal vorhandenen Familiennamens und seine Beibehaltung. Sie suchen die Annahme eines Familiennamens durchzusetzen."
- 3) Globke DV 1938, 51; vgl. auch Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 33; Schorr StAZ 1927, 298; Gansen StAZ 1929, 239 (Fn. 1) und Loos ebd., S. 74.
- 4) Klarmann ebd.
- 5) Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 21f.

erstenmal ausdrücklich betonte¹⁾, betraf die Bestimmung im Preußischen Allgemeinen Landrecht noch nicht den Namen als Träger einer Ordnungsfunktion. In Anlehnung an die betrugsrechtlichen Sentenzen des römischen Rechts sollte vor allem die bürgerliche und durch unbefugten Gebrauch beeinträchtigte Ehre der Namensträger geschützt werden.

Erste ausdrückliche gesetzliche Regelungen des Namens der Ehefrau und der Kinder enthielt das österreichische Patent vom 13.2.1797 (sog. "Westgalizisches Gesetzbuch"). Danach nahm die Ehefrau den Geschlechtsnamen ihres Mannes an; die ehelichen Kinder erlangten den Namen des Vaters, nichteheliche Kinder denjenigen der Mutter²⁾.

Der Anfang des neunzehnten Jahrhunderts ist im übrigen geprägt durch staatliche Maßnahmen, die darauf gerichtet waren, die Annahme fester Familiennamen in den Grenzregionen zu sichern - so zum Beispiel in Ostfriesland durch verschiedene Verordnungen der hannoverischen Regierung³⁾ - oder bei bestimmten Bevölkerungsgruppen zu reglementieren - so bei den Juden etwa durch das österreichische Patent von 1787⁴⁾, in Preußen durch Hardenbergs Edikt von 1812⁵⁾ und durch entsprechende Vorschriften in anderen deutschen Ländern⁶⁾.

¹⁾ Klarmann ebd.

²⁾ Teil I, §§ 63, 120, 138 des Patents; vgl. Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 22.

³⁾ Heintze/Cascorbi, Die deutschen Familiennamen, 1925, S. 31; Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 76.

⁴⁾ Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 21f.

⁵⁾ Heintze/Cascorbi ebd., S. 74.

⁶⁾ Dazu im einzelnen Pulgram, Beiträge zur Namensforschung 2, 1950, S. 156 (Fn. 70); Klarmann ebd., S. 39; Schützeichel ebd.

Als Vorbild für die weitere deutsche Namensrechtsentwicklung erwies sich das französische Gesetz vom 1.4.1803 ("Loi relative aux Prénoms et changement de Noms du 11. Germinal de l'an XI"), welches ein öffentlich-rechtliches Namensänderungsverfahren regelte und im übrigen zum erstenmal den Vorläufer des "wichtigen Grundes" im heute geltenden NAG formulierte ("la demande motivée")¹⁾. Nach Einführung dieser Vorschriften in den Rheinbundstaaten sah man sich in den deutschen Staaten - letztlich auch in Erkenntnis wachsender Unzuträglichkeiten durch die freie Veränderlichkeit des Namens für das Ordnungswesen eines Polizeistaates²⁾ - ebenfalls dazu veranlaßt, Namensänderungen neu zu regeln. War noch nach dem Allgemeinen Landrecht die gemeinrechtlich begründete Freiheit der eigenmächtigen Annahme eines abgeänderten, neugebildeten oder erdichteten Namens gegeben und nur der Mißbrauch eines fremden, schon von einem anderen geführten Familiennamens verboten, untersagte die Verordnung vom 30.10.1816 (GS. S. 216) jedweden Gebrauch eines einer bestimmten Person nicht zukommenden Namens³⁾. Dabei wurde ausdrücklich auf die ansonsten bestehenden Nachteile für die Sicherheit des bürgerlichen Verkehrs und die Wirksamkeit der Polizeibehörden hingewiesen. In Ergänzung dazu machte die Allerhöchste Cabinetsordre vom 15.4.1822 jede Namensänderung ohne Berücksichtigung von Lauterkeit oder Unlauterkeit der damit verbundenen

¹⁾ Vgl. Titre second, Art. IV: "Toute personne, qui aura quelque raison de changer de nom, en adressera la demande motivée au Gouvernement", zitiert nach Hermann AcP 45, 169 und Raschauer Namensrecht, 1978, S. 7.
²⁾ Vgl. Brintzinger StAZ 1970, 89.
³⁾ Sieh Hermann AcP 45, 168 und Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 221.

Absicht von der unmittelbaren landesherrlichen Erlaubnis abhängig¹⁾. In Österreich behielt das Hofkanzleidekret vom 5.6.1826 dem Kaiser das Recht vor, die beantragte Änderung eines Familiennamens zu bewilligen; sie wurde beim Übertritt zur christlichen Religion immer²⁾, ansonsten nur "in besonders rücksichtswürdigen Fällen" gewährt³⁾. Die genannten Bestimmungen hatten zur Folge, daß in dem von ihnen erfaßten Rechtskreis eine "Versteinerung" des bis dahin vorliegenden Bestandes an Familiennamen eintrat⁴⁾. Gleichzeitig eröffneten sie ausdrücklich die Möglichkeit einer Namensänderung durch Hoheitsakt, ohne Einzelheiten des Verfahrens näher zu regeln. Interessant war dabei die Tatsache, daß die Entscheidungszuständigkeit an höchster Stelle angesiedelt wurde, was wohl die besondere Bedeutung solcher Verfahren aus der damaligen Sicht dokumentiert. Erst 1866 (in Österreich durch Verordnung vom 18.3.1866⁵⁾) bzw. 1867 (in Preußen durch den Allerhöchsten Erlaß vom 12.6.1867, GS. S. 1310⁶⁾) wurde die Zuständigkeit zur Vornahme einer Namensänderung - ausgenommen diejenige von adeligen Namen - auf die Landesbehörden/Bezirksregierungen delegiert⁷⁾

-
- 1) Sieh Hermann ebd.; Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 34f; Loos ebd., S. 222. Schorr StAZ 1927, 298 verweist darauf, daß auch andere landesrechtliche Bestimmungen, insbesondere in Baden und Hessen die Änderung des Familiennamens ohne staatliche Bewilligung ausschlossen.
- 2) Eine entsprechende Regelung gab es in Preußen aufgrund der Allerhöchsten Ordre vom 13.5.1822
- 3) Klarmann ebd.; Edlbacher, Das Recht des Namens 1978, S. 136.
- 4) Loos ebd., S. 15.
- 5) Klarmann ebd.; Edlbacher ebd.
- 6) Sieh Loos ebd., S. 222.
- 7) Vgl. auch Hubernagel StAZ 1925, 169; Corsing StAZ 1928, 359; Dippel StAZ 1932, 410.

Um eine einheitliche Handhabung der Namensänderungsverfahren nach der Zuständigkeitsübertragung zu gewährleisten¹⁾, erläuterte der Cirkular-Erlaß vom 9.8.1867 (MBL. S. 246)²⁾ die bei der Durchführung einzuhaltenden Verfahrensgrundsätze, deren Kenntnis insofern von Interesse ist, als viele von ihnen in später verfaßte Verwaltungsvorschriften und Bearbeitungsrichtlinien Eingang gefunden haben³⁾. Danach wurde die Möglichkeit, einen Namensänderungsantrag zu genehmigen, zunächst davon abhängig gemacht, daß "hinreichende Gründe für den betreffenden Antrag sprechen". Im übrigen sollte das Augenmerk darauf gerichtet werden, ob der Namensänderung "Bedenken polizeilicher Natur" entgegenstünden, namentlich ob die Gewährung zu Verdunkelungen von Familiennamen oder zu einem Mißbrauch führen könnte. Schließlich regelte der Erlaß zum erstenmal Anhörung und Würdigung des Widerspruchs betroffener Dritter, und damit - zumindest ansatzweise - Grundsätze für die Abwägung gegenläufiger Privatinteressen.

Die nach dem Ende der Monarchie erlassene "Verordnung betreffend die Änderung von Familiennamen" vom 3.11.1919 (GS. S. 177) - mit Neufassungen vom 30.1.1923 (GS. S. 21) und vom 25.7.1928 (GS. S. 190) - enthielt weitere detaillierte Bestimmungen über das bei Namensänderungsanträgen einzuhaltende Verfahren und über die Wirkung einer Bewilligung. Eine gesetzliche Vorschrift, die in grundsätzlicher Weise die materiellen Änderungsvoraussetzungen geregelt hätte fehlt demgegenüber. Die Entscheidung im Einzel-

1) Koenig RVerwBl 1936, 821.

2) Sieh Loos ebd., S. 222ff.

3) Burghardt, Festschrift für Karl Bischoff, 1975, S. 282.

fall war in das "freie" Ermessen der zuständigen Behörden gestellt. Die Verordnung brachte insofern eine Neuerung, als die Zuständigkeit zur Namensänderung nunmehr von den Verwaltungsbehörden auf den Justizminister und damit auf die Justizverwaltung übertragen wurde¹⁾. Mit dieser Heranziehung der Gerichte bei den Namensänderungsverfahren²⁾ wurde aus den betreffenden Angelegenheiten, die bisher als reine Verwaltungssachen behandelt worden waren, ein neues Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit gebildet³⁾. Nach Einleitung einer allgemeinen Verwaltungsreform in Preußen wurde jedoch bereits 1932 die Zuständigkeit für Namensänderungen auf den Innenminister übertragen⁴⁾, der diese wiederum - mit Ausnahme einer bestimmten Gruppe von Fällen - bezüglich der Familiennamen auf die Regierungspräsidenten überleitete⁵⁾.

Im Rahmen der namensrechtlichen Kodifikationen stellt die Erbhofgesetzgebung ein besonders interessantes Kapitel dar, da sie eine Namensänderung eigener Art ermöglichte. Nach den §§ 27,

- 1) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 15f; Burghardt, Festschrift für Karl Bischoff, 1975, S. 282.
- 2) Vgl. auch Hubernagel StAZ 1925, 169; Dippel StAZ 1932, 410; Koenig RVerwBl 1936, 821.
- 3) Corsing StAZ 1928, 376. Die Entwicklung des Namensänderungsrechts verlief im übrigen in der anderen deutschen Ländern ähnlich wie in Preußen, vgl. dazu die Übersicht bei Dippel StAZ 1932, 410, 411.
- 4) § 7 der Zweiten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29.10.1932 (GS. S. 333); sieh Burghardt ebd.
- 5) Verordnung über die Zuständigkeit zur Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 21.11.1932 (GS. S. 361) in der Fassung vom 25.6.1934 (GS. S. 316) und Runderlaß des Innenministers vom 24.11.1932 in StAZ 1932, 441ff; vgl. auch Koenig RVerwBl 1936, 822.

28 des Reichserbhofgesetzes vom 29.9.1933 (RGBl. I S. 685, 689)¹⁾ konnte ein Bauer als Erblasser durch Testament oder Erbvertrag bestimmen, daß der Anerbe (§§ 20, 21 des Gesetzes) als Zusatz zu seinem Namen den Hofnamen - verbunden durch einen Bindestrich (§ 12 Abs. 2 Satz 1 der Erbhofrechtsverordnung vom 21.12.1936) - zu führen habe. "Hofname" war dabei der Name, mit dem der entsprechende Hof in der Erbhöferrolle eingetragen war; es konnte sich um einen echten überlieferten "Lokalnamen" handeln oder um einen Namen, den derjenige Bauer dem Hof erteilt hatte, welcher ihn ursprünglich bewirtschaftete²⁾. Die entsprechende Namensänderung trat aber erst bei Übernahme des Hofes ein und erstreckte sich ausschließlich auf den Anerben persönlich³⁾. Mit dieser Gesetzgebung sollte zumindest annähernd einer in vielen ländlichen Kreisen - insbesondere in Westfalen, aber auch in verschiedenen anderen Landesteilen⁴⁾ - verbreiteten Tradition Rechnung getragen werden, wonach der Name eines Bauernhofes und der Familiennamen seines Besitzers üblicherweise gleich lauteten - eine Regelung, die etwa dann eingriff, wenn jemand durch Einheirat den Hof erwarb⁵⁾. Hintergrund dafür war die Tatsache, daß im bäuerlichen Leben der Hof den Mittelpunkt darstellte, die größte Kennzeichnungskraft ent-

1) Mit der Aufhebung des Erbhofgesetzes durch das Kontrollratsgesetz Nr. 45 vom 20.2.1947 (KRABl. Nr. 14 S. 256) ist die Möglichkeit zu Namensänderungen dieser Art entfallen.

2) Loos StAZ 1968, 108 (Fn. 1a).

3) Flicker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 147.

4) Heintze/Cascorbi, Die deutschen Familiennamen, 1925, S. 31; Klarmann, Zur Geschichte der deutschen Familiennamen (2), 1927, S. 36, 37; Loos StAZ 1968, 108.

5) Heintze/Cascorbi ebd.; Klarmann ebd.

faltete und alle wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen sich auf den Hof als solchen bezogen¹⁾. Während ansonsten die Funktion des Familiennamens hauptsächlich in einer Kennzeichnung der Abstammung gesehen wurde, bestand für diesen Bereich das Bedürfnis, den Namensträger mit dem Hofnamen seinem räumlichen Wirkungskreis zuzuordnen²⁾. Da die Hofnamensitte dem im übrigen bei der Namensführung geltenden Abstammungsprinzip zuwiderlief, war vor dem Inkrafttreten des Reichserbhofgesetzes zur Vermeidung von Verwechslungen und Verdunkelungen von seiten der Behörden verschiedentlich und teilweise wenig erfolgreich versucht worden, den ererbten Namen des Hofbesitzers nach einer Hofübernahme - in der Regel durch Doppelnamenbildungen mit dem Zusatz "genannt" - nicht untergehen zu lassen³⁾. Die Erbhofgesetzgebung stellte nunmehr die grundsätzliche Prävalenz des durch Abstammung erworbenen Namens klar, garantierte jedoch die Fortführung eines möglicherweise alten Hofnamens bei entsprechender Anerbenverpflichtung zumindest auf dem Wege eines Namenszusatzes. Für den begrenzten, vom Reichserbhofgesetz erfaßten Bereich fand damit für die Gestalt des Familiennamens eines Anerben quasi eine Prinzipienkombination statt: während der erste Namensteil die Abstammungsreihe über mehrere Generationen markierte, also eine Familien-

¹⁾ Loos StAZ 1968, 108.

²⁾ Vgl. Klarmann ebd., S. 37: "...daß über dem Geschlecht das Heim, über dem Geschlechtsnamen der Hausname stehe".

³⁾ Vgl. u.a. die Provinzialverordnung vom 22.2.1828 für die preußische Provinz Westfalen, die auch in anderen preußischen Provinzen, in denen die Hofnamensitte galt, entsprechend angewandt wurde: Pflicht zur Fortführung des ursprünglichen Familiennamens unter Hinzusetzung des Hofnamens; ebenso der Erlaß des preußischen Innenministers an den Regierungspräsidenten in Osnabrück vom 13.8.1888; siehe Heintze/Cascorbi ebd.; Loos ebd., S. 108, 111.

zugehörigkeit in vertikaler Richtung, enthielt der als Zusatz geführte Hofname den Hinweis auf den örtlichen Bezugsrahmen des Namensträgers, bewegte sich demnach auf einer horizontalen Ebene. Damit war sowohl den Bedürfnissen des Staates und seines Verwaltungsapparates nach exakter Kennzeichnung einer Person und ihrer Herkunft als auch einer alten - und äußerst wirkungsvollen - Namenstradition Rechnung getragen.

D. Entstehungsgeschichte und heutige Geltung des NÄG

Im Zuge des nach 1933 politisch motivierten Bestrebens nach Schaffung reichseinheitlicher Regelungen wurde auch auf dem Gebiet des Namensänderungsrechts eine Vereinheitlichung in Angriff genommen. Einen ersten Schritt zur Angleichung der unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Ländern des Reiches¹⁾ an die seit 1932 in Preußen bestehende Rechtslage²⁾ stellte die Verordnung zur Durchführung des Dritten Gesetzes zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich³⁾ vom 18.3.1935 (RGBl. I S. 381) dar⁴⁾. Darin war bestimmt, daß Aufgaben, die bisher den obersten Landesjustizbehörden übertragen waren, einheitlich auf die obersten

1) Vgl. Pennrich StAZ 1969, 150.

2) Vgl. die Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29.10.1932 (GS. S. 333), die Verordnung über die Zuständigkeit zur Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 21.11.1932 (StAZ 1932, 441) und den Runderlaß des Innenministers vom 24.11.1932 (ebd.).

3) Gesetz vom 24.1.1935 (RGBl. I S. 68).

4) Globke DV 1938, 51; Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 56; Burghardt, Festschrift für Karl Bischoff, 1975, S. 282.

Landesbehörden der inneren Verwaltung übergehen sollten, unter anderen auch die öffentlich-rechtlichen Namensänderungen (Artikel 1 Nr. 2 der Verordnung). In diesem Zeitpunkt liefen bereits die Vorbereitungen zum Erlaß eines Reichsgesetzes über die Namensänderung¹⁾, das dann am 5.1.1938 erlassen wurde (RGBl. I S. 9) und das bisher geltende Recht zusammenfaßte. Die Regelungen eines Namensfeststellungsverfahrens und eines - schon durch Zeitablauf (§ 7 Abs. 1) gegenstandslosen - Widerrufsverfahrens bildeten die rein verfahrensmäßigen Neuerungen des Gesetzes gegenüber der zuvor bestehenden Rechtslage²⁾. In materieller Hinsicht war von besonderer Bedeutung, daß mit dem Tatbestandsmerkmal des "wichtigen Grundes" das maßgebliche Entscheidungskriterium Eingang in die Gesetzesfassung fand. Da das Namensänderungsgesetz aufgrund der der Reichsregierung durch das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1933 (RGBl. I S. 141) erteilten Ermächtigung durch die Reichsregierung beschlossen wurde und daher keine "parlamentarischen Hürden" zu nehmen hatte, läßt sich eine Motivforschung nicht betreiben. Es läßt sich deshalb auch nicht ermitteln, wie der damalige Gesetzgeber den Begriff des "wichtigen Grundes" verstanden wissen wollte. Aus dem umfangreichen Runderlaß des Reichsinnenministers vom 8.1.1938, der sehr eingehend die zu befolgende Praxis festlegte und Richtlinien für die Bearbeitung von Namensänderungsanträgen an die Hand gab, läßt sich allenfalls entnehmen, daß diese äußerst zurückhaltend behandelt werden sollten³⁾.

1) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 16.
2) Globke DV 1938, 51; Hering RVerwBl 1938, 65.
3) Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 140.

Das Namensänderungsgesetz von 1938 ist gemäß Art. 74 Ziffer 2 (in Verbindung mit Art. 72 Abs. 2) und Art. 123, 125 GG Bundesrecht geworden, gilt als solches fort¹⁾ und wird von den Ländern gemäß Art. 84 GG als eigene Angelegenheit ausgeführt²⁾. Die Zuordnung des NÄG zu dem Kompetenztatbestand des Art. 74 Ziffer 2 GG ergibt sich dabei nach allgemeiner Auffassung aus dem engen historischen und systematischen Zusammenhang von Personenstandswesen und Namensänderungsrecht³⁾. Aufgrund vielfältiger Bezüge des Namensrechts zum bürgerlichen Recht ließe sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes theoretisch zwar auch auf Art. 74 Ziffer 1 GG stützen⁴⁾, jedoch würde das weder die konkurrierende Bundeskompetenz in Frage stellen noch dem spezifisch öffentlichen Charakter des Namensänderungsrechts⁵⁾, der die Nähe zum Spezialtatbestand des Personenstandswesens in Art. 74 Ziffer 2 GG ausmacht⁶⁾, gerecht werden.

- 1) BVerwG Urt. v. 7.5.1954 - II C 206/53 - in StAZ 1955, 33; Urt. v. 7.3.1958 - VII C 109. 57 - in StAZ 1959, 292; Urt. v. 21.3.1958 - VII C 123.57 - in StAZ 1960, 42; Urt. v. 8. 11.1968 - VII C 9.67 - in StAZ 1970, 76; Graf von Bernstorff NJW 1961, 636; Burghardt, Festschrift für Karl Bischoff, 1975, S. 283.
- 2) Loos ebd., S. 17; Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981 S. 12.
- 3) Schorr StAZ 1927, 294; Köhler, Einführung: Zu den neuen Namensänderungsvorschriften, in: Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 9, 10; Schmidt-Bleibtreu/Klein, Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (5), 1980, Art. 74 Rdnr. 16; Maunz in: Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz, Kommentar, Loseblatt Stand September 1981, Art. 74 Rdnr. 35; von Münch in: von Münch (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar (2), 1981, Art. 74 Rdnr. 13; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 72f.
- 4) Brintzinger DÖV 1962, 442.
- 5) Vgl. Raschauer ebd., S. 73.
- 6) von Mangoldt/Klein, Das Bonner Grundgesetz, Bd. II, 1964, S. 1549; Raschauer ebd., S. 72.

Ein besonderes Problem bei der Diskussion um die heutige Geltung des NÄG vom 5.1.1938 stellte zunächst die Frage dar, ob das Gesetz nationalsozialistisches Gedankengut enthält und insofern mit den Grundsätzen eines demokratischen Rechtsstaates vereinbar ist¹⁾. Da die Einführung des "wichtigen Grundes" für eine Namensänderung durch das NÄG nicht schon als solche als nationalsozialistisch bezeichnet werden kann²⁾ und das Gesetz hauptsächlich nur zusammengefaßt und vereinheitlicht hat, was bis dahin in den einzelnen deutschen Ländern zur Zeit der Weimarer Republik rechtens gewesen war und in anderen demokratischen Staaten in ähnlicher Weise auch heute noch rechtens ist³⁾, richteten sich die entsprechenden Bedenken dabei auch nicht gegen die Gesetzesfassung selbst⁴⁾, sondern allenfalls gegen die seinerzeit erlassenen Bearbeitungsrichtlinien. Diese waren insofern rassenideologisch belastet, als nach ihnen zum Beispiel Anträgen von "Personen nichtarischer Abstammung" grundsätzlich nicht stattgegeben werden sollte, weil durch die Namensänderung die nichtarische Abstammung verschleiert werde⁵⁾. Das gleiche galt für den Fall des Namensänderungsantrages eines nichtehelichen Kindes, eines Stiefkindes oder Pflegekindes; hierbei sollte

-
- 1) Vgl. Koehler, Einführung: Zu den neuen Namensänderungsvorschriften, in: Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 7.
2) OVG Berlin Urt. v. 4.6.1959 - VI B 117.58 - in StAZ 1962, 279.
3) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 18.
4) BVerwG Urt. v. 7.3.1958 - VII C 109.57 - in StAZ 1959, 292; Graf von Bernstorff *NJW 1961, 636; Loos ebd.
5) Stölzel RVerwBl 1935, 429; Koenig RVerwBl 1936, 824f; Globke DV 1938, 53.

der Widerspruch eines Beteiligten beachtlich sein, wenn das Kind aus einer "erbbiologisch minderwertigen Sippe" stamme und den Namen einer "erbbiologisch einwandfreien Sippe" erstrebe¹⁾. Die vom Stuttgarter Länderrechts-Ausschuß für staats- und verwaltungsrechtliche Fragen eingesetzte Kommission für die Überarbeitung des Namensänderungsrechts arbeitete deshalb eine "entnazifizierte"²⁾ Neufassung der Richtlinien aus, die von den einzelnen Bundesländern in der Folgezeit übernommen wurde³⁾. Nationalsozialistische Ideen, die über die einschlägigen Verwaltungsvorschriften zunächst die Entscheidungspraxis der Behörden beeinflußt hatten, sind demnach aufgrund der heute geltenden Rechtsgrundlagen ohne Einfluß.

Einen wichtigen Aspekt bei der Frage nach der jetzigen Geltung des NÄG stellt die Prüfung der Vereinbarkeit des Gesetzes mit den Grundrechten aus Art. 2 Abs. 1 und Art. 1 Abs. 1 Satz 1 GG dar. Ausgangspunkt dafür ist die Überlegung, daß der Name als das neben dem Personenbild unmittelbarste Individualisierungsmittel nach völlig einhelliger Meinung zu der die Individualität eines Menschen konstituierenden Persönlichkeitssphäre gehört⁴⁾ und als

1) Hering RVerwBl 1938, 67; Globke DV 1938, 52.

2) Pennrich StAZ 1969, 150.

3) Vgl. dazu im einzelnen Brintzinger DÖV 1962, 444.

4) Corsing StAZ 1928, 358; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 23.

Persönlichkeitsrecht¹⁾ daher Teil hat am verfassungsrechtlich verankerten Persönlichkeitschutz. Die Ausgestaltung des bürgerlichen Namens als "Zwangsnamen"²⁾ kollidiert dabei insofern im Ansatz mit dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, als sie die konkrete Namensführung reglementiert, statt sie der Disposition des Einzelnen zu überlassen, und eine begehrte Namensänderung vom Vorliegen eines die Änderung rechtfertigenden "wichtigen Grundes" und einer entsprechenden behördlichen Entscheidung abhängig macht. Der Grundgedanke des Namensänderungsgesetzes, daß die Änderung eines Familiennamens nicht in das Belieben des Trägers gestellt ist, gehört jedoch - wie zuvor dargestellt - seit über einem Jahrhundert zu den Grundlagen der Rechtsordnung. Daß die Führung des überkommenen Namens die grundsätzlich verbindliche Regel, die Namensänderung aber die

-
- 1) Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 55; Krüger AcP 156, 242; Dölle, Familienrecht, Bd. II, 1965, 110, 111; Leisner FamRZ 1966, 123, 130; Gundrum StAZ 1968, 277; Brintzinger StAZ 1970, 92; Bitzi, Der Familienname als Marke, 1972, S. 18, 19; Diederichsen NJW 1976, 1177; Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 26 und StAZ 1979, 4; Münchener Kommentar-Schwerdtner (1978), § 12 BGB, Rdnr. 5 und Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1616 BGB, Rdnr. 5; Palandt-Heinrichs (41), § 12, Anm. 1 b aa und 1 c; RG Beschl. v. 23.11.1927 - IV B 56/27 - in RGZ 119, 47; BGH Urt. v. 10.5.1955 - I ZR 120/53 - in BGHZ 17, 209; Beschl. v. 13.7.1957 - IV ZB 23/57 - in BGHZ 25, 163, 168; Urt. v. 26.2.1960 - I ZR 159/58 - in BGHZ 32, 111; OVG Berlin Urt. v. 4.6.1959 - VI B 117.58 - in StAZ 1962, 279; BVerwG Urt. v. 6.11.1959 - VII C 144.57 - in StAZ 1960, 40; OVG Münster Urt. v. 10.10.1961 - II A 1515/60 - in StAZ 1962, 335f; OLG Hamburg Beschl. v. 18.11.1976 - 2 W 30/75 - in StAZ 1977, 225; OVG Koblenz Urt. v. 29.11.1978 - 2 A 43/75 - in StAZ 1979, 301; BVerwG Urt. v. 1.10.1980 - VII C 38/75 - in NJW 1982, 299.
- 2) Raschauer ebd., S. 22, 23.

Ausnahme ist, entspricht daher der durchaus herrschenden, die Begriffe der Menschenwürde und der persönlichen Freiheit insoweit prägenden Rechtsüberzeugung und nicht nur in ihrer Berechtigung möglicherweise anzweifelbaren praktischen Verwaltungsbedürfnissen¹⁾. Die grundsätzliche Sicherung der Stetigkeit des Familiennamens durch die Schaffung eines behördlichen Namensänderungsverfahrens, welches dazu dient, die Identität der einzelnen Namensträger zu gewährleisten, gehört zu den legitimen, im NÄG zum Ausdruck gelangten Anliegen eines neuzeitlichen Staates. § 3 Abs. 1 NÄG ist damit Bestandteil der verfassungsmäßigen Ordnung, durch die das Recht des einzelnen auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit gemäß Art. 2 Abs. 1 GG begrenzt wird²⁾. Für diejenigen Fälle, in denen ausnahmsweise die freie Entfaltung der Persönlichkeit durch einen bestimmten Namen behindert wird, ist eine Namensänderung durch das Gesetz nicht ausgeschlossen. Wird aber in Anwendung dieser gesetzlichen Vorschrift die Änderung im Einzelfall deshalb verweigert, weil es an dem vom Gesetz hierfür geforderten wichtigen Grund fehlt, kommt eine Grundrechtsbeeinträchtigung des Antragstellers nicht in Betracht³⁾. Vielmehr gewährt Art. 2 Abs. 1 GG ausschließlich

- 1) OVG Münster Urt. v. 20.3.1952 - II A 1307/51 - in DOV 1953, 768; BVerwG Urt. v. 29.8.1957 - II C 83.54 - in DOV 1957, 916f und Urt. v. 7.3.1958 - VII C 109.57 - in StAZ 1959, 293 (zum Namenfeststellungsverfahren nach § 8 NÄG); Graf von Bernstorff NJW 1961, 636.
- 2) BVerwG Urt. v. 28.10.1960 - VII C 236.59 - in NJW 1961, 1039; Beschl. v. 12.10.1962 - VII B 94.60 - in StAZ 1963, 40; Beschl. v. 18.2.1981 - VII B 69/80 - in NVwZ 1982, 111.
- 3) BVerwG Urt. v. 28.10.1960 - VII C 236.59 - in NJW 1961, 1039.

ein Grundrecht am vorhandenen, derzeit geführten Namen etwa gegenüber einem behördlichen Bestreiten des Rechts zur Namensführung; insoweit findet der Persönlichkeitsschutz seine Grenze¹⁾.

E. Die allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen für eine Familiennamenänderung

Der Prüfung des "wichtigen Grundes" nach § 3 Abs. 1 NÄG durch die Namensänderungsbehörden und Verwaltungsgerichte ist die Frage vorgelegt, ob die allgemeinen tatbestandlichen Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des Gesetzes nach §§ 1, 2 NÄG vorliegen. Danach ist in der Hauptsache zu untersuchen, ob ein "Familiennamen" Gegenstand des Verfahrens ist, eine "Änderung" im Sinne des Gesetzes erstrebt wird und eine ordnungsgemäße Antragstellung vorliegt. Schließlich muß der Antragsteller unter den persönlichen Anwendungsbereich des NÄG fallen (vgl. § 1), was im Einzelfall sehr problematisch sein kann²⁾, im Rahmen der vorliegenden Untersuchung jedoch ohne Bedeutung ist.

I. Der Begriff des "Familiennamens"

Der Name eines Menschen besteht nach dem deutschen Namens- und Personenstandsrecht aus dem

¹⁾ Dürig in: Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, Art. 2 I, Rdnr. 42.

²⁾ Vgl. Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 69ff; Ambrosius DÖV 1963, 603; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 32ff; Wengler StAZ 1973, 205ff; Frauenstein StAZ 1980, 261; zur Konvention von Istanbul vom 4.9.1958 über die Änderung von Namen und Vornamen (BGBl. 1961 II S. 1055, 1076; StAZ 1958, 258) vor allem Maßfeller StAZ 1962, 210f.

sog. "Familiennamen" und einem oder mehreren Vornamen¹⁾. Im Gegensatz zu ähnlichen Begriffen wie "Beiname", "Begleitname", "Nachname" oder "Zuname"²⁾ hat der "Familiename" einen rechtlich fixierten Begriffsinhalt, der für Vorschriften des Namensänderungsgesetzes, des Personenstandsgesetzes sowie des Bürgerlichen Gesetzbuches (vgl. zum Beispiel §§ 1355, 1617, 1618, 1737, 1740f, 1740g, 1757, 1765 BGB) gleichermaßen gilt. "Familiename" ist der von einer Person - gleichgültig, ob sie ledig oder verheiratet ist - zu einem bestimmten Zeitpunkt geführte Nachname³⁾. Er ist entweder "Geburtsname"⁴⁾ (vgl. § 1355 Abs. 2 Satz 3 BGB) und ergibt sich dabei derivativ⁵⁾ aus dem Namen der "Herkunftsfamilie" ("Orientierungsfamilie")⁶⁾ oder er ist "Ehename" (vgl. § 1355 Abs. 1-3 BGB), vereinigt also als Oberbegriff diese beiden Termini. Etwaige Begleitnamen, die einen persönlichen Namensbestandteil darstellen - wie etwa der nach § 1355 Abs. 3 BGB dem Ehenamen vorangestellte Geburtsname⁷⁾ - und für Namensableitungen ausdrücklich vom Familiennamen getrennt werden (vgl. §§ 1617 Abs. 1 Satz 2, 1618 Abs. 1 Satz 2, 1737 Satz 2, 1740f Abs. 2 Satz 3, 1757 Abs. 1 Satz 2), fallen - ebenso

1) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 25; Palandt-Heinrichs (41), § 12 BGB, Anm. 2a; vgl. auch BGH Urf. v. 15.1.1953 - IV ZR 76/52 - in BGHZ 8, 318, 320.

2) Vgl. Wacke FamRZ 1977, 511.

3) Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 150.

4) Dazu vor allem OLG Hamm Beschl. v. 8.12.1980 - 15 W 197/80 - in NJW 1981, 1162.

5) Vgl. Münchener Kommentar-Hinz (1978), § 1616 BGB, Rdnr. 3.

6) Gernhuber ebd.

7) Diederichsen NJW 1976, 1170, 1171; Gernhuber ebd.; Palandt-Diederichsen (41), § 1355, Anm. 1a.

wie Künstlernamen, Ordensnamen oder im Rechtsverkehr gebräuchliche Unterscheidungszeichen wie "senior"/"junior", Schmidt I, Schmidt II etc.¹⁾ - nicht unter den Begriff des Familiennamens²⁾. Dessen Erwerb erfolgt in der Hauptsache durch das Moment der Abstammung (vgl. § 1616 BGB) oder durch eine Änderung des Personenstandes (z.B. Heirat, Adoption, Legitimation)³⁾. In Anknüpfung an familienrechtlich relevante Sachverhalte ist der Erwerb des Familiennamens also im Grundsatz durch Vorschriften des bürgerlichen Rechts umfassend geregelt.

Problematisch ist die Feststellung des richtigen Familiennamens bei einigen besonderen Namensformen, etwa bei ehemaligen Adelsbezeichnungen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß gemäß Art. 109 Abs. 3 Satz 2 WRV⁴⁾ (in Verbindung mit Art. 123 Abs. 1 GG) die vor dem 14.8.1919 (Art. 181

- 1) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 29; Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981, S. 12.
- 2) Diederichsen ebd.; Gernhuber ebd. Nicht unter den Begriff des Familiennamens fallen auch die im slawischen Kulturkreis gebräuchlichen "Vatersnamen". Ein solcher wird aus dem Vornamen des Vaters durch besondere grammatische Ableitungsformen gebildet, von allen Geschwistern - allerdings mit männlich und weiblich unterschiedlicher Endung (Iwanowitsch/Iwanowna) - getragen und in jeder Generation gewechselt. Da er nicht die Funktion einer einheitlichen Sippenbezeichnung wahrnimmt, handelt es sich um einen besonderen Zwischennamen, aber eben nicht um einen Familiennamen; vgl. dazu die sehr instruktive Entscheidung des KG Berlin Beschl. v. 22.2.1968 - 1 W 2175/67 - in StAZ 1968, 351, 352.
- 3) Hermann AcP 45, 320; Corsing StAZ 1928, 360; Quappill StAZ 1930, 266; Danner StAZ 1933, 48; Stölzel RVerwBl 1935, 428; Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 55; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 25; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 314; Frauenstein/Kümmel/Reichard ebd., S. 11; Palandt-Heinrichs (41), § 12, Anm. 2a.
- 4) Weimarer Reichsverfassung vom 11.8.1919 (RGBl. I S. 1383).

WRV) erworbenen Adelsprädikate deutscher Staatsangehöriger seit diesem Tag als Bestandteile des Familiennamens geführt werden¹⁾. Seit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Weimarer Reichsverfassung fanden damit die allgemeinen Vorschriften des privaten und öffentlichen Rechts über den Erwerb und Verlust von Familiennamen uneingeschränkte Anwendung auf vor-malige Adelsbezeichnungen, so daß diese seit-dem auch als Familiennamen auf Ehefrau und Ab-kömmlinge übertragen werden²⁾, namensrechtlich also insgesamt den gleichen Regeln unterworfen sind. Für das Namensrecht ist von Bedeutung, daß Familiennamen in ihrer "adeligen" Form Gegenstand eines Namensänderungsverfahrens sein können, daß umgekehrt auf dem Wege eines sol-chen Verfahrens jedoch selbstverständlich kein Name erstrebt werden kann, der an ein ehemali-ges Adelsprädikat erinnert, da das einer vom

1) Schorr StAZ 1927, 299; Corsing StAZ 1928, 378; Quappill StAZ 1930, 268; Danner StAZ 1933, 51; Koenig RVerwBl 1936, 824; Globke DV 1938, 52; Graf von Bernstorff NW 1961, 636 und DÖV 1963 126; Brintzinger DÖV 1962, 443 und DÖV 1963, 131; Gundrum StAZ 1968, 278; Brintzinger StAZ 1970, 118; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 80f; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 129; OVG Lüneburg Urt. v. 17.1.1956 - II A 3/55 - in StAZ 1956, 218; VGH Stuttgart Urt. v. 30.9.1957 - 1 S 70/57 - in StAZ 1958, 323; BVerwG Urt. v. 29.5.1959 - VII C 55.58 - in StAZ 1960 239; Beschl. v. 12.10.1962 - VII B 94.60 - in StAZ 1963, 40, 41; Urt. v. 11.3.1966 - VII C 85.63 - in BVerwGE 23, 345, 346; OVG Münster Urt. v. 21.6.1966 - II A 306/65 - in MDR 1967, 432, 434. Ausnahmen galten für den Primogeni-turadel und den persönlichen Adel, da diese mangels Erblichkeit nicht - wie für den Fami-liennamen kennzeichnend - auf die Abkömmlinge übergingen; vgl. dazu Schorr ebd.; Quappill ebd.; Raschauer ebd. und BVerwG Urt. v. 11.3.1966 - VII C 85.63 - in BVerwGE 23, 345, 346.

2) Loos ebd., S. 26, 81; OVG Lüneburg Urt. v. 17.1.1956, ebd.

Gesetzgeber nicht gewollten Wiederverleihung des Adels gleichkäme¹⁾. Die größte Bedeutung in der Praxis hat für Adelsbezeichnungen - wie später noch darzustellen sein wird - die Auslegung des § 3a NAG.

Eine weitere Sonderstellung nehmen die sog. Hofnamen ein, die aufgrund langer Tradition²⁾ in bestimmten Gegenden Deutschlands mit dem eigentlichen Familiennamen auf verschiedenste Weise ("geborener", "genannt", Doppelname mit Bindestrich) verknüpft wurden³⁾. Auch wenn die so entstandenen Doppelnamenbildungen Eingang in frühere Kirchenbücher, schriftliche Beurkundungen und standesamtliche Register fanden, sind die in Doppelnamen enthaltenen Hofnamen bis auf ganz wenige Ausnahmen keine echten Bestandteile der Familiennamen geworden⁴⁾. Sie waren - wie bereits dargestellt - im amtlichen Verkehr zur besseren Kennzeichnung der Person des jeweiligen Hofbesitzers zugelassen worden, obwohl es sich lediglich um nicht vererbliche Zusätze handelte⁵⁾. In einem Namensänderungsverfahren bedarf es daher erforderlichenfalls der Nachprüfung, welcher Doppelnamenbestandteil den eigentlich von Rechts wegen zukommenden Familien-

1) OVG Münster Urt. v. 21.6.1966 - II A 306/65 - in MDR 1967, 434.

2) Vgl. BVerwG Urt. v. 31.1.1969 - VII C 26/68 - in VwRSpr 20, 558.

3) Vgl. dazu bereits die Ausführungen in dem Kapitel C. II.

4) Quappill StAZ 1932, 129f; Bussert StAZ 1964, 76; Loos StAZ 1968, 108 und Namensänderungsge-setz, 1970, S. 27.

5) So bereits Heintze/Cascorbi, Die deutschen Familiennamen, 1925, S. 31; Bach, Deutsche Namenkunde (2), Bd. 1, 2. Halbband, 1953, S. 106; vgl. auch AG Bielefeld Beschl. v. 30.5.1962 - 20 III 37 - 42/62 - in StAZ 1964, 75; Loos StAZ 1968, 111, 112.

namen darstellt. Auf der anderen Seite kann einem Namensträger, der einen Doppelnamen oder nur den Hofnamen, welcher bisher mit dem richtigen Familiennamen durch das Wort "genannt" verbunden worden ist, weiterzuführen wünscht, im Wege der Namensänderung bei Vorliegen eines "wichtigen Grundes" zu einer rechtlich einwandfreien Namensführung verholfen werden.

II. Der Begriff der "Änderung"

Eine Namensänderung im Sinne des NÄG ist jede Veränderung der bisher geführten konkreten Namensform, also sowohl der Austausch des Namens gegen einen anderen einschließlich der Beifügung eines weiteren Namens zu einem Doppelnamen oder der Auflösung eines solchen - hier spricht man von einem "Namenswechsel" - als auch die bloße Abänderung des bisherigen Namens im Lautbestand oder in der Schreibweise¹⁾. Daß auch die Änderung der Schreibweise eines Namens, also zum Beispiel die Umlautschreibweise (Götz/Goetz) oder diejenige der Laute ss/B (Hassenkamp/Haßenkamp), denselben Regeln unterliegt, die für einen Namenswechsel gelten, ergibt sich dabei aus der Tatsache, daß der Familienname der Identifizierung seines Trägers auch im Schriftverkehr dient²⁾. Da öffentliche Interessen an

1) Hubernagel StAZ 1925, 168; Schorr StAZ 1927, 298, 299; Dippel StAZ 1932, 409; Stölzel StAZ 1933, 5; Danner StAZ 1933, 48; Pennrich StAZ 1969, 152; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 13, 30; Burghardt, Festschrift für Karl Bischoff, 1975, S. 271; BVerwG Urt. v. 29.8.1957 - II C 83.54 - in DÖV 1957, 916f.

2) BVerwG Urt. v. 8.11.1968 - VII C 9.67 - in StAZ 1970, 76; Urt. v. 29.9.1972 - VII C 77.70 - in BVerwGE 40, 353; Urt. v. 1.10.1980 - VII C 21.78 - in StAZ 1981, 244, 246 sowie Urt. v. 1.10.1980 - VII C 30.79 - in StAZ 1981, 247.

der Fortführung eines Namens bei der bloßen Änderung der Schreibweise in erheblich geringerem Maße tangiert sind als bei einem Namenswechsel, bestehen in der Namensänderungspraxis für diesen Fall - wie noch ausgeführt wird - erheblich weniger Bedenken gegen die Annahme eines "wichtigen Grundes". Das gleiche gilt im übrigen für die einfache Änderung der Schreibweise insbesondere osteuropäischer Namen, die keine lautliche Veränderung mit sich bringt, sowie für die sog. "Transkription" von Namen in kyrillischer oder griechischer Schrift nach dem Lautklang in eine entsprechende deutsche Schreibweise¹⁾. Zunächst fallen die genannten Einwirkungen auf die bisherige Namensgestalt jedoch stets unter das Tatbestandsmerkmal der Namensänderung und erfordern daher in jedem Falle ein entsprechendes Verfahren nach dem NÄG.

III. Ordnungsgemäße Antragstellung

Nach § 1 NÄG setzt die Namensänderung einen besonderen Antrag des Namensträgers voraus²⁾; ein Namensänderungsverfahren kann also nicht von Amts wegen eingeleitet werden. Das Erfordernis der Antragstellung verpflichtet gleichzeitig zur Angabe des erstrebten neuen Namens. Nur dieser kann von der zuständigen Behörde zuerkannt werden³⁾.

- 1) Loos Namensänderungsgesetz, 1970, S. 30; zu der diesbezüglich insgesamt großzügigen Handhabung von Namensänderungen durch die zuständigen Behörden vor allem Burghardt, Festschrift für Karl Bischoff, 1975, S. 281, 283ff.
- 2) Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 58, 59; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 37; Frauenstein StAZ 1980, 261, 264; zur Rechtslage vor Geltung des NÄG Stölzel StAZ 1933, 5.
- 3) Ficker ebd., S. 59, 60; Loos ebd.

Bei Geschäftsunfähigkeit oder beschränkter Geschäftsfähigkeit des Namensträgers, also in der Hauptsache bei minderjährigen Kindern, muß der Antrag von dem gesetzlichen Vertreter gestellt werden (§ 2 Abs. 1 NAG). Nach Scheidung einer Ehe ist das derjenige Elternteil, dem das Familiengericht die elterliche Sorge übertragen hat (§ 1671 Abs. 1 i.V.m. § 1629 Abs. 1 Satz 1 und 3 1. Fall BGB)¹⁾. Auch die Änderung des Familiennamens fällt in den Kreis derjenigen Rechtshandlungen, die vom Begriff der Sorge für die Person eines Kindes umfaßt werden²⁾. Insbesondere für die problematischen Fälle der ehelichen Stiefkinder ergibt sich dabei die Frage, ob das Stellen eines Namensänderungsantrages durch den sorgeberechtigten Elternteil eine mißbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge im Sinne von § 1666 Abs. 1 BGB darstellt. In der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte ist diese Frage vielfach bejaht worden, wenn nach deren Feststellungen mit der beantragten Namensänderung der Zweck verfolgt werden sollte, die zwischen dem Kind und dem nichtsorgeberechtigten Vater bestehenden Familienbände äußerlich zu durchschneiden³⁾. Diese Auffassung wurde vor allem damit begründet, daß eine Namensänderung das Verhältnis von Kind und Vater schwer belasten würde und damit das Kindeswohl gefährde,

- 1) OLG Frankfurt Beschl. v. 20.8.1955 - 6 W 446/55 - in FamRZ 1956, 325, 326; BVerwG Urt. v. 16.5.1957 - II C 249.54 - in JZ 1958, 357.
- 2) OVG Lüneburg Urt. v. 10.8.1954 - V A 48/54 - in FamRZ 1954, 200.
- 3) OLG Frankfurt Beschl. v. 20.8.1955 - 6 W 446/55 - in FamRZ 1956, 326 und Beschl. v. 8.3.1977 20 W 67/77 - in StAZ 1978, 160, 161; OLG Celle Beschl. v. 14.10.1960 - 5 Wx 72/60 - in FamRZ 1961, 33, 34; zustimmend Dölle Familienrecht, Bd. II, 1965, S. 112.

weil die Blutsverwandtschaft nicht mehr in Erscheinung trete und aus diesem Grund nicht ohne schädliche Auswirkung auf das künftige innere Verhältnis der Betroffenen zueinander bleiben könne; ein "schuldhafter Sorgerechtsmißbrauch" liege nicht nur vor, wenn der Namensänderungsantrag auf einer feindseligen Gesinnung gegenüber dem Vater beruhe, sondern auch dann, wenn das Vater/Kind-Verhältnis dadurch schwer belastet werde¹⁾. In verschiedenen Urteilen jüngeren Datums ist dieser Auffassung jedoch entgegengetreten worden. Dabei wurde vor allem darauf verwiesen, daß der vermeintlich belastende Eingriff in das Vater/Kind-Verhältnis weder notwendig noch auch nur regelmäßig zum Nachteil des Kindes erfolge, da die Entscheidung zugunsten einer Namensänderung vom Vorliegen eines wichtigen Grundes abhängt und dieser wiederum nur bei unabweislichen Kindesinteressen zu bejahen sei²⁾.

Diese Ansicht ist deshalb zutreffend, weil nur sie der gesetzlichen Zuständigkeitsverteilung zwischen ordentlicher Gerichtsbarkeit auf der einen und Verwaltung sowie Verwaltungsgerichtsbarkeit auf der anderen Seite gerecht wird. Zwar fällt die Prüfung der Voraussetzungen eines Sorgerechtsmißbrauchs gemäß § 1666 Abs. 1 BGB unter die originäre Zuständigkeit der Vormundschaftsgerichte, die Subsumtion eines von

- ¹⁾ So vor allem OLG Celle ebd. und OLG Frankfurt Beschl. v. 8.3.1977, ebd.
²⁾ OVG Berlin Urt. v. 21.2.1980 - V B 13.78 - in FamRZ 1981, 88; OVG Bremen Urt. v. 22.9.1981 - in FamRZ 1982, 191; ähnlich bereits Becker FamRZ 1956, 327 und Schmidt-Futterer MDR 1961, 192; zur Entscheidung des OLG Frankfurt ebd. vor allem Ey StAZ 1978, 185.

dem sorgeberechtigten Elternteil gestellten Namensänderungsantrages unter die genannte Vorschrift zwingt jedoch zu einer notwendigerweise unsicheren Prognose bezüglich der Erfolgsaussichten des Namensänderungsverfahrens. Damit obliegt dem Vormundschaftsrichter die Prüfung eines Tatbestandsmerkmals, die naturgemäß nur in den Aufgabenkreis der Namensänderungsbehörden gehören kann, nämlich die Prüfung des Vorliegens eines "wichtigen Grundes" im Sinne von § 3 Abs. 1 NÄG. Die Untersuchung eines Namensänderungsantrages auf eine mögliche mißbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge hin stellt im übrigen auch aus dem Blickwinkel der Interessen des nichtsorgeberechtigten Elternteils gegenüber dem eigentlichen Namensänderungsverfahren eine völlig unnötige Vorschaltung einer richterlichen Prüfung der gesetzlichen Änderungsvoraussetzungen dar. Welche Namensführung dem Wohl des Kindes im Einzelfall dient, wird unter Berücksichtigung der von diesem vorgebrachten Gesichtspunkte in dem Verfahren vor der Namensänderungsbehörde, unter Umständen auch in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren, eingehend untersucht. Insbesondere ist auch nur dieses Verfahren geeignet, bei der Entscheidung die tangierten öffentlichen Belange mit einzubeziehen. Die vorschnelle Annahme eines Sorgerechtsmißbrauchs verführt demgegenüber nur dazu, eine umfassende Abwägung der widerstrebenden Interessen zu vernachlässigen. Sie wird dabei dem Wandel in der Rechtsprechung, der sich in knapp drei Jahrzehnten hinsichtlich der Interpretation des "wichtigen Grundes" in den Stiefkinderfällen vollzogen hat, nicht gerecht. Berücksichtigt man, daß in der Regel nur in denjenigen Fällen ein Namensänderungsantrag gestellt

wird, in denen die bisherige Namensführung subjektiv als Belastung empfunden wird, dürfte eine deutliche Zurückhaltung der Vormundschaftsgerichte angebracht sein. Es mag durchaus Fälle geben, in denen ein Namensänderungsantrag seitens des sorgeberechtigten Elternteils bewußt zur Kränkung des früheren Ehepartners eingesetzt wird und eine solche bloß eigenorientierte und eben nicht kindeswohlorientierte Verhaltensweise die Anwendung des § 1666 BGB angezeigt erscheinen läßt. Die Bewertung und Gewichtung dieses Umstandes für die Annahme eines "wichtigen Grundes" kann jedoch in dem von Gesetzes wegen dafür vorgesehenen Verfahren nach dem NÄG in einem ausreichenden Maße erfolgen.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß die auf entsprechenden Antrag hin vorgenommene Namensänderung durch einen rechts gestaltenden Verwaltungsakt der Behörde erfolgt¹⁾. Der Antragsteller ändert also nicht etwa selbst den Namen mit Genehmigung oder Ermächtigung der Verwaltung, es ist vielmehr die zuständige Behörde, die die Namensänderung vornimmt²⁾. Die Wirksamkeit der Namensänderung hängt dabei ab von der Aushändigung einer entsprechenden Urkunde³⁾. Wird in den Stiefkinderfällen dem ent-

- 1) Becker FamRZ 1955, 40; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 38. Vordruckmuster für einen Bewilligungsbescheid und für einen Ablehnungsbescheid bei Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981, S. 89, 93.
- 2) Stölzel RVerwBl 1935, 429; Koenig RVerwBl 1936, 823; Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, 141ff und Öffentliches Namensrecht, S. 59ff; Edlbacher StAZ 1979, 3; Frauenstein StAZ 1980, 264.
- 3) Loos ebd.; Vordrucksmuster bei Frauenstein/Kümmel/Reichard ebd., S. 94-96; vgl. auch schon Koenig RVerwBl 1936, 823 und Globke DV 1938, 53.

sprechenden Namensänderungsantrag durch Bewilligungsbescheid, einem begünstigenden Verwaltungsakt, stattgegeben, ergibt sich für den nichtsorgeberechtigten Elternteil, in der deutlichen Mehrzahl also für den leiblichen Vater des Kindes, die Möglichkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage über die Konstruktion eines Verwaltungsaktes mit "drittbelastender Doppelwirkung"¹⁾. In diesem Zusammenhang sei bereits angedeutet, daß es - wie noch darzustellen sein wird - durchaus Schwierigkeiten bereitet zu begründen, inwiefern rechtlich abgesicherte Positionen des jeweiligen Elternteils tatsächlich betroffen sind, was jedoch für die Klagezulässigkeit selbstverständlich keine Bedeutung hat.

F. Das Tatbestandsmerkmal des "wichtigen Grundes"

Den zentralen rechtlichen Maßstab bei der Entscheidung über Namensänderungsanträge bildet - wie schon ausgeführt - das Tatbestandsmerkmal des "wichtigen Grundes" in § 3 Abs. 1 NAG.

Die äußerst geringe Präzision eines general-klauselartigen Begriffs verführt in der Praxis leicht zu der Ausarbeitung einschlägiger Fallgruppen und damit im Ansatz zu einer "Schubladen-Judikatur", obwohl die vom Gesetzgeber bewußt gewählte Weite des betreffenden Rechtsbegriffs im Gegenteil eher die umfassende Würdigung aller spezifischen Gesichtspunkte des jeweiligen Einzelfalles im Auge hat. Auch in den Namensänderungsverfahren ist die Tendenz fest-

¹⁾ Vgl. Wolff/Bachof, Verwaltungsrecht I (9), 1974, § 47 VI c; Ey StAZ 1978, 185.

zustellen, die Entscheidung an der Typizität der am häufigsten vorkommenden Fallgruppen zu orientieren. Ursache dafür sind die vergleichsweise ausführlichen Bestimmungen und Hinweise auf beispielhafte Konstellationen in den aufgrund von § 13 NÄG erlassenen (norminterpretierenden) Verwaltungsvorschriften, zumal sie in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren trotz fehlender Bindungswirkung für das Gericht in der Regel als Rechtsfindungshilfe angesehen werden.

Dabei zeigt aber sowohl ein Vergleich der verschiedenen, bisher erlassenen Verwaltungsvorschriften von 1938¹⁾, 1960²⁾ und 1980³⁾ als auch eine Gesamtschau der seit Anfang der fünfziger Jahre zum Namensänderungsrecht ergehenden Rechtsprechung, daß die Auslegung des § 3 Abs. 1 NÄG ein ständiger Prozeß ist, in dem der im Gesetz ausgedrückte Gedanke "unter dem Einfluß der still wirkenden Kräfte des Rechtsverkehrs, der in ihm sich bildenden Rechtsgewohnheiten und gemeinsamen Überzeugungen"⁴⁾ ständig weiterentwickelt wird. Die durch Novellierungen im Bereich des Ehe- und Familienrechts bewirkte und bereits eingangs erwähnte "Dynamisierung" des Namensrechts (vgl. S. 11) veränderte so etwa den Stellenwert von bestimmten Grundsätzen der Namensführung und auf diesem Wege auch die Beur-

1) Vgl. dazu bereits S. 55 unten.

2) StAZ 1961, 67ff = GMBL. 1961 S. 11.

3) Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 153 vom 20.8.1980.

4) Larenz, Methodenlehre der Rechtswissenschaft (4), 1979, S. 125; zu der (bis zu einem gewissen Grade) Zeitgebundenheit jeder Gesetzesauslegung vgl. auch S. 301: "...einem grundlegenden Wandel des allgemeinen Wertbewußtseins darf sich der Ausleger nicht entziehen, vor allem dann nicht, wenn er in neueren Gesetzen Ausdruck gefunden hat oder auf einem breiten Konsens beruht".

teilung "gängiger" Fallgruppen der Namensänderungspraxis.

Vor diesem Hintergrund soll im folgenden zunächst eine von Zeitströmungen unbeeinflusste Inhaltsbestimmung des "wichtigen Grundes" vorgenommen werden.

I. Auslegung nach Kriterien der juristischen Methodenlehre

"Auslegen ist ein vermittelndes Tun, durch das sich der Auslegende den Sinn eines Textes, der ihm problematisch geworden ist, zum Verständnis bringt"¹⁾.

Obwohl sich das geltende Namensänderungsgesetz in der bisherigen Praxis insgesamt durchaus als brauchbares Instrument erwiesen hat²⁾, ist das konturenlose Tatbestandsmerkmal des "wichtigen Grundes" vor allem mit zunehmender Bedeutung der sog. Stiefkinderfälle zu einem besonderen Auslegungsproblem geworden. Da hier ein besonderer Interessenwiderstreit besteht, der mit demjenigen der übrigen Namensänderungsverfahren äußerst wenig gemeinsam hat, ist es im Hinblick auf eine adäquate Lösung dieser Problemfälle erforderlich, ganz allgemein die Tragweite des § 3 Abs. 1 NÄG auszumessen sowie verschiedene von dieser Vorschrift erfaßte Regelungsbereiche gegeneinander abzugrenzen und im besonderen mit Möglichkeiten einer Namensänderung nach familienrechtlichen Bestimmungen zu vergleichen. Damit das schließlich gefundene

¹⁾ Larenz ebd., S. 298.

²⁾ Vgl. Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 18.

Auslegungsergebnis Anspruch auf Richtigkeit erheben kann, soll dabei von den von der juristischen Methodenlehre entwickelten Kriterien ausgegangen werden.

1. Der Wortsinn des "wichtigen Grundes"

Am Anfang einer jeden Auslegung eines Gesetzestextes steht die Ermittlung des Wortsinns der vom Gesetzgeber verwendeten Begriffe¹⁾, also die strikte Wortinterpretation. Der allgemeine Sprachgebrauch - welchem der "wichtige Grund" zuzurechnen ist, da er in der Rechtssprache keine spezifische Bedeutung erhalten hat - bezeichnet nämlich den allgemeinen Orientierungsrahmen, innerhalb dessen die gesuchte Interpretation des Rechtsbegriffs liegen muß; denn "eine Deutung, die nicht mehr im Bereich des möglichen Wortsinns liegt, ist nicht mehr Ausdeutung, sondern Umdeutung"²⁾.

In der Urbedeutung des Wortes bezeichnet der "Grund" zunächst einmal "das Unterste", "die tiefste Stelle"³⁾; im weiteren bezeichnet er den Boden oder das Fundament, das dem darüber Liegenden Standfestigkeit verleiht⁴⁾. Im philosophischen Sprachgebrauch ist der "Grund" das, wodurch etwas Bestand hat und warum etwas ist⁵⁾. Damit erhält der Begriff insofern eine logische Komponente, als er ein Urteil oder einen Gedan-

¹⁾ Larenz, Methodenlehre der Rechtswissenschaft (4), 1979, S. 307.

²⁾ Larenz ebd., S. 309; vgl. auch S. 311, 332.
³⁾ Hoffmeister (Hrsg.), Wörterbuch der philosophischen Begriffe (2), 1955, S. 283 mit Verweis auf die Bedeutung des alt- und mittelhochdeutschen "grunt"; de Vries in: Brugger (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch (16), 1981, S. 159.

⁴⁾ de Vries ebd.

⁵⁾ de Vries ebd.

ken darstellt, dessen Gültigkeit die Gültigkeit eines anderen notwendig macht; etwas "begründen" bedeutet in diesem Sinne also den Nachweis des Verhältnisses von Grund und Folge¹⁾.

Das Element der "Begründung" ist dasjenige, das auch bei dem hier untersuchten Tatbestandsmerkmal in § 3 Abs. 1 NÄG im Vordergrund steht. Die Änderung eines Familiennamens rechtfertigt sich nur, wenn dafür Gründe vorliegen - der schlichte Änderungswunsch des Betreffenden reicht nicht aus. Es wird damit die grundsätzliche Geltung des Prinzips der Namenskontinuität einerseits vorausgesetzt, andererseits durch die genannte Vorschrift erst (mit) normiert, indem die Namensänderung eben durch das Vorliegen von solchen Gründen bedingt ist, die eine Durchbrechung des besagten Grundsatzes gestatten. Dabei läßt die Formulierung des Gesetzes nicht jedweden Grund ausreichen, sondern verlangt durch die Begriffsbildung "wichtiger Grund" eine bestimmte Begründungsqualität, einen den Einzelfall "entscheidenden" Bedeutungsgrad.

Die Forderung nach einem gewissen Begründungsniveau macht gleichzeitig deutlich, daß die zur Rechtfertigung der beantragten Namensänderung gelieferten Tatsachen in Relation treten zu Grundsätzen der Namensführung, wie sie unter

¹⁾ Hoffmeister ebd., S. 284. Vgl. auch de Vries ebd., S. 160 zum sog. "Satz vom zureichenden Grund" ("principium rationis sufficientis"), der in ontologischer Hinsicht besagt, daß jeder Sachverhalt einen zureichenden Seinsgrund hat, und in logischer Hinsicht verlangt, daß jedes den Zweifel ausschließende Urteil sich durch einen die Wahrheit sicherstellenden Erkenntnisgrund als gültig erweisen lassen muß.

anderem im Namensänderungsgesetz ihren rechtlichen Ausdruck finden. Wichtig sind die Änderungsgründe somit dann, wenn sie "gewichtiger" sind als diejenigen Gründe, welche die Einhaltung des Prinzips der Namenskontinuität verlangen. Die gesetzliche Formulierung ist also von vornherein auf eine Abwägung gerichtet. Sie ist aufgrund des Kontextes außerdem auf äußerste Restriktion hin angelegt¹⁾, was sich etwa aus einem Vergleich der §§ 1 und 3 Abs. 1 NÄG ergibt. Das Gesetz lautet nicht: "§ 1. Der Familienname ... kann auf Antrag geändert werden, wenn dafür ein wichtiger Grund vorliegt", obwohl das durch die Nennung des zentralen Entscheidungskriteriums in sachlicher Hinsicht keinen Unterschied ausgemacht hätte. Es führt den "wichtigen Grund" vielmehr in einer gesonderten Vorschrift ein, beschränkt dabei die in § 1 NÄG grundsätzlich eröffnete Änderungsmöglichkeit ("kann") durch die Formulierung "darf nur" und verlangt für die Änderung eines Familiennamens als Ausnahme von dem im Grundsatz unangetastet bleibenden Prinzip der Namenskontinuität schließlich eine "Rechtfertigung", normiert damit also eine besonders gelagerte Begründungspflicht.

Daß für die Annahme eines "wichtigen Grundes" ein objektiver Maßstab anzulegen und nicht eine besondere Empfindsamkeit des Namensträgers im Hinblick auf seine bisherige Namensführung zu berücksichtigen ist²⁾, ergibt sich daraus, daß

1) Vgl. auch Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981, S. 13, 14, wonach sich die genannte restriktive Auslegung "zweifelsfrei" (!) aus der Formulierung des Gesetzes ergibt.

2) Vgl. Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 138.

die Wichtigkeit des vorgebrachten Änderungsgrundes nicht versubjektiviert auf die Person des Antragstellers bezogen wird (etwa: "... ein für den Antragsteller wichtiger Grund"), sondern allgemein auf das vom Gesetz vorausgesetzte Namensbeibehaltungsgebot. Aufgrund dessen wird der "wichtige Grund" zu einem "versteckt gemeinwohlbezogenen Begriff"¹⁾, der die Wichtigkeit des jeweiligen Änderungsgrundes an dem öffentlichen Interesse an der Fortführung des bisherigen Familiennamens mißt. Auch die Tatsache, daß die Vornahme einer Namensänderung nicht der freien Disposition des jeweiligen Namensträgers unterliegt, sondern von der bewilligenden Entscheidung einer staatlichen, an Belangen der Allgemeinheit orientierten Behörde abhängig gemacht ist, verdeutlicht, daß der "wichtige Grund" am Maßstab öffentlicher Interessen zu messen ist.

Eine Zweckbegrenzung enthält das NÄG in bezug auf die in ihm enthaltene Ermächtigung zur Namensänderung nicht. Es trägt mit einer Formulierung, die nicht dazu bestimmt ist, Rechtsfolgen mit rein logischer Deduktion aus exakten geisteswissenschaftlichen Begriffen abzuleiten, vielmehr der Tatsache Rechnung, daß Namensträger aus den verschiedensten Gründen ein berechtigtes Interesse daran haben können, an Stelle ihres bisherigen rechtmäßigen Namens einen anderen Namen annehmen zu dürfen. Insofern ist der "wichtige Grund" ein Blankettbegriff, dessen Inhalt unter Beachtung aller individuellen und generellen Interessen sowie der sonst aus verschiedenen gesetzlichen Vorschriften

¹⁾ Häberle, Öffentliches Interesse als juristisches Problem, 1970, S. 495.

ten erkennbaren Werturteile des Gesetzgebers ausgefüllt werden muß. Die "Offenheit" der Norm verlagert damit das Auslegungsinteresse auf die Ermittlung derjenigen Grundsätze, deren Gültigkeit sich aus der Zusammenschau sämtlicher Namensführungsbestimmungen ergibt, weil von ihnen die Bewertung des Wichtigkeitsgrades der vorgebrachten Änderungsgründe abhängt.

Die Wortlautinterpretation verhilft damit zu dem Zwischenergebnis, daß der "wichtige Grund" in § 3 Abs. 1 NÄG eine umfassende Würdigung der besonderen Probleme des jeweiligen Einzelfalles postuliert¹⁾, dessen Ergebnis wiederum dadurch bestimmt ist, wie der Stellenwert derjenigen Namensführungsgrundsätze anzusiedeln ist, die die Geltung des Prinzips der Namenskontinuität bedingen.

2. Die Regelungsabsicht des historischen Gesetzgebers

Um die Bedeutung des "wichtigen Grundes" zu erhellen, ist die Ermittlung der Regelungsabsicht des historischen Gesetzgebers insofern von Interesse, als sie aufzeigt, mit welchen sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten dieser in Anknüpfung an die Rechtsvorstellungen der damaligen Zeit die Rechtsprobleme, vor die er seinerzeit gestellt war, gelöst hat. Es sei gleich angemerkt, daß dieser Aspekt - ebenso wie die Erklärung des Wortsinns eines Gesetzestextes - nur ein erstes Indiz für eine heute zutreffende Auslegung liefert, da diese nach

¹⁾ Dasselbe gilt für die Auslegung des "wichtigen Grundes" zum Beispiel in §§ 626, 723 BGB, §§ 133, 140 HGB; § 16 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 JAG NW.

einer Veränderung der sozialen Rahmenbedingungen auch Antworten auf die Rechtsprobleme der Gegenwart suchen muß¹⁾.

Wie oben bereits angedeutet wurde, besteht keine Möglichkeit, die näheren Normvorstellungen der an der Vorbereitung und Abfassung des Namensänderungsgesetzes von 1938 beteiligten Personen zu ermitteln. Schriftliche Vorentwürfe, Beratungsprotokolle, Sitzungsberichte und amtliche Begründungen, die wertvolle Hilfen für das Verständnis des Norminhalts darstellen könnten, existieren nicht. Wohl läßt sich aus den Bearbeitungsrichtlinien, die vom Reichsinnenminister kurz nach Inkrafttreten des NÄG erlassen²⁾ und in der damaligen Zeitschriftenliteratur eingehend behandelt wurden³⁾, im wesentlichen die gesetzgeberische Intention entnehmen. Das Gesetz sollte - wie schon ausgeführt - die zuvor geltenden Namensänderungsvorschriften der einzelnen Länder reichseinheitlich zusammenfassen⁴⁾, ohne gegenüber den bisher verwendeten Entscheidungsmaßstäben sachlich eine Änderung herbeizuführen. Das Erfordernis des Vorliegens eines "begründeten (motivierten) Grundes", von "besonders rücksichtswürdigen Fällen" oder "hinreichenden Gründen" (vgl. oben Seiten 48-50) sollte weiterhin gelten und sprachlich durch den Begriff des "wichtigen

1) Vgl. Larenz, Methodenlehre der Rechtswissenschaft (4), 1979, S. 304, 305; sieh auch S. 338: "Unter den Faktoren, die zu einer Überprüfung und damit oft zu einer Änderung der bisherigen Auslegung Anlaß geben, kommt dem Wandel der Normsituation eine hervorragende Bedeutung zu".

2) RMBlV 1938 S. 69, 76.

3) Globke DV 1938, 52; Hering RVerwBl 1938, 65ff.

4) Globke DV 1938, 51.

Grundes" ausgedrückt werden. Die grundsätzlich ablehnende Haltung des Staates gegenüber Namensänderungsanträgen und die dementsprechend nicht besonders großzügige Praxis in der Handhabung solcher Verfahren¹⁾ sollte damit fortgeführt werden. Absicht des historischen Gesetzgebers war folglich in jedem Fall die Regelung der Namensänderung als Ausnahmeangelegenheit²⁾. Sie beruhte auf der Erkenntnis, daß die unverwechselbare Bezeichnung einer Person mit einem konstanten Familiennamen ein bewährtes und unentbehrliches Hilfsmittel zur administrativ-bürokratischen Erfassung der Bevölkerung darstellt³⁾.

Führt die getätigte Rückschau somit zu einer tendenziell restriktiven Auslegung des Tatbestandsmerkmals "wichtiger Grund", beansprucht dieses Ergebnis jedoch nicht unmittelbar Geltung für heutige Verhältnisse. Denn zum einen können - wie noch darzustellen sein wird - die staatlichen Interessen an einer grundsätzlichen Namenskontinuität aller Bürger etwa aufgrund der technischen Möglichkeiten elektronischer Datenverarbeitungsanlagen inzwischen nicht so hoch angesiedelt sein wie früher, zum anderen gebietet die Qualifizierung des Namens als ein grundgesetzlich geschütztes Persönlichkeitsrecht eventuell eine andere Gewichtung des Namensänderungswunsches eines einzelnen⁴⁾.

- 1) Corsing StAZ 1928, 376, 377.
2) Stölzel StAZ 1933, 127 und RVerwBl 1935, 429; König RVerwBl 1936, 823; Globke DV 1938, 52; vgl. auch Overländer StAZ 1950, 136; Graf von Bernstorff DOV 1957, 250.
3) Vgl. Wacke FamRZ 1977, 510.
4) Vgl. Brinzing StAZ 1970, 92 und OVG Berlin Ur. v. 4.6.1959 - VI B 117.58 - in StAZ 1962, 279.

3. Systematische Auslegungsgesichtspunkte

Gerade weil das Namensrecht durch ein verstreutes und lückenhaftes Normenmaterial gekennzeichnet ist, stellt es sich für die Sinndeutung des "wichtigen Grundes" als durchaus hilfreich dar, wenn man § 3 Abs. 1 NÄG als einen zentralen (aber doch unzugänglichen) Teil eines größeren Regelungszusammenhanges sieht. Da vermutet werden kann, daß zwischen den einzelnen gesetzlichen Bestimmungen eine sachliche Übereinstimmung besteht¹⁾, spielt der Bedeutungszusammenhang des Gesetzes, also der Normenkontext, für die Auslegung eine besondere Rolle. Der "wichtige Grund" ist demnach so zu interpretieren, daß er in das "innere System" der maßgeblichen Wertentscheidungen und Prinzipien²⁾ paßt.

Das Namensänderungsgesetz, jünger als das von 1900 stammende Bürgerliche Gesetzbuch, läßt gemäß § 10 NÄG bestimmte Vorschriften des Familienrechts, die Namensänderungen regeln, ausdrücklich unberührt. Verwiesen wird dabei auf folgende Regelungsbereiche: auf den durch die Annahme eines gemeinsamen Familiennamens (Ehenamen) für einen Ehepartner sich ergebenden Namenswechsel (§ 1355 Abs. 1-3 BGB), die Möglichkeit des Namenswechsels nach § 1355 Abs. 4 BGB³⁾, die Erstreckungs- und Einbenennungsmöglichkeiten hinsichtlich des Namens eines nicht-ehelichen Kindes nach §§ 1617, 1618 BGB⁴⁾ und

1) Larenz, Methodenlehre der Rechtswissenschaft (4), 1979, S. 312, 333.

2) Larenz ebd., S. 315.

3) = § 1577 BGB a.F. bzw. - bis zum 30.6.1976 -

4) § 54 bis 56 EheG.
= § 1706 a.F.

nach §§ 1720¹⁾, 1737²⁾, 1740f³⁾ BGB sowie diejenige nach § 13a Abs. 3 EheG⁴⁾, schließlich auf den Namenswechsel aus Anlaß einer Adoption gemäß §§ 1757, 1765 BGB⁵⁾. Es handelt sich um Konstellationen, in denen sich eine Namensänderung in bloßer Anknüpfung an einen familienrechtlichen Tatbestand ergibt und allenfalls eine Erklärung gegenüber dem Standesbeamten erforderlich ist. Das Gesetz trägt hier verschiedenen, familienrechtlich bedingten Situationswechseln (im weitesten Sinne) Rechnung. Es geht davon aus, daß diese das Gepräge des Üblichen und Typischen haben, welches es erlaubt, die Namensänderung als Regel - im Wege der Namensdisposition (Einbenennung) oder der Namenserstreckung - auszugestalten und sie nicht einer behördlichen Einzelfallentscheidung zu überlassen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß es sich bei der Namensänderung nach § 3 Abs. 1 NÄG lediglich um eine Härtereregulation handelt, die es der zuständigen Behörde von Fall zu Fall ermöglichen soll, Ausnahmesituationen gerecht zu werden, die sich wegen der Vielgestaltigkeit der Lebensverhältnisse einer grundsätzlichen Regelung entziehen⁶⁾. Aufgabe der öffentlich-

1) - § 1719 a.F.

2) - § 1736 a.F.

3) Diese Bestimmung wurde später in das BGB eingefügt durch Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19.8.1969 (BGBl. I S. 1243), die hier besonders einschlägigen Absätze 2 und 3 angefügt durch Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.6.1976 (BGBl. I S. 1421).

4) Diese Vorschrift wurde in das Ehegesetz eingefügt durch Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.6.1976 (BGBl. I S. 1421) und zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.7.1979 (BGBl. I S. 1061).

5) - §§ 1758, 1772 a.F.

6) Simon StAZ 1974, 202; VGH Mannheim Urt. v. 22. 12.1971 - I 871/71 - in JZ 1972, 398.

rechtlichen Namensänderung ist es demnach, die Möglichkeiten einer familienrechtlichen Namensänderung (durch "namensgestaltende Erklärung"¹⁾) zu ergänzen - ohne entsprechend veranlaßten Namensentwicklungen "gegenzusteuern" - und Unzuträglichkeiten, die sich nach der Gesetzeslage bei anormalen Sachverhalten ergeben können, zu beseitigen²⁾.

§ 3 Abs. 1 NÄG kommt also vor allem dann zur Anwendung, wenn das Namensänderungsbegehren nicht familienrechtlich (personenstandsrechtlich) motiviert ist. Für diejenigen Fälle aber, die einen familienrechtlichen Anknüpfungspunkt haben, ohne von den gesetzlichen Möglichkeiten einer namensgestaltenden Erklärung erfaßt zu werden, und die aufgrund der weiten Fassung des Namensänderungsgesetzes ohne weiteres unter dessen Regelungsbereich fallen, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob das Fehlen einer bürgerlich-rechtlichen Bestimmung auf eine bestimmte gesetzliche Wertung schließen läßt, die eine restriktive Auslegung des "wichtigen Grundes" gebietet. Eine solche Annahme ist jedoch nicht gerechtfertigt. Familienrechtliche und öffentlich-rechtliche Namensänderungsbestimmungen unterscheiden sich nur dadurch, daß erstere sich auf charakteristische Fallkonstellationen beziehen, in denen das Interesse des jeweiligen Namensträgers an einem Namenswechsel nach den Vorstellungen des Gesetzgebers immer und in aller Regel so gravierend ist, daß

- 1) Vgl. die NamÄndVwV vom 11.8.1980 Nr. 27 bei Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981, S. 44.
2) Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 145 und Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 64; Bosch FamRZ 1961, 34; Frauenstein Kümmel/Reichard ebd., S. 11.

öffentliche Belange demgegenüber von vornherein zurücktreten müssen oder umgekehrt eine Namensänderung von sich aus fordern; in allen Fällen, die dem NÄG unterliegen, ergibt sich auf der anderen Seite ein solches Abwägungsergebnis nicht ohne weiteres. Eine Vorentscheidung zugunsten einer restriktiven und zulasten einer extensiven Auslegung ist durch den gezogenen Vergleich nicht getroffen.

Bei den Namensänderungsanträgen ehelicher Stiefkinder stellt sich unter systematischen Auslegungsgesichtspunkten die Frage, welche Bedeutung die Tatsache im Hinblick auf die Interpretation des "wichtigen Grundes" hat, daß das Gesetz für sie trotz vergleichbarer äußerer Situation (Integration in eine Stieffaterfamilie) nicht die Möglichkeit einer Einbenennung vorsieht wie § 1618 BGB (= § 1706 Abs. 2 BGB a.F.) für nichteheliche Kinder. Da nicht davon ausgegangen werden kann, daß der Gesetzgeber die unterschiedliche namensrechtliche Behandlung von ehelichen und nichtehelichen Stiefkindern übersehen hat - zuletzt bei der Familienrechtsreform von 1976 -, kommt eine analoge Anwendung des § 1618 BGB nicht in Betracht, zumal wegen der weiterhin einschlägigen Namensführungsregel des § 1616 BGB und des Eingreifens von § 3 Abs. 1 NÄG auch keine Gesetzeslücke existiert. Vielmehr ist der Regelungsdifferenz zu entnehmen, daß nach den Vorstellungen des Gesetzgebers das Namensänderungsbegehren eines ehelichen Stiefkindes nicht von der Typizität eines bestimmten Konfliktes getragen wird, sondern immer die Abwägung verschiedener Momente des Einzelfalles erforderlich macht. Für die genannten Fälle bedeutet das, daß in der Eheauflösung und der Eingehung einer neuen Ehe noch nicht

bereits das Vorliegen eines "wichtigen Grundes" gesehen werden kann, da eben diese Faktoren die Fälle ehelicher Stiefkinder gerade als typisch kennzeichnen. Wenn der Gesetzgeber diese Fälle also einer Norm unterstellt, welche nach den oben gemachten Ausführungen als Härterege- lung zu qualifizieren ist, die auf Ausnahmesit- uationen zugeschnitten ist, setzt die beantrag- te Namensänderung zusätzlich hinzutretende Um- stände voraus¹⁾. Eine andere Frage, der noch nachzugehen sein wird, ist es, ob die Situation ehelicher Stiefkinder nicht doch durch bestimmte übereinstimmende Charakteristika derart geprägt ist, daß sich de lege ferenda eine - wie auch immer gestaltete - Regelung im Rahmen familien- rechtlicher Vorschriften empfiehlt.

4. Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung

Die Teleologie des Namensänderungsgesetzes ist in den bisherigen Ausführungen bereits mehrfach angesprochen worden, was damit zusammenhängt, daß die Grenzen der einzelnen Auslegungsgesichts- punkte als fließend anzusehen sind. Die Inter- pretation einer gesetzlichen Regelung nach ih- rem Sinn und Zweck ist auf eine Auslegung gemäß den erkennbaren Zielen und dem Grundgedanken dieser Vorschrift gerichtet²⁾. Aufgabe des Na- mensänderungsgesetzes ist es, den Grundsatz der Namenskontinuität mit rechtlichen Mitteln zu

1) Vgl. VGH Mannheim Ur. v. 22.12.1971 - I 871/71 - in JZ 1972, 398; OVG Münster Beschl. v. 3.5.1979 - XV A 2601/78 - in StAZ 1980, 47; OVG Hamburg Ur. v. 22.6.1981 - Bf III 12/81 - in FamRZ 1982, 189.

2) Larenz, Methodenlehre der Rechtswissenschaft (4), 1979, S. 321; vgl. auch Raschauer, Na- mensrecht, 1978, S. 26.

fixieren. Der Familienname kann seine - auch im öffentlichen (administrativen) Interesse bestehende - individualisierende Funktion nur erfüllen, wenn der Namensgebrauch umfassend, unterscheidend und konstant ist, wenn also alle Menschen einen Namen tragen, wenn sich die Namen der einzelnen Namensträger voneinander unterscheiden und wenn eine Person dauernd denselben Namen führt¹⁾. Die sichere "Benennbarkeit" eines Menschen innerhalb seines sozialen Umfeldes ist nur gewährleistet, wenn der Name zumindest im Grundsatz nicht der freien Disposition des Einzelnen unterliegt.

Grundgedanke des NÄG ist es also, zur Wahrung von Allgemeininteressen die Unterscheidungs- und Ordnungsfunktion des Namens zu sichern. Vor diesem Hintergrund kann eine Namensänderung nur in Betracht kommen, wenn eine besondere Rücksichtnahme auf starke Gegeninteressen des Antragstellers, hervorgerufen durch eine spezifische Lage, geboten ist, etwa weil die jeweilige Namensführung "im Einzelfall nicht als gerecht und billig anzusehen ist"²⁾. Auch teleologische Auslegungsgesichtspunkte führen demnach im Ergebnis dazu, daß der Entscheidungsmaßstab des "wichtigen Grundes" auf eine Abwägung gegenläufiger Interessen gerichtet ist. Nicht ermitteln läßt sich allerdings, wie hoch das Maß öffentlicher Belange anzulegen ist, das es im Einzelfall zu überwinden gilt. Dieses Problem, das sich in den Verwaltungsvorschriften und den Standardformulierungen der Rechtsprechung wieder spiegelt (sich S. 13), zwingt notwendiger-

¹⁾ Vgl. Raschauer ebd., S. 2.
²⁾ OVG Münster Bescheid vom 22.3.1960 - II 4 7687/56 - in StAZ 1960, 240; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 145; vgl. auch Leisner FamRZ 1966, 123.

weise zu einem - durchaus vagen - Rückgriff auf die allgemeine Verkehrsanschauung zur Frage schutzwürdiger Positionen und auf Grundsätze der Namensführung, wie sie sich aus gesetzlichen Bestimmungen (des bürgerlichen Rechts) ergeben. Vom Ansatz her ist der von der Rechtsprechung gewählte Prüfungsmaßstab¹⁾ jedenfalls zutreffend. Damit ist nicht gesagt, daß die Namensführungsprinzipien insbesondere im Hinblick auf die Stiefkinderfälle ebenfalls richtig gewichtet werden.

II. Interpretation des Begriffs "wichtiger Grund" unter Berücksichtigung verschiedener namensrechtlicher Grundsätze

Die Qualifizierung eines Namensänderungsgrundes als "wichtig" setzt nach den bisherigen Ausführungen voraus, daß der Position des Antragstellers eine derartige Schutzwürdigkeit zu attestieren ist, daß der Gedanke der Namenskontinuität demgegenüber zurückzutreten hat. Die Frage nach dem eigentlichen Hintergrund öffentlicher (und auch privater) Interessen an der Beibehaltung des überkommenen Namens gewinnt damit eine entscheidende Bedeutung. Es gilt daher den Stellenwert dessen zu ermitteln, was allgemein schlagwortartig mit dem Begriff der

¹⁾ Vgl. aus der zahlreichen Rechtsprechung OVG Lüneburg Urt. v. 17.1.1956 - II A 3/55 - in StAZ 1956, 218; VGH Stuttgart Urt. v. 30.9.1957 - 1 S 70/57 - in StAZ 1958, 324; BVerwG Urt. v. 31.1.1958 - VII C 119/57 - in DOV 1958, 703; OVG Münster Bescheid v. 22.3.1960 - II 4 1687/56 - in StAZ 1960, 240; VG München Urt. v. 15.9.1969 - Nr. 3166/69 - in FamRZ 1971, 447; im übrigen sei auf die Nachweise auf Seite 13, Fußnote 2, verwiesen.

"sozialen Ordnungsfunktion" des Namens umschrieben wird. Für die Entscheidung der Stiefkinderfälle ist - wie bereits eingangs angedeutet (S. 11, 12) - eine Funktionsbestimmung des Familiennamens unter Auswertung verschiedener namensrechtlicher Vorschriften von besonderer Relevanz.

1. "Soziale Ordnungsfunktion" und öffentliches Interesse an der Beibehaltung des bisherigen Namens

Die durch eine Namensänderung tangierten Belange der Allgemeinheit haben nach einhelliger Auffassung¹⁾ ihre Grundlage im wesentlichen in der "sozialen Ordnungsfunktion" des Namens und in sicherheitspolizeilichen Interessen an der Fortführung des überkommenen Namens. Die Existenz einer Ordnungsfunktion wird dabei in der Regel ohne weitere Überprüfung angenommen²⁾.

Der Gedanke von einer ordnenden Funktion des Namens hat seinen Ursprung in dessen Verwendung als individualisierendes Erkennungs- und Unterscheidungszeichen innerhalb der sozialen

-
- 1) Vgl. VGH Kassel Urt. v. 17.12.1979 - VIII OE 89/79 - in StAZ 1980, 278; BVerwG Urt. v. 1.10.1980 - VII C 38/75 - in NJW 1982, 299.
2) Vgl. OVG Münster Urt. v. 10.10.1961 - II A 1515/60 - in StAZ 1962, 335; VG Gelsenkirchen Urt. v. 4.5.1961 - 2 K 292/60 - in StAZ 1962, 221; BVerwG Beschl. v. 12.10.1962 - VII B 105.59 - in StAZ 1963, 41; VG Freiburg Urt. v. 21.4.1976 - VS VI 300/75 - in FamRZ 1977, 323; BVerwG Beschl. v. 18.2.1981 - VII B 69/80 - in NVwZ 1982, 111; ebenso Dölle, Familienrecht, Bd. II, 1965, 111; Gundrum StAZ 1968, 279; Simitis StAZ 1969, 278; Ruthe FamRZ 1976, 416.

Gemeinschaft¹⁾. Die Gewährleistung der sicheren Identitätsfeststellung erfordert grundsätzlich einen konstanten Namensgebrauch durch jeden einzelnen Staatsbürger²⁾. Dabei ist die Notwendigkeit der Bindung eines jeden Menschen an einen bestimmten Namen insofern ein Resultat der Kameralistik³⁾, als das Bestehen von geordneten Personenaufzeichnungen und Namensführungsregeln Voraussetzung für die Zuteilung staatsbürgerlicher Pflichten war, also zur Durchsetzung der Abgaben-, Wehr- und Schulpflicht, allgemein gesprochen zur administrativ-bürokratischen Erfassung der Bevölkerung⁴⁾. Daß die Inanspruchnahme des Namens als ein Instrument des Rechts trotz veränderter gesellschaftlicher Bedingungen auch in einem demokratischen Gemeinwesen auf einem legitimen Interesse des Staates beruht, ist unbestritten⁵⁾. Damit der Name aber seine Kennzeichnungskraft auch tatsächlich entfalten kann - was um so

- 1) Hermann AcP 45, 155, 166; Schorr StAZ 1927, 294; Loos Namensänderungsgesetz, 1970, S. 13; Brintzinger StAZ 1970, 90, 92; Raschauer, Namensrecht, 1978, 1, 3, 22; Edlbacher StAZ 1979, 3; Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 155; vgl. auch BT-Drucks. V/2370 S. 59: "Nach heutiger Auffassung steht die Aufgabe des Geburtsnamens, das Individuum zu kennzeichnen, im Vordergrund."
- 2) Ruthe FamRZ 1976, 416; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 2, 237; vgl. auch Bitzi, Der Familienname als Marke, 1972, S. 17, 18 und Münchener Kommentar - Schwerdtner (1978), § 12 BGB, Rdnr. 1, 4.
- 3) Sieh dazu Wolff/Bachof, Verwaltungsrecht I (9), 1974, § 13 I a.
- 4) Hermann AcP 45, 164; Gansen StAZ 1929, 239; Stölzel StAZ 1933, 126; Wacke FamRZ 1977, 510; Raschauer ebd., S. 6.
- 5) Vgl. dazu etwa BVerwG Urt. v. 29.8.1957 - II C 83.54 - in DÖV 1957, 916; VG München Urt. v. 15.9.1969 - Nr. 3166/69 - in FamRZ 1971, 448 und Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 27, 28.

mehr erforderlich ist, als es seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt verschiedener Identifikationsmerkmale, etwa im Vergleich zu datenverarbeitungsgerechten Personenkennziffern, zu erhalten gilt¹⁾ -, muß die Zuordnung eines individualisierenden Namens zu einem bestimmten Namensträger grundsätzlich unveränderlich sein. Als Kehrseite beinhaltet dieser Grundsatz das Verbot der eigenmächtigen, grundlosen und willkürlichen Namensänderung²⁾. Nur wenn der Name nicht der Disposition des einzelnen unterliegt, sondern nur in einem behördlichen Verfahren nach bestimmten rechtlichen Regeln geändert werden darf, bei dem die das Namensänderungsbegehren tragenden Gründe nach objektiven Merkmalen beurteilt werden³⁾, kann er seine ordnende Funktion im Rahmen der sozialen Gemeinschaft erfüllen.

Mit dem bisher Gesagten läßt sich letztlich jedoch noch keine Gewichtung der Allgemeinheitsbelange bei der Beurteilung eines "wichtigen Grundes" im Einzelfall vornehmen. Denn das Interesse der von der Verwaltung vertretenen Allgemeinheit an der Einheitlichkeit und Konstanz des Familiennamens ist insofern lediglich ein grundsätzliches und allgemeines Interesse, als es sich darauf bezieht, daß überhaupt eine Ordnung des Namensrechts besteht⁴⁾.

- 1) Von Buch JZ 1974, 446, 447; Ruthe FamRZ 1976, 416; Münchener Kommentar - Wacke (1978), § 1355 BGB, Rdnr. 62; Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 155.
2) Pennrich StAZ 1969, 151; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 13; Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 25.
3) Pennrich ebd.
4) VG München Urt. v. 15.9.1969 - Nr. 3166/69 - in FamRZ 1971, 448.

Demgegenüber ist ein öffentliches Interesse daran, daß jemand einen bestimmten Namen führt, regelmäßig nicht auszumachen. Das Namensänderungsbegehren des einzelnen tangiert zwar zwangsläufig Belange der Allgemeinheit, stellt jedoch die namensrechtliche Ordnung insgesamt niemals in Frage. Die Existenz des Namensänderungsgesetzes liefert dafür im Grunde die gesetzgeberische Bestätigung. Wenn auch öffentliche Interessen im Grundsatz hinsichtlich der Namensführung der Bevölkerung Beharrung postulieren, so sind sie doch für die Entscheidung eines einzelnen Falles weder ausschlaggebend noch in ihrem Stellenwert besonders hoch anzusiedeln.

Ein Blick auf das namensrechtliche Normenmaterial des bürgerlichen Rechts unterstützt diese Auffassung. Auf der einen Seite gehen auch die genannten Bestimmungen davon aus, daß der einmal nach §§ 1616, 1617 Abs. 1, 1737 oder 1740f Abs. 2 BGB in Anknüpfung an das Abstammungsprinzip erworbene Name¹⁾ ebenso wie der zum gemeinsamen Familiennamen bestimmte Name nach § 1355 BGB grundsätzlich unverändert und indisponibel weitergeführt werden soll²⁾. Auf der anderen Seite kennen auch diese eine Vielzahl von Namenswechseln aufgrund von Adoptionen (§§ 1757, 1765 BGB), Einbenennungen (§ 1618 BGB) und Namenserstreckungen (§§ 1617 Abs. 2 bis 4³⁾,

- 1) Hermann AcP 45, 166; Hubernagel StAZ 1925, 167.
- 2) Zum bürgerlichen Namen als "Zwangsnamen" sieh: Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 22, 29.
- 3) Einen Verweis auf die genannten Vorschriften enthalten §§ 1618 Abs. 4, 1737 Satz 3, 1740f Abs. 3, 1757 Abs. 1 Satz 4, 1765 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Satz 2 BGB; vgl. dazu Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1617 BGB, Rdnr. 7, wonach die Bestimmungen des § 1617 Abs. 2-4 BGB die Grundregelung über Umfang sowie Art und Weise der Weitergabe einer Namensänderung an die nächste Generation enthalten.

1720 BGB; vgl. auch § 1740g BGB). Geht man davon aus, daß die genannten Namensführungsregeln sich zwar an familienrechtliche Tatbestände anlehnen, im Grunde aber ausschließlich ordnungspolitische Vorstellungen auf dem Gebiet des Namenswesens verwirklichen wollen¹⁾, so wird deutlich, daß der Gesetzgeber selbst die öffentlichen Kontinuitätsinteressen in bezug auf einen bestimmten Namensgebrauch nicht als allzu gravierend bewertet.

Im Zusammenhang mit § 1355 BGB wird dieser Gesichtspunkt auch und gerade besonders deutlich. Hier wird in jedem Fall (selbst bei einem Gebrauchmachen von der Möglichkeit des § 1355 Abs. 3 BGB) einem Ehepartner - nach früherem Recht war das ausschließlich die Frau aufgrund ihres vermeintlich geringeren Anteils am wirtschaftlichen und politischen Leben²⁾ - ein Namenswechsel zugemutet. Unter ausdrücklicher Hervorhebung des Prinzips der Ehenamenseinheit³⁾ werden damit gleichzeitig die Interessen der Allgemeinheit an einer Fortführung des überkommenen Namens zumindest bezüglich einer Person hintangestellt und allenfalls bei einem Voranstellen des bisher geführten Namens nach § 1355 Abs. 3 BGB (aber auch nur annähernd) gewahrt⁴⁾.

In der regierungsamtlichen Begründung zur Novellierung des § 1355 BGB⁵⁾ heißt es dazu interessanterweise: "Im Rechtsverkehr sind durch

1) Vgl. Simitis StAZ 1969, 278, 279; Brintzinger StAZ 1970, 90; Edlbacher StAZ 1979, 3.

2) von Buch JZ 1974, 447; Münchener Kommentar - Wacke (1978), § 1355 BGB, Rdnr. 13.

3) Münchener Kommentar - Wacke ebd., Rdnr. 7.

4) Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 152.

5) BT-Drucks. VII/650 S. 96.

den Namenswechsel der Frau bei der Eheschließung bisher keine besonderen Schwierigkeiten aufgetreten. Es ist deshalb nicht zu befürchten, daß ein künftiger Namenswechsel beim Mann oder beiden Eheleuten die Erkennbarkeit der Ehe- und Familienverhältnisse und damit die Sicherheit des Rechtsverkehrs beeinträchtigen wird...". Öffentliche Kontinuitätsinteressen werden schließlich gänzlich torpediert durch die fehlende gesetzliche Befristung für das Voranstellungsrecht nach § 1355 Abs. 3 BGB¹⁾ und durch die verschiedenen Wahlmöglichkeiten des verwitweten oder geschiedenen Ehegatten für die weitere Namensführung nach § 1355 Abs. 4 BGB²⁾.

Überhaupt eröffnet § 1355 BGB besonders nach seiner Neufassung durch das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.6.1976 (BGBl. I S. 1421)³⁾ sowohl im Vergleich zu der zuvor geltenden Regelung ("Die Ehefrau erhält den Familiennamen des Mannes") als auch im Vergleich zu den ansonsten geltenden Bestimmungen für Namensableitungen, also vor allem §§ 1616, 1617 BGB, eine erstaunliche Namensdisponibilität, die bei der Interpretation gesetzlicher Namensführungsgrundsätze nicht unberücksichtigt bleiben kann. Mit zunehmender Erkenntnis von

- 1) Vgl. Wacke FamRZ 1977, 514 und Münchener Kommentar - Wacke (1978), § 1355 BGB Rdnr. 27, 39, der bei "verspäteten" Voranstellungsanträgen mit Grundsätzen der Verwirkung (institutioneller Rechtsmißbrauch) helfen will.
- 2) Vgl. Münchener Kommentar - Wacke ebd., Rdnr. 28, 33, 36; Ruthe FamRZ 1976, 412; Diederichsen NJW 1976, 1174; Palandt-Diederichsen (41), 1982, § 1355 Anm. 4.
- 3) Zumindest für die geschiedene Frau enthielt § 1577 Abs. 2 BGB a.F. allerdings Wahlmöglichkeiten für einen Namenswechsel, die mit der Rechtslage aufgrund von § 1355 Abs. 4 BGB n.F. verglichen werden können.

Bedeutung und Tragweite des Namens als eines Persönlichkeitsrechts¹⁾ und mit der Einräumung eines "Selbstbestimmungsrechtes" zumindest bezüglich des Ehenamens als Folge der Hervorhebung des personenbezogenen Elements eines Namens sind die Interessen der Allgemeinheit an der Wahrnehmung einer "sozialen Ordnungsfunktion" jedenfalls partiell abgewertet worden²⁾.

Angesichts dieser gesetzgeberischen Wertung und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Zahl behördlicher Namensänderungen erheblich kleiner ist als die Zahl der bereits erwähnten Namenswechsel aufgrund von Adoptionen und Einbenennungen³⁾, welche in demselben Maße eine Beeinträchtigung der Erkennbarkeit der Herkunft bewirken, ist äußerst fraglich, warum bei der Prüfung eines Namensänderungsantrags mit Verweis auf die "soziale Ordnungsfunktion" des Namens überhaupt ein strenger Maßstab angelegt werden sollte. Mit Blick auf die vielfältigen

- 1) Vgl. BT-Drucks. VII/650 S. 96 und VG Freiburg Urt. v. 21.4.1976 - VS VI 300/75 - in FamRZ 1977, 323; ebenso Brintzinger StAZ 1970, 92.
- 2) Vgl. auch BT-Drucks. VII/650 S. 287 (= Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates): "Durch den Ausschluß dieser Möglichkeit (Bildung eines Doppelnamens aus dem Geburtsnamen des Mannes und dem der Frau, Anm. d. Verf.) würde der Gesetzgeber in die freie Gestaltung der ehelichen Lebensverhältnisse eingreifen, ohne daß zwingende öffentliche Interessen dies gebieten würden, wie das seit langem bestehende Namensrecht in anderen Staaten beweist. Die vom Bundesrat angeführten verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten werden von der Bundesregierung nicht so hoch eingeschätzt."
- 3) Pennrich StAZ 1969, 151; Brintzinger StAZ 1970, 91f, 93; Simon StAZ 1974, 200; einschränkend Ruthe FamRZ 1976, 416.

Durchbrechungen des Grundsatzes der Namenskontinuität in Anknüpfung an familienrechtliche Tatbestände muß eher das Gegenteil angenommen werden.

Ist die Bedeutung der "sozialen Ordnungsfunktion" des Namens für die Auslegung des "wichtigen Grundes" in § 3 Abs. 1 NÄG auch vor dem Hintergrund einer auf Restriktion angelegten Formulierung somit stark relativiert, konzentriert sich das öffentliche Interesse an der Beibehaltung des von einer Person langjährig geführten Namens im wesentlichen auf sicherheitspolizeiliche Gründe. Der Aspekt der Namenskontinuität als einer Sache der öffentlichen Ordnung und damit materiell des Polizeirechts¹⁾ tritt damit in den Vordergrund.

Ausgangspunkt ist dabei die - zutreffende - Überlegung, daß jeder Namenswechsel die Möglichkeit der sicheren Identifizierung eines bestimmten Namensträgers zwangsläufig - zumindest für eine gewisse Zeit - beeinträchtigt, was diesem wiederum die Gelegenheit bietet, sich gesetzlichen (z.B. Steuern) und rechtsgeschäftlichen Verpflichtungen zu entziehen, eine drohende Straf- oder Zwangsvollstreckung zu vereiteln oder über seine Kreditwürdigkeit zu täuschen²⁾. So konnte

- 1) Stölzel RVerwBl 1935, 427; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 50, 51; Brintzinger StAZ 1970, 89ff; Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 27, 28; vgl. auch BVerwG Urt. v. 21.3.1958 - VII C 123.57 - in StAZ 1960, 42 und zuletzt OVG Bremen Urt. v. 22.9.1981 - 1 BA 39/81 - in FamRZ 1982, 192.
- 2) Vgl. Stölzel StAZ 1933, 126; Loos ebd., S. 51; Ruthe FamRZ 1976, 416; Münchener Kommentar - Wacke (1978), § 1355 BGB, Rdnr. 27; Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 155.

nach früherer, allerdings von einer gewissen "polizeistaatlichen Rigorosität"¹⁾ geprägten Namensänderungspraxis kaum jemand mit seinem Begehren durchdringen, der im Strafregister oder im Schuldnerverzeichnis (vgl. 915 ZPO, § 107 Abs. 2 KO) aufgeführt war²⁾. Eine solche kategorische Ablehnung von Namensänderungswünschen mit Verweis auf sicherheitspolizeiliche Belange ist jedoch aus heutiger Sicht kaum aufrechtzuerhalten.

In diesem Zusammenhang ist zunächst zu berücksichtigen, daß die durchaus häufigen Änderungen des überkommenen Namens als Folge familienrechtlicher Vorgänge vom Gesetzgeber zugelassen werden, ohne daß entsprechende sicherheitspolizeiliche Vorkehrungen getroffen worden sind. Im Gegenteil: diese Namenswechsel sind möglich, ohne daß Mitteilungspflichten an verschiedene Behörden bestehen, wie sie § 9 NAG für die Namensänderung im Verwaltungswege vorsieht. Der Rechtsverkehr hat auch das neue, "dynamisierte" Ehenamensrecht ohne nennenswerte Schwierigkeit verkraftet, obwohl von Industrie und Handel hierbei arge Befürchtungen gehegt und sogar die Schaffung eines Namensänderungsregisters vorgeschlagen wurde³⁾. Offensichtlich konnte dar-

1) Brintzinger StAZ 1970, 93.

2) Koenig RVerwBl 1936, 822; Hering RVerwBl 1938, 66; Schönthür FV 10 (1961), 348, 349; Loos ebd., S. 68.

3) Vgl. Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29.12.1970, S. 11; zustimmend zu dem o.a. Vorschlag Bosch FamRZ 1971, 58, 59 und Ruthe FamRZ 1976, 416; dagegen Mergenthaler FamRZ 1978, 4 und Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 155, wonach entsprechende Forderungen auf "übertriebenen Befürchtungen" basierten und das Namensrecht noch stärker komplizierten.

auf allerdings bisher durchaus verzichtet werden¹⁾. Was nun einen Namenswechsel auf dem Wege eines Verfahrens nach dem NÄG angeht, ist in besonderem Maße darauf abzuheben, daß das Gesetz selbst bereits eine umfassende Registrierung der erfolgten Namensänderung vorsieht, vor allem durch die Veranlassung der Eintragung eines Randvermerks im Geburten- und Familienbuch (bzw. Geburts- und Heiratsregister²⁾) über eine Mitteilung an den Standesbeamten und durch die Unterrichtung der zuständigen Meldebehörde und - bei über vierzehn Jahre alten Personen - des Bundeszentral- und des Verkehrszentralregisters³⁾. Hinzu kommt, daß die zuständige Polizeidienststelle von der Namensänderung in Kenntnis gesetzt wird, sofern sie zuvor mitgeteilt hat, daß Vorgänge über die betreffende Person vorhanden sind, ebenso wie das jeweilige Amtsgericht wenn der Antragsteller im Schuldnerverzeichnis

- 1) Dafür sind vor allem zwei Gründe maßgeblich: erstens erlangen die Meldebehörden ohnehin Kenntnis von etwaigen Namensänderungen im Zusammenhang mit einer Eheschließung, da die Standesbeamten nach § 200 der "Dienststanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden" in der Fassung seit dem 1.7.1976 verpflichtet sind, der für die Hauptwohnung der Ehegatten zuständigen Meldebehörde die von den Ehegatten vor und nach der Eheschließung geführten Familiennamen anzugeben; und zweitens waren Inkassounternehmen, Kreditbanken und Versandhäuser bereits im Falle des Namenswechsels einer Frau infolge Eheschließung, wie er ja auch früher erfolgte, darauf eingespielt, beim Meldeamt Tag und Ort der Eheschließung zu erfragen und beim Standesamt dann eine Heiratsurkunde zwecks Umschreibung eines Titels zu beantragen; vgl. dazu vor allem Mergenthaler ebd. (m.w.N.).
- 2) Vgl. dazu Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 137.
- 3) Vgl. NamÄndVwV vom 11.8.1980 Nr. 23-26.

eingetragen ist¹⁾. Da die genannten Mitteilungen in § 9 NAG eine gesetzliche Grundlage haben - wobei die Adressaten dieser Mitteilungen lediglich den inzwischen erfolgten Funktionsveränderungen angepaßt worden sind -, ist dabei im übrigen den Anforderungen des Datenschutzes Rechnung getragen²⁾. Belange der Allgemeinheit sind daher insgesamt auch in sicherheitspolizeilicher Hinsicht bereits von Gesetzes wegen in einem durchaus ausreichenden Maße berücksichtigt. Daraus folgt, daß die Behörde im Namensänderungsverfahren nicht berechtigt ist, "Sicherheitspolitik zu betreiben"³⁾. An dieser Stelle kann außerdem der Gesichtspunkt nicht außer Betracht bleiben, daß - was gerade die strafregisterliche Überwachung einer bestimmten Person angeht - die sicherheitspolizeiliche Identitätsfunktion des Namens angesichts moderner Methoden der Kriminaltechnik (Daktyloskopie, Bildfunk, Elektronische Datenverarbeitung) in Fragen der "erkennungsdienstlichen Behandlung" inzwischen ihren früheren Rang verloren hat⁴⁾.

- 1) Vgl. auch die bei den o.a. Mitteilungen zugrundezulegenden Formblätter bei Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981, S. 85, 87, 100-103, 107-110.
- 2) Frauenstein/Kümmel/Reichard ebd., S. 22.
- 3) Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 218; vgl. auch Pennrich StAZ 1969, 151.
- 4) Brintzinger StAZ 1970, 91; allgemein zur geringeren Bedeutung sicherheitspolizeilicher Interessen als Abwägungsgesichtspunkt in Namensänderungsverfahren gegenüber früheren Verhältnissen BVerwG Urt. v. 7.12.1962 - VII C 123.61 - in StAZ 1963, 216 und Beschl. v. 23.7.1979 - VII B 153.79 - (n.v.) sowie OVG Berlin Urt. v. 12.3.1959 - VI B 93/58 - in DOV 1959, 869.

Im Hinblick auf die Namensänderungsanträge ehelicher Stiefkinder gilt es festzuhalten, daß zumindest bei noch strafunmündigen Minderjährigen sicherheitspolizeiliche Bedenken gegen einen Namenswechsel in aller Regel ohnehin nicht bestehen, in keinem Falle aber dem Kindeswohl vorrangig sind¹⁾. Da ein minderjähriges Kind im übrigen nur in einem begrenzten Umfang selbst am Rechtsverkehr teilnimmt und die durch eine Namensänderung tangierte Rechtssicherheit letztlich durch den Minderjährigenschutz überlagert wird²⁾, tritt die sonst allgemein erhobene Forderung, einen Namenswechsel zum Schutz des Rechtsverkehrs möglichst zu vermeiden, hier zurück.

Insgesamt ergibt sich aus dem Vorstehenden, daß der sozialen Ordnungsfunktion des Namens und dem öffentlichen Interesse an der Fortführung des bisherigen Namens nur noch ein äußerst geringes Gewicht bei der Entscheidung über einen Namensänderungsantrag beigemessen werden kann. Daraus resultiert zwangsläufig eine extensive Auslegung des "wichtigen Grundes" im Sinne von § 3 Abs. 1 NAG, die wiederum eine großzügige Namensänderungspraxis bedingt. Der Ausnahmeharakter der genannten Vorschrift wird dadurch - verschiedenen Befürchtungen zum Trotz - noch nicht aus den Angeln gehoben, da die zahlreichen Unannehmlichkeiten eines jeden Namenswechsels für den Betreffenden selbst, einschließlich des nicht zu unterschätzenden Erklärungszwanges im Rahmen des jeweiligen sozialen Umfeldes, die Namensänderungen im Verwaltungs-

1) OVG Münster Beschl. v. 4.4.1979 - XV A 1803/77 - (n.v.); OVG Bremen Urt. v. 22.9.1981 - 1 BA 39/81 - in FamRZ 1982, 192; vgl. auch Simon StAZ 1974, 200.
2) VG Kassel Urt. v. 14.5.1980 - III E 132/79 - in StAZ 1980, 281.

wege wohl kaum ausufern lassen werden. Insofern kann ein "wichtiger Grund" höchstens dann verneint werden, wenn aus der Sicht der auf Objektivität verpflichteten Behörde auch bei wohlwollendster Betrachtung eine anerkennenswerte Grundlage für das Namensänderungsbegehren nicht auszumachen ist.

2. Funktion des Familiennamens zur Kennzeichnung der Abstammung und einer familiären Zugehörigkeit

Zu den Grundsätzen, die in den zwingenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts zum Ausdruck kommen und die im Rahmen der Prüfung des "wichtigen Grundes" zu berücksichtigen sind, zählt die Funktion des Familiennamens zur Kennzeichnung der Familienzugehörigkeit. Es handelt sich um eine Funktion, die dem Familiennamen bereits per definitionem anhaftet: von "Familiennamen" läßt sich nur sprechen, wenn man darunter solche Zunamen versteht, welche die Träger von Individualnamen (Vornamen, Taufnamen) als Mitglieder einer Familie im engeren oder weiteren Sinne identifizieren¹⁾.

Eine genauere Funktionsbestimmung des Familiennamens kann dabei nicht außer Betracht lassen, daß das Moment der familiären Zugehörigkeit bzw. der Familieneinheit, auf das in der Regel

¹⁾ Pulgram, Beiträge zur Namenforschung 2, 1950, S. 132; vgl. auch Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 45 unten.

ohne weitere Differenzierungen verwiesen wird¹⁾, in eine vertikale und in eine horizontale Komponente zerfällt. Erstere verweist auf eine Abstammungsreihe, eine Generationenfolge, die zweite auf den eher räumlichen Zuordnungsrahmen eines Namensträgers, auf eine Gemeinschaft von Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zusammenlebt und gegenüber anderen Personengemeinschaften gleicher Art durch die Führung desselben Namens als Einheit gekennzeichnet wird.

Die Namensführung der in einer Stiefvaterfamilie aufwachsenden "Scheidungsweisen" verdeutlicht das Problem des Auseinanderfallens beider Komponenten. Da Scheidung der Eltern und Wiederheirat des sorgeberechtigten Elternteils - also in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Kindesmutter - auf den Familiennamen des Kindes ohne Einfluß sind, bedingt die gesetzliche Verpflichtung zur grundsätzlichen Weiterführung des nach § 1616 BGB erhaltenen Namens, daß dieser nur noch das Entstammen aus einer bestimmten "Herkunftsfamilie"²⁾ markiert, jedoch keinen Hin-

1) BGH Urt. v. 15.1.1953 - IV ZR 76/52 - in BGHZ 8, 318, 320f; BVerwG Urt. v. 21.3.1958 - VII C 123.57 - in StAZ 1960, 42; OVG Münster Urt. v. 10.10.1961 - II A 1515/60 - in StAZ 1962, 335; VGH Mannheim Urt. v. 24.2.1970 - IV 823/67 - in FamRZ 1970, 405; zuletzt BVerwG Beschl. v. 18.2.1981 - VII B 69/80 - in NVwZ 1982, 111; ebenso Danner StAZ 1933, 48; Barreuther Nitze StAZ 1933, 242; Overländer StAZ 1950, 134; Flicker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 64; Krüger AcP 156, 243; Schlichting StAZ 1957, 86; Gundrum StAZ 1968, 277; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 110; Bitzi, Der Familienname als Marke, 1972, S. 17; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 22, 23; vgl. auch BT-Drucks. VII/650 S. 96.

2) Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 150.

weis auf diejenige soziale Gemeinschaft enthält, die gegenüber dem Kind in der Hauptsache die für eine Familie wesensmäßigen und typischen "Leistungen" erbringt: Erziehung im weiteren Sinne; Vermittlung der Möglichkeit zur "Sozialisation", d.h. zur Anpassung an die Bedingungen der Umwelt und zur Integration des einzelnen in die Gemeinschaft; Gewährung von regelmäßigem existenzsichernden Unterhalt und von immaterieller Lebenshilfe¹⁾.

Das Kind "gehört" - nach gängigem Sprachgebrauch - also zu einer bestimmten Familie, nämlich derjenigen des Stiefvaters²⁾, ohne daß diese "Zugehörigkeit" namensmäßig zum Ausdruck kommt. Sein Name leistet nicht den Hinweis auf den (horizontalen) Bezugsrahmen, sondern erzeugt nur die Assoziation der Abstammung des Kindes vom nichtsorgeberechtigten Elternteil. Ausschließlich das (vertikale) Element der Abstammung von diesem Elternteil bildet demnach denjenigen außersprachlichen Akt, mit dem die namensmäßige Fixierung des Namensträgers erfolgt (vgl. oben S. 20f). Nach der geltenden Rechtslage besteht daher im Hinblick auf eine Funktionsbestimmung zumindest bezüglich des Familiennamens von "Scheidungswaisen" eine eindeutige Prävalenz zugunsten der vertikalen Komponente.

1) Bonner Kommentar - Pirson (1981), Art. 6 GG, Rdnr. 27.

2) Daß unter "Familie" im Sinne von Art. 6 Abs. 1 GG im übrigen nicht nur die aus Eltern und ehelichen Kindern bestehende Gemeinschaft zu verstehen ist, sondern auch diejenige mit Adoptiv-, Pflege- und eben Stiefkindern, ist allgemein anerkannt, vgl. BVerfG Beschl. v. 30.6.1964 - 1 BvL 16-25/62 - in BVerfGE 18, 105f.

Für die Namensänderungspraxis ergibt sich daraus zunächst die Frage, ob der genannte Gesichtspunkt in den Stiefkinderfällen von vornherein eine Entscheidung zugunsten der Führung des "blutsmäßig zukommenden Namens"¹⁾ fordert, mithin die Anlegung eines äußerst strengen Maßstabs bei der Beurteilung eines "wichtigen Grundes". Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß gerade aus der gesetzlichen Einräumung einer Änderungsmöglichkeit zunächst der Schluß gezogen werden kann, daß bestimmte Namensführungsgrundsätze eben nicht absolute Geltung beanspruchen sollen. Hinzu kommt, daß § 1616 BGB von dem Normalfall ausgeht, wonach ein Kind den Namen von den beiden Personen erhält, von denen es abstammt und bei denen es aufwächst, während § 3 Abs. 1 NÄG ausschließlich der Regelung von Konfliktfällen dient, was wiederum die Bedeutung des § 1616 BGB als Maßstabsnorm für diesen Bereich stark relativiert. Im übrigen regelt die genannte Vorschrift nach ihrem Wortlaut ("erhält") nur den erstmaligen Namensserwerb und wählt dabei sinnvollerweise selbstverständlich den Ehenamen der Eltern als Anknüpfungspunkt. Mangels anderer gesetzlicher Bestimmungen bleibt es zwar grundsätzlich bei der Fortführung des einmal erhaltenen Namens; jedoch ist dieser Umstand nicht ohne weiteres geeignet, bei der Prüfung eines "wichtigen Grundes" die Anlegung eines strengen Maßstabes zu rechtfertigen - nämlich gerade dann, wenn es um die Lösung der Frage geht, welche namensmäßige Konsequenz die Aufhebung der horizontalen Anknüpfungsebene

¹⁾ Vgl. die einschlägigen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung in der Fassung vom 14.12.1960 (Banz. Nr. 249 = GMBI. 1961 S. 11 = StAZ 1961, 67ff, 71).

durch die Trennung vom nichtsorgeberechtigten Elternteil haben soll. Vielmehr gilt es zu ermitteln, ob die Namensführungsvorschriften vor allem und in aller Regel von der Funktion des Namens zur Kennzeichnung einer Abstammung geprägt sind und ob demgegenüber die Kennzeichnung einer familiären Zugehörigkeit (im engeren Sinne) in der Bewertung durch den Gesetzgeber zurücktritt.

§ 1616 BGB ist nach völlig einhelliger Meinung aufgrund der durch ihn erzeugten Namensgleichheit von Eltern und ehelichen Kindern Ausdruck des Gedankens der Familieneinheit¹⁾. Dabei hat die genannte Vorschrift durch das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.6. 1976 (BGBl. I S. 1421) gegenüber der zuvor geltenden Fassung ("Das Kind erhält den Familiennamen des Vaters") einen größeren Bedeutungswandel erfahren, als aufgrund der Tatsache, daß in etwa 99% aller Eheschließungen der Geburtsname des Mannes zum Ehenamen gewählt wird (vgl. oben S. 7), gemeinhin angenommen wird. § 1616 BGB a.F. diente nach seinem Wortlaut unmißverständlich dem Zweck, die Namensgleichheit der verschiedenen Generationen durch die ausschließliche Weitergabe des väterlichen Namens zu erreichen²⁾. Nach der Ablösung einer starren, von patriarchalischem Denken beeinflussten Fixierung (§ 1355 BGB a.F.: "Die Ehefrau erhält den Fa-

- 1) Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 23; Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1616 BGB, Rdnr. 1; Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 680; Palandt - Diederichsen (41), § 1616 BGB, Anm. 1; Dieckmann StAZ 1982, 266; vgl. auch BT-Drucks. VII/650 S. 173.
- 2) Münchener Kommentar - Hinz ebd.; Dieckmann ebd.

miliennamendes Mannes") durch eine in den Grenzen des § 1355 BGB n.F. freie Entscheidung der Brautleute über den Ehenamen enthält § 1616 BGB n.F. demgegenüber die Klarstellung, daß dieser Name an die ehelichen Kinder als der Name der gesamten "Herkunfts-familie"¹⁾ weitergegeben wird. Bei der "Namensfortschreibung" auf die nächste Generation gilt also ein Vaternachzug im Namensrecht des Kindes nicht mehr²⁾. Eine besondere Rechtsstellung des Vaters im Familienverband, die an überholte sippenrechtliche Vorstellungen über Befugnisse des Vaters als "Familienoberhaupt" erinnert und die früher vor allem aus § 1616 BGB a.F. hergeleitet wurde³⁾, kann im Gesetz nicht festgemacht werden⁴⁾. Vielmehr läßt sich der heutigen Fassung des Gesetzes nicht mehr eindeutig entnehmen, ob bei der Bildung des Kindesnamens das vertikale oder das horizontale Anknüpfungsmoment - oder die Kombination beider Momente - im Vordergrund steht. Selbst wenn man betont, das Kind erhalte den Namen seiner Eltern, weil es von ihnen abstamme, so meint das eben die Abstammung von beiden Elternteilen und nicht etwa die einseitige und gleichzeitig konturenlose Zuordnung zur Familie des Mannes - oder gar zur "Mannessippe"⁵⁾. Die Namensgleichheit von Eltern und Kindern ist insofern ausschließlich Ausdruck umfassender, höchst persönlicher Rechtsbeziehungen⁶⁾ und dient keinesfalls mehr der Dokumentation einer Übertragung

- 1) Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 150.
- 2) Dieckmann StAZ 1982, 266.
- 3) BVerwG Urt. v. 16.5.1957 - II C 249.54 - in JZ 1958, 357.
- 4) So bereits Krüger JZ 1958, 358.
- 5) Vgl. einerseits Hering RVerwBl 1938, 66, andererseits Simon StAZ 1974, 204 (Fn. 62).
- 6) Vgl. Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 53.

standesmäßiger Rechte von seiten des Vaters¹⁾ oder der Markierung erblicher Rechtspositionen²⁾ - als gesetzliche Anspruchsvoraussetzung ist die Namensidentität nirgendwo erwähnt³⁾. Wenn das Kind also in Ableitung vom gemeinsamen Namen seiner Eltern originär einen eigenen, aber gleichlautenden Namen erhält, so erweist sich die Anknüpfung an den familienrechtlichen Tatbestand der Abstammung zwar einerseits als Fortführung einer bestimmten Rechtstradition - die abendländische Familie des Mittelalters und der Neuzeit stellt sich als eine Abstammungsgemeinschaft dar⁴⁾ -, andererseits aber als (auch ordnungsrechtlich gebotene⁵⁾) namensmäßige Zuordnung zum Lebenskreis der beiden (1) sorgeberechtigten und -verpflichteten Elternteile. Die Novellierung des § 1616 BGB, die das in der alten Fassung zum Ausdruck kommende patriarchalisch-agnatische Prinzip⁶⁾ als mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau nach Art. 3 Abs. 2 GG nicht vereinbar beseitigte, läßt damit im Rahmen von Namensänderungsverfahren die früher der Gesetzesfassung entnommene Grundsatzentscheidung zugunsten des dem Kind "blutmäßig zukommenden"

1) Wacke FamRZ 1977, 510f.

2) Vgl. Stölzel StAZ 1928, 233, der interessanterweise auch von einem "Erben" des väterlichen Familiennamens spricht; ebenso Danner StAZ 1933, 48; Overländer StAZ 1950, 136.

3) Für BVerwG Beschl. v. 12.10.1962 - VII B 105,59 - in StAZ 1963, 41 ist die Namensgleichheit von Witwe und verstorbenem Ehemann allerdings "bedeutsam" (?) für Nachlaß-, Pensions- und Rentenansprüche.

4) Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 26, 27; Mitteis/Lieberich, Deutsche Rechtsgeschichte (15), 1978, S. 15ff.

5) Vgl. BVerwG Beschl. v. 18.2.1981 - VII B 69/80 - in NVwZ 1982, 111.

6) Vgl. Arndt StAZ 1954, 40; Simon StAZ 1974, 204.

Namens in einem anderen Lichte erscheinen. Weil das Kind aus dem Zusammenleben bestimmter Eheleute stammt, die als gesellschaftliche Kleingruppe eine umfassende Lebensgemeinschaft (§ 1353 BGB) bilden¹⁾ und bei denen nunmehr der Ehe name - anstelle des früheren Vatersnamens - das nach außen in Erscheinung tretende, "sichtbare" Bindeglied²⁾ darstellt, führt es eben diesen Ehenamen als eigenen (Geburts-) Namen. Ebenso wie der nach § 1355 Abs. 2 BGB gewählte Ehe name nicht mehr nur der abgeleitete Name von Vorfahren ist, sondern vielmehr ein eigenständiger Name dieser Ehe³⁾ (= Wechsel vom vertikalen zum horizontalen Anknüpfungsmoment für eine Namensbildung), so ist der Name des Kindes losgelöst und unabhängig vom Ehenamen seiner Eltern. Das gilt zumindest in dem Sinne, daß eine Veränderung der für die Namensableitung relevanten Umstände - Trennung der Eltern - im Falle des Wunsches nach einer Namensänderung dem Abstammungsgedanken kein nennenswertes oder gar ausschlaggebendes Gewicht zukommen lassen kann.

§ 1617 Abs. 1 BGB zielt darauf ab, die Namens-einheit von Mutter und nichtehelichem Kind sicherzustellen; eine Namensverschiedenheit hätte zur Folge, daß die außereheliche Geburt offengelegt und schädliche Folgen für die Kindes-

- 1) Zum Grundsatz der Namenseinheit als Ausdruck des genossenschaftlichen Prinzips der Ehe Münchener Kommentar - Wacke (1978), § 1355 BGB Rdnr. 7; siehe auch Rdnr. 55, wonach die Namensverschiedenheit von Mann und Frau im deutschen Recht das Konkubinat kennzeichnet.
- 2) Vgl. Krüger AcP 156, 242; Engler FamRZ 1971, 76; Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 60, 61; Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 148, 150; BT-Drucks. VII/650 S. 96.
- 3) BT-Drucks. VII/650 S. 173.

entwicklung ausgelöst würden¹⁾. Dabei ist die Forderung nach Namensgleichheit gegenüber dem § 1706 Abs. 2 Satz 1 BGB a.F. insofern in größerem Maße verwirklicht, als das Kind nunmehr auch den Ehenamen der verheirateten Mutter erhalten kann. Da der nach § 1355 Abs. 3 BGB gewählte Begleitname familienrechtlich durchweg als bloße Ergänzung des Familiennamens erscheint, ist die postulierte Namensgleichheit wegen § 1617 Abs. 1 Satz 2 BGB allerdings teilweise eingeschränkt²⁾. Interessant für die vorliegende Untersuchung ist insbesondere die gesetzgeberische Begründung für die durch § 1617 Abs. 1 BGB fast uneingeschränkt erfolgte Verwirklichung des Einklangs von Mutter- und Kindesnamen: da das Kind in aller Regel im Lebenskreis der Mutter aufwachse, entspreche es ihrer Verbundenheit, daß das Kind auch denselben Namen wie die Mutter führe³⁾. Der Anknüpfungspunkt für den Namensserwerb des (nichtehelichen) Kindes liegt also, wenn man die Ausübung elterlichen Sorgerechts durch die Mutter oder die tatsächliche und rechtliche Eingliederung in den Familienverband der Mutter betont⁴⁾, zumindest auch in der horizontalen Ebene. Dieser Gesichtspunkt wird besonders deutlich, wenn man die heutige Rechts-

1) Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1617 BGB, Rdnr. 1; vgl. auch BT-Drucks. V/2370 S. 59.

2) Münchener Kommentar - Hinz ebd., Rdnr. 6; kritisch auch Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 902 mit Hinweis darauf, daß der Anschein eines ehelichen Kindes erzeugt werde, das gemäß § 1616 auch nur den Ehenamen seiner Eltern führe.

3) BT-Drucks. V/2370 S. 59.

4) Vgl. Leisner FamRZ 1966, 128 m.w.N. zu Literaturmeinungen in der früheren Familienrechtsreformdiskussion; Engler FamRZ 1971, 76 mit Verweis darauf, daß sich die Rechtsordnung zum Prinzip der einheitlichen Namensführung aller Mitglieder der Kleinfamilie bekenne.

lage mit der früheren vergleicht, wonach das nichteheliche Kind und sein Vater gemäß § 1589 Abs. 2 BGB a.F.¹⁾ als nicht verwandt galten. Wenn das Kind nach der genannten Bestimmung abstammungsmäßig ausschließlich seiner Mutter zugeordnet wurde, war es nur folgerichtig, es auch namensrechtlich vollkommen in deren Familie zu verweisen²⁾ (= einseitig vertikale Anknüpfung). Wenn demgegenüber das Kind heute trotz verwandtschaftlicher Beziehungen zum Vater namensmäßig grundsätzlich der Mutter zugeordnet wird, läßt das den Schluß darauf zu, daß das Namensrecht der horizontalen Komponente für die Namensbildung ein besonderes Gewicht beimißt. Man könnte auch sagen, daß § 1617 Abs. 1 BGB die Abstammung nur von demjenigen Elternteil und dessen Herkunftsfamilie namensmäßig markiert³⁾, dem es tatsächlich und sorge-rechtlich zugeordnet ist.

In welchem Maße das Gesetz den Grundsatz der Namensidentität von Mutter und nichtehelichem Kind verfolgt, läßt sich daran ablesen, welche Auswirkungen eine Änderung des mütterlichen Familiennamens auf denjenigen des Kindes hat. Insbesondere ist dem insoweit einschlägigen § 1617 Abs. 2 BGB, der durch zahlreiche Ver-weisungen eine zentrale Bedeutung erlangt hat⁴⁾, eine bestimmte gesetzliche Wertung zu der Frage zu entnehmen, mit welchen Modifikationen eine nach Altersstufen differenzierende Anpassungs-

¹⁾ Die Bestimmung wurde aufgehoben durch das Gesetz über die rechtliche Stellung der nicht-ehelichen Kinder vom 19.8.1969 (BGBl. I S. 1243).

²⁾ Vgl. Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 30.

³⁾ Vgl. Dieckmann StAZ 1982, 267.

⁴⁾ Sieh oben S. 92 (Fn. 3).

regelung geboten ist. Die zwingende Übernahme aller Änderungen des mütterlichen Familiennamens bis zur Vollendung des fünften Lebensjahres soll zur Vermeidung schädlicher Folgen gerade in diesem Entwicklungsstadium gewährleisten, daß das Kind bei der Einschulung keinen anderen Namen trägt als seine Mutter; danach wird das Interesse des Kindes, im Einzelfall den bisher geführten Namen beizubehalten, berücksichtigt, wobei die Zuerkennung eines selbständigen Anschlußrechtes von der Vollendung des vierzehnten Lebensjahres an dem Willen eines Jugendlichen zur Fortführung seines Namens sogar den Vorrang vor dem möglicherweise entgegenstehenden Willen des gesetzlichen Vertreters einräumt¹⁾. Selbst wenn man davon ausgeht, daß diese Bestimmung in der Praxis dazu führt, daß Mutter und Kind bis zu dessen vierzehnten Lebensjahr in der Regel, in der Mehrzahl der Fälle auch darüber hinaus den gleichen Namen führen, so hat mit der Einräumung des beschriebenen Anschlußrechtes doch auch ein Kontinuitätsgedanke - mit gegenläufiger Tendenz zu einer strikten Namensseinheit²⁾ - Eingang in die Gesetzesfassung gefunden³⁾. Dieser Kontinuitätsgedanke ist dabei weniger Ausdruck der

1) Engler FamRZ 1971, 78; Ruthe FamRZ 1976, 414; Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1617 BGB, RdNr. 10-13; Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 903; Palandt - Diederichsen (41), § 1617 BGB, Anm. 1; Dieckmann StAZ 1982, 270, 271; vgl. auch OLG Hamburg Beschl. v. 18.11.1976 - 2 W 30/75 - in StAZ 1977, 225, 226.

2) Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 680.

3) Vgl. auch § 1617 Abs. 4 BGB, der auf dem Grundsatz beruht, daß der Ehe name den Geburtsnamen überlagert, da jeder Ehegatte durch die Bestimmung des gemeinsamen Familiennamens ein höchstpersönliches Recht an dem gewählten Namen erwirbt (BT-Drucks. VII/650 S. 174).

bereits beschriebenen Ordnungsfunktion des Namens als vielmehr der Überlegung, den ersten, dem Kind von Rechts wegen zustehenden Namen nicht mit "Anschlußproblemen" zu belasten¹⁾. Vor allem aber ist er Ausfluß der Vorstellung, daß der Name zu der die Individualität eines Menschen konstituierenden Persönlichkeits-sphäre gehört, nicht aber der vermeintlichen Funktion des Namens, eine bestimmte Abstammung zu kennzeichnen.

Die Möglichkeit der Einbenennung nach § 1618 BGB dient sowohl im Fall der sog. Stiefvater-Einbenennung als auch in demjenigen der sog. "Konkubinats-Einbenennung"²⁾ in besonderem Maße dem Ziel, die namensmäßige Einheit von "Kleinfamilien" - unter Ausschluß aller übrigen familienrechtlichen Konsequenzen³⁾ - zu gewährleisten⁴⁾. Dieser Gedanke wird besonders deutlich vor dem Hintergrund der Regelung des § 1617 Abs. 3 BGB, wonach sich eine Änderung des Familiennamens der Mutter infolge Eheschließung nicht auf das (nichteheliche) Kind erstreckt. Während die zuletzt genannte Vorschrift im Falle des beschriebenen familienrechtlichen Situationswechsels seitens der Mutter grundsätzlich den Kontinuitätsinteressen des Kindes den Vorrang einräumt, gestattet § 1618 BGB gerade die Schaffung eines Namensgleichklangs im Wege einer - allerdings an bestimmte Einwilli-

- 1) Dieckmann StAZ 1982, 267; vgl. auch OLG Hamburg Beschl. v. 18.11.1976 - 2 W 30775 - in StAZ 1977, 225.
- 2) Diederichsen NJW 1976, 1175.
- 3) Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1618 BGB, Rdnr. 1.
- 4) Münchener Kommentar - Hinz ebd., Rdnr. 2 ("Förderung faktischer Familieneinheit"); vgl. auch Rdnr. 5, 6 sowie BT-Drucks. V/2370 S. 60 ("bewährte Regelung").

gungserklärungen gekoppelte - Namensdisposition. Während in der ersten Fallgruppe des § 1618 Abs. 1 BGB das Eingliederungsmoment im Vordergrund steht, der Name also als integrierender Faktor erscheint und die Existenz einer neu begründeten, "vollwertigen" Lebensgemeinschaft symbolisiert¹⁾, liegt das Recht auf Namenserteilung durch den Vater (zweite Fallgruppe) darin begründet, daß zwischen ihm und dem nichtehelichen Kind familien- und erbrechtliche Beziehungen bestehen²⁾; die Idee von der Namensgleichheit als einer Dokumentation von Rechtspositionen klingt im letzten Fall zumindest an. Für die mit der ersten Fallgruppe situativ vergleichbare Konstellation ehelicher Stiefkinder gilt es besonders festzuhalten, daß aus § 1618 BGB ohne Zweifel eine an horizontalen Anknüpfungspunkten³⁾ orientierte gesetzgeberische Wertung zur Frage der Namensführung in einem Familienverband zu entnehmen ist.

Die in den §§ 1617, 1618 BGB zum Ausdruck kommenden Grundprinzipien erscheinen auch in einer Reihe weiterer namensrechtlicher Vorschriften, die zusammen mit der Neufassung der genannten Bestimmungen durch das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.6.1976 (BGBI. I S. 1421) in das BGB eingefügt worden sind. So regelt etwa § 1720 BGB⁴⁾ die grund-

- 1) Engler FamRZ 1971, 79; Simon StAZ 1974, 197; Diederichsen NJW 1976, 1175; Kümme ZBlJugR 1976, 524; vgl. auch VGH Mannheim Urt. v. 24.2.1970 - IV 823/67 - in FamRZ 1970, 405; OLG Hamburg Beschl. v. 18.11.1976 - 2 W 30/75 - in StAZ 1977, 226.
- 2) Suppa, Namenserteilung durch Erklärung, in: Handakte für die standesamtliche Arbeit, Heft 5, 1979, S. 7.
- 3) OLG Hamburg Beschl. v. 18.11.1976 - 2 W 30/75 - in StAZ 1977, 226 spricht auch vom "Gesichtspunkt der Umweltbezogenheit".
- 4) Vgl. auch den vom Regelungsinhalt in etwa vergleichbaren § 13a Abs. 3 EheG.

sätzliche Namensgleichheit des durch nachfolgende Ehe legitimierten Kindes mit seinen Eltern, gleichzeitig aber auch - durch die Einräumung eines entsprechenden Anschließungsrechtes - die namensrechtliche Selbstbestimmung des Kindes nach Vollendung des vierzehnten Lebensjahres¹⁾. Normzweck des § 1720 BGB ist es, nach der Legitimation des nichtehelichen Kindes jedenfalls bis zu der genannten Altersgrenze unter dem Gesichtspunkt der Namensführung eine Gleichstellung mit der Regelung des § 1616 BGB herbeizuführen. Ebenso wie bei dieser Bestimmung gründet sich die geregelte Namensidentität von Eltern und (legitimiertem) Kind neben der Kennzeichnung der Abstammung mindestens in gleichem Maße auf den Gesichtspunkt der tatsächlichen Lebensgemeinschaft mit umfangreichen Rechtsbeziehungen. Noch deutlicher wird dieser Aspekt bei § 1737 BGB, wonach ein nichteheliches Kind, das auf Antrag seines Vaters vom Vormundschaftsgericht für ehelich erklärt worden ist, den Familiennamen des Vaters erhält. In diesem Fall wird eine Namensgleichheit ausschließlich zu demjenigen Elternteil hergestellt, in dessen Familie das Kind eingegliedert ist und der ihm gegenüber das Sorgerecht ausübt (§ 1738 Abs. 1 BGB) sowie primär unterhaltspflichtig ist (§ 1739 BGB). Wie wenig hier der Abstammungsgedanke eine Rolle spielt, ergibt sich daraus, daß das für ehelich erklärte Kind auch den bei der Eheschließung des Vaters zum Ehenamen bestimmten Namen von dessen Ehefrau erhalten kann²⁾ und diesen gemäß § 1737 Satz 3 i.V.m. § 1617 Abs. 3 BGB möglicherweise trotz weiterer Eheschließung des Vaters fortführt³⁾.

¹⁾ Ruthe FamRZ 1976, 414; Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1720 BGB, Rdnr. 1.

²⁾ Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1737 BGB, Rdnr. 1.

³⁾ Münchener Kommentar - Hinz ebd., Rdnr. 6.

Von einer gebotenen Namensidentität in der Teilfamilie gehen §§ 1740f Abs. 2, 1740g BGB in einem besonderen Maße aus. Dadurch, daß das für ehelich erklärte (Braut-) Kind in der Regel den Familiennamen des überlebenden Elternteils erhält, ist die Namensgleichheit des unter elterlicher Sorge des Überlebenden stehenden minderjährigen Kindes mit dem betreuenden Elternteil gewährleistet¹⁾. Das gleiche gilt aber wegen § 1740g BGB - eine Vorschrift, die wegen ihrer Privilegierungsfunktion für Brautkinder allerdings keinen allgemeinen, im verwaltungsbehördlichen Namensänderungsverfahren anwendbaren Rechtsgedanken enthält²⁾ - selbst dann, wenn dem Kind auf seinen Antrag hin der Familienname des verstorbenen Elternteils erteilt wird³⁾. § 1740g BGB sichert damit den von Art. 6 Abs. 1 GG bezweckten Schutz eines Familienbandes - allerdings für eine ganz spezielle Situation, in der die tatsächliche Stellung der Kindesmutter eher einer Witwe ähnelt (wegen des bestehenden Verhältnisses mit dem Kindesvater) als einer nichtehelichen Mutter und in der das (Braut-) Kind ehelichen Kindern soziologisch auch näher steht als nichtehelichen⁴⁾ -, in dem nicht durch Namensverschiedenheit für jedermann sichtbar auf "irreguläre Verhältnisse" hingewiesen werden soll⁵⁾.

1) Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1740f, Rdnr. 3, 4; vgl. auch BT-Drucks. VII/650 S. 178.

2) Heuschmidt FamRZ 1972, 390f; Münchener Kommentar - Hinz (1978), § 1740g, Rdnr. 5; Palandt - Diederichsen (41), § 1740g BGB, Anm. 1; zur Rechtslage vor Einführung des § 1740g BGB vgl. Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 56.

3) Vgl. Kumme ZBlJugR 1976, 525.

4) BVerwG Urt. v. 13.6.1974 - VII C 43.71 - in FamRZ 1975, 40 mit Hinweisen auf entsprechende Ergebnisse der Rechtstatsachenforschung.

5) OVG Lüneburg Urt. v. 20.7.1971 - II A 1/67 - in FamRZ 1972, 389.

Als Folge der vollen Eingliederung in eine neue Familie mit allen sorge-, unterhalts- und erbrechtlichen Konsequenzen¹⁾ bestimmt das Adoptionsrecht - wie im wesentlichen bereits frühere Gesetzesfassungen -, daß das Kind als Geburtsnamen den Familiennamen des Annehmenden erhält (§ 1757 Abs. 1 Satz 1 BGB). Der Name des Kindes enthält hierbei keinerlei Hinweis auf seine Abstammung - wenn nicht ausnahmsweise unter den engen Voraussetzungen des § 1757 Abs. 2 BGB der bisherige Familienname hinzugefügt wird²⁾ -, sondern nur auf die Familienzugehörigkeit in horizontaler Hinsicht. Wie sehr der genannte Eingliederungsgesichtspunkt dabei im Vordergrund steht, läßt sich mittelbar auch daraus entnehmen, daß das zunächst adoptierte Kind gemäß § 1765 Abs. 1 BGB mit der Aufhebung der Annahme als Kind, d.h. nach Wegfall der für eine Namensgleichheit ursprünglich relevanten Anknüpfungsgesichtspunkte, das Recht verliert, den Familiennamen des Annehmenden als Geburtsnamen zu führen.

Bei einer öffentlich-rechtlichen Namensänderung ist die Wirkung auf die ehelichen und nichtehelichen Kinder in § 4 NÄG ausdrücklich geregelt³⁾. Als entscheidender Grund für die gebotene Namensidentität erscheint auch hier das elterliche Sorgerecht (früher: elterliche Gewalt)⁴⁾. Umgekehrt wird in der Regel ein Interesse des Kindes

1) Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 998, 1000.

2) Gernhuber ebd., S. 999.

3) Kritisch zu der fehlenden "Synchronisation" des § 4 NÄG mit den neu formulierten Erststreckungsregelungen des § 1617 Abs. 2 bis 4 BGB

4) Frauenstein StAZ 1980, 261.

Vgl. Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 62; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 223f.

bejaht, von der Namensänderung durch entsprechende behördliche (Ermessens-) Entscheidung ausgenommen zu werden, wenn eine häusliche Gemeinschaft (1) der Eltern mit einem fast volljährigen Kind nicht mehr besteht¹⁾. Dabei gilt es festzuhalten, daß die "Kontinuitätsinteressen mit gegenläufiger Tendenz"²⁾ zu einer Namenserstreckung auf seiten des Kindes nach allgemeiner Auffassung interessanterweise nicht mit Hinweis auf die vermeintliche Funktion des Namens als Kennzeichen blutsmäßiger Abstammung betont werden, sondern als Ausfluß eines verfassungsrechtlich gebotenen Selbstbestimmungsrechts auf dem Felde der persönlichen Namensführung³⁾.

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, daß die Standardformulierung vieler behördlicher und gerichtlicher Entscheidungen, wonach bei Namensänderungsanträgen "die im Namensrecht zum Ausdruck kommende Funktion des Familiennamens zur einheitlichen Kennzeichnung der Angehörigen einer Familie zu beachten ist"⁴⁾, einer gründlichen Überprüfung bedarf. Jedenfalls läßt eine Gesamtschau der bürgerlich-rechtlichen Namensführungsbestimmungen nicht den Schluß zu, "Familienzugehörigkeit" meine zuallererst die Zugehörigkeit zu einer Abstammungsreihe über mehrere Generationen. Vielmehr knüpfen diese Vorschriften bei der Regelung einer Namensidentität

- 1) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 110; vgl. auch Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 680, 681 sowie KG Berlin Beschl. v. 12.1.1971 - 1 W 4475/69 - in NJW 1971, 847.
- 2) Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts (3), 1980, S. 680.
- 3) Vgl. Gernhuber ebd., S. 681.
- 4) Nr. 30 Abs. 3 Satz 1 der NamÄndVwV vom 11.8.1980 (Beil. zum Bundesanzeiger Nr. 153 vom 20.8.1980) bei Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981, S. 45.

bestimmter Personen - zumindest auch - an (horizontale) Gesichtspunkte einer tatsächlichen Lebensgemeinschaft, eines räumlich-personalen Bezugsrahmens an. Selbst wenn sie jeweils unvergleichbare, typisierte familienrechtliche Konstellationen betreffen, die im Hinblick auf die Ausnahmefälle betreffende Bestimmung des § 3 Abs. 1 NÄG nur sehr vorsichtige Rückschlüsse zulassen, so sind sie - zusammengekommen - doch geeignet, eine Aussage über eine Funktionsbestimmung des Familiennamens in der Wertung des Gesetzgebers zu treffen. Tritt die Aufgabe des Namens, die Abstammung einer Person zu kennzeichnen, zurück und demgegenüber diejenige, das Individuum zu kennzeichnen, in den Vordergrund¹⁾, stellt sich gerade in den Namensänderungsverfahren ehelicher Stiefkinder die Frage, ob es mehr der vertikale Anknüpfungspunkt (Name des leiblichen Vaters) für deren Namensführung ist, welcher eine exakte und unmißverständliche Bezeichnung und Identifizierung im Rahmen des sozialen Umfeldes leistet, oder mehr das horizontale Anknüpfungsmoment (Name der Stieffatherfamilie). Vor allem vor dem Hintergrund vielfach geäußerter Befürchtungen, wonach der Name aufgrund "geschwächter Ordnungskraft im öffentlichen Bereich"²⁾ möglicherweise bald von numerischen Personenkennziffern abgelöst werde, gilt es, derjenigen Namensführung den Vorrang zu geben, die über die größte Assoziationswirkung zur Individualisierung eines Menschen verfügt und ihn aus der Masse von Gleichartigen herauszuheben und in bestimmte gesellschaftliche Zusammenhänge zu stellen geeignet ist³⁾.

¹⁾ BT-Drucks. V/2370 S. 59.

²⁾ Dieckmann StAZ 1982, 278.

³⁾ Sieh oben S. 1, 19-21.

III. Bestimmung des "wichtigen Grundes" als Abwägung verschiedener privater Interessen

Neben öffentlichen Interessen an der Beibehaltung eines bestimmten Namens bilden die im Einzelfall schutzwürdigen Interessen Dritter, die von einer Namensänderung möglicherweise betroffen sind, ein besonders zu berücksichtigendes Moment. Sie können sich, wenn der Dritte bereits selbst Träger des erstrebten Namens ist, auf die Nichtgewährung dieses Namens beziehen oder auf die Beibehaltung des überkommenen Namens¹⁾. Die letztgenannte Konstellation liegt etwa vor, wenn sich der nichtsorgeberechtigte Elternteil nach der Scheidung gegen die beabsichtigte Namensänderung seines in eine Stiefvaterfamilie integrierten Kindes zur Wehr setzt.

Die Berücksichtigung der Interessen Dritter bei der Prüfung des "wichtigen Grundes" ist zwar nicht gesetzliche Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit einer Namensänderung und bedeutet auch nicht, daß ein Dritter durch seinen bloßen Widerspruch die angestrebte Namensänderung verhindern kann. Sie findet vielmehr mit der Maßgabe statt, daß ein von der in Aussicht genommenen Namensänderung eventuell betroffener Dritter seine Gesichtspunkte im Namensänderungsverfahren zur Geltung bringt und anschließend Widerspruch und Klage primär darauf stützen kann (und muß), die Verwaltungsbehörde habe die von ihm dargelegten schutzwürdigen Interessen unzutreffend gewürdigt und die beantragte Namensänderung daher zu Unrecht bewilligt²⁾. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist zunächst

¹⁾ Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 52.
²⁾ Loos ebd.

die Frage, welche Personen zum Kreis der durch eine beabsichtigte Namensänderung unmittelbar oder mittelbar Beteiligten im Sinne von § 3 Abs. 2 NÄG zu zählen sind, insbesondere mit welchem Gewicht bestimmte Belange Dritter unter Hinweis auf die im bürgerlichen Recht wurzelnden Rechte und Interessen dieser Namens-träger überhaupt berücksichtigungsfähig sind¹⁾.

1. Ermittlung und Gewichtung der verschiedenen Beteiligtenstellungen

Einigkeit besteht zunächst einmal darüber, daß alle diejenigen Personen als "unmittelbar Beteiligte" anzusehen sind, deren Familienname aufgrund ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung ebenso wie derjenige des Antragstellers geändert wird, wie etwa im Falle einer Namenserstreckung nach § 4 NÄG²⁾. Die Beteiligung folgt hier zwangsläufig daraus, daß sich die Namensänderung nicht auf den Antragsteller beschränkt, sondern sich auch auf die Betroffenen direkt auswirkt, indem sie ihren bisherigen Namen verlieren und einen neuen erhalten³⁾. Da die Entscheidung über den Namensänderungsantrag einer

¹⁾ Vgl. VGH Mannheim Urt. v. 24.2.1970 - IV 823/67 - in FamRZ 1970, 405.

²⁾ Nach § 1355 Abs. 1 BGB a.F. (!) war in diesem Zusammenhang von besonderer praktischer Bedeutung, daß der Mann die Namensänderung allein beantragen konnte und diese sich automatisch auf die Frau erstreckte; auch sie war daher "unmittelbar Beteiligte" i.S.v. § 3 Abs. 2 NÄG; vgl. dazu Schorr StAZ 1927, 299; Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 143f; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 52f, 117ff; Diederichsen NJW 1976, 1172.

³⁾ Schlichting StAZ 1957, 85; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 76; Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 142; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 208.

Person in den genannten Konstellationen automatisch subjektive Namensführungsrechte und damit Persönlichkeitsrechte anderer tangiert, ergibt sich für die Behörde zwangsläufig die Pflicht zu einer entsprechenden Würdigung ihrer Belange.

Erheblich größere Schwierigkeiten bereitet demgegenüber die Bestimmung des Kreises der sogenannten "mittelbar Beteiligten", also derjenigen, deren Rechte - und zwar andere Rechte als das Recht der persönlichen Namensführung - durch die in Aussicht genommene Namensänderung berührt werden (vgl. § 3 Abs. 2 2. Halbsatz 2. Alt NÄG). Die Hinzuziehung solcher Personen zum Kreis der Anhörungs- und Widerspruchsberechtigten erfolgt also im Gegensatz zu den "unmittelbar Beteiligten" nicht deswegen, weil die behördliche Entscheidung notwendigerweise auch ihren konkreten Namensgebrauch (mit-) betrifft, sondern setzt voraus, daß das Vorliegen einer bestimmten anderweitigen Rechtsposition im Einzelfall genau markiert werden kann. Nur so läßt sich die in der genannten Bestimmung getroffene Unterscheidung verstehen.

Wenn man auf der einen Seite davon ausgeht, daß im Grundsatz derjenige nicht beeinträchtigt ist, dessen Name einer Namensänderung selbst nicht unterworfen wird¹⁾, und daß auch Familienmitglieder grundsätzlich keinen Anspruch darauf haben, daß ein anderes Familienmitglied den "ererbten" Familiennamen beibehält²⁾, so ist auf der anderen Seite zu berücksichtigen, daß

¹⁾ Leisner FamRZ 1966, 124.
²⁾ Schlichting StAZ 1957, 87.

durch eine Namensverleihung nicht ohne weiteres in das Recht bisheriger Namensträger, deren Kreis durch die Namensänderung erweitert wird, eingegriffen wird¹⁾. Ausnahmen dazu sind in der Rechtsprechung daher zutreffenderweise nur unter ganz engen Voraussetzungen anerkannt worden, so etwa bei ehemaligen Adelsfamilien oder bäuerlichen Familien mit einer besonderen eigenen Familientradition²⁾, bei denen der Name eine "gesteigerte Anziehungskraft"³⁾ besaß und die Verleihung dieses Namens in unerträglicher Weise den Schein familienrechtlicher Beziehungen zu den vorhandenen Trägern dieses Namens erzeugt hätte⁴⁾. Nach früherer Rechtsauffassung konnte sich auch die Ehefrau erfolgreich dagegen wehren, daß ein mit ihr nicht verwandtes nichteheliches Kind ihres Mannes den von ihr als Familiennamen geführten Ehenamen erhielt⁵⁾. Nachdem aber der Gesetzgeber in dem Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19.8.1969 (BGBl. I S. 1243, 1247) zugelassen hat, daß der verheiratete Vater eines nichtehelichen Kindes diesem seinen Namen auch gegen den Willen seiner Ehefrau zu erteilen berechtigt ist, kann in den danach für eine öffentlich-rechtliche Namensregelung überhaupt noch verbleibenden wenigen Fällen eine im übrigen gerechtfertigte behördliche Namensänderung unbestritten nicht mehr an dem Widerspruch der Ehefrau scheitern⁶⁾.

-
- 1) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 57; Raschauer ebd., S. 209; vgl. auch BVerwG Urt. v. 6.11.1959 - VII C 144.57 - in StAZ 1960, 39, 40 und Graf von Bernstorff NJW 1961, 636. VGH Kassel Urt. v. 14.9.1956 - OS I 179/54 - in DÖV 1957, 222.
- 2) BVerwG ebd.
- 3) Graf von Bernstorff NJW 1957, 1904.
- 4) BVerwG Urt. v. 12.2.1965 - VII C 183.63 - in StAZ 1965, 186.
- 5) BVerwG Urt. v. 22.1.1971 - VII C 74.68 - in BVerwGE 37, 111.

Die Gewichtung der Belange nur mittelbar Beteiligter hängt daher - allgemein gesprochen - in entscheidendem Maße davon ab, auf welche gesetzgeberischen Wertentscheidungen diese sich im Einzelfall berufen können und welchen Stellenwert damit die von ihnen vorgebrachten Gesichtspunkte bei der Entscheidung über den Namensänderungsantrag eines anderen einnehmen.

2. Die Position des nichtsorgeberechtigten Elternteils in den sogenannten Stiefkinderfällen

Die zuvor angesprochene Problematik wird praktisch besonders relevant, wenn es in den Namensänderungsverfahren ehelicher Stiefkinder darum geht, den Stellenwert derjenigen Aspekte zu ermitteln, die der nichtsorgeberechtigte Elternteil, also in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle der leibliche Vater des Kindes, gegen eine in Aussicht genommene (in der Situation des behördlichen Verfahrens) oder bereits ausgesprochene Namensänderung (in der Situation des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens) vorbringt.

Zunächst ist nach der oben getroffenen Unterscheidung davon auszugehen, daß der leibliche Vater des Kindes nicht als "unmittelbar Beteiligter" im Sinne von § 3 Abs. 2 NAG zu qualifizieren ist, da er von der Änderung des Namens seines Kindes selbst nicht betroffen ist und damit bezüglich seiner Person auch keine Persönlichkeitsrechte (Art. 2 Abs. 1 GG) tangiert sind¹⁾. Es wäre mit dem Wortlaut der genannten Vorschrift - von einer "Beteiligung" läßt sich nur sprechen bei der Teilhaberschaft des Betreffenden an einem bestimmten Vorgang,

¹⁾ A.A. noch - allerdings ohne Begründung - Krüger JZ 1958, 359.

hier der Namensänderung - und der in ihr vorgenommenen Differenzierung nicht zu vereinbaren, wollte man eine unmittelbare Beteiligtenstellung ohne weiteres aus dem Bestehen familienrechtlicher Beziehungen herleiten¹⁾. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, genauestens diejenigen rechtlichen Grundlagen für eine "mittelbare" Beteiligtenstellung des leiblichen Vaters eines in eine Stiefvaterfamilie integrierten Kindes herauszuarbeiten, die jenen legitimieren, im Namensänderungsverfahren gehört zu werden und gegen die einem Namensänderungsantrag stattgebende Entscheidung mit Widerspruch und Klage vorzugehen.

Diese Problematik ist in der Vergangenheit häufig mit einer erstaunlichen Oberflächlichkeit und Ungenauigkeit angegangen worden. So wurde die gebotene Anhörung und die Einräumung eines Widerspruchsrechtes des Vaters in der Rechtsprechung und dem Schrifttum teilweise ohne nähere Ausführungen angenommen oder schlicht mit seiner vermeintlich "stärkeren Rechtsstellung im Familienverbände" (gegenüber der aller anderen Beteiligten) begründet²⁾. Es handelt sich dabei jedoch um eine Sichtweise, die weder mit dem Gleichberechtigungsgesetz vom 18.6.1957 (BGBl. I S. 609) zu vereinbaren ist noch der Tatsache Rechnung trägt, daß ein geschiedener Ehemann und hinsichtlich seines Kindes nichtsorgeberechtigter Elternteil gegenüber der aus Mutter

- 1) So noch Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 142 und Becker FamRZ 1955, 40; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 53, 77; dagegen Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 208.
- 2) Becker FamRZ 1955, 40; BVerwG Urt. v. 16.5.1957 - II C 249.54 - in JZ 1958, 357 vor allen mit Verweis auf § 1616 BGB a.F.; vgl. dazu aber bereits die Ausführungen oben S. 105-108.

und Kind bestehenden "Restfamilie" kaum eine privilegierte Stellung einnimmt¹⁾. Die selten hinterfragte "Familienoberhaupt-Theorie" führte in der früheren Namensänderungspraxis sogar dazu, daß bei einem Widerspruch des Vaters im allgemeinen "zugunsten der Führung des blutsmäßig zukommenden Namens" entschieden wurde²⁾. Waren danach die entsprechenden Namensänderungsanträge regelmäßig abzulehnen³⁾, so macht das deutlich, daß die Stellung des leiblichen Vaters nicht durch die Einräumung eines bloßen Anhörungsrechts nach Maßgabe des § 3 Abs. 2 NAG gekennzeichnet war, sondern - letztlich contra legem - durch die Statuierung eines förmlichen Widerspruchsrechts.

Inzwischen, insbesondere unter dem Einfluß des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14.6.1976 (BGBl. I S. 1421), haben Anhörung und Widerspruch seitens des leiblichen Vaters in den Namensänderungsverfahren ehelicher Stiefkinder einen entscheidenden Bedeutungswandel erfahren: die von ihm vorgebrachten Gesichtspunkte sind nach einhelliger Meinung nur relevant, wenn sich aus ihrer Begründung Umstände ergeben, die - vom Wohl des Kindes aus gesehen - gegen die beantragte bzw. ausgesprochene Namensänderung sprechen⁴⁾. Die

1) Krüger JZ 1958, 359.

2) Vgl. die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften der Bundesregierung über die Änderung und Feststellung von Familiennamen in der Fassung v. 14.12.1960 in BAnz Nr. 249 = GMBL 1961 S. 11 = StAZ 1961, 67, 71.

3) So bereits Koenig RVerwBl 1936, 822 zur Rechtslage vor Geltung des NAG.

4) Grundlegend OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 163 u. Urt. v. 21.2.1980 - V B 13.78 - in FamRZ 1981, 89; BVerwG Beschl. v. 12.9.1975 - VII B 95.74 - in StAZ 1976, 162; ebenso VGH Kassel Urt. v. 28.5.1979 - VI OE 92/78 - in StAZ 1980, 202 u. Urt. v. 17.11.1980 - I 1374/79 - (n.v.); Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 143; Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 29; Frauenstein Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Na-

- immer noch - herausragende Bedeutung des Vaters wird damit im Ansatz anders begründet; seine Anhörung erfolgt, weil er eine äußerst wichtige Informationsquelle zu der Frage darstellt, zu welcher Seite (Stiefvaterfamilie/leiblicher Vater) das Kind größere persönliche Beziehungen und Bindungen zeigt.

Dieser Aspekt läßt allerdings zunächst noch außer Betracht, daß sowohl die Qualifizierung des Vaters als mittelbaren Beteiligten im Namensänderungsverfahren seines Kindes (eben mit der Folge, daß die Behörde jedenfalls im Regelfalle ("sollen") die Pflicht zur Anhörung seiner Person hat, § 3 Abs. 2 NAG) als auch die Bejahung einer Widerspruchs- und Klagebefugnis zunächst voraussetzt, daß seinerseits tatsächlich Rechtspositionen berührt werden bzw. zumindest schlüssig dargetan werden können. Diese Voraussetzung zu erfüllen fällt jedoch angesichts der oben dargestellten Betonung der Kindeswohlperspektive nicht leicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der drohende Verlust der Namensgleichheit von Kind und nichtsorgeberechtigtem Vater für diesen durchaus schmerzlich sein mag, jedoch gerade mit Blick auf die sorgeberechtigte Mutter, die die Namensverschiedenheit immerhin aktuell erlebt, nicht als formulierbare Rechtsposition erfaßt werden kann. Dasselbe gilt auch für die rational wohl nicht faßbare, aber häufig vom Vater geäußerte Furcht, im Falle eines Namenswechsels seitens des Kindes (erzieherischen) Einfluß und Autorität zu verlieren (vgl. oben S. 26, 27).

a. Namensrechtliche Bestimmungen

Da die Rechtsstellung des Vaters im Namensänderungsverfahren seines Kindes lange Zeit mit seiner besonderen Position im Familienverband und diese wiederum mit der früher geltenden Namensableitungsvorschrift des § 1616 BGB a.F. ("Das Kind erhält den Familiennamen des Vaters") begründet wurde, soll im folgenden zunächst untersucht werden, ob eben spezifisch namensrechtliche Gesichtspunkte dem Vater auch noch nach der Novellierung der genannten Bestimmung ("Das eheliche Kind erhält den Ehenamen seiner Eltern") besondere Rechte verleihen.

Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, daß ein Vergleich der beiden aufgeführten Gesetzesfassungen ebenso wie ein Vergleich von § 1355 BGB a.F. ("Die Ehefrau erhält den Familiennamen des Mannes") und § 1355 Abs. 1 sowie Abs. 2 Satz 1 BGB n.F. einen Verzicht auf patriarchalische Grundstrukturen im gesamten Bereich des Namensrechts signalisiert. Wenn das eheliche Kind gegenwärtig in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle als Geburtsnamen denjenigen Namen erhält, der bereits Geburtsname des Vaters war, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß es seinen Namen - nach dem Grundsatz der Namenseinheit in der Kleinfamilie - von beiden Elternteilen ableitet und der damit maßgebliche Ehenamen wiederum aufgrund eines Konsenses der Eheleute (oder eines Verzichts auf eine ausdrückliche Bestimmung gemäß § 1355 Abs. 2 Satz 2 BGB) gebildet worden ist. Gerade die Ablösung der kategorischen Übernahme des Mannesnamens durch die Ehefrau zugunsten einer freien Wahlmöglichkeit verdeutlicht im Zusammenhang mit der entsprechenden Anpassung des § 1616 BGB die oben bereits

mehrfach angesprochene Veränderung der gesetzlichen Namensführungsgrundsätze. Geht man davon aus, daß nach Scheidung einer Ehe keiner der beiden Elternteile im Hinblick auf die Namensführung eines gemeinsamen Kindes bevorzugt werden darf, weil beide an dem Ehenamen, den sie an das Kind weitergeben, gleiche Rechte haben, so ist das Interesse der Mutter an einem Namenswechsel grundsätzlich ebenso zu bewerten wie das entgegengesetzte Interesse des Vaters an einer Namensbeibehaltung.

Da das Gesetz nach dem eindeutigen Wortlaut des neuen § 1616 BGB ausdrücklich keinen Vorrang des väterlichen Namens normiert¹⁾ - die Ableitung des Kindesnamens ist (untechnisch gesprochen) eben nicht patronymisch -, kann diese Bestimmung auch keinesfalls (mehr) ein subjektives Recht²⁾ des Vaters auf Namensgleichheit mit dem Kind begründen. Auch wenn gelegentlich formuliert wird, das Kind habe das Recht und die Pflicht, den gemäß § 1616 BGB erworbenen Namen zu führen³⁾, so korrespondiert mit dem Gesichtspunkt der Namensführungspflicht des Kindes noch kein entsprechender privatrechtlicher Anspruch

1) Insofern unterscheidet sich § 1616 BGB n.F. entgegen Ruthe FamRZ 1976, 413 ganz wesentlich von der alten Fassung; vgl. auch Dieckmann StAZ 1982, 266, sowie Dürig in Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz, 1981, Art. 2 Abs. 1 GG, Rdnr. 42.

2) Vgl. dazu vor allem Larenz, Allgemeiner Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts (5), 1980, § 13 I und II 2.

3) Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 31; Dölle, Familienrecht II, 1965, S. 111, 112; Palandt-Diederichsen (41), § 1616 BGB, Anm. 1.

des Vaters¹⁾, da die von Gesetzes wegen zwingende (insofern pflichtenbegründende) Ableitung des Kindesnamens vom Ehenamen seiner Eltern und die damit erzeugte Einheitlichkeit des Familiennamens primär ordnungspolitische Interessen verfolgt²⁾. Zwar läßt sich nicht leugnen, daß die Weitergabe des Namens auch das Eltern- und das Persönlichkeitsrecht beider Elternteile tangiert³⁾, jedoch eröffnet dieser Aspekt gerade kein die Rechte der Mutter aufhebendes Sonderrecht des Vaters, will man jener nicht in gleichheitswidriger Weise⁴⁾ die Möglichkeit verwehren, ihren "guten Namen" - dazu muß auch derjenige gezählt werden, den sie im Falle einer Wiederheirat zum Ehenamen wählt - von ihren Kindern fortgeführt zu sehen. In keinem Fall aber kann die Namensweitergabe durch die Eltern an die Kinder etwa als Ausfluß eines umfassenden einseitigen "Herrschaftsrechts" verstanden werden. Der Wunsch nach Namensgleichheit mit dem Kind ist deshalb nach der Scheidung einer Ehe für jeden Elternteil allenfalls auf der Ebene eines bloßen Affektionsinteresses anzusiedeln, nicht aber als eigenes Recht, das dem konkreten Namensänderungsinteresse eines Kindes gegenüberzustellen wäre.

- 1) Wengler StAZ 1973, 205; a.A. noch RG Beschl. v. 23.11.1927 - IV B 56/27 - in RGZ 119, 46, 47 mit der Begründung, eine Namensänderung seitens des Kindes wirke auf das seit seiner Geburt bestehende Rechtsverhältnis zwischen ihm und dem betreffenden Elternteil ein und stelle daher einen Eingriff in dessen Rechtskreis dar; ebenso - ohne Begründung - Scheffler in: Bettermann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, Bd. IV 1, 1960, S. 289.
- 2) Münchener Kommentar - Binz (1978), § 1616 BGB, Rdnr. 4.
- 3) von Buch JZ 1974, 448.
- 4) Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 100; vgl. auch Brintzinger StAZ 1971, 59.

Angesichts der sowohl im römischen Recht als auch in den Partikularrechten als schließlich auch (bis zur Familienrechtsreform) im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerten und unangefochten geltenden Regel, wonach eheliche Kinder den Familiennamen des Vaters erhielten und zu führen verpflichtet waren, fällt es verständlicherweise schwer, die durch die Novellierung des § 1616 BGB bewirkte gravierende Veränderung des Vater-/Kind-Verhältnisses im Bereich des Namensrechts bewußtseinsmäßig nachzuvollziehen. Seitdem der Name aber auch für den männlichen Träger nicht mehr unbedingt die Funktion des Hinweises auf die Herkunft aus einem bestimmten Familienstamm erfüllt, sondern bei der Heirat zur Disposition beider Ehepartner steht¹⁾, kann der geschiedene Ehemann und nichtsorgeberechtigte Vater jedenfalls nicht eine Entscheidung im Namensänderungsverfahren eines Kindes zugunsten der Führung des blutsmäßig zukommenden Namens - im patriarchalisch-agnatischen Sinne - beanspruchen²⁾. Anderenfalls würde man der jegliches Sippendenken ausschließenden Wertentscheidung des Gesetzgebers der Familienrechtsreform nicht gerecht werden. Hinzu kommt die Überlegung, daß mit der öffentlich-rechtlichen Namensänderung notwendigerweise die nach dem bürgerlichen Recht sich ergebenden namensrechtlichen Verhältnisse verändert werden, so daß im Namensänderungsverfahren schon aus diesem Grunde keine aus dem bürgerlichen Recht sich ergebenden absoluten Abwehrrechte Dritter bestehen können³⁾, sondern

- 1) VG Mannheim Urt. v. 13.11.1978 - I 2813/78 - (n.v.) und Urt. v. 29.10.1980 - 1 S 674/80 - (n.v.).
- 2) VG München Urt. v. 15.9.1969 - Nr. 3166/69 - in FamRR 1971, 448 mit ähnlicher Begründung.
- 3) VG Mannheim Urt. v. 24.2.1970 - IV 823/67 - in FamRZ 1970, 405; VG Kassel Urt. v. 14.5.1980 - III E 132/79 - in StAZ 1980, 281; ebenso im Ergebnis Frauenstein StAZ 1980, 284.

allenfalls die Möglichkeit gegeben ist, der Behörde Abwägungs- und Entscheidungsmaterial an die Hand zu geben, das zur Beurteilung eines "wichtigen Grundes" in der Person des Antragstellers von Bedeutung ist¹⁾.

Soll darüber hinaus der Name eines Kindes nach heutigem, im neuen § 1616 BGB zum Ausdruck kommenden Verständnis nicht mehr die Abstammung von seinem Vater und dessen Familie deutlich machen, sondern in erster Linie das Kind als ein in einer bestimmten Lebensgemeinschaft heranwachsendes Individuum kennzeichnen, kann nach einer Ehescheidung kein Elternteil mit Hinweis auf Grundsätze des Namensrechts beanspruchen, daß die bestehende (oder angestrebte) Namensgleichheit zwischen ihm und dem Kind ausschließlich zwischen diesen beiden Personen das Vorhandensein verwandtschaftlicher Beziehungen signalisieren soll.

Es bleibt daher festzuhalten, daß in den Namensänderungsverfahren ehelicher Stiefkinder Rechte des Vaters jedenfalls nicht aus speziell namensrechtlichen Vorschriften hergeleitet werden können.

b. Grundrechtliche Positionen

Demgegenüber erscheint es denkbar, eine besondere Rechtsstellung des nichtsorgeberechtigten Elternteils in den Namensänderungsverfahren von Stiefkindern mit den Grundrechtsbestimmungen des Art. 6 Abs. 1 (besonderer Schutz der Familie) und Abs. 2 (Erziehungsrecht der Eltern) zu

¹⁾ Vgl. BVerwG Urt. v. 12.9.1975 - VII B 95.74 - in StAZ 1976, 162 und OVG Berlin Urt. v. 21.2.1980 - V B 13.78 - in FamRZ 1981, 89.

begründen. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß das Verfassungsrecht zweifels- ohne "verbindliche Schranken und Determinanten auch für die Regelung des Namensrechts"¹⁾ enthält, so daß dieses im Lichte geltender Grundrechtsvorschriften auszulegen ist. Der Rückgriff auf das Verfassungsrecht ist dabei insofern von besonderem aktuellen Interesse, als in der Diskussion der jüngsten Zeit bereits die Frage aufgeworfen wurde, ob die vermeintlich "nachrangige" Berücksichtigung der Belange des Vaters in der derzeitigen Praxis der Verwaltungsgerichte überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar und aus diesem Grund nicht die Einlegung einer Verfassungsbeschwerde durch einen betroffenen Vater geboten sei²⁾.

aa. Art. 6 Abs. 1 GG

Zunächst stellt sich die Frage, ob durch die beantragte Namensänderung eines in einer Stiefvaterfamilie aufwachsenden Kindes Rechte des leiblichen Vaters aus Art. 6 Abs. 1 GG berührt werden. Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, daß die genannte Grundrechtsbestimmung eine wertentscheidende Grundsatznorm für das gesamte Ehe und Familie betreffende Recht darstellt³⁾.

Da Art. 6 Abs. 1 GG in der hier untersuchten Konstellation weder unter dem Gesichtspunkt der

- ¹⁾ Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 19.
²⁾ Diederichsen in der ZDF-Sendung "Wie würden Sie entscheiden? (Namensänderung)" vom 15.3. 1982 - Prod.-Nr. 6491/2041.
³⁾ BVerfG Beschl. v. 29.7.1968 - 1 BvL 20/63 u.a. - in BVerfGE 24, 119, 135; Lepa, Der Inhalt der Grundrechte (2), 1981, Art. 6, Rdnr. 1; Schmidt-Bleibtreu/Klein, Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (5), 1980, Art. 6, Anm. 1.

Instituts- oder Einrichtungsgarantie noch unter demjenigen der Familiengründungsfreiheit¹⁾ tangiert wird, entfaltet diese Vorschrift im Rahmen von Namensänderungsverfahren allenfalls dann Maßstabscharakter, wenn man aus ihr die Forderung nach grundsätzlicher Einheitlichkeit des Familiennamens aller Mitglieder einer Familie herleitet²⁾. Jedoch auch dann, wenn man den Schutzbereich des Art. 6 Abs. 1 GG derart weit faßt³⁾, ist höchst fraglich, ob die Forderung nach Führung eines einheitlichen Familiennamens auch für die durch Ehescheidung zerbrochenen und daher "unvollständigen" Familien gilt. Die Namensgleichheit von Kind und nichtsorgeberechtigtem Elternteil, also in der Hauptsache dem leiblichen Vater, kann mithin nur unter der Bedingung als durch Art. 6 Abs. 1 GG gefordert angesehen werden, daß die zwischen den beiden genannten Personen bestehenden verwandtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen ausreichen,

- 1) Zum Schutzbereich des Art. 6 Abs. 1 GG vgl. BVerfG ebd. sowie Beschl. v. 17.1.1957 - 1 BvL 4/54 - in BVerfGE 6, 55, 71, 72; Lepa ebd. Diederichsen FamRZ 1978, 467; Lecheler FamRZ 1979, 2.
- 2) So vor allem Krüger AcP 156, 242 und JZ 1958, 359; Ramm FamRZ 1963, 340 sowie Dölle, Familienrecht II, 1965, S. 111 mit der Begründung, ohne einheitlichen Familiennamen erscheine die Familie nach außen tatsächlich als ein Nebeneinander von Individuen; vor allem aber sei der Name das sichtbare, nach außen in Erscheinung tretende Bindeglied, das einen Menschen mit seinen Eltern und Vorfahren (Abstammungskomponente) sowie mit seinen Kindern und Abkömmlingen (Familiengründungskomponente) verbinde.
- 3) Kritisch dazu besonders Scheffler in: Bettgermann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, Bd. IV 1, 1960, S. 289: "Daß der institutionelle Schutz der Familie eine Einheit des Namens zwingend erfordert, kann wohl nicht behauptet werden, da die Familie Jahrtausende ungefährdet bestanden hat, ohne daß es überhaupt so etwas wie Familiennamen gab".

um den Begriff der "Familie" im Sinne der genannten Grundrechtsbestimmung auszufüllen.

Da das Grundgesetz dieses Tatbestandsmerkmal nicht näher definiert, bestehen von vornherein verschiedene Interpretationsmöglichkeiten¹⁾, wobei zu berücksichtigen ist, daß die mit dem Begriff "Familie" gekennzeichneten sozialen Erscheinungen im Laufe der Geschichte erhebliche Wandlungen hinsichtlich ihrer Wesenseigentümlichkeiten durchgemacht haben²⁾. Daher kann als zusammengehörende Familie sowohl ein weiter³⁾ als auch ein enger⁴⁾ Kreis von Verwandten betrachtet werden⁵⁾. Mit zunehmendem Funktionsverlust der alten "Großfamilie", der "Sippe", und dem Zurücktreten des Gedankens der Familie als (Abstammungs-) Einheit hinter die Betonung der von gegenseitiger Verantwortlichkeit geleiteten, subjektiv persönlichen Beziehungen ihrer Mitglieder⁶⁾ wird die Tatsache der Verwandtschaft nach heutigem Verständnis von "Familie" nur als erstes konstituierendes Element verstanden⁷⁾ und darüber hinaus verlangt, daß die betreffenden Personen durch das Zusammenleben in einer geschlossenen, eigenständigen Hausgemein-

1) Lecheler FamRZ 1979, 2.

2) Bonner Kommentar - Pirson (1981), Art. 6 GG, Rdnr. 1.

3) So etwa Arndt StAZ 1954, 42; Schnitzerling StAZ 1965, 282.

4) So etwa Ramm FamRZ 1963, 337f; E. M. von Münch in von Münch (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar (2), Bd. 1, 1981, Art. 6, Rdnr. 4.

5) Bonner Kommentar - Pirson ebd.

6) Vgl. Radbruch, Rechtsphilosophie (6), 1963, S. 249; Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 227; Bonner Kommentar - Pirson ebd., Rdnr. 20.

7) Simon StAZ 1974, 201, 202; Lecheler FamRZ 1979, 2; Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 62ff; Bonner Kommentar - Pirson ebd.

schaft miteinander verbunden sind¹⁾. "Familie" im Sinne von Art. 6 Abs. 1 GG ist daher zunächst einmal die aus Eltern und Kindern bestehende "Kleinfamilie". Da aber die Einbeziehung der Familie in die von der Verfassung geschützten Rechtsgüter ihren Sinn vor allem darin hat, die soziale Funktion und Leistung der spezifisch familiären Bindungen (vgl. oben S. 103) zu erhalten, kommt es nach einhelliger Meinung nicht entscheidend auf die Vollständigkeit der Familie an. Demnach fällt auch die aufgrund des Wegfalls eines Elternteils (durch Tod, Trennung oder Ehescheidung) unvollständig gewordene (Rest-) Familie unter den Tatbestand des genannten Grundgesetzartikels²⁾.

Stellt man aber mit einem solchen Familienbegriff letztlich ausschließlich die persönlichen Beziehungen von Kind und sorgeberechtigtem Elternteil unter den Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG³⁾ und gewährt man diesen Schutz aus den oben genannten Gründen außerdem der durch Wiederheirat "vervollständigten" (Stiefvater-) Familie⁴⁾, kann diese Bestimmung im Verhältnis

- 1) Lecheler FamRZ 1979, 3; Schmidt-Bleibtreu/Klein, Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (5), 1980, Art. 6 GG, Anm. 1; Bonner Kommentar - Pirson (1981), Art. 6 GG, Rdnr. 1; so ausdrücklich auch BT-Drucks. VII/650 S. 257.
- 2) Scheffler in Bettermann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, Bd. IV 1, 1960, S. 252; Maunz in Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz, 1981, Art. 6, Rdnr. 16; Bonner Kommentar - Pirson ebd., Rdnr. 24 m.w.N.
- 3) So ausdrücklich Schmidt-Bleibtreu/Klein ebd., Anm. 6 und BayObLG Beschl. v. 13.8.1969 - 1a Z 69/69 - in NJW 1969, 1767.
- 4) BVerfG Beschl. v. 30.6.1964 - 1 BvL 16-25/62 - in BVerfGE 18, 105f; VG München Urt. v. 15.6.1969 - Nr. 3166/69 - in FamRZ 1971, 449; KG Beschl. v. 12.1.1971 - 1 W 4475/69 - in NJW 1971, 847; Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 29; Conradi FamRZ 1980, 105; Bonner Kommentar - Pirson ebd., Rdnr. 25.

von Kind und nichtsorgeberechtigtem Elternteil - gerade mit Blick auf die bestehende Konkurrenzsituation - konsequenterweise nicht einschlägig sein. Die Ehescheidung bedeutet demnach für denjenigen Elternteil, der das Sorgerecht über ein Kind im Einzelfall nicht zugesprochen erhält, mit diesem tatsächlich nicht mehr in einer Hausgemeinschaft lebt und ihm daher auch keine umfassende Fürsorge gewährt, gleichzeitig "Familienscheidung"¹⁾. Für die Frage nach der Rechtsstellung des leiblichen Vaters in den Namensänderungsverfahren ehelicher Stiefkinder, in denen es im Grunde um Nachwirkungen der durch Scheidung aufgelösten Familiengemeinschaft geht, folgt daraus, daß die Generalnorm des Art. 6 Abs. 1 GG als Prüfungsmaßstab ausscheidet²⁾.

bb. Art. 6 Abs. 2 GG

Es ist daher allenfalls zu fragen, ob in den Namensänderungsverfahren mit der typischen, oben beschriebenen Konstellation nicht die trotz einer Sorgerechtsentscheidung zugunsten des anderen Elternteils weiterbestehenden "natürlichen" Erziehungsrechte³⁾ des - in der Mehrzahl der Fälle - leiblichen Vaters berührt werden.

- 1) Simon StAZ 1974, 205; Lüderitz FamRZ 1975, 605; Dieckmann AcP 178, 304; Lepa, Der Inhalt der Grundrechte (2), 1981, Art. 6, Rdnr. 5; vgl. auch BVerfG Beschl. v. 31.5.1978 - 1 BvR 683/77 - in BVerfGE 48, 327, 339; VG München ebd.
- 2) Vgl. zu einem ähnlichen Problem BVerfG Beschl. v. 15.6.1971 - 1 BvR 192/70 - in BVerfGE 31, 204.
- 3) Zum elterlichen Erziehungsrecht als einem Recht das nicht vom Staat verliehen ist, sondern von diesem als vorgegeben, in der Naturrechtsordnung wurzelnd anerkannt wird, vor allem Simon FamRZ 1972, 485, 488; Diederichsen NJW 1980, 2 sowie BVerfG Beschl. v. 17.2.1982 - 1 BvR 188/80 - in NJW 1982, 1379.

Die insofern einschlägige Verfassungsnorm des Art. 6 Abs. 2 GG geht von dem Regelfall aus, daß das Kind mit den durch die Ehe verbundenen Eltern in einer Familiengemeinschaft zusammenlebt und außerdem von Vater und Mutter gemeinsam gepflegt und erzogen wird¹⁾ - Voraussetzungen, die aber nicht erfüllt sind, wenn das Kind einen Elternteil entbehren muß. Wie Elternrechte (und -pflichten) in gestörten oder zerbrochenen Familiengemeinschaften zu verteilen sind und welche Ausstrahlungswirkung die genannte Grundrechtsbestimmung im übrigen auf Nachwirkungen einer Ehescheidung entfaltet, läßt sich der Vorschrift nicht unmittelbar entnehmen²⁾.

Teilweise wird in diesem Zusammenhang die Auffassung vertreten, angesichts der Tatsache, daß die Eltern eines Kindes nach der Scheidung nicht mehr Eltern seien, sondern nur noch Vater und Mutter bzw. "Elterntrümmer"³⁾, könne es - jenseits einer auf Übernahme der tatsächlichen Fürsorge und faktischen Elternverantwortung gegründeten "sozialen", "funktionalen", "psychologischen" Elternschaft des sorgeberechtigten Elternteils und auch des Stiefelternteils⁴⁾ -

1) BVerfG Urt. v. 24.3.1981 - 1 BvR 1516/78 u.a. - in NJW 1981, 1201.

2) Vgl. Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 46.

3) Lempp NJW 1963, 1661; ZBlJugR 1974, 128, 133; Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 8, 10, 51; Dieckmann AcP 178, 304, 308; vgl. auch Arntzen, Elterliche Sorge und persönlicher Umgang mit Kindern aus gerichtspsychologischer Sicht, 1980, S. 31.

4) Vgl. dazu König, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1945, S. 52; Metzger, Unsere Jugend 1971, 154 und ZBlJugR 1972, 42; Simon FamRZ 1972, 486, 487 und StAZ 1974, 202; Gernhuber FamRZ 1973, 236; Hassenstein, AFET-Mitgliederrundbrief Nr. 4/1975, S. 70; Conradi FamRZ 1980, 104f; Simon NJW 1982, 1675; Holzhauser ZRP 1982, 226.

kein auf bloße biologische Elternschaft gestütztes Elternrecht geben¹⁾.

Diese Ansicht, die im wesentlichen durch entwicklungspsychologische Erkenntnisse beeinflusst ist und dabei die - zwingend - komplementäre Rolle jedes Elternteils in der Familie, insbesondere bei der Erziehung des Kindes zur Sozialität, d.h. zur Einordnungsfähigkeit in eine Gruppe, betont²⁾, läßt allerdings außer Betracht, daß die scheidungsbedingte Elterntrennung eben nicht die verfassungsrechtlich postulierte Erziehungsverantwortung eines jeden Elternteils auflöst. Auch wenn das Sorgerecht einem Elternteil allein übertragen wird - wie es nach dem inzwischen als mit Art. 6 Abs. 2 GG unvereinbar erklärten³⁾ und daher nichtigen § 1671 Abs. 4 Satz 1 BGB⁴⁾ ohne Beschränkung auf Konflikte ausschließlich möglich war -, ändert das nichts an dem Fortbestehen der - allerdings nicht mehr unbedingt gemeinsamen - elterlichen Verantwortlichkeit beider Teile für das Kind. Da die verfassungsrechtliche Gewährleistung des Elternrechts in Art. 6 Abs. 2 GG in erster Linie dem Schutz des Kindes dient, hat jeder Elternteil

1) Metzger ZBlJugR 1972, 44; Lempp, Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 10, 51.

2) Sieh dazu vor allem Lempp ZBlJugR 1974, 127: "...Dies geschieht durch die gegenseitige Beziehung der Eltern, die das Kind als Drittpartner mit einbezieht ... und das Kind dadurch in den Stand setzt, aus der dualen Primärbindung des Kleinkindes zur Mutter hervorzutreten und mit zwei Personen gleichzeitig affektive Bindungen aufzubauen, die untereinander wiederum in affektiver Bindung stehen. ..."; vgl. auch "Der Spiegel", 1976, Heft 27, S. 57.

3) BVerfG Urt. v. 3.11.1982 - 1 BvL 25/80 u.a. - in FamRZ 1982, 1179ff.

4) I.d.F. des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge vom 18.7.1979 (BGBl. I S. 1061).

auch nach dem Scheitern einer Ehe die Pflicht, die regelmäßig mit ihrer Trennung für die Entwicklung des Kindes verbundene Schädigung nach Möglichkeit zu mildern und den Kindesinteressen entsprechende Lösungen für seine weiteren persönlichen Beziehungen zu ihnen zu finden¹⁾.

Daß auch der nichtsorgeberechtigte Elternteil dabei seiner elterlichen Verantwortung nicht enthoben ist, ergibt sich im einzelnen daraus, daß er gegenüber dem Kind weiterhin unterhaltspflichtig ist, das Recht zum persönlichen Umgang mit dem Kind hat und bei berechtigtem Interesse vom Personensorgeberechtigten Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des Kindes verlangen kann (§ 1634 Abs. 1 und 3 BGB). Gerade dieses sogenannte Umgangsrecht soll es unter dem Schutze des Art. 6 Abs. 2 GG²⁾ "dem nichtsorgeberechtigten Elternteil ermöglichen, sich von dem körperlichen und geistigen Befinden des Kindes und seiner Entwicklung durch Augenschein und gegenseitige Aussprache fortlaufend zu überzeugen, die verwandtschaftlichen Beziehungen zu ihm aufrechtzuerhalten und einer Entfremdung vorzubeugen, sowie dem Liebesbedürfnis beider Teile Rechnung tragen"³⁾. Die fortbestehende Elternstellung und Elternverantwortung des nichtsorgeberechtigten Elternteils kommt vor allem aber auch darin zum Ausdruck, daß er unter den Voraussetzungen der §§ 1678 Abs. 2,

- 1) BVerfG Beschl. v. 15.6.1971 - 1 BvR 192/70 - in BVerfGE 31, 205 und Urt. v. 3.11.1982, ebd.
2) Schmidt-Bleibtreu/Klein, Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (5), 1980, Art. 6, Anm. 8.
3) BGH Beschl. v. 13.2.1968 - IV ZB 1035/68 - in BGHZ 51, 219, 222; BayObLG Beschl. v. 13.8.1969 - 1a Z 69/69 - in NJW 1969, 1767; BVerfG Beschl. v. 15.6.1971 - 1 BvR 192/70 - in BVerfGE 31, 206.

1680 Abs. 2, 1681 Abs. 1 Satz 2, 1696 BGB - Ruhen der elterlichen Sorge (§ 1673 BGB), Entziehung des Sorgerechts, Tod des sorgeberechtigten Elternteils, Änderung der Sorgerechtsentscheidung durch das Familiengericht¹⁾ - berechtigt und verpflichtet ist, die Pflege und Erziehung des Kindes wieder selbst zu übernehmen²⁾ - ein Gesichtspunkt, den man schlagwortartig mit dem Begriff der "sorgerechtlichen Reservefunktion" des nichtsorgeberechtigten Elternteils umschreiben könnte. Gerade dieser zuletzt genannte Umstand erfordert es zwingend, im Interesse des Kindes eine Entfremdung zwischen ihm und dem zunächst nicht sorgeberechtigten Elternteil zu verhindern³⁾.

Im Hinblick auf die Stellung des leiblichen Vaters in Namensänderungsverfahren ehelicher Stiefkinder ergibt sich aus den vorstehenden Ausführungen, daß es dessen weitere elterliche Verantwortlichkeit gebietet, ihm eine auf dem "natürlichen Elternrecht" beruhende Befugnis zur Wahrung der Interessen des Kindes auch in Fra-

1) Vgl. dazu BayObLG Beschl. v. 13.8.1969 - 1a Z 69/69 - in NJW 1969, 1767: "...eine...Änderung des elterlichen Sorgerechts (§ 1696) setzt als triftigen, das Kindeswohl nachhaltig berührenden Grund keineswegs ein Versagen des bisher sorgeberechtigten Elternteils voraus; er kann auch schon in einer wesentlichen Veränderung der äußeren Umstände liegen..."; nach Beres ZBlJugR 1982, 10 sind Abänderungen nach § 1696 BGB allerdings selten; kritisch zu den Änderungsvoraussetzungen Lüderitz FamRZ 1975, 609.

2) OVG Berlin Urt. v. 4.11.1976 - V B 9.74 - in StAZ 1978, 70; OLG Frankfurt Beschl. v. 8.3.1977 - 20 W 67/77 - in StAZ 1978, 160; OVG Hamburg Urt. v. 22.6.1981 - Bf. III 12/81 - in FamRZ 1982, 189; Simon StAZ 1974, 202;

3) Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 27 u. 70
Bosch FamRZ 1961, 34; OLG Frankfurt ebd.

gen der Namensführung zu garantieren. Der nichtsorgeberechtigte Kindesvater kann unter Umständen wertvolle Angaben zu der Frage machen, welche Gesichtspunkte aus dem - allein maßgeblichen - Blickwinkel des Kindeswohls möglicherweise gegen eine beantragte Namensänderung sprechen. Denkbar ist in diesem Zusammenhang, daß die Zerstörung des durch den gemeinsamen Familiennamen gebildeten äußeren Bandes aufgrund eines labilen Beziehungsgefüges ein bestehendes inneres Verhältnis zu belasten droht¹⁾. Vielleicht ergeben sich auch Anhaltspunkte dafür, daß Stiefvater und sorgeberechtigte Mutter bei ihrer Argumentation mit dem Stichwort "Kindeswohl" affektive Eigeninteressen tarnen²⁾, daß sie etwa mit der Änderung des Kindesnamens ein Stück Vergangenheitsbewältigung leisten oder mit der angestrebten Namensgleichheit uneingeschränkten "Besitz" des bei ihnen aufwachsenden Kindes signalisieren wollen. Die Beteiligung des leiblichen Vaters erfolgt also, um alle für die Beurteilung des Kindeswohls relevanten Umstände ermitteln zu können.

Das Elternrecht aus Art. 6 Abs. 2 GG zur Wahrung der Kindesinteressen ist damit dasjenige Recht im Sinne von § 3 Abs. 2 2. Halbsatz NÄG, welches durch die in Aussicht genommene Namensänderung tangiert wird und daher eine obligatorische Anhörung auch des nichtsorgeberechtigten Elternteils gebietet. Dabei gilt es allerdings zu betonen, daß - eben unter dem ausschließlichen Aspekt des Kindeswohls - dessen Recht selbstverständlich nicht größer sein kann als dasjenige des anderen Elternteils. In-

1) OLG Frankfurt ebd.

2) Vgl. Dieckmann AcP 178, 326.

sofern liefert die aus Art. 6 Abs. 2 GG folgende Elternverantwortung des Vaters auch kein Abgrenzungsmerkmal zur Position der Mutter, zumal diese in noch größerem Maße in einer Pflichtenstellung gegenüber dem Kind steht, sondern allenfalls - bei Anerkennung einer "faktischen" oder "psychologischen" Elternschaft letztlich aber nicht zwingend - zur Position des Stiefvaters¹⁾.

Wird einem Namensänderungsantrag stattgegeben, ohne daß der Vater zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme hatte, ergibt sich dessen Klagebefugnis für eine verwaltungsgerichtliche Klage ohne weiteres daraus, daß er die auf seinem Elternrecht - eigentlich zutreffender: seiner Elternpflicht - beruhende Befugnis zur Wahrung der Interessen des Kindes nicht wahrnehmen konnte und das gesamte Namensänderungsverfahren deshalb auch unter einem wesentlichen Aufklärungsmangel leidet. Hat der Vater jedoch seine Gesichtspunkte in das Verfahren einbringen können, hat aber die Behörde trotz seines Widerspruchs gegen die in Aussicht gestellte Namensänderung das Vorliegen eines "wichtigen Grundes" bejaht und dem Antrag auch nach einer Nachprüfung im Widerspruchsverfahren stattgegeben, so kann der Vater bei Klageerhebung eine Verletzung eigener Rechte nur wie folgt geltend machen: die Behörde habe die von ihm genannten, gegen eine Namensänderung sprechenden Aspekte entweder überhaupt nicht berücksichtigt, in ihrer besonderen einzelfallrelevanten Bedeutung unzulänglich bewertet oder im Verhältnis zu den für eine Namensänderung sprechenden Punkten unzutreffend gewichtet und daher eine

¹⁾ Vgl. Simon StAZ 1974, 202 (Fn. 51).

dem Kindeswohl nicht entsprechende Entscheidung getroffen. In dieser Abgrenzung liegt eine nicht zu unterschätzende Restriktion für die Rechtsstellung des Vaters insgesamt, insbesondere für die Frage nach seiner Klagebefugnis: nur dann, wenn seinem Vortrag zu entnehmen ist, daß er mit seiner Argumentation um eine den Kindesinteressen gerecht werdende Lösung ringt, ist seine Klage zulässig, nicht aber dann, wenn es ihm ausschließlich (!) um die Verfolgung eigener affektiver Interessen geht oder die Namensführung des Kindes für ihn eine schlichte Prestigefrage ist¹⁾. Eine Rechtsprechung, die in der oben geschilderten Weise die Position des leiblichen Vaters berücksichtigt, verletzt aber, auch wenn sie im Einzelfall den für eine Namensänderung eines ehelichen Stiefkindes sprechenden Gesichtspunkten das ausschlaggebende Gewicht beimißt, in keinem Fall Art. 6 Abs. 2 GG. Mit dieser Maßgabe ist auch nicht ersichtlich, daß eine nach Erschöpfung des Rechtsweges eingelegte Verfassungsbeschwerde eines Vaters Erfolg haben könnte.

IV. Der "wichtige Grund" als unbestimmter Rechtsbegriff

Nach übereinstimmender Ansicht in Rechtsprechung und Literatur handelt es sich bei dem Tatbestandsmerkmal des "wichtigen Grundes" um einen sogenannten "unbestimmten Rechts-

¹⁾ Vgl. dazu auch die Ausführungen oben S. 23.

begriff"¹⁾. Die Frage, ob ein wichtiger Grund für eine Namensänderung vorliegt, läßt - so im wesentlichen die nicht zu beanstandende Begründung - nicht mehrere, nach dem subjektiven Empfinden der Verwaltungsbehörden mögliche richtige Lösungen zu, sondern kann nur nach dem Vorliegen bestimmter objektiver Merkmale in positivem oder negativem Sinne beantwortet werden, ohne daß der Behörde dabei für ihre Entscheidung ein (Beurteilungs-) Spielraum, eine

¹⁾ BVerwG Urt. v. 31.1.1958 - VII C 119/57 - in DÖV 1958, 703; Urt. v. 31.8.1962 - VII C 63. 60 - in StAZ 1963, 38; Urt. v. 2.10.1970 - VII C 38.69 - in StAZ 1971, 58; Urt. v. 29.9. 1972 - VII C 77.70 - in BVerwGE 40, 356; OVG Münster Bescheid v. 22.3.1960 - II 4 1687/56 - in StAZ 1960, 239; OVG Lüneburg Urt. v. 2.2. 1965 - II A 25/63 - in StAZ 1968, 50; VGH Mannheim Urt. v. 6.10.1964 - III 290/63 - in StAZ 1966, 18; OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 162 und Urt. v. 21.2. 1980 - V B 13.78 - in FamRZ 1981, 89; VGH Kassel Urt. v. 17.12.1979 - VIII OE 89/79 - in StAZ 1980, 278; OVG Hamburg Urt. v. 22.6.1981 - Bf. III 12/81 - in FamRZ 1982, 188; OVG Bremen Urt. v. 22.9.1981 - 1 BA 39/81 - in FamRZ 1982, 191; Graf von Bernstorff NJW 1961, 637; Brintzinger DÖV 1962, 445 und StAZ 1970, 90f; Leisner FamRZ 1966, 123; Freiherr von Welck DÖV 1973, 734; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 47; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 26, 210. DaB § 3 Abs. 1 NAG im übrigen dem rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgebot genügt, ist - soweit ersichtlich - nie in Zweifel gezogen worden; der "wichtige Grund" gehört zu jenen nicht genau erfaßbaren Maßstäben und generalklauselartigen Regelungen, ohne die der Gesetzgeber nicht auskommen kann, um der zeit- und umweltbedingten Beurteilung eines Einzelfalles nicht zu enge Grenzen zu setzen (vgl. OVG Münster Urt. v. 11.12.1951 - II A 441/51 - in OVG 5, 166 und Brintzinger DÖV 1962, 445, 446), und die es der Rechtspraxis ermöglichen, "das Gebot der inhaltlichen Richtigkeit und materiellen Gerechtigkeit der Entscheidung im Einzelfall zu verwirklichen, das neben dem Grundsatz der Rechtssicherheit aus dem Rechtsstaatsprinzip abzuleiten ist..." (BVerfG Beschl. v. 24.11.1981 - 2 BvL 4/80 - in NJW 1982, 1275).

"Einschätzungsprärogative"¹⁾, bliebe. Ob der Begriff des "wichtigen Grundes" im Sinne von § 3 Abs. 1 NÄG von seiten der Verwaltungsbehörde zutreffend ausgelegt oder im Einzelfall verkannt wurde, ist deshalb insbesondere nach ständiger Spruchpraxis eine Rechtsfrage und unterliegt folglich der vollständigen Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte²⁾. Angesichts der Tatsache, daß die Beurteilung eines "wichtigen Grundes" notwendigerweise einen erheblichen Einschlag wertender Elemente enthält, mag man bezweifeln können, ob der Kreis des unbestimmten Rechtsbegriffs tatsächlich so weit zu ziehen ist³⁾. Die Reduzierung von Beurteilungsspielräumen ist jedoch dann, wenn - wie hier - Persönlichkeitsrechte intensiv betroffen sind, aus Gründen effektiven Rechtsschutzes in besonderer Weise sachlich geboten.

Aufgrund der Tatsache, daß die Frage nach dem Vorliegen eines "wichtigen Grundes" eine umfassende Untersuchung sämtlicher einzelfallrelevanter Umstände - einschließlich öffentlicher Belange - bedingt, ist in diesem Zusammenhang besonders problematisch, in welchem Umfang der Behörde überhaupt noch ein der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle nicht gänzlich unterworfener Bereich einer Ermessensausübung zugewiesen ist. Von praktischer Bedeutung ist diese Frage insbesondere dann, wenn die Behörde in Anwendung der für sie bindenden Verwaltungsvorschriften das Vorliegen eines "wichtigen Grundes" bejahen muß, die beantragte Namensänderung aber aus bestimmten Gründen der öffentlichen Sicher-

¹⁾ Wolff/Bachof, Verwaltungsrecht I (9), 1974, § 31 I c 4.

²⁾ BVerwG Urt. v. 31.1.1958 - VII C 119/57 - in DOV 1958, 703 und Urt. v. 29.9.1972 - VII C 77/70 - in BVerwGE 40, 356 in ausdrücklicher Abgrenzung zum Beschluß des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19.10.1971 - GmS-OGB 3/70 - in BVerwGE 39, 355; kritisch Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 49.

³⁾ Vgl. den Beschluß des Gemeinsamen Senats (Fn.2)

heit oder Ordnung nicht vornehmen will, die von den maßgeblichen Bearbeitungsrichtlinien (bisher) nicht erfaßt worden sind. Mit Blick auf den Wortlaut von § 1 NÄG ("kann") gingen Rechtsprechung und Literatur zunächst einhellig davon aus, daß die Genehmigung oder Ablehnung der beantragten Namensänderung auch bei Vorliegen eines "wichtigen Grundes" in das Ermessen der Behörde gestellt sei¹⁾. War die Subsumtion unter das zentrale Tatbestandsmerkmal des § 3 Abs. 1 NÄG somit "reine Rechtsanwendung", sollte der zweite Schritt - wie auch bei sonstigen "Kopplungsvorschriften"²⁾ in einer gerichtlich nur sehr eingeschränkt überprüfbaren Ermessensbetätigung bestehen. Dabei wurde vor allem darauf verwiesen, daß aus § 1 NÄG keinesfalls herausgelesen werden könne, daß die Verwaltung einem Antrag auf Namensänderung bei Vorliegen eines "wichtigen Grundes" stattgeben müsse, der Antragsteller in diesem Fall also ein subjektiv öffentliches Recht auf Namensänderung habe³⁾. Wenn seitens des Antragstellers nur ein Privatinteresse geltend gemacht werde, das die Annahme eines "wichtigen

- 1) BVerwG Urt. v. 7.5.1954 - II C 206.53 - in StAZ 1955, 33; Urt. v. 28.10.1960 - VII C 236.59 - in NJW 1961, 1039; Urt. v. 14.12.1962 - VII C 140.61 - in StAZ 1963, 218; OVG Lüneburg Urt. v. 17.1.1956 - II A 3/55 - in StAZ 1956, 218; Urt. v. 26.10.1965 - II A 60/63 - in StAZ 1968, 52; Urt. v. 20.7.1971 - II A 1/67 - in FamRZ 1972, 390; VGH Stuttgart Urt. v. 30.9.1957 - 1 S 70/57 - in StAZ 1958, 324; OVG Münster Urt. v. 11.12.1951 - II A 441/51 - in OVG 5, 166, 167 u. Bescheid v. 22.3.1960 - II 4 1687/56 - in StAZ 1960, 239; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 37, 45, 72; vgl. auch S. 49 mit der Begründung, eine Interessenabwägung sei ein "zusätzlicher Akt, der erst nach der Feststellung eines die Namensänderung primär rechtfertigenden Grundes erfolgt".
- 2) BVerwG Urt. v. 29.9.1972 - VII C 77.70 - in BVerwGE 40, 356; Freiherr von Welck DÖV 1973, 734.
- 3) VGH Mannheim Urt. v. 10.9.1959 - 1 S 474/58 - in DÖV 1959, 871.

Grundes" rechtfertige, so sei es durchaus möglich, daß beachtenswerte Gründe des von der Behörde zu vertretenden öffentlichen Wohls - nicht allerdings Erwägungen allgemeiner Art wie etwa diejenige, Berufungsfällen vorbeugen und entsprechend der bisherigen Verwaltungspraxis mit Zurückhaltung verfahren zu wollen - gegen die Namensänderung als eine rechtlich nur mögliche Folge sprächen; dann bestehe ein offensichtliches Bedürfnis, der Behörde die Befugnis zur Interessenabwägung in Form einer Ermessensentscheidung zu geben¹⁾.

Einigkeit besteht allerdings inzwischen darüber, daß der der Behörde noch verbleibende Ermessensspielraum für eine Ablehnung der beantragten Namensänderung - wenn überhaupt - ein äußerst enger sein kann und daß insbesondere Faktoren, die vom unbestimmten Rechtsbegriff des "wichtigen Grundes" umfaßt werden, bei Bejahung dieses Merkmals nicht noch zusätzlich in Ausübung des Ermessens berücksichtigt werden können²⁾. Damit gerät die Frage, welche Einzelheiten des konkreten Falles bei der Subsumtion unter den un-

- 1) OVG Münster Urt. v. 11.12.1951 - II A 441/51 - in OVGE 5, 167 und Urt. v. 10.10.1961 - II A 1515/60 - in OVGE 17, 98, 102, 103; vgl. auch BVerwG Urt. v. 31.1.1969 - VII C 26/68 - in VWRspr 20, 560, 561; VG Gelsenkirchen Urt. v. 4.5.1961 - 2 K 292/60 - in StAZ 1962, 222 und OVG Münster Bescheid v. 22.3.1960 - II 4 1687/56 - in StAZ 1960, 240 nennen als wichtige, im Rahmen des Ermessens zu berücksichtigende "rechtsstaatliche Belange" die Besorgnis einer Störung der öffentlichen Ordnung (?) oder der Beziehung zu anderen Staaten durch einen im übrigen gerechtfertigten Namensänderungsantrag
- 2) BVerwG Urt. v. 14.12.1962 - VII C 140.61 - StAZ 1963, 218; OVG Lüneburg Urt. v. 20.7.1971 - II A 1/67 - in FamRZ 1972, 390; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 72.

bestimmten Rechtsbegriff des "wichtigen Grundes" und welche Tatsachen bei der Anwendung des Ermessensbegriffs "kann" in § 1 NÄG zu berücksichtigen sind, in den Mittelpunkt des Interesses. Eine Lösung dieses Problems wird teilweise darin gesehen, daß das Vorliegen des "wichtigen Grundes" in erster Linie nach den Umständen des Antragstellers beurteilt und die Interessen der Allgemeinheit dann vorwiegend im Bereich des Ermessens berücksichtigt werden¹⁾. Eine andere Ansicht will im Rahmen des "wichtigen Grundes" diejenigen Gesichtspunkte "öffentlichen Wohls" relevant werden lassen, die für eine Namensänderung sprechen, im Ermessensbereich aber diejenigen, die dem Namensänderungsantrag entgegenstehen²⁾. Angesichts der Tatsache, daß dem Wortlaut des § 3 Abs. 1 NÄG eine solche Differenzierung jedoch nicht zu entnehmen ist (sich oben S. 77-79), die - indirekte - gesetzliche Verpflichtung zum Anlegen objektiver Maßstäbe sogar dagegen spricht und die Annahme "voneinander unterscheidbarer öffentlicher Interessen mit verschiedener Funktion"³⁾ gekünstelt erscheint, bestehen gegen diese Lösungswege erhebliche Bedenken. Da die genannte Vorschrift öffentlich-rechtlicher Natur ist, kann sich der Maßstab, an dem die Bedeutsamkeit des jeweils in Rede stehenden Sachverhalts erkennbar wird, auch nur oder zumindest ganz wesentlich auf öffentliche Interessen beziehen, welche im Rahmen namensrechtlicher Bestimmungen an der Fort-

- 1) VGH Mannheim Urt. v. 10.9.1959 - 1 S 474/58 - in DOV 1959, 871; dagegen - allerdings ohne Begründung - Graf von Bernstorff NJW 1961, 638.
- 2) Häberle, Öffentliches Interesse als juristisches Problem, 1970, S. 608.
- 3) Häberle ebd.

führung des bisher geführten Namens bestehen¹⁾. Müssen also Belange der Allgemeinheit im Rahmen der Würdigung des "wichtigen Grundes" zwingend berücksichtigt werden und können diese dabei ebenso vielgestaltig und ausschließlich einzel-fallbezogen sein wie die verschiedenen nur denkbaren Gesichtspunkte, die in einem Namens-änderungsverfahren vom Antragsteller vorge-bracht werden, ist nicht ersichtlich, welche anderen Aspekte überhaupt noch ermessensrele-vant sein könnten²⁾.

Fraglich ist aber, ob § 1 NÄG nicht zwingend die Ermächtigung zu einer behördlichen Ermessens-entscheidung enthält. Dabei ist zu berücksich-tigen, daß eine "Kannbestimmung" allein wegen der gewählten Formulierung und aufgrund von dogmatischen Überlegungen nicht in jedem Falle eine solche Auslegung bedingt; eine derartige Vorschrift kann nach ihrem Sinn und Zweck auch nur den Sinn einer bloßen Handlungsbefugnis für die Verwaltung haben - hier der Befugnis, einen Familiennamen auf Antrag zu ändern³⁾. Die Tat-sache, daß das Namensänderungsgesetz als selbst-verständlich vom Grundsatz der Unabänderlich-keit eines Namens ausgeht bzw. diesen Grundsatz durch die Regelung enger Änderungsvoraussetzun-gen erst (mit-) normiert, spricht im Fall des § 1 NÄG dafür, daß mit dem Wort "kann" in der "Eingangsvorschrift" des Gesetzes nur eine Aus-sage über die - in Ausnahmefällen mögliche -

1) VG Münster Ur. v. 9.12.1966 - 1 K 454/66 - in FamRZ 1967, 347; Leisner FamRZ 1966, 123.
2) Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 219.
3) BVerwG Ur. v. 29.9.1972 - VII C 77.70 - in BVerwGE 40, 356, 357; so auch schon OVG Ber-
lin Ur. v. 12.3.1959 - VI B 93/58 - in DÖV
1959, 869.

Abänderbarkeit eines Familiennamens gemacht werden sollte, die ihrerseits aber von der in einer anderen Vorschrift genannten¹⁾ materiellen Entscheidungsgrundlage als maßgeblich abhängig gemacht ist. Bezüglich des Wortlauts ist im übrigen zu beachten, daß nach früherer Verwaltungsrechtslehre bereits der Begriff des "wichtigen Grundes" als sogenannter Ermessensbegriff (bezogen auf die Tatbestandsseite einer Norm) aufgefaßt wurde, was unter gewandelten verfassungsrechtlichen Bedingungen (Art. 19 Abs. 4 GG) aber nicht haltbar ist; für ein etwa noch bestehendes Rechtsfolgeermessen aber fehlt es an über § 3 Abs. 1 NÄG hinausgehenden richtungweisenden Kriterien²⁾. Da vielmehr alle entscheidungsrelevanten Gesichtspunkte bei der Prüfung des extensiv ausgelegten "wichtigen Grundes" zu berücksichtigen sind - einschließlich der in gesetzlichen Bestimmungen zum Ausdruck kommenden Grundsätze der Namensführung und der fallspezifischen Allgemeinheitsinteressen an der Beibehaltung des überkommenen Namens -, hätte die Einräumung eines über die reine Rechtsanwendung hinausgehenden, nur eingeschränkt auf Ermessensfehler hin gerichtlich kontrollierbaren Rechtsfolgeermessens zur Folge, daß die Behörde nicht nur in Vollzug des § 3 Abs. 1 NÄG Namensrecht gestalten, sondern Namenspoli-

1) BVerwG Urt. v. 29.9.1972 - VII C 77.70 - in BVerwGE 40, 357 betont auch den nicht vorhandenen textlichen Zusammenhang von § 1 und § 3 Abs. 1 NÄG zum Nachweis des Fehlens einer sonst typischen Kopplung von unbestimmtem Rechtsbegriff und sich daran anschließender Ermessenseinräumung.

2) Vgl. VG Münster Urt. v. 9.12.1966 - 1 K 454/66 - in FamRZ 1967, 348.

tik betreiben könnte¹⁾. Bei Vorliegen eines "wichtigen Grundes" wird damit aus der "Kann"-Bestimmung des § 1 NAG ein die Verwaltung bindender gesetzlicher Tatbestand²⁾. Die Namensänderung ist auszusprechen, da sich deren materielle Zulässigkeit eben ausschließlich nach § 3 Abs. 1 NAG entscheidet.

V. Die Beurteilung des "wichtigen Grundes" in besonders praxisrelevanten Fallgruppen

Die Namensänderungspraxis wird - unabhängig von der Stiefkinderproblematik - von einigen wenigen Fallgruppen beherrscht, in denen für die Auslegung des "wichtigen Grundes" bestimmte Besonderheiten zu berücksichtigen sind. Soweit diese Besonderheiten einzelfallunabhängig sind, sollen sie im folgenden untersucht werden.

- 1) Möglichen Befürchtungen, daß eine uneingeschränkte Kontrolldichte verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung entsprechend der oben dargestellten Auffassung den Stellenwert von Exekutive und Judikative innerhalb des Staatsgefüges zu verschieben drohe, tritt Freiherr von Welck DÖV 1973, 735 mit Verweis auf eine einschlägige Rechtstatsachenuntersuchung entgegen: danach wurden in dem untersuchten Zeitraum lediglich 17% der zu Ungunsten der Antragsteller beschiedenen Anträge - nur in diesen Fällen kommt es überhaupt zu einer verwaltungsgerichtlichen Überprüfung der behördlichen Entscheidung - vor die Verwaltungsgerichte gebracht, das sind nur wenig mehr als 1% aller von den Namensänderungsbehörden durchgeführten Verfahren (1).
- 2) OVG Berlin Urt. v. 12.3.1959 - VI B 93/58 - in DÖV 1959, 869.

Dabei geht es vor allem darum zu ermitteln, ob die durch die einschlägigen Verwaltungsvorschriften gelieferten oder von der Rechtsprechung entwickelten Anhaltspunkte zur Feststellung eines "wichtigen Grundes" für eine Änderung des Familiennamens in den am häufigsten vorkommenden und markantesten Fallkonstellationen in Übereinstimmung stehen mit den anhand allgemeiner Kriterien (sich oben S. 74-88) entwickelten Auslegungsergebnissen und zusätzliche Aspekte für die Interpretation des § 3 Abs. 1 NÄG eröffnen.

Ausgeklammert werden hierbei die auf § 3a NÄG¹⁾ gestützten Namensänderungen zur Wiederherstellung von Namen und insbesondere von Adelsbezeichnungen deutscher Staatsangehöriger, deren Führung vor ihrer Einbürgerung durch ein Gesetz oder eine Verwaltungsmaßnahme ihres früheren Heimatstaates verboten war. Diese Ausklammerung ist im Rahmen der vorliegenden Untersuchung deshalb gerechtfertigt, weil in den genannten Fällen die - im einzelnen schwierige²⁾ - Auslegung eines besonderen Tatbestandsmerkmals ("überwiegend Angehörige einer deutschen Minderheit betroffen"³⁾) im Vordergrund steht, welches

- 1) Eingefügt durch das "Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen" vom 29.8.1961 (BGBl. I S. 1621).
- 2) Vgl. BVerwG Urt. v. 31.8.1962 - VII C 167.60 - in StAZ 1963, 39, 40; OVG Münster Urt. v. 29.1.1963 - II A 755/60 - in StAZ 1963, 331; OVG Lüneburg Urt. v. 6.10.1964 - II A 27/63 - in StAZ 1965, 102ff; Brintzinger DÖV 1962, 441ff, 451ff u. DÖV 1963, 130ff u. DÖV 1965, 231ff sowie StAZ 1970, 118f; Graf von Bernstorff DÖV 1963, 126ff; Ambrosius DÖV 1963, 602ff und DÖV 1965, 36ff.
- 3) Zur Verfassungsmäßigkeit dieser Klausel vgl. BVerfG Beschl. v. 4.2.1964 - 1 BvR 463/62 - in StAZ 1964, 105ff; eine Übersicht über die in diesem Zusammenhang relevante ausländische Adelsgesetzgebung findet sich bei Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 96-105.

die Voraussetzungen für das Vorliegen eines "wichtigen Grundes" in einer Weise spezifiziert¹⁾, daß hierbei die für eine Namensänderung nach § 3 Abs. 1 NÄG ansonsten geltenden Grundsätze und Abwägungskriterien nicht weiter maßgeblich sind.

1. Anstößig, lächerlich oder fremdländisch klingende Namen

Bei anstößigen oder lächerlich klingenden Namen, die Anlaß zu frivolen, unangemessenen Wortspielen oder kränkenden Scherzen geben können²⁾, vor allem bei Namen mit Tierbezeichnungen ("Schwein", "Kalb", "Hund"), Namen mit abwertendem Inhalt ("Lump", "Teufel") oder solchen, die allzu leicht zu Spott und Vorurteilen herausfordern ("Negus", "Liebling", "Schätzchen", "Backfisch", "Ungerathen"), wird im Interesse der jeweiligen Namensträger von seiten der Namensänderungsbehörden regelmäßig großzügig verfahren³⁾. Auch wenn bei der Prüfung der Anstößigkeit oder Lächerlichkeit eines Familiennamens der sachliche Maßstab allgemeiner Erfahrungen anzulegen ist⁴⁾, objektive Gesichtspunkte also im Vordergrund stehen, werden besondere persönliche Gründe, die dem Be-

1) Loos ebd., S. 105ff.

2) Beispiele u.a. bei Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 75.

3) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 58, 59; eine äußerst entgegenkommende Handhabung des seinerzeit geltenden Namensänderungsrechts gab es für anstößige oder lächerlich klingende Namen bereits zu Zeiten, in denen man Namensänderungsanträgen aus ordnungspolitischen Erwägungen heraus konsequent ablehnend gegenüberstand, vgl. dazu Corsing StAZ 1928, 377.

4) Nr. 35 NamAndVwV vom 11.8.1980 (Beil. zum BAnz. Nr. 153 vom 20.8.1980).

ruf oder der Umgebung des Antragstellers entstammen, wohlwollend berücksichtigt¹⁾. Denkbar ist in diesem Zusammenhang auch der Fall, daß der geführte Name der weltanschaulichen Überzeugung seines Trägers widerspricht (ein Pazifist heißt "Krieg" oder "Krieger")²⁾. Eine die Namensänderung rechtfertigende Behinderung, die in ihrer Wirkung einer anstößigen Namensführung gleichzukommen vermag, kann sich schließlich auch im Zusammenhang mit Straftaten ergeben: einmal zur Erleichterung der Resozialisierung, wenn ein bestimmter Familienname durch die Berichterstattung über eine Straftat so eng mit Tat und Täter verknüpft ist, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung auch nach längerer Zeit bei Nennung des Namens noch immer ein Zusammenhang hergestellt wird; zum anderen bei Angehörigen des Täters, wenn eine Namensänderung aus Anlaß eines Wohnungswechsels zur Vermeidung von Belästigungen sinnvoll erscheint³⁾. Allerdings wird es allgemein als nicht ausreichend angesehen, daß dem Namensträger sein Name schlicht nicht gefällt⁴⁾. Erforderlich ist vielmehr - das ist der entscheidende Maßstab -, daß der Betreffende sich in glaubhafter Weise (!) durch die Eigenart des Namens aufgrund psychologischer Schwierigkeiten oder gar seelischer Belastungen⁵⁾ in seinem Persönlichkeitswert

- 1) Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 148 und Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 67; Schönthür FV 10 (1961), 349; OVG Münster Ur. v. 20.5.1952 - II A 1307/51 - in DOV 1953, 768.
- 2) Münchener Kommentar - Wacke (1978), § 1355 BGB, Rdnr. 59.
- 3) Frauenstein StAZ 1980, 262; Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981, S. 14.
- 4) OVG Münster Ur. v. 25.4.1961 - II A 1687/56 - in StAZ 1961, 342; Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 138.
- 5) Vgl. Leisner FamRZ 1966, 124; Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 212.

herabgesetzt und in seiner gesellschaftlichen Stellung oder seinem wirtschaftlichen Fortkommen gehemmt fühlen kann und tatsächlich fühlt¹⁾.

Dieselben Grundsätze gelten auch für fremdländisch klingende Namen. So stellt es nach ständiger Rechtsprechung einen "wichtigen Grund" für die Änderung eines solchen Namens dar, wenn der Namensträger wegen der schwierigen Schreibweise und Aussprache seines Namens, nämlich wegen einer der deutschen Sprache unbekannten Häufung von Konsonanten oder Verwendung diakritischer Lautzeichen²⁾, oder - im Falle eines Flüchtlings oder Heimatvertriebenen aus osteuropäischen Gebieten - bei seiner Eingliederung in das wirtschaftliche und soziale Leben der Bundesrepublik infolge der Führung eines fremdländischen Namens objektiv mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen hat³⁾ - wenn der Betreffende selbst oder Angehörige im sozialen Umfeld in herabwürdigender Weise zum Beispiel

- 1) Schönthür FV 10 (1961), 350; OVG Münster Bescheid v. 22.3.1960 - II 4 1687/56 - in StAZ 1960, 239, 240 und Urt. v. 9.7.1963 - II A 220/63 - in StAZ 1964, 108, 109.
- 2) = Striche, Punkte, Häkchen über oder unter Buchstaben zur Angabe eines abweichenden Lautwertes, vgl. dazu Pennrich StAZ 1969, 152 sowie Brintzinger StAZ 1970, 94 und vor allem Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 77 unten.
- 3) BVerwG Urt. v. 16.5.1958 - VII C 142.57 - in DOV 1958, 206 u. Urt. v. 7.12.1962 - VII C 123.61 - in StAZ 1963, 216 sowie Urt. v. 29.9.1972 - VII C 77.70 - in BVerwGE 40, 358; OVG Münster Bescheid v. 22.3.1960 - II 4 1687/56 - in StAZ 1960, 239, 240 (hier: Minderung des Ansehens als Betriebsleiter und erhebliche Spannungen zwischen den Eheleuten wegen des polnisch klingenden Namens) und Urt. v. 25.4.1961 - II A 1687/56 - in StAZ 1961, 341, 342 sowie Urt. v. 9.7.1963 - II A 220/63 - in StAZ 1964, 108, 109; VG Gelsenkirchen Urt. v. 4.5.1961 - 2 K 292/60 - in StAZ 1962, 221, 222.

als "Polacken" bezeichnet werden¹⁾. Daß ein Familienname polnischer, litauischer, masurischer oder slawischer Herkunft ist, reicht für sich allein für die Annahme eines "wichtigen Grundes" nicht aus²⁾, vor allem wenn die richtige Aussprache oder Schreibweise durch eine einmalige Klarstellung z.B. bei einer Behörde oder in der Schule für die Zukunft sichergestellt werden kann³⁾. Das gilt insbesondere in Gegenden, in denen - wie vor allem im Ruhrgebiet - schon seit langer Zeit zahlreiche Personen mit einem Namen der genannten Art ansässig sind⁴⁾. Der Antragsteller muß vielmehr darlegen, daß die Führung eines Namens osteuropäischen Ursprungs aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls einen ähnlich starken psychologischen Druck erzeugt wie die Führung eines anstößig oder lächerlich klingenden Namens. Auf der anderen Seite kann die Sicherstellung einer richtigen Aussprache und Schreibweise eines Namens nicht nur aus der Sicht des Namensträgers, sondern auch im öffentlichen Interesse - beispielsweise bei

-
- 1) Weitere Beispiele bei Burghard, Festschrift für Karl Bischoff (1975), S. 278; vgl. auch Münchener Kommentar - Luderitz (1978), § 1757 BGB, Rdnr. 11: "...andernfalls besteht die Gefahr der 'Stigmatisierung'...".
- 2) OVG Münster Urt. v. 25.4.1961 - II A 1687/56 - in StAZ 1961, 341; VG Gelsenkirchen Urt. v. 4.5.1961 - 2 K 292/60 - in StAZ 1962, 221.
- 3) OVG Lüneburg Beschl. v. 25.2.1958 - II A 114/57 - in FamRZ 1958, 418.
- 4) OVG Münster Urt. v. 25.4.1961 - II A 1687/56 - in StAZ 1961, 341, 342; VG Gelsenkirchen ebd.; zu den Namensänderungen slawischer Familiennamen im Ruhrgebiet, insbesondere zu der dort insgesamt äußerst großzügigen behördlichen Genehmigungspraxis vgl. vor allem Burghardt, Festschrift für Karl Bischoff (1975), S. 271ff; vgl. auch Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 75.

einem Gewerbetreibenden - besonders erstrebenswert sein¹⁾.

Bei einer Gesamtschau der einschlägigen Rechtsprechung zu den soeben besprochenen Fallkonstellationen fällt auf, daß es in der Regel als ausreichend angesehen wird, wenn der Antragsteller die mit einer bestimmten Namensführung verbundenen Behinderungen und Belastungen glaubhaft macht, und daß Gesichtspunkte der sozialen Ordnungsfunktion des Namens und des öffentlichen (sicherheitspolizeilichen) Interesses an der Beibehaltung des überkommenen Namens - wenn überhaupt - in sehr zurückhaltendem Maße angesprochen werden. Insgesamt entsteht dadurch das Bild einer partiell sehr entgegenkommenden Namensänderungspraxis, zumal wenn man bedenkt, daß die Gerichte nur in den wenigen Fällen einer ablehnenden Entscheidung seitens der zuständigen Behörde bemüht werden. Angesichts der Tatsache, daß die konkrete Namensführung in den Fällen der genannten Art die Persönlichkeit des Betroffenen in besonderem Maße negativ berührt (vgl. oben S. 24) und denkbarerweise zum Auslöser von Identitätskrisen werden kann, ist eine extensive Auslegung des "wichtigen Grundes" bei

1) BVerwG Urt. v. 29.9.1972 - VII C 77.70 - in BVerwGE 40, 358; im übrigen können Schwierigkeiten im Rechtsverkehr, die auf der unrichtigen Wiedergabe von Umlauten im Familiennamen durch moderne, heute im größeren Umfang verwendete EDV-Anlagen und elektronische Schreib- und Buchungsautomaten beruhen ("Goetz" statt "Götz") und die - jedenfalls bei einem umfangreichen Schriftverkehr aufseiten des einzelnen Antragstellers - Verwirrungen stiften und zu Unzuträglichkeiten führen, unter Berücksichtigung der nur mit geringer Intensität betroffenen öffentlichen Belange eine Namensänderung rechtfertigen, vgl. BVerwG Urt. v. 1.10.1980 - VII C 21.78 - in StAZ 1981, 246.

gleichzeitiger Hintanstellung öffentlicher Interessen (vgl. oben S. 100, 101) quasi im Wege einer antizipierten Entscheidung zugunsten der Belange des Antragstellers sicherlich nicht zu beanstanden. Daß die Glaubhaftmachung einer psychologischen Belastung durch einen anstößigen, fremdländischen, zu Spötteleien verführenden Namen zum Nachweis der gesetzlichen Änderungsvoraussetzungen ausreicht, bedeutet im übrigen keine Versubjektivierung des Wichtigkeitsmaßstabes bei der Auslegung und Anwendung des § 3 Abs. 1 NÄG; vielmehr wird dadurch, daß die vom Antragsteller vorgebrachten Änderungsgründe die Grenze des bloßen Nichtgefallens überschreiten und einen spezifischen Problemdruck nachvollziehbar machen müssen, gewährleistet, daß für die Annahme des "wichtigen Grundes" ein objektiver Maßstab angelegt wird. Interessant ist immerhin, daß Belange der Allgemeinheit, die in sonstigen Fällen für die gebotene Abwägung verstärkt bemüht werden, von vornherein nur mit einem sehr geringen Gewicht in die Waagschale fallen, wenn die mit einer bestimmten Namensführung verbundene persönliche Belastung nach allgemeiner Überzeugung und auch nach überkommenem Verständnis ohne weiteres plausibel erscheint.

2. Aussterbender Familienname / Erhaltung eines Hof- oder Unternehmensnamens

Ein schutzwürdiges Interesse an einem Namenswechsel - unter Umständen auch im Wege einer Doppelnamenbildung¹⁾ - wird nach ständiger

¹⁾ OVG Münster Urt. v. 10.10.1961 - II A 1515/60 - in StAZ 1962, 336.

Namensänderungspraxis bei einem Hof- oder Unternehmenseigentümer dann anerkannt, wenn er den mit dem Hof oder dem Unternehmen verbundenen Familiennamen erstrebt; auf der anderen Seite wird eine beantragte Namensänderung durch das Aussterben eines Familiennamens allein noch nicht als gerechtfertigt angesehen¹⁾. Die Behandlung der ersten Fallgruppe ist insofern traditionell bestimmt, als sie sich an einer Namensableitung orientiert, die besser als der ererbte Name den sozialen Standort des betreffenden Namensträgers markiert und daher auch einen Anhaltspunkt für eine bestimmte Art der historischen Beinamenverfestigung und Familiennamenbildung darstellte. Gleichzeitig steht der Gedanke im Vordergrund, die Erinnerung an einen Bauern oder Unternehmer - möglicherweise sogar aufgrund von bestehenden Allgemeininteressen an der namensmäßigen Fortführung traditionsreicher Höfe und Unternehmen²⁾ - als schutzwürdig anzusehen, der durch seine herausragende Persönlichkeit und Leistung die Verbindung von Hof/Unternehmen und dem jeweiligen Eigentümer geprägt hat³⁾. Dieser Aspekt verdeutlicht, daß ein bloßer familienrechtlich bedingter "Untergang" eines Familiennamens als "ein natürlicher Vorgang"⁴⁾ im allgemeinen noch keinen "wichtigen

-
- 1) Nr. 47, 48 NamÄndVwV; vgl. auch Ficker, Das Recht des bürgerlichen Namens, 1950, S. 148; Graf von Bernstorff NJW 1961, 637; Schönthür FV 10 (1961), 349; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 59, 61, 62; die oben dargestellte Differenzierung wurde bereits vor Geltung des NÄG vorgenommen, vgl. dazu Koenig RVerwBl 1936, 824 und Globke DV 1938, 52 ("Namenserhaltung aus Pietätsgründen").
- 2) Leisner FamRZ 1966, 127; Pennrich StAZ 1967, 152.
- 3) BVerwG Urt. v. 31.1.1969 - VII C 26.68 - in VwRSpr 20, 557, 559.
- 4) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 59.

Grund" für einen Namenswechsel darstellen kann und daher auch nicht durch eine öffentlich-rechtliche Namensänderung korrigiert werden muß¹⁾. Allerdings erscheint die Beschränkung der Bewilligung eines aussterbenden Familiennamens auf Fälle des Kriegstodes oder tragischen Unfalltodes der Söhne des Trägers eines erstrebten Namens²⁾ zu rigide. Bei einer bestimmten Persönlichkeitsstrukturen auf seiten des Antragstellers ist es durchaus denkbar, daß der Wunsch nach namensmäßiger Verbindung mit einer Person - vielleicht wegen einer besonderen Vorbildfunktion - den von § 3 Abs. 1 NAG geforderten Wichtigkeitsgrad erreicht. Insbesondere wenn man sich im Hinblick auf Höfe- und Unternehmensnamen zur Erhaltung ihres Bestandes der Möglichkeit einer Doppelnamenbildung nicht verschließt³⁾, nämlich mit dem zutreffenden Hinweis darauf, daß der Unterscheidungs- und sozialen Ordnungsfunktion des Namens durch deren Verwendung als Bestandteil des zu bildenden Doppelnamens unter Umständen besser gedient ist als durch ihren gänzlichen Wegfall, ließe sich mit einer vergleichbaren Lösung dem Wunsch nach Erhaltung eines aussterbenden Familiennamens in der Namensänderungspraxis auch ansonsten in erheblich größerem Maße entgegenkommen.

- 1) Frauenstein StAZ 1980, 263.
- 2) Globke ebd.; Loos ebd.; vgl. auch BVerwG Urt. v. 14.12.1962 - VII C 140.61 - in BVerwGE 15, 208ff.
- 3) OVG Münster Urt. v. 10.10.1961 - II A 151/60 - in StAZ 1962, 335 und BVerwG Urt. v. 14.12.1962 - VII C 140.61 - in StAZ 1963, 217; Urt. v. 5.3.1965 - VII C 84.64 - in StAZ 1966, 15; Urt. v. 31.1.1969 - VII C 26.68 - in VwRspr 20, 558.

3. Gutgläubig geführter Name

Begehrt der Antragsteller die Gewährung eines langjährig tatsächlich geführten, ihm rechtlich jedoch nicht zukommenden Familiennamens, hängt die Entscheidung davon ab, ob der erstrebte Name gutgläubig geführt wurde und der Antragsteller ohne die gewünschte Namensänderung erhebliche Nachteile erleiden würde¹⁾. "Gutgläubigkeit" meint in diesem Fall, daß der Betreffende sich den Namen nicht selbst - aus Eitelkeit oder anderen denkbaren Gründen - zugelegt haben darf, sondern daß zum Beispiel seine von Behörden ausgestellten Ausweispapiere und Zeugnisse einen von dem "ererbten" Namen abweichenden Namen enthalten, ohne daß dieser Tatsache in namensrechtlicher Hinsicht etwa konstitutive Bedeutung zukäme²⁾. Problematisch ist dabei, daß das Merkmal der Gutgläubigkeit keine gesetzliche Änderungsvoraussetzung nach § 3 Abs. 1 NÄG darstellt. Dennoch ist das genannte Kriterium durchaus geeignet, einen - wenn auch nicht entscheidenden - Maßstab für das Vorliegen eines "wichtigen Grundes" zu liefern. Anderenfalls könnte jemand durch eine langjährige wissentlich falsche Namensführung selbst die Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung des zu Unrecht geführten Namens herbeiführen, was mit Sinn und Zweck des Namensänderungsgesetzes sicherlich nicht vereinbar wäre - die "Ersitzung"

- 1) Vgl. Nr. 50 NamÄndVwV; VGH Stuttgart Urt. v. 30.9.1957 - 1 S 70/57 - in StAZ 1958, 324; BVerwG Urt. v. 21.3.1958 - VII C 123.57 - in StAZ 1962, 43; Beschl. v. 12.10.1962 - VII B 105.59 - StAZ 1963, 41; Urt. v. 8.11.1968 - VII C 145.66 - (n.v.) und Urt. v. 1.10.1980 - VII C 38.75 - in NJW 1982, 299, 300; ebenso Globke DV 1938, 52; Schönthür EV 10 (1961), 349; Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, 158
- 2) BVerwG Beschl. v. 12.10.1962 - VII B 94.60 - in StAZ 1963, 41.

eines Namens auf einem solchen Wege ist nicht möglich¹⁾. Das Merkmal der Gutgläubigkeit kann jedoch auf der anderen Seite nicht dazu dienen, "Strafsanktionen für unrechtmäßiges Verhalten"²⁾ zu verhängen. Aufgrund des Gesichtspunktes der "sozialen Ordnungsfunktion" des Namens kann daher in Ausnahmefällen sogar ein öffentliches Interesse an der Beibehaltung des von einer Person über eine lange Zeit hinweg geführten Namens bestehen³⁾. Außerdem kann trotz fehlenden "guten Glaubens" - wiederum in besonderen Ausnahmesituationen, in denen Berufungsfälle wegen der im Präzedenzfall zusammentreffenden ungewöhnlichen Umstände nicht zu befürchten sind und Belange der Allgemeinheit nicht ernstlich tangiert werden⁴⁾ - ein sehr erhebliches persönliches Interesse an einer Namensänderung (faktisch einer Namensbestätigung) zu

-
- 1) Nach preußischem Recht bestand für denjenigen, der entweder selbst oder dessen Vorfahren "44 Jahre hindurch sich adliger Prädikate und Vorrechte ruhig bedient, also ein ausdrückliches oder stillschweigendes Anerkenntnis des Staates für sich" hatte, immerhin die widerlegbare Vermutung, daß ihm der Geschlechtsadel wirklich zukam (§ 19 des Allgemeinen Landrechts für die Preußischen Staaten vom 5.2.1794); vgl. Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 129.
- 2) Loos ebd., S. 66; vgl. auch OVG Berlin Urt. v. 12.3.1959 - VI B 93/58 - in DOV 1959, 869.
- 3) BVerwG Urt. v. 1.10.1980 - VII C 38.75 - in NJW 1982, 299, 300.
- 4) Z.B. bei einer lediglich geringfügig unrichtigen Schreibweise des Familiennamens ("Strunck" statt "Strunk"); vgl. BVerwG Urt. v. 1.10.1980 - VII C 30.79 - in StAZ 1981, 247, 248.

bejahen sein¹⁾. Im Rahmen der Abwägung aller Umstände eines Einzelfalls fällt damit dem Gesichtspunkt der Gut- oder Bösgläubigkeit hinsichtlich der bisherigen Namensführung letztlich ein geringeres Gewicht zu als es nach dem Wortlaut der einschlägigen Verwaltungsvorschrift und der Leitsätze verschiedener Gerichtsurteile zunächst den Anschein hat.

4. Sammelnamen

Gegenstand vieler Namensänderungsverfahren ist der Antrag auf Ersetzung eines sogenannten Sammelnamens, d.h. eines Familiennamens, der in der Bundesrepublik oder auch in größeren, nicht mehr überschaubaren Teilgebieten²⁾ so oft vorkommt, daß er generell an Unterscheidungskraft eingebüßt hat³⁾, durch einen Namen mit größerer Identifikationswirkung oder der Antrag auf Ge-

-
- 1) OVG Berlin Urt. v. 12.3.1959 - VI B 93/58 - in DOV 1959, 869, 870f (das Gericht ging in diesem Fall davon aus, daß das "bösgläubige" Verhalten nicht besonders schwer wiege und die Führung des rechtmäßigen Namens sich in starkem Maße nachteilig für den Antragsteller auswirken würde, da er sonst gezwungen wäre, seine mehrere Betriebe umfassende Firma ebenfalls zu ändern); BVerwG Urt. v. 16.2.1968 - VII C 56.63 - in StAZ 1969, 74, 75 (hier hatte die in hohem Alter - 92 Jahre - stehende Klägerin ihren Namen aus erster Ehe trotz Eingehens einer zweiten Ehe, die allerdings nur kurze Zeit bestanden hatte, über 50 Jahre hindurch unberechtigt geführt und war unter ihrem an sich zutreffenden Namen überhaupt nicht in Erscheinung getreten).
- 2) BVerwG Urt. v. 29.9.1972 - VII C 18.71 - in BVerwGE 40, 360.
- 3) Z.B. "Meyer" ("Maier" usw.), "Müller", "Schulz" ("Schultze", "Schulte"), "Schmidt"; weitere Beispiele bei Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 212 (Fn. 44); von Buch JZ 1974, 445 weist darauf hin, daß nach einer Statistik des Bundesinnenministeriums 5% oder ca. 3 Millionen der in der Bundesrepublik lebenden Deutschen die dreizehn häufigsten Nachnamen führen.

nehmung eines Doppelnamens. Die Namensänderungspraxis ist in solchen Verfahren insofern sehr entgegenkommend, als das Bestehen einer konkreten Verwechslungsgefahr bezüglich der Person des betreffenden Namensträgers - anders als in den Fällen, in denen ein Familienname lediglich im engeren Lebensbereich des Namensträgers mehrfach vorkommt - nicht glaubhaft gemacht zu werden braucht¹⁾ bzw. mit der Qualifizierung eines Namens als Sammelnamen ohne weiteres vom Vorliegen eines "wichtigen Grundes" ausgegangen wird²⁾. Das folgt aus der Überlegung heraus, daß eine Namensänderung auch im öffentlichen Interesse liegt, da Träger von Sammelnamen - zumal bei gleichem Vornamen - nicht mehr exakt unterschieden werden könnten³⁾. Allerdings reicht allein die Tatsache, daß jemand einen Sammelnamen oder sonstigen regional mehrfach vorkommenden Namen führt, ohne das Hinzutreten besonderer Umstände nicht immer zwingend aus, um eine Namensänderung zu rechtfertigen - etwa dann, wenn ein als Sammelname geltender Familienname in einer bestimmten Region in so geringer Zahl anzutreffen ist, daß eine Verwechslungsgefahr nicht besteht; die Frage nach dem Vorliegen eines "wichtigen Grundes" entfällt dann also nicht⁴⁾. In der Praxis besteht oft ein Problem darin festzustellen, ob im konkreten Fall die Annahme eines Sammelnamens gerechtfertigt ist. Es wird meist dadurch

1) Nr. 34 NamÄndVwV.

2) BVerwG Urt. v. 29.9.1972 - VII C 18.71 - in BVerwGE 40, 361 unten.

3) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 67; ähnlich bereits Stölzel StAZ 1928, 232 und Koenig RVerwBl 1936, 824; aus der Rechtsprechung: BVerwG ebd.; OVG Koblenz Urt. v. 29.11. 1978 - 7 A 43/75 - in StAZ 1979, 301.

4) VGH München Urt. v. 29.10.1962 - Nr. 14 V 61 - in BayVBl 1963, 155, 156; Loos ebd.

gelöst, daß die Häufigkeit des in Rede stehenden Namens anhand von verschiedenen amtlichen Fernsprechbüchern eines bestimmten, repräsentativen Gebietes mit derjenigen der allgemein als Sammelnamen anerkannten Familiennamen verglichen wird¹⁾. Ist der Ehename ein Sammelname im oben dargestellten Sinne und fügt die Ehefrau dem Ehenamen ihren Mädchennamen hinzu, so besteht nach der Rechtsprechung in konsequenter Fortführung des Gedankens der namensmäßigen Familieneinheit regelmäßig ein wichtiger Grund für die Gewährung des Doppelnamens auch an die anderen Familienmitglieder²⁾. Insgesamt zeigt die Behandlung dieser Fallgruppe, daß Behörden und Gerichte um so eher zur Annahme eines "wichtigen Grundes" und damit zu einer Namensänderung bereit sind, als Belange der Allgemeinheit oder die Einhaltung wichtiger Namensführungsprinzipien es gebieten. Aus den gleichen Gründen ist die Praxis auch großzügiger in der Gewährung von Doppelnamen, denen sie sonst mit dem Hinweis auf eine vermeintliche Belastung des Rechtsverkehrs äußerst zurückhaltend gegenübersteht.

Mit Blick auf die soeben dargestellten und darüberhinaus noch denkbaren Fallkonstellationen gilt es festzuhalten, daß die nach den Verwaltungsvorschriften oder sonst nach der Verkehrsauffassung maßgeblichen Gesichtspunkte, die in die im Rahmen von § 3 Abs. 1 NAG erforderliche Interessenabwägung einzubringen sind,

- 1) Vgl. OVG Koblenz Urt. v. 29.11.1978 - 7 A 43/75 - in StAZ 1979, 301; VGH Kassel Urt. v. 17.12.1979 - VIII OE 89/79 - in StAZ 1980, 279, 280.
- 2) BVerwG Urt. v. 5.3.1965 - VII C 84.64 - in StAZ 1966, 15, 16; einschränkend OVG Koblenz Urt. v. 29.11.1978 - 7 A 43/75 - in StAZ 1979, 301, 302.

sich zwar nach Fallgruppen einigermaßen typisieren lassen mögen, daß aber die Wichtigkeit eines einzelnen Gesichtspunktes nicht von vornherein in einer generell-abstrakten Betrachtungsweise derart bestimmt werden kann, daß andere Belange ausnahmslos zurücktreten müssen oder eine einzelfallorientierte Auslegung des "wichtigen Grundes" überhaupt nicht mehr stattfindet. In jedem Fall widerspricht eine an einem schlichten "Schubladen"-Denken orientierte Behandlung von Namensänderungsanträgen der Intention des § 3 Abs. 1 NÄG. Sie verführt dazu, die einzelnen schutzwürdigen Interessen verschiedener Beteiligter und der Allgemeinheit zu schematisieren und durch die fortlaufende Übernahme bestimmter Entscheidungsmuster vom Gesetzgeber nicht gewollte Verfestigungsmechanismen zu erzeugen. Angesichts des bloßen Beispielspielcharakters typischer Fallgruppen darf sich die konkrete Rechtsanwendung nicht den Blick dafür verschließen, in welchem Maße die Funktion des Namens als unverzichtbares Identifikationsmerkmal im Rahmen der sozialen Gemeinschaft oder seine Funktion zur einheitlichen Kennzeichnung der Angehörigen einer Familie (horizontal oder vertikal) entscheidungsrelevant sind.

G. Besondere Abwägungsgesichtspunkte zur Ermittlung einer "dem Wohl des Kindes förderlichen" Namensführung in den sogenannten Stiefkinderfällen

Wie bereits einleitend ausgeführt wurde, bezwecken Anträge auf Änderung des Familiennamens häufig die Anpassung des Namens eines Kindes aus einer aufgelösten Ehe an den Familiennamen des sorgeberechtigten Elternteils, den dieser infolge Wiederverheiratung oder auch durch Erklärung nach § 1355 Abs. 4 Satz 2 BGB führt. Sowohl die Namensänderungsbehörden als auch die Verwaltungsgerichte lassen sich in diesen Fällen bei ihrer Entscheidung davon leiten, "ob die Änderung des Familiennamens dem Wohl des Kindes förderlich ist" (siehe oben S. 13, 14 mit entsprechenden Nachweisen).

Der Gedanke, das Kriterium des "Kindeswohls" als zentralen Abwägungsmaßstab zu verwenden und damit das Tatbestandsmerkmal des "wichtigen Grundes" in § 3 Abs. 1 NÄG für die Stiefkinderfälle zu spezifizieren, taucht - soweit ersichtlich - in der Rechtsprechung relativ spät auf, nämlich zum erstenmal in einer Entscheidung des OVG Berlin¹⁾. Nach Übernahme dieses Gedankens durch das Bundesverwaltungsgericht²⁾ und verschiedene Obergerichte³⁾ sowie schließ-

- 1) OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 163; außerdem Urt. v. 4.11.1976 - V B 9.74 - in StAZ 1978, 70 und Urt. v. 21.2.1980 - V B 13.78 - in FamRZ 1981, 89.
- 2) BVerwG Urt. v. 12.9.1975 - VII B 95.74 - in StAZ 1976, 162 und Beschl. v. 5.12.1978 - VII B 207.78 - in StAZ 1980, 277 (seitdem ständige Rechtsprechung).
- 3) Unter anderen OVG Münster Beschl. v. 3.5.1979 - XV A 2601/78 - in StAZ 1980, 46 und Urt. v. 24.2.1981 - XVIII A 590/77 - in StAZ 1982, 335; OVG Hamburg Urt. v. 22.6.1981 - Bf. III 12/81 - in FamRZ 1982, 188; OVG Koblenz Urt. v. 3.8.1982 - 7 A 27/82 - in StAZ 1982, 337.

lich auch durch die einschlägige Verwaltungsvorschrift in ihrer heute geltenden Fassung¹⁾ ergeht inzwischen in der gesamten jetzigen Namensänderungspraxis keine einzige Entscheidung ohne den "fast ritualisierten Hinweis"²⁾ auf den Gesichtspunkt des "Kindeswohls". Dem Versuch aber, diesen Begriff einer genaueren Inhaltsbestimmung zu unterziehen, wird dabei in der Regel mit dem Hinweis begegnet, daß allgemeine Grundsätze nicht aufstellbar seien, die Entscheidung vielmehr von der Berücksichtigung aller Lebensumstände im Einzelfall abhängen³⁾. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Namensänderungsgesetz selbst eben keine entsprechende Tatbestandskonkretisierung für die typische Konstellation der Stiefkinderfälle vorsieht, stellt sich die Frage, welchen praktischen Wert man der Einführung der Kindeswohlklausel für die Auslegung des "wichtigen Grundes" überhaupt beimessen kann.

Zunächst ist davon auszugehen, daß die Betonung des "Kindeswohls" als maßgebliches Kriterium ganz bewußt Rückgriff nimmt auf eine Formulierung, die in Vorschriften des Familienrechts, insbesondere zum elterlichen Sorgerecht, durchaus häufig anzutreffen ist⁴⁾. Es versteht sich

- 1) Nr. 40 Abs. 2 NamÄndVwV vom 11.8.1980.
- 2) Simitis, Kindeswohl - eine Diskussion ohne Ende?, in: Goldstein/Freud/Solnit, Diesseits des Kindeswohls, 1982, S. 169.
- 3) BVerwG Urt. v. 12.9.1975 - VII B 95.74 - in StAZ 1976, 162; OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 163; Frauenstein StAZ 1980, 284.
- 4) § 1627 Satz 1; § 1628 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2; § 1631b Satz 3; § 1634 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1; § 1666 Abs. 1 Satz 1; § 1671 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 sowie Abs. 5; § 1672 Satz 2; § 1678 Abs. 2; § 1680 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 1; § 1681 Abs. 1 Satz 2; § 1696 Abs. 2 BGB; vgl. auch § 1741 Abs. 1; § 1757 Abs. 2 Satz 1 BGB.

dabei von selbst, daß die Interpretation des "Kindeswohls" in den genannten Bestimmungen, welche unterschiedlichste Lebenslagen einer Eltern-/ Kind-Beziehung betreffen, nicht unmittelbar für die Auslegung des § 3 Abs. 1 NÄG nutzbar gemacht werden kann. Allenfalls zu der Sorgerechtsentscheidung des Familiengerichts nach § 1671 BGB besteht insofern eine gewisse Verbindung und situative Nähe, als diese durch die Zuordnung des Kindes - in der Regel¹⁾ - zu einem Elternteil die tatsächlichen Grundlagen für ein zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise angestrebtes Namensänderungsverfahren schafft. In beiden Fällen wirken staatliche Organe in einer besonders kritischen Situation gleichermaßen auf das persönliche Schicksal des durch die Trennung seiner Eltern betroffenen "Scheidungsweisen" ein²⁾, in beiden Fällen geht es um die "Reparatur" von Scheidungsfolgen. Was Rechtsprechung und Literatur zur näheren Inhaltsbestimmung der Kindeswohlklausel in § 1671 Abs. 2 BGB in jahrelanger, teilweise sehr kontroverser Diskussion ermittelt haben³⁾, kann daher - wenn auch nur mit aller

- 1) Vgl. BVerfG Urt. v. 3.11.1982 - 1 BvL 28/80 u.a. - in FamRZ 1982, 1179ff.
- 2) Vgl. Erichsen, Verstaatlichung der Kindeswohlentscheidung? (2), 1979, S. 11.
- 3) BVerfG Beschl. v. 15.6.1971 - 1 BvR 192/70 - in BVerfGE 31, 208, 209 und zuletzt Urt. v. 3.11.1982 - 1 BvL 28/80 u.a. - in FamRZ 1982, 1182-1184; besonders eindrucksvoll OLG Köln Beschl. v. 10.8.1982 - 21 UF 169/81 - FamRZ 1982, 1232-1235; Lempp NJW 1963, 1659, 1662 u. ZBlJugR 1974, 124; Gernhuber FamRZ 1973, 232; Dieckmann AcP 178, 318; Simitis u.a., Kindeswohl, 1979, 19ff (Gegenstand des Bandes ist eine interdisziplinäre Untersuchung über die Verwirklichung des "Kindeswohls" in der vor-mundschaftsgerichtlichen Praxis); Steffen ZBlJugR 1979, 151 (hier wird ein detaillierter Katalog von zwölf Kriterien für eine Sorgerechtsentscheidung genannt); Beres ZBlJugR 1982, 1, 2 u. 449ff; Arntzen, Elterliche Sorge und persönlicher Umgang mit Kindern aus gerichtspsychologischer Sicht, 1980, S. 13-20; Fthenakis/Niesel/Kunze, Ehescheidung: Konse-

Vorsicht - zumindest erste Anhaltspunkte zur Beantwortung der Frage liefern, ob die beantragte Änderung eines Familiennamens dem "Wohl des (Stief-) Kindes förderlich" ist; darauf wird bei Darstellung der in diesem Zusammenhang hauptsächlich diskutierten Abwägungsgesichtspunkte noch zurückzukommen sein.

Der gesetzliche Auftrag an das Familiengericht, eine Sorgerechtsregelung zu treffen, "die dem Wohle des Kindes am besten entspricht" (§ 1671 Abs. 2 BGB), hat zunächst eine verfassungsrechtliche Dimension. Es entspricht dem der staatlichen Gemeinschaft nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG übertragenen Wächteramt, das Kind der um das Sorgerecht streitenden Eltern - auch wenn es nicht selbst Partei des Sorgerechtsverfahrens ist - als ein Wesen mit eigener Menschenwürde und dem eigenen Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 GG) besonders zu schützen. Da die Übertragung des Sorgerechts einen entscheidenden Einfluß auf das weitere Leben des Kindes nimmt und dieses daher unmittelbar betrifft, muß jede gerichtliche Lösung eines Konflikts zwischen Eltern, die sich auf die Zukunft des Kindes in gravierender Weise auswirkt, das Kind in seiner Individualität als Grundrechtsträger berücksichtigen und mit dieser Maßgabe auf das Wohl des Kindes ausgerichtet sein¹⁾. Dieser Aspekt gebietet es in erster Linie, Neigungen und emotionale Bindungen,

quenzen für Eltern und Kinder, 1982, S. 210ff, 226f; zur Kritik am Kindeswohlbegriff als "Leerformel", "heuchlerisches Begriffsmonstrum", "diffuser Allgemeinplatz", "Mystifikation" sei auf die Nachweise S. 14 (Fn. 3) verwiesen.

1) BVerfG Beschl. v. 5.11.1980 - 1 BvR 349/80 - in NJW 1981, 218.

vor allem aber den eigenen, auf dem Wege einer persönlichen Anhörung erkundeten Willen des Kindes, entsprechend zu würdigen. Die Orientierung am "Kindeswohl" bedingt gleichzeitig die Unmaßgeblichkeit eigennütziger Elterninteressen¹⁾ und dient in diesem Zusammenhang der Verhinderung einer Objektivierung und Instrumentalisierung des Kindes im Spannungsfeld der geschiedenen Eheleute²⁾, wenn diese - bewußt oder unbewußt - mit der Verfolgung vermeintlicher Besitzansprüche bezüglich des gemeinsamen Kindes den "letzten Sieg" über den ehemaligen Partner zu erringen trachten.

Die zuletzt genannten Gesichtspunkte sind auf die Namensänderungsverfahren ehelicher Stiefkinder weitgehend übertragbar. Auch die Regelung des Familiennamens hat auf deren weiteres Leben einen gewichtigen Einfluß und betrifft sie unmittelbar in ihrem Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung³⁾. Die Beantwortung der entscheidungserheblichen Frage, ob es für die Erziehung, Ausbildung und damit die Gesamtentwicklung des Kindes im Rahmen seines Reifungsprozesses förderlicher ist, wenn bei der Namensführung die abstammungsmäßige Verbindung zu seinem leiblichen Vater in den Vordergrund gerückt wird, indem man den bisherigen Familiennamen beibehält, oder wenn der Namensgleichheit mit dem sorgeberechtigten Elternteil nach dessen auf zwei Wegen möglichen Namenswechsel (siehe oben)

1) BVerfG ebd. sowie Urt. v. 19.7.1981 - 1 BvL 28/77 - in NJW 1981, 1771ff; BGH Beschl. v. 28.5.1976 - IV ZR 56/75 - in BGHZ 66, 334ff. Vgl. dazu Lempp NJW 1972, 316 und Gernhuber FamRZ 1973, 235.

2) OVG Münster Urt. v. 24.2.1981 - 18 A 590/77 - in StAZ 1982, 335.

der Vorrang eingeräumt wird¹⁾, kann durch die Betonung der Kindeswohlperspektive maßgebliche Impulse erhalten. Das gilt einerseits für die Bewertung des väterlichen Widerspruchs gegen die in Aussicht genommene oder bereits ausgesprochene Namensänderung - ihm kann nämlich kein ausschlaggebendes Gewicht mehr zukommen (siehe oben S. 125f, 141, 142f) -, andererseits für die tatsächliche Beteiligung des Kindes im Verfahren und schließlich für die Ausschaltung jeglicher Argumentationsweisen, mit denen die geschiedenen Elternteile lediglich affektive Eigeninteressen verfolgen. Die Kindeswohlklausel hat insofern vor allem die Bedeutung einer programmatischen Erklärung²⁾, die bei den äußerst diffizilen und komplexen Sachverhalten, um die es bei einer Sorgerechtsentscheidung und im Namensänderungsverfahren geht, in Abgrenzung zu vermeintlichen Elternrechten zumindest den maßgeblichen Blickwinkel für die einzelfallbezogene Gerechtigkeitssuche festlegt³⁾.

Im übrigen besteht im Hinblick auf den "Kindeswohl"-Begriff der Vorschriften des BGB zum elterlichen Sorgerecht im Schriftum und in der Rechtsprechung Einigkeit darüber, daß es sich um eine Sprachschablone handelt, die nicht strenger juristischer Terminologie zuzurechnen ist, sondern die die Möglichkeit oder sogar Notwendigkeit eröffnet, auf Erkenntnisse anderer Disziplinen, insbesondere der Entwicklungspsychologie,

- 1) Vgl. OVG Koblenz Urt. v. 3.8.1982 - 7 A 27/82 - in StAZ 1982, 337.
2) Gernhuber FamRZ 1973, 230; Simitis u.a., Kindeswohl, 1979, S. 21.
3) Vgl. Mnookin FamRZ 1975, 2; Coester NJW 1981, 961, 962.

einzuweichen¹⁾. Daß Entsprechendes aber auch für die Formel der "Kindeswohlförderlichkeit" in den Namensänderungsverfahren von Stiefkindern angenommen wird, zeigt schon die Tatsache, mit welcher Häufigkeit in der behördlichen und gerichtlichen Praxis Jugendamtsberichte und psychologische Gutachten bei der Entscheidungsfindung zugrundegelegt werden. Eine Entscheidung, die sich am Kindeswohl orientiert, kann sich danach nicht allein mit dem begnügen, was nach dem jeweiligen herrschenden Allgemeinverständnis oder gar nur "nach gesundem Menschenverstand" das Beste für das Kind ist, sondern ist in hohem Maße auf außerjuristisches Fachwissen angewiesen, was wiederum dem Gutachter bei der Konkretisierung des Kindeswohls - jedenfalls in "streitigen" Sorgerechtsverfahren - oft eine ausschlaggebende Rolle zuweist²⁾. Dieser Umstand wird dabei teilweise auch damit begründet, es gebe "für den psychischen

- 1) Giesen NJW 1972, 227f; Gernhuber FamRZ 1973, 238, 244; Lempp ZBlJugR 1974, 124; Jayme FamRZ 1975, 1; Simitis u.a., Kindeswohl, 1979, S. 19; Klenner DAVorm 1979, 807; Fthenakis/Niesel, bild der wissenschaft 1981, 81; Zenz, Soziale und psychologische Aspekte der Familienpflege und Konsequenzen für die Jugendhilfe, Gutachten für den 54. DJT, Teil A, 1982, S. 26ff; ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die Verwirklichung der oben erhobenen Forderung in der Praxis liefert OLG Köln Beschl. v. 10. 8. 1982 - 21 UF 169/81 - in FamRZ 1982, 1232ff.
- 2) Lüderitz FamRZ 1975, 607; Simitis, Kindeswohl - eine Diskussion ohne Ende?, in: Goldstein/Freud/Solnit, Diesseits des Kindeswohls, 1982, S. 170: die Kindeswohlklausel als "Vehikel der Kompetenzverlagerung"; insgesamt zur Bedeutung der forensischen Psychologie im Bereich des Familienrechts Tägert, in: Gottschaldt/Lersch/Sander/Thomae (Hrsg.), Handbuch der Psychologie, Bd. XI, 1967, S. 598ff.

Anteil an den gesetzlichen Tatbestandsmerkmalen 'Kindeswohl' ... psychologische Gesetzmäßigkeiten, die - inzwischen weltweit - unbestritten in Psychologie und Jugendpsychiatrie" seien, die aufgrund ihrer Zurückführbarkeit auf einen genetischen Ursprung als naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten eingeordnet werden müßten und deshalb "normative Kraft" hätten¹⁾; die Mißachtung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse bedeute demzufolge zugleich eine Gesetzesverletzung, im Einzelfall verknüpft mit einer mangelhaften Aufklärung der generellen psychologischen Zusammenhänge²⁾.

Ob und in welchem Umfang bestimmte, allgemein anerkannte Ergebnisse entwicklungspsychologischer und jugendpsychiatrischer Forschung zur Gewährleistung einer dem Kindeswohl entsprechenden Entscheidung, beschränkt auf das Sorgerechtsverfahren, tatsächlich abrufbar sind³⁾, braucht an dieser Stelle nicht abschließend beurteilt zu werden. Es muß jedoch betont werden, daß in jeder Entscheidung über das Schicksal eines Kindes - mag sie auch noch so fundiert sein - auf jeden Fall große, nicht auszuräumende Unwäg-

1) Klußmann, "Kindeswohl" (Vortragsskriptum), Sonderdruck des Bundesverbandes der Pflege- und Adoptiveltern e.V., 1979, S. 57.

2) Klußmann ebd., S. 58.

3) Auf einen besonders hohen Gewißheitsgrad psychologischer Untersuchungsergebnisse bezüglich der - zumindest aktuellen - Intensität der emotionalen Bindung des Kindes an einen Elternteil im Vergleich zur Bindung an den anderen Elternteil - gestützt auf Exploration, semi-projektive und explorative Tests, Sceno-Tests, Family-Relations-Tests und Verhaltensbeobachtung - verweist Arntzen, Elterliche Sorge und persönlicher Umgang mit Kindern aus gerichtspsychologischer Sicht, 1980, S. 60ff, 67f; vgl. dazu auch Lempp NJW 1963, 1660 und We-gener NJW 1979, 1253f.

barkeiten enthalten sind¹⁾, weil die weitere Entwicklung des Kindes und diejenige seiner Umgebung mit der wünschenswerten Eindeutigkeit niemals sicher vorauszusehen ist²⁾. Darin steckt ein wichtiges Problem. Gerade die in dem Kindeswohlbegriff zwangsläufig enthaltene Zukunftskomponente relativiert nämlich den Erkenntniswert solcher Disziplinen, die sich - wie die oben genannten Forschungsbereiche - vor allem auf therapeutische und pädagogische Fragestellungen konzentrieren³⁾, nicht aber so sehr auf die sachverständige Unterstützung punktueller Entscheidungen mit Prognosecharakter, wie sie das Gesetz jeweils vom Richter notwendigerweise verlangt. Man darf schließlich auch nicht außer Betracht lassen, daß es sich bei dem Begriff des "Kindeswohls" letztlich um eine euphemistische Terminologie handelt, mit der vorgetäuscht wird, für ein zwischen den geschiedenen Elternteilen hin und her gerissenes Kind gebe es unschädliche Lösungen hinsichtlich aller nur denkbaren (psychischen) Konflikte. Es wäre eine Illusion zu glauben, man könne die Tragödie, die fast jede Scheidung für ein Kind bedeutet, ungeschehen

1) Vgl. Hassenstein, AFET-Mitgliederrundbrief Nr. 4/1975, S. 66; Dieckmann AcP 178, 316.

2) Gernhuber FamRZ 1973, 231; Steffen ZBlJugR 1979, 130. Mnookin FamRZ 1975, 3 und Diederichsen, Festschrift für Beitzke, 1979, S. 184 verweisen darauf, daß in einem Langzeittest, der von einer Gruppe Psychologen aus Berkeley über einen Zeitraum von 30 Jahren hinweg an 166 Kindern vorgenommen worden war, nachgewiesen wurde, daß die Vorhersagen, die über die "Forschungsobjekte" gemacht worden waren, sich zu 2/3 (1) aller Fälle als falsch erwiesen hatten.

3) Vgl. u.a. Richter, Patient Familie, 1972, S. 120ff; Mnookin ebd.; Roether, Ehe- und Scheidungskonflikte, in: Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform, 1978, S. 129ff sowie Ethenakis/Niesel/Kunze, Ehescheidung: Konsequenzen für Eltern und Kinder, 1982, S. 142, 214, jeweils m.w.N.

machen¹⁾. Insofern sollte man in diesem Zusammenhang auch lieber bescheidener formulieren, daß es bei der Suche nach dem "Wohl des Kindes" - das gilt für das Sorgerechts- wie für das Namensänderungsverfahren - allenfalls darum gehen kann, die Folgen des Zusammenbruchs der Eltern-ehe für die Kindesentwicklung möglichst gering zu halten, also für das Kind jeweils die am wenigsten belastende Alternative zu finden²⁾. In den Stiefkinderfällen stellt sich darüber hinaus noch ein weiteres Problem. Zwar mögen gutachterliche Stellungnahmen Auskunft darüber geben können, in welchem Maße das Kind in die neue Familiengemeinschaft des Stiefvaters integriert ist, ob es sich durch die bisherige Namensverschiedenheit ausgeschlossen fühlt und welche Beziehungsintensität zu dem nichtsorgeberechtigten Elternteil (in der typischen Fallkonstellation also zu dem leiblichen Kindesvater) besteht. In Ermangelung einschlägiger, empirisch belegbarer Forschungsergebnisse vor allem der Entwicklungspsychologie³⁾ läßt sich jedoch nicht mit der gebotenen Exaktheit eine Aussage darüber machen, inwiefern gerade die angestrebte Namensgleichheit eine Integrationsfunktion erfüllen und der Vermeidung einer Außenseiterrolle dienen kann oder welche Bedeutung speziell die Beibehaltung des bisher geführten Familiennamens für die ebenfalls kindeswohlförderliche Aufrechterhaltung persönlicher Bindungen zwischen Kind und nichtsorgeberechtigtem Eltern-

1) Lempp, Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 15, 51.

2) Lempp NJW 1972, 319; vgl. auch BT-Drucks. VIII/2788 S. 61.

3) Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 75 (Fn. 33) verweist darauf, daß neuere umfassende Arbeiten zur Psychologie des Stiefkindes überhaupt fehlen.

teil hat. Sicherlich erscheint es plausibel, daß die Erfahrung, einen anderen Namen zu tragen als die Mutter und als andere Mitglieder der Stiefvaterfamilie, eine Belastung für das Kind bedeuten kann. Es ist jedoch nach Auskunft verschiedener mit dieser Problematik befaßter Stellen ebenso soziale Wirklichkeit, daß es zahlreiche Fälle gibt, in denen von einer schädlichen Wirkung der Namensverschiedenheit für das Kind nicht die Rede sein kann. Vor diesem Hintergrund können sich aber die Ursachen von Schwierigkeiten, die Kinder aus geschiedenen Ehen wegen der Trennung der natürlichen Eltern haben¹⁾, nicht in der Weise differenzieren lassen, daß sie eindeutig (!) auf die Namensverschiedenheit zurückführbar sind²⁾. Es besteht nur die Möglichkeit, auf ein ungewisses Maß der Wahrscheinlichkeit abzustellen, daß durch die Führung unterschiedlicher Namen bei einem kleinen und empfindsamen Kind die gedeihliche psychische Entwicklung zu seinem Schaden beeinflußt wird³⁾. Der Nachweis der Kausalität von Namens-

-
- 1) Daß bei Auflösung einer Familie und Trennung des Kindes von einem Elternteil besonders hohe Korrelationen mit emotionalen Störungen und Verhaltensstörungen bei dem betroffenen Kind festzustellen sind, berichten Lehr, Die Rolle der Mutter in der Sozialisation des Kindes (2), 1978, S. 125ff und Rutter, Bindung und Trennung in der frühen Kindheit: Forschungsergebnisse zur Mutterdeprivation, 1978, S. 64f, 84.
- 2) VGH Mannheim Urt. v. 22.12.1971 - I 871/71 - in JZ 1972, 399; OVG Hamburg Urt. v. 22.6.1981 - Bf. III 12/81 - in FamRZ 1982, 190; vgl. auch Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 168: "Die Vielgestaltigkeit der bei Scheidungskindern beobachteten Neuroseformen zeigt keinen gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen Symptomenwahl und spezieller Konfliktsituation".
- 3) VG München Urt. v. 15.9.1969 - Nr. 3166/69 - in FamRZ 1971, 447.

verschiedenheit und einer eventuellen Entwicklungsretardierung ist demgegenüber nicht zu führen.

Im Rahmen der Entscheidung darüber, ob die Änderung des Familiennamens in den Stiefkindfällen dem Wohl des Kindes förderlich ist, ist dieser letzte Aspekt von einigem Gewicht. Wenn der Rückgriff auf Erkenntnisse anderer, nicht juristischer Disziplinen den Zusammenhang zwischen einer bestimmten Namensführung und der Erlebniswelt des Kindes positiv nicht herzustellen vermag, erhält das Moment der "Förderlichkeit" - darüber muß sich der Rechtsanwender im klaren sein - einen spekulativen Charakter¹⁾. Entsprechende Unsicherheiten spiegeln sich in den Formulierungen der Rechtsprechung wieder. Es besteht wohl inzwischen Einigkeit darüber, daß die angestrebte Namensänderung nicht zur Abwendung eines "Leidens" des Kindes erforderlich sein muß²⁾, Unterschiede in der Beurteilung offenbaren sich jedoch darin, daß es auf der einen Seite als ausreichend angesehen wird, "wenn mit der Namensänderung nachteilige Folgen für das Kind vermieden werden können (1)"³⁾ - von einer tatsächlich nachweisbaren "Förderlichkeit" für die weitere Gesamtentwicklung ist aufgrund der eher negativen Abgrenzung gerade hier nicht mehr

- 1) Vgl. etwa VGH Mannheim Urt. v. 24.2.1970 - IV 823/67 - in FamRZ 1970, 406: "Die Namensänderung ist...bei den gegebenen Umständen geeignet, das Schicksal des...(Kindes), aus einer geschiedenen Ehe zu stammen, zu mildern."
- 2) OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 163; BVerwG Beschl. v. 12.9.1975 - VII B 95.74 - in StAZ 1976, 162 (seitdem ständige Rechtsprechung).
- 3) Z.B. OVG Berlin Urt. v. 21.2.1980 - V B 13.78 - in FamRZ 1981, 89 m.w.N.; VG Kassel Urt. v. 16.9.1981 - III E 147/80 - in NVwZ 1982, 142.

die Rede -, während auf der anderen Seite gefordert wird, die Namensänderung müsse "dringend geboten" oder "unabweisbar" sein¹⁾. Diese Nuancierungen mögen auf den ersten Blick als äußerst geringfügig erscheinen, sie können jedoch im Einzelfall durchaus entscheidungsrelevant sein. Sie verdeutlichen außerdem die grundsätzliche Aporie jeder am "Kindeswohl" orientierten Entscheidung: da die aus einer Langzeitperspektive betrachteten Kindesinteressen nicht mit der zu wünschenden Stringenz darstellbar sind, ist jeder Argumentation mit dem genannten zentralen Abwägungskriterium notwendigerweise eine gewisse subjektive Beliebigkeit immanent. Es wäre schon viel gewonnen, wenn sich der Rechtsanwender im konkreten Einzelfall bewußt machte, in welchem Maß eigene, intersubjektiv nicht vermittelbare Wertungen über die Bedeutung von Namensidentitäten im Beziehungsgeflecht von Kind, sorgeberechtigter Mutter, Stiefvater, Stief- oder Halbgeschwistern und nichtsorgeberechtigtem leiblichen Vater in die Beurteilung einfließen. Damit bestünde immerhin die Chance, daß die jeweilige Entscheidungsfindung mit einer größeren inneren Distanz betrieben und auf diesem Wege der gebotenen Objektivität besser Rechnung getragen würde.

Im folgenden wird es darum gehen, die in der Praxis ständig wiederkehrenden Abwägungsgesichtspunkte zur Ermittlung einer "dem Wohl des Kindes förderlichen" Namensführung in den sogenannten Stiefkinderfällen darzustellen und vor dem Hintergrund des eigentlichen gesetzlichen Entschei-

¹⁾ Z.B. VGH Mannheim Urt. v. 22.12.1971 - I 871/71 - in JZ 1972, 399 und OVG Hamburg Urt. v. 22.6.1981 - Bf. III 12/81 - in FamRZ 1982, 189.

dungskriteriums, des "wichtigen Grundes", auf ihre Stichhaltigkeit hin zu überprüfen. Unter Berücksichtigung der oben beschriebenen "Kindeswohlperspektive" soll dabei ein Schwerpunkt der Untersuchung sein, diejenigen für eine bestimmte Namensführung bedeutsamen Situationsspezifika herauszuarbeiten, welche für die durch die Trennung ihrer Eltern betroffenen "Scheidungsweisen" typischerweise zugrunde zu legen sind.

I. Familienintegration und Identifikation mit der neuen Familie

Die Beantwortung der Frage, ob die beantragte Namensänderung dem Wohl des (Stief-) Kindes förderlich ist und damit ein "wichtiger Grund" im Sinne von § 3 Abs. 1 NÄG vorliegt, wird in der derzeitigen Entscheidungspraxis sowohl der Namensänderungsbehörden als auch der Verwaltungsgerichte überwiegend vom Grad der tatsächlichen Eingliederung des betreffenden Kindes in die neue Familiengemeinschaft, seinem Alter und von der Wahrscheinlichkeit abhängig gemacht, daß es sich - insbesondere wenn es zusammen mit Halb- oder Stiefgeschwistern aufwächst, die bereits den angestrebten Familiennamen führen - wegen der bestehenden Namensverschiedenheit aus dem Familienverband ausgeschlossen fühlt¹⁾. Die Namensänderung soll

¹⁾ Nr. 40 Abs. 2 NamÄndVwV vom 11.8.1980; OVG Münster Urt. v. 5.6.1962 - II A 1238/59 - in NJW 1962, 1981; OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 163; VGH Kassel Urt. v. 28.5.1979 - VI OE 92/78 - in StAZ 1980, 202; VG Kassel Urt. v. 14.5.1980 - III E 132/79 - in StAZ 1980, 282; OVG Bremen Urt. v. 22.9.1981 - 1 BA 39/81 - in FamRZ 1982, 192; OVG Koblenz Urt. v. 3.8.1982 - 7 A 27/82 - in StAZ 1982, 337.

also einerseits der Tatsache Rechnung tragen, daß das Kind im Einzelfall in der Familie des Stiefvaters und der sorgeberechtigten Mutter wie ein eigenes Kind eben dieser Ehe aufwächst, und andererseits der Gefahr vorbeugen, daß auf seiten des Kindes aufgrund der trennenden Wirkung unterschiedlicher Familiennamen ein Gefühl der Fremdheit entsteht.

Im Hinblick auf das maßgebliche Kriterium des "Kindeswohls" wird in den jeweiligen Entscheidungsgründen regelmäßig ausgeführt, die geistliche Entwicklung eines Kindes hänge - insbesondere wenn es durch die Scheidungsausschüttungen erheblich verunsichert und belastet worden sei - im entscheidenden Maße davon ab, daß es sich in der Familie, in der es aufwachse, geborgen fühle und sich mit dieser Familie identifiziere. Daher sei eine Infragestellung einer solchen bergenden Zugehörigkeit zu der neuen Familiengemeinschaft und der genannten Identifikation (durch Namensverschiedenheit) dem Wohl des Kindes abträglich, die Betonung der bestehenden Bindung (durch Namensgleichheit) seiner weiteren Persönlichkeitsentwicklung jedoch förderlich¹⁾.

Die Notwendigkeit, die Integration des Kindes in seinem neuen Familienverband namensrechtlich zu verfestigen, wird dabei vor allem damit begründet, daß gerade bei jüngeren Kindern

¹⁾ OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 163 und Urt. v. 21.2.1980 - V B 13.78 - in FamRZ 1981, 89, 90; VG Kassel Urt. v. 14.5.1980 - III E 132/79 - in StAZ 1980, 282 und Urt. v. 16.9.1981 - III E 147/80 - in NVwZ 1982, 142; OVG Münster Beschl. v. 3.5.1979 - XV A 2601/78 - in StAZ 1980, 47; OVG Bremen Urt. v. 22.9.1981 - 1 BA 39/81 - in FamRZ 1982, 192.

die Entwicklung eines sicheren Gefühls der Geborgenheit bei einer Namensgleichheit rascher, intensiver und wirksamer vonstatten gehe, weil dadurch der Gefahr begegnet werde, daß sich das Kind, insbesondere bei Hinweisen von außen, isoliert oder nicht akzeptiert fühle¹⁾. Es entspreche der Lebenserfahrung, daß das Kind häufig, in der Schule und im Kreise von Spielgefährten²⁾, auf den Namensunterschied angesprochen werde und sich so gezwungen sehe, die besondere - vielleicht auch noch nicht verarbeitete - Familiensituation zu erklären, was wiederum eine seelische Belastung erzeuge und sich auf diesem Wege auch integrationshemmend auswirke³⁾. Für den Fall, daß der Stiefvater in tatsächlicher Hinsicht an die Stelle des leiblichen Vaters getreten ist⁴⁾ oder zu jenem von seiten des Kindes jedenfalls erheblich engere und intensivere persönliche Bindungen bestehen⁵⁾, wird die Änderung

-
- 1) OVG Koblenz Urt. v. 3.8.1982 - 7 A 27/82 - in StAZ 1982, 337.
- 2) Vgl. Hahnzog BayVBl 1970, 127f; Simon StAZ 1974 197 (Fn. 8) sowie BT-Drucks. V/2370 S. 59.
- 3) OVG Berlin Urt. v. 4.11.1976 - V B 9.74 - in StAZ 1978, 70; Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 26; vgl. auch Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 72: "Störend ist dabei...der Umstand, daß die Verschiedenheit der Namen jeden fremden Menschen sofort auf die gestörten Familienverhältnisse aufmerksam werden läßt. Die Wahrung der "Intimsphäre", die zu den Kennzeichen der geschlossenen harmonischen Familie gehört, wird für die Mutter-Kind-Familie schon durch diese scheinbar belanglose Äußerlichkeit erschwert".
- 4) Vgl. OVG Münster Urt. v. 5.6.1962 - II A 1238/59 - in NJW 1962, 1981; VGH Kassel Urt. v. 28.5.1979 - VI OE 92/78 - in StAZ 1980, 202.
- 5) Vgl. VG Kassel Urt. v. 14.5.1980 - III E 132/79 - in StAZ 1980, 282 sowie Nr. 40 Abs. 2 NamÄndVwV vom 11.8.1980.

des Kindesnamens also als ein Mittel angesehen, um "klare Verhältnisse zu schaffen"¹⁾, um möglichst konfliktfreie und stabile familiäre Beziehungen innerhalb der Stiefvaterfamilie zu gewährleisten²⁾ und um die Verbundenheit der einzelnen Mitglieder dieser Familie durch die Führung desselben Namens inniger zu gestalten und positiv zu fördern³⁾.

Die besondere Betonung des Integrationsmoments erfolgt vor dem Hintergrund der spezifischen Situation der durch die Trennung ihrer Eltern betroffenen "Scheidungsweisen" grundsätzlich zu Recht. Angesichts der Tatsache, daß die Dauerhaftigkeit und Harmonie familiärer Sozialbeziehungen nach den Erkenntnissen in allen kinderkundlichen Wissenschaftsbereichen heute als entscheidende Grundlage für eine stabile und gesunde psychosoziale Entwicklung des heranwachsenden Menschen angesehen wird⁴⁾, eben weil das kindliche Bedürfnis nach dauerhafter Fürsorge verlangt⁵⁾, und unter Berücksichtigung der Erkenntnis, daß ein möglichst unauffälliges Einfügen des Kindes in die "heile Welt" einer intakten Familie die bestmögliche "Reparatur" von

1) Vgl. BT-Drucks. VIII/2788 S. 63 zur sorgerechtlichen Zuordnung des Kindes zu einem Elternteil im Zeitpunkt der Scheidung.

2) Vgl. OVG Bremen Urt. v. 22.9.1981 - 1 BA 39/81 - in FamRZ 1982, 192.

3) Vgl. Hahnzog BayVBl 1970, 127f; VGH Kassel Urt. v. 28.5.1979 - VI OE 92/78 - in StAZ 1980, 202.

4) BVerfG Urt. v. 3.11.1982 - 1 BvL 28/80 u.a. - in NJW 1983, 101 mit Verweis auf Ausführungen von Prof. Dr. Pechstein, der in dem betreffenden Verfahren als Sachverständiger gehört wurde; vgl. auch König, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1945, 550 u. Steffen ZBlJugR 1979, 140.

5) Rutter, Bindung und Trennung in der frühen Kindheit, 1978, S. 288; Goldstein/Freud/Solnit, Diesselts des Kindeswohls, 1982, S. 16, 119.

Scheidungsfolgen garantiert¹⁾, ist die Rekonstruktion einer Familie - wohl auch in namensmäßiger Hinsicht - ohne Zweifel ein äußerst wichtiges Gebot für staatliche Problemlösungen. Das gilt um so mehr, als die Stiefvaterfamilie - wie bereits ausgeführt²⁾ - den Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG genießt. Dennoch verbleibt ein ungelöstes Problem: die These, daß die angestrebte Namensgleichheit eine integrative Wirkung zeige, ist nicht endgültig verifizierbar, obwohl das vor dem Hintergrund des von der Namensänderungspraxis selbst gewählten, nicht normativ bestimmten Kriteriums der (positiven) "Kindeswohlförderlichkeit" eigentlich geboten wäre.

Die Entwicklungspsychologie bezeichnet mit dem Begriff der Integration ein Merkmal von verschiedenen Teilprozessen, "in denen sich relativ selbständige Elemente eines Ganzen zu einem neuen Ganzen zusammenschließen, das besser organisiert ist und gegenüber dem früheren Zustand eine neue, höhere Qualität besitzt"³⁾, bzw. die "der Vervollständigung oder der Herstellung eines konsistenten sozialen Gebildes"⁴⁾ dienen. Legt

1) Fthenakis/Niesel, bild der wissenschaft 1981, 72; vgl. auch S. 73 zur Bedeutung sogenannter "support systems" bei der Verhinderung von Entwicklungsstörungen als Folge der Trennungskrise; zur besonderen Relevanz des Stiefvaters als Vatersurrogat im Hinblick auf die anzustrebende Reduzierung der spezifischen Effekte von Vaterabwesenheit Fthenakis/Niesel/Kunze, Ehescheidung: Konsequenzen für Eltern und Kinder, 1982, S. 57.

2) Sieh oben S. 135 (Fn. 4).

3) Clauß (Hrsg.), Wörterbuch der Psychologie, 1981, S. 289.

4) Fröhlich, "Integration, soziale", in: Arnold/Eysenck/Meili, Lexikon der Psychologie, 2. Band, 1980.

man diese Begriffsdefinition zugrunde, müßte allein die Führung gleicher Namen von seiten aller Mitglieder der Stiefvaterfamilie zumindest in dem jeweils zur Entscheidung stehenden Einzelfall bereits geeignet sein, einen höheren Organisationsgrad und eine bessere Konsistenz dieses Familienverbandes zu erzeugen. Der methodisch exakte Nachweis eines solchen ursächlichen Zusammenhanges ist aber bisher noch nicht geführt worden; er dürfte auch kaum gelingen, da die Isolierung einer einzelnen Variablen in dem komplexen Geschehen einer - im untechnischen Sinne - "Scheidungsfolgesache" auf enge Grenzen der Realisierbarkeit stößt¹⁾.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß es zahlreiche Familiengemeinschaften gibt, in denen die einzelnen Familienmitglieder unterschiedliche Familiennamen führen, ohne daß die Betroffenen die erwünschte Integration vermissen. Außerdem stellt sich in jedem einzelnen Fall, in dem mit Verweis auf gutachterlich nachgewiesene psychische Störungen ein gesteigertes Integrationsbedürfnis des Kindes begründet wird, die Frage, ob diese Störungen nicht durch andere Faktoren bedingt sein können, nämlich einerseits durch bestimmte "exogene Einwirkungen" (Mitschüler, Spielgefährten; Wechsel entsprechender Interaktionsgruppen aufgrund eines scheidungsbedingten Umzuges des sorgeberechtigten Elternteils) und andererseits durch verschiedene "endogene (anlagebedingte)

¹⁾ Vgl. Zenz, Soziale und psychologische Aspekte der Familienpflege und Konsequenzen für die Jugendhilfe, Gutachten für den 54. DJT, Teil A, 1982, S. 32 (insgesamt zur Bedeutung des Faktors "Elterntrennung" im Hinblick auf mögliche psychische Störungen im Erwachsenenalter).

Dispositionen"¹⁾. Das Gefühl des Außenseiterdaseins zum Beispiel kann auch durch die nachwirkende Erfahrung des Kindes bestimmt sein, im Scheidungskonflikt der Eltern als machtlose Randfigur fungiert zu haben²⁾. Es kann auch entstehen aufgrund des fortgesetzten Kontaktes zum nichtsorgeberechtigten Elternteil, weil das ein Erlebnis- und Erfahrungsbereich ist, den das Kind als einziges Mitglied der Stiefvaterfamilie hat³⁾. Kinder, die bereits vor der Trennung als schwierig zu charakterisieren waren, zeigen sich durch die Scheidung der Eltern eher verwundbar als ausgeglichene Kinder und reagieren auch dann, wenn sich die durch die Trennung herbeigeführte Situation einigermaßen stabilisiert hat, in stärkerem Maße mit langanhaltenden emotionalen Störungen⁴⁾. Vor diesem Hintergrund bleibt bisher die Frage unbeantwortet, ob nicht das Bewußtsein der bergenden Zugehörigkeit zu dem sorgeberechtigten Elternteil sowie zu einem fürsorgenden Stiefternteil und deren Kindern den einzig entscheidenden Faktor zur Überwindung scheidungsbedingter Konflikte bildet und einen ausreichenden Ersatz dafür bietet, daß sich das Kind wegen eines anderen Namens als Fremdkörper in der neuen Familie fühlt. Es ließe sich

- 1) Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 29.
- 2) Fthenakis/Niesel, bild der wissenschaft 1981, 79.
- 3) Lempp, Die Ehescheidung und das Kind, 1976, 42.
- 4) Beres ZBlJugR 1982, 2; insbesondere zur altersspezifischen Verarbeitung des Trennungsschmerzes vgl. Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 31ff; Fthenakis/Niesel/Kunze, Ehescheidung: Konsequenzen für Eltern und Kinder, 1982, S. 143ff; Beres ZBlJugR 1982, 450ff.

schließlich argumentieren, daß die Folgen einer Ehescheidung für das Kind auch nicht vermittelt eines betonten Hineinnehmens in die neue Ehe der Mutter durch eine die tatsächlichen Abstammungsverhältnisse verdeckende Namensänderung ausgewischt werden können¹⁾.

Die Annahme einer integrativen Wirkung gleicher Namen steht damit insgesamt auf tönernen Füßen. Sie spekuliert einerseits ganz allgemein auf das in der Psyche des Menschen liegende Bedürfnis, sich als gleichgeachtetes Mitglied einer Gemeinschaft zu fühlen²⁾, und darauf, das menschliche Bedürfnis nach einem Selbstsicherheit und Lebensmut erzeugenden "Wir"-Bewußtsein³⁾ zu stillen. Sie zieht andererseits den Umstand in Rechnung, daß die Kenntlichmachung der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie im gesamten abendländischen Kulturkreis auf dem Wege eines gemeinsamen Familiennamens erfolgt⁴⁾. In Anknüpfung an den zuletzt genannten Aspekt empfiehlt sich aber eine nüchtern-funktionale Betrachtung des Problems: ist das Kind der Stiefvaterfamilie faktisch zugeordnet, so ist der angestrebte Namenswechsel Ausdruck einer tatsächlichen Veränderung des äußeren (horizontalen) Bezugsrahmens⁵⁾, der als Anknüpfungspunkt für die Namensführung einer bestimmten

- 1) Bosch FamRZ 1961, 35; VGH München Urt. v. 14.10.1969 - Nr. 23 V 68 - in BayVBl 1970, 30; OVG Hamburg Urt. v. 22.6.1981 - Bf. III 12/81 - in FamRZ 1982, 189.
- 2) Fulgram, Beiträge zur Namenforschung 2, 1950, S. 132.
- 3) Metzger ZBlJugR 1972, 40.
- 4) Fulgram ebd.; Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 45 unten; vgl. auch Dölle JZ 1953, 357.
- 5) Vgl. oben S. 103.

Person in Betracht kommt. Erbringt die Stiefvaterfamilie gegenüber dem (ehelichen) Stiefkind die für eine Familie wesensmäßigen und typischen "Leistungen", nämlich Erziehung, Unterhalt und Sozialisation¹⁾, bedeutet eine Namensanpassung lediglich das Nachvollziehen einer bereits erfolgten Eingliederung in namensmäßiger Hinsicht bei gleichzeitiger Besinnung auf die Funktion des Familiennamens, eine bestimmte familiäre Zugehörigkeit zu signalisieren. Das Moment der (positiven) integrativen Wirkung einer Namensänderung tritt damit in den Hintergrund.

Als äußerst problematisch erweist sich bei einer kritischen Überprüfung auch die häufig verwendete Argumentationsfigur "Identifikation mit der neuen Familie" zur Rechtfertigung einer dem Wohl des Kindes vermeintlich förderlichen Namensänderung. Richtig ist zwar, daß die gesunde Entwicklung eines Kindes maßgeblich von der ausgewogenen Identifikation mit den in einer längerdauernden gefühlsmäßigen Verbindung stehenden Elternteilen als Quelle größerer Sicherheit und Selbstkontrolle²⁾ abhängt³⁾. Außerdem gilt es zu berücksichtigen, daß die Wahrnehmung der eigenen Identität⁴⁾ (insbesondere bei Kindern der Altersgruppe zwischen 7 und 10 Jahren)

1) Vgl. Bonner Kommentar - Pirson (1981), Art. 6, Rdnr. 27.

2) Mussen/Conger/Kagan, Lehrbuch der Kinderpsychologie (3), 1981, S. 407.

3) Von Buch JZ 1974, 449; Zenz, Kindeswohl und Selbstbestimmung, in: Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform, 1978, S. 181.

4) Zur Entwicklung der "Ich-Identität" aus einer "gestuften Integration aller Identifikationen" vgl. Erikson, Identität und Lebenszyklus (6), 1980, S. 108 sowie S. 139, 140.

eng mit der Familie und physischen Anwesenheit beider Eltern - die als externe Kontrollinstanz, Identifikationsmuster und damit als "gesteigertes Vorbild"¹⁾ ausschlaggebende Bedeutung haben - verknüpft ist²⁾. Nach entwicklungspsychologischen Erkenntnissen erscheint es auch als äußerst plausibel, daß der Stiefvater im Einzelfall Identifikationsobjekt eines durch Eltern-trennung betroffenen Kindes wird³⁾ - insbesondere dann, wenn er aus der Sicht des Kindes dem leiblichen Vater aufgrund seines "allgemeinen charakterlichen Wertes" überlegen ist⁴⁾. Fraglich bleibt aber, ob überhaupt eine Identifikation mit der Familie des Stiefvaters (als Gesamtheit) denkbar ist und in welchem Maße Identifikationsprozesse von einer bestimmten Namensführung beeinflußt werden.

- 1) Klußmann, "Kindeswohl" (Vortragsskriptum), Sonderdruck des Bundesverbandes der Pflege- und Adoptiveltern e.V., 1979, S. 11.
- 2) Lempp ZBlJugR 1974, 134; Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 8f; Trautner, Lehrbuch der Entwicklungspsychologie, Bd. 1, 1978, S. 111, 113; Fthenakis/Niesel, bild der wissenschaft 1981, 79.
- 3) Lempp ebd.; Klußmann ebd., S. 10, 12; Fthenakis/Niesel/Kunze, Ehescheidung: Konsequenzen für Eltern und Kinder, 1982, S. 57; vgl. auch Trautner ebd., S. 115.
- 4) Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 97, gleichzeitig auch mit Verweis darauf, daß die Gewöhnung an den Stiefvater sich um so leichter vollzieht, je jünger die Kinder sind und je rascher die Mutter wiederheiratet (die kritische Grenze dafür liege ungefähr bei 3-4 Jahren); auch wenn der leibliche Vater zunächst "Hauptbezugsperson" des Kindes war, ist es nach Ell ZBlJugR 1982, 82 möglich, daß es diese zugunsten der "ödipalen Bindung" oder auch zugunsten einer "charakterverwandten Bindung" von sich aus aufgibt.

Im Wissenschaftsbereich der Psychologie wird von "Identifikation" nur gesprochen "im Falle einer umfassenden Persönlichkeitsveränderung in Richtung einer mehr oder weniger vollständigen Übernahme von Werthaltungen, Gefühlen und Verhaltensnormen eines Modells unter Beteiligung einer engen gefühlsmäßigen Bindung, in deren Folge sich der Identifizierende wie das Modell verhält, so denkt und fühlt"¹⁾. Demnach bezeichnet "Identifikation" sowohl den Prozeß als auch das Resultat der Veränderung einer Person nach dem Vorbild einer anderen Person, wobei zur empirischen Feststellung einer Identifikation aus der im Verhalten sichtbaren globalen Ähnlichkeit mit einem vermuteten Identifikationsobjekt auf eine tatsächliche Identifikation geschlossen wird²⁾. In diesem Zusammenhang gilt es festzuhalten, daß die Psychologie aufgrund des genannten eher deskriptiven Charakters des Identifikationskonzepts, der mangelnden Operationalisierung und empirischen Überprüfbarkeit des Identifikationsprozesses selbst sowie der schwierigen Abgrenzung zur bloßen Imitation den Terminus der "Identifikation" ausschließlich zur Beschreibung des Resultats von Entwicklungsprozessen heranzieht, in deren Verlauf es zu umfassenden Persönlichkeitsveränderungen in bestimmten Ausschnitten (z.B.

¹⁾ Trautner, Lehrbuch der Entwicklungspsychologie, Bd. 1, 1978, S. 113; vgl. auch Mussen/Conger/Kagan, Lehrbuch der Kinderpsychologie (3), 1981, S. 407.

²⁾ Trautner ebd., S. 112.

Geschlechtsrollenidentifikation¹⁾, Internalisierung elterlicher Werthaltungen und Normen) kommt²⁾. Außerdem wird in der einschlägigen Literatur betont, Identifikationen seien nur Mechanismen von begrenzter Brauchbarkeit; das Kind pflege sich in den verschiedenen Stadien seiner Entwicklung mit gewissen überbewerteten Teilaspekten von Menschen zu identifizieren, die in Wirklichkeit oder in der Phantasie am stärksten auf es einwirken, wobei die am Ende der Adoleszenz entstehende (endgültige) Identität jeder einzelnen Identifikation mit den Beziehungspersonen der Vergangenheit durchaus übergeordnet sei³⁾.

1) Auf die Notwendigkeit einer geschlechts- und altersspezifischen Differenzierung bei der Beurteilung des Stellenwertes von Identifikation verweist Ell ZBlJugR 1980, 324, 325: danach ist für den Jungen die Mutter das erste Objekt der Libido und der Vater das erste Objekt der Identifikation, bei Mädchen verhält es sich umgekehrt; das Objekt der Libido sei für das Kind grundsätzlich wichtiger als das Objekt der Identifikation und verliere erst an Bedeutung, wenn sich das Kind im Jugendalter aus der Familie zu lösen beginne; dann aber werde das Objekt der Identifikation wichtiger, "also das Werde-Bild für das Mannwerden und das Frauwerden".

2) Trautner ebd., S. 116.

3) Erikson, Identität und Lebenszyklus (6), 1980, S. 139f; vgl. dazu auch Toman, "Identifikation", in: Arnold/Eysenck/Meili, Lexikon der Psychologie, 2. Band, 1980: danach ist "Identifikation" vor allem ein innerer Abwehrmechanismus, in dem eine bisher nicht in der gegenwärtigen Stärke erlebte Motivdeprivation oder Motivfrustration durch die Übernahme eines oder mehrerer Motive anderer Personen gemindert wird, wobei unmittelbarer subjektiver Gewinn das Gefühl ist, zumindest teilweise jene "vorbildliche" Person zu sein; ähnlich Oerter, Moderne Entwicklungspsychologie (15), 1975, S. 269 und Mussen/Conger/Kagan, Lehrbuch der Kinderpsychologie (3), 1981, S. 408.

Vor diesem Hintergrund erweist sich die "Identifikation mit dem neuen Familienverband" als Rechtfertigungsgrund für eine Namensänderung zumindest als begrifflich unkorrekte Argumentationsweise. Zunächst finden Identifikationsprozesse nach den soeben gemachten Ausführungen jeweils zwischen einem identifikationsbedürftigen Subjekt und einem entsprechenden zur Identifikation tauglichen Modell (oder verschiedenen Modellen) statt, nicht aber mit einer Gruppe von Personen; insofern kann sich das Stiefkind zwar mit der sorgeberechtigten Mutter, dem Stiefvater, einem Stiefgeschwister identifizieren - die Beziehung zum Personenverband kann aber nach allgemeinem Sprachgebrauch nur als "Zugehörigkeitsgefühl" bezeichnet werden. Wäre mit dem Terminus der "Identifikation" im übrigen das Resultat einer persönlichen Veränderung gemeint, bedürfte es einer Namensänderung insofern nicht, als die Tatsache der Identifikation durch eine solche Maßnahme nicht mehr "gefördert" zu werden brauchte. Es ist in diesem Zusammenhang daher nur möglich, den Gesichtspunkt der angestrebten Namensidentität in Verbindung zu bringen mit dem oben beschriebenen Identifikationsprozeß. Das Zustandekommen von Identifikation ist jedoch noch weitgehend ungeklärt¹⁾. Allenfalls kann auf den ersten Blick darauf verwiesen werden, daß die bisher vorhandene Identifikation bekräftigt und verstärkt wird, wenn das Kind irgendeine Ähnlichkeit mit dem jeweiligen Vorbild wahrnimmt - sei es in bestimmten psychologischen Merkmalen, sei es - wenn auch in geringerem Maße - im Erscheinungsbild oder in äußeren Attributen, zu denen

¹⁾ Trautner, Lehrbuch der Entwicklungspsychologie, Band 1, 1978, S. 112.

dann auch derselbe Familienname gezählt werden kann¹⁾.

Betont man jedoch, daß es sich bei Identifikationen entweder um Angleichungsreaktionen auf einen drohenden oder tatsächlichen Verlust liebevoller Zuwendung oder aber um defensive Reaktionen auf die Androhung von Strafe handelt²⁾, oder stellt man darauf ab, daß der Identifikationsprozeß auf eine erhöhte Zuwendung von seiten der Vorbild- (Modell-) Person zurückzuführen ist³⁾, zumal wenn diese Person eine fürsorgliche, warmherzige, aufgeschlossene und daher für ein Kind anziehende und "befriedigende" Persönlichkeit ist⁴⁾, kommt äußerlichen Merkmalen wie dem des gleichen Familiennamens allerdings keine, zumindest keine entscheidende Bedeutung zu. Wenn man also nicht auf vielleicht im Unterbewußtsein aus dem Namenzauber fortwirkende Vorstellungen zurückgreifen will, wonach sich derjenige Mensch, welcher sich des Namens eines anderen, insbesondere höheren Wesens bedient, in dessen Bann- und Machtkreis begibt⁵⁾, sollten vermeintliche Identifikationsprozesse innerhalb der Stiefvaterfamilie als Begründungselemente für die Vornahme einer Namensänderung nur mit äußerster Vorsicht herangezogen werden.

1) Mussen/Conger/Kagan, Lehrbuch der Kinderpsychologie (3), 1981, S. 408, 409; vgl. auch Clauß (Hrsg.), Wörterbuch der Psychologie, 1981, S. 274.

2) Trautner ebd., S. 113; vgl. auch Oerter, Moderne Entwicklungspsychologie (15), 1975, S. 268f.

3) Fröhlich, "Identifikation, soziale", in: Arnold/Eysenck/Meili, Lexikon der Psychologie, 2. Band, 1980.

4) Mussen/Conger/Kagan ebd., S. 408.

5) Vgl. Boesch, Deutschunterricht 9 (1957), S. 41; Mitteis/Lieberich, Deutsches Privatrecht (9), 1981, S. 51.

Angesichts dessen, was ein Familienname im ur-eigensten Sinne zu leisten vermag, nämlich die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie im vertikalen und/oder horizontalen Sinne zu kennzeichnen, kann es nur darauf ankommen, namensrechtlich relevante Kriterien dafür zu finden, welchem der genannten Zugehörigkeitsmomente im Kollisionsfalle und damit welcher Namensführung der Vorrang zu geben ist. Dabei kommt dem Gesichtspunkt der Familienvollständigkeit auf der einen Seite (Stiefvaterfamilie, insbesondere bei Bestehen entsprechender Geschwisterbindungen¹⁾) im Vergleich zu der unvollständigen, zerbrochenen Familie (des nichtsorgeberechtigten Vaters) auf der anderen Seite ein maßgebliches Gewicht zu. Entscheidend ist aber vor allem das einer rechtlichen Bewertung letztlich nicht zugängliche, aber durchaus plausibel erscheinende Bedürfnis des betreffenden (Stief-) Kindes, die tatsächliche Eingliederung in einen neuen Familienverband auch namensmäßig nachzuvollziehen. Von welchen Motiven ein solches Bedürfnis getragen wird, ob der angestrebten Namensgleichheit von den Beteiligten wirklich eine integrative und bestimmte Identifikationsprozesse fördernde Wirkung beigemesen wird, mag dann dahingestellt bleiben.

¹⁾ Zur besonderen Bedeutung von Geschwisterbindungen vgl. Rutter, Bindung und Trennung in der frühen Kindheit, 1978, S. 23, 50; Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 131f; Ell ZBlJugR 1980, 324; Goldstein/Freud/Solnit, Diesseits des Kindeswohls, 1982, S. 37f.

II. Das Verhältnis von Namensänderung und Adoption

In engem Zusammenhang mit der Frage, ob die Eingliederung eines (ehelichen) Stiefkindes in die neue Familie einen Namenswechsel erforderlich macht, steht der häufig diskutierte Gesichtspunkt des Verhältnisses von Namensänderung und Adoption. Insbesondere von seiten des nichtsorgeberechtigten Elternteils wird hierzu regelmäßig vorgetragen, eine Adoption durch den Stiefvater sei am besten geeignet, das Kind innerlich und äußerlich in den Familienverband, in dem es aufwachse, voll einzugliedern.

Ausgangspunkt für eine solche Überlegung ist die Tatsache, daß eine Adoption automatisch zur Folge hat, daß das betreffende Kind nach § 175⁴ Abs. 1 BGB die rechtliche Stellung eines gemeinschaftlichen ehelichen Kindes der Ehegatten erlangt und gemäß § 1757 Abs. 1 Satz 1 BGB als Geburtsnamen den Familiennamen der Adoptiveltern erhält. Den Hintergrund des Streits um das Verhältnis von Namensänderung und Adoption bildet allerdings ein handfester Interessengegensatz: es geht um die Frage, ob gleichzeitig mit einer Änderung des Familiennamens aufseiten des Kindes auch ein Wechsel in der Person des Unterhaltsverpflichteten eintreten soll oder nicht und wem gegenüber das Kind später einen Erbenspruch erwerben soll.

Die Adoption dient dazu, denjenigen Kindern, die ein "normales" Zuhause entbehren müssen, eine harmonische Familie zu geben, in der sie als Kind dieser neuen Familiengemeinschaft auf-

wachsen können¹⁾. Im besonderen die sogenannte Stiefkinderadoption²⁾ verfolgt das Ziel, "eine de facto bereits existierende familiäre Bindung in eine Form zu kleiden, die dem Wunschbild der Beteiligten am meisten entspricht"³⁾, also durch die volle rechtliche Anerkennung einer im Einzelfall bewährten faktischen Eltern-/Kind-Beziehung "klare Verhältnisse" zu schaffen⁴⁾. Nach einschlägigen psychologischen Untersuchungen stellt sie vom Kind aus gesehen eine grundsätzlich optimale "Statusveränderung" mit erstaunlich hohen Erfolgsquoten dar⁵⁾. Ihr wird solange ein erhöhter "Symbolwert" beigemessen, "als Gesellschaft und Rechtsordnung blutsmäßigen Beziehungen einen höheren Wert zuerkennen als tatsächlichen Bindungen"⁶⁾. Angesichts eines solchen Stellenwertes der Adoption realisiert § 1757 Abs. 1 BGB in namensmäßiger Hinsicht konsequent den Grundsatz der Familien-einheit auch für "künstlich geschaffene Familien"⁷⁾ und dient damit der vollen namensrecht-

1) Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 17; Diederichsen, Festschrift für Beitzke, 1979, S. 179f.

2) Conradi FamRZ 1980, 104 verweist darauf, daß zwar nur verhältnismäßig wenige der in einem Stiefverhältnis lebenden Kinder adoptiert werden, daß aber - gemessen an der Gesamtzahl der Adoptionen - die Stiefkinderadoption einen breiten Raum einnimmt; nach Frank ebd., S. 21 und Lüderitz FamRZ 1981, 524 sind etwa ein Drittel aller Adoptionen in der Bundesrepublik Deutschland Stiefkinderadoptionen.

3) Frank ebd., S. 23.

4) Frank ebd., S. 20, 69; Zöller StAZ 1978, 202; Conradi FamRZ 1980, 104.

5) Tägert, Forensische Psychologie im Bereich des Familienrechts, in: Gottschaldt/Lersch/Sander/Thomae (Hrsg.), Handbuch der Psychologie, Band XI, 1967, S. 626f.

6) Frank ebd., S. 248.

7) Vgl. Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 23.

lichen Eingliederung des Kindes in die neue Familie¹⁾.

Vor diesem Hintergrund gingen sowohl Namensänderungsbehörden und Verwaltungsgerichte als auch entsprechende Literaturmeinungen zunächst davon aus, einer Adoption sei gegenüber der behördlichen Namensänderung, die nur subsidiär in Erwägung zu ziehen sei, unbedingt der Vorrang einzuräumen; die Namensänderung dürfe nicht dazu benutzt werden, nach außen hin den gleichen Rechtserfolg wie eine Adoption herbeizuführen²⁾. Angesichts des Ausnahmecharakters einer Namensänderung nach § 3 Abs. 1 NÄG dürfe diese aus familienrechtlichen Gründen erst vorgenommen werden, wenn andere "familienrechtliche Hilfen" versagten³⁾.

Inzwischen ist in dieser Frage vor allem auf seiten der Rechtsprechung ein entscheidender Wandel eingetreten. Zwar wird eine Adoption auch weiterhin deswegen als erstrebenswert angesehen, weil sie das Stiefkind in weitaus stärkerem Maße in die Familie des Stiefvaters

- 1) Münchener Kommentar - Lüderitz (1978), § 1757 BGB, Rdnr. 1; kritisch Lempp ZBlJugR 1974, 129; die "Vortäuschung" einer gene-
tischen Elternschaft vor der Umwelt und - lei-
der allzu oft auch - vor dem Kind könne spä-
ter zu verhängnisvollen Vertrauenskrisen und
schweren Störungen des Eltern-/Kind-Verhält-
nisses führen.
- 2) OLG Frankfurt Beschl. v. 20.8.1955 - 6 W 446/
55 - in FamRZ 1956, 326; Becker FamRZ 1955,
40 und FamRZ 1956, 327; Bosch FamRZ 1961, 34,
35; Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 68;
vgl. auch Ziffer III 5 c (1) der Richtlinien
für die Bearbeitung der Anträge auf Änderung
des Familiennamens, Anlage A der Allgemeinen
Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung vom
14.12.1960 in StAZ 1961, 67, 71.
- 3) Becker FamRZ 1956, 327; ähnlich auch jetzt
noch Bosch FamRZ 1983, 206.

eingliedere als eine bloße Namensänderung¹⁾. Es wird jedoch gleichzeitig hervorgehoben, daß aus der Möglichkeit, eine Namensgleichheit durch Adoption zu erreichen, noch nicht gefolgert werden dürfe, daß sich die bloße Änderung des Familiennamens nicht auch schon zugunsten des jeweiligen Kindes auswirken würde²⁾. Die beiden Rechtsinstitute seien nach ihrer Zielrichtung völlig wesensverschieden. Die Rechtswirkungen der Annahme an Kindes Statt erschöpfen sich eben nicht in dem Erwerb eines neuen Familiennamens, sondern begründeten darüber hinaus familien- und erbrechtliche Beziehungen mit der Folge, daß die bisherige rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes zum leiblichen Vater vollständig ersetzt werde durch die Herstellung eines solchen Kindschaftsverhältnisses zum Stiefvater³⁾. Aufgrund dieser bedeutsamen rechtlichen Wirkungen einer Kindesannahme sei es ausgeschlossen, für die gewünschte Namensänderung einen Vorrang der Adoption anzunehmen⁴⁾.

Es fällt auf, daß die vorstehenden Begründungen systematischen Auslegungsgesichtspunkten im Hinblick auf die erforderliche Interpretation des "wichtigen Grundes" im Sinne von § 3 Abs. 1 NÄG zu wenig Gewicht beimessen. Wenn man bei der Beantwortung der Frage, ob die beantragte Änderung des Familiennamens dem Wohl des Kindes

1) BVerwG Urt. v. 5.3.1971 - VII C 75.70 - in BVerwGE 37, 303.

2) VG Minden Beschl. v. 2.12.1969 - 2 K 1/69 - in StAZ 1970, 162.

3) BVerwG Urt. v. 5.3.1971 - VII C 75.70 - in BVerwGE 37, 303; OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 162, 163; VGH Kassel Urt. v. 28.5.1979 - VI OE 92/78 - in StAZ 1980, 202.

4) BVerwG ebd.

förderlich ist, im wesentlichen auf das Interesse des Kindes an einer namensmäßigen Eingliederung in den neuen Familienverband und damit auf sein Interesse an einer nach außen sichtbaren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Familie abstellt, kann nicht außer Betracht bleiben, daß die Vorschriften des Adoptionsrechts gerade diese Interessenlage im Auge haben. Vor allem in bezug auf das im vorigen Abschnitt dargestellte und in den "Stiefkinderfällen" besonders hervorgehobene Integrationsmoment darf auch die an der Kombination von § 1741 Abs. 1, § 1754 Abs. 1 und § 1757 Abs. 1 Satz 1 BGB ablesbare Wertung des Gesetzgebers nicht gänzlich unberücksichtigt gelassen werden, wonach eine Änderung des Kindesnamens unabhängig von einer bereits bestehenden tatsächlichen Lebensgemeinschaft nur für den Fall der gleichzeitigen Herstellung eines echten Kindschaftsverhältnisses mit entsprechenden Unterhaltungspflichten des Annehmenden und Erbensprüchen des Angenommenen geregelt ist. Während bei Beendigung einer bloß faktischen Bindung auch die Basis für den Fortbestand irgendwelcher Rechtsbeziehungen zwischen den Beteiligten entfällt, läßt der Gesetzgeber zwischen Adoptivverwandten ebenso wie zwischen Blutsverwandten "bestimmte Rechtswirkungen auch dann eintreten oder fortbestehen, wenn das natürliche oder künstlich begründete Verwandtschaftsverhältnis nicht von tatsächlichen Beziehungen getragen ist"¹⁾. Das auf Blutsverwandtschaft oder Adoption beruhende Kindschaftsverhältnis ist insofern gleichermaßen rechtlich stabil. Es ist - auch mit Blick auf die spezifische Situation ehelicher Stiefkinder - durch das

¹⁾ Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 247.

Fortbestehen der Erziehungsverantwortung des Stiefelternteils einerseits und der unterhalts- sowie erbrechtlichen Ansprüche des Kindes andererseits vor allem von einem möglichen Scheitern der zweiten Ehe der sorgeberechtigten Mutter rechtlich unabhängig¹⁾. Es läßt sich nicht verkennen, daß hier der aus der Zeit der Entstehung erblicher Familiennamen fortwirkende Gedanke dahintersteht, daß Namensgleichheit das Bestehen dauerhafter familienrechtlicher Beziehungen signalisieren soll. Im Hinblick auf das für die hier untersuchte Fallkonstellation charakteristische Eingliederungsinteresse ehelicher Stiefkinder muß daher zunächst davon ausgegangen werden, daß der Gesetzgeber grundsätzlich eine "Alles oder Nichts"-Lösung favorisiert.

Dennoch ließe sich im Ergebnis nur dann von einem Vorrang der Adoption gegenüber einer behördlichen Namensänderung sprechen, wenn dem berechtigten Wunsch des betreffenden Kindes nach einer durch einen Namenswechsel signalisierten Integration in die Stiefvaterfamilie regelmäßig oder sogar ausschließlich dadurch wirksam entsprochen werden könnte, daß auch das bisher zum leiblichen Vater bestehende Kindschaftsverhältnis durch ein solches zum Stiefvater vollständig abgelöst wird (vgl. oben S. 84f). Dafür bestehen jedoch keinerlei Anhaltspunkte, auch nicht für eine entsprechende gesetzgeberische Wertung. Das Maß der Eingliederung in den neuen Familienverband kann nur von der Intensität persönlicher Bindungen abhängen, nicht aber - schon gar nicht aus der Sicht des Kindes - von der Existenz irgend-

¹⁾ Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 247.

welcher Rechtspositionen. Hinzu kommt, daß eine Adoption in der besonderen Situation ehelicher Stiefkinder rigoros in das Beziehungsdreieck leiblicher Vater - (Stief-)Kind - Stiefvater eingreift (§ 1751 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 BGB) und damit einer eher behutsamen Lösung den Weg abschneidet, bei der das Kind zwar namensmäßig in die Stiefvaterfamilie eingegliedert wird, der leibliche Vater jedoch nicht die grundsätzlich Kindeswohlförderliche¹⁾ Befugnis zum persönlichen Umgang mit dem Kind nach § 1634 Abs. 1 BGB (gegenüber § 1751 Abs. 1 Satz 1 2. Halbsatz BGB) verliert. Wenn man darüber hinaus berücksichtigt, daß das Hauptmotiv für die Adoption von Stiefkindern die Tatsache ist, daß der außerhalb der Stiefvaterfamilie lebende leibliche Kindesvater als Störenfried empfunden wird, der ein für alle Mal vom Kind ferngehalten werden soll²⁾, liegt die Vermutung nahe, daß durch die "Ausschaltung" desselben der Verdrängung persönlicher Bindungen zwischen Kind und leiblichem Vater in neurotisierender Weise Vorschub geleistet wird. Es ist daher aus rechtspolitischer Sicht nicht einmal wünschenswert, einen grundsätzlichen Vorrang der Stiefkinderadoption gegenüber einer nur subsidiär in Betracht zu ziehenden behördlichen Namensänderung zu propagieren. Das gilt um so mehr, als nach einschlägigen Untersuchungen aus der Sicht des Stiefvaters im allgemeinen die Zuneigung zum Ehepartner und nicht diejenige zu dem von diesem in die Ehe "mitgebrachten" Kind selbst primärer Beweggrund für die Adoption eines Stiefkindes ist - mit entsprechend naheliegenden

¹⁾ Vgl. die Nachweise auf S. 139 (Fn. 3).
²⁾ Conradi FamRZ 1980, 105; Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 47f.

häufigen Fehleinschätzungen der unwiderruflichen rechtlichen Konsequenzen¹⁾. Da demnach gegenüber den Motiven und Wirkungen einer Stiefkinderadoption insgesamt Skepsis angebracht ist, gewinnt die "einfache" Namensänderung als eine mehr flexible "Zwischenlösung" auf dem Weg zu einer möglichst harmonischen Eingliederung eines Kindes in den Verband der Stiefvaterfamilie einen eigenen Stellenwert.

Die in den Vorschriften des Adoptionsrechts zum Ausdruck kommenden gesetzgeberischen Vorstellungen, wonach sich ein Namenswechsel aufgrund der Tatsache rechtfertigt, daß das Bestehen eines echten Kindschaftsverhältnisses auch eine dauerhafte Zuordnung zur neuen Familie garantiert, können jedoch bei der Beurteilung eines Namensänderungsantrages in den Stiefkinderfällen nicht gänzlich außer Betracht bleiben. Wenn in der jeweiligen Entscheidung maßgeblich darauf abgestellt wird, daß das betreffende Kind tatsächlich in den Familienverband des Stiefvaters integriert ist und dort wie ein Kind der zweiten Ehe der sorgeberechtigten Mutter aufwächst, müssen die mit der genannten Familiengründung entstandenen sozialen Beziehungen - soweit das nach den aufklärbaren Umständen beurteilt werden kann - ebenfalls dauerhaft erscheinen. Da das Kind dem Namen seines Stiefvaters als dem Ehenamen seiner sorgeberechtigten Mutter nicht durch eine natürliche Beziehung verbunden ist - wie sie das Abstammungsverhältnis darstellt, welches sich im Leben des Kindes nicht ändern kann -, bedarf es in etwa vergleichbarer Beziehungen zum Stiefvater, also einer im gemeinsamen familiären

¹⁾ Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 40, 72, 73.

Leben gewachsenen Bindung¹⁾, die es erlaubt, von einer "sozialen", "funktionalen" oder "psychologischen" Elternschaft²⁾ des Stiefelternteils zu sprechen. Bestehen demgegenüber im Zeitpunkt der behördlichen oder verwaltungsgerichtlichen Entscheidung begründete Zweifel am Bestand der zweiten Ehe der Kindesmutter mit dem Stiefvater, fehlt es an der für die Vermittlung eines Geborgenheitsgefühls erforderlichen äußeren Integrationsbasis, mit der der Namensänderungsantrag regelmäßig begründet wird.

In der Auseinandersetzung um das Verhältnis von Namensänderung und Adoption geht es schließlich häufig um die Frage, welche Schlußfolgerungen aus der Tatsache zu ziehen sind, daß der Stiefvater im jeweiligen Einzelfall eine Adoption des Kindes ablehnt oder umgekehrt der leibliche Vater auf eine solche Adoption drängt³⁾. Auf der einen Seite wird argumentiert, es müsse bezweifelt werden, daß sich zwischen Kind und Stiefvater eine die beantragte Namensänderung rechtfertigende stabile innere Beziehung gebildet habe, wenn dieser nicht bereit sei, dem Kind gegenüber im gesetzlichen Umfang unterhaltsverpflichtet zu werden und ihm das volle Erbrecht zu geben⁴⁾. Auf der anderen Seite wird dem leiblichen Vater regelmäßig entgegengehalten, ein besonderes Interesse an einer fortbestehenden Namensgleichheit mit dem Kind sei nicht auszumachen, wenn er gegen eine Namens-

1) OVG Hamburg Urt. v. 22.6.1981 - Bf. III 12/81 in FamRZ 1982, 190; vgl. auch OLG Frankfurt Beschl. v. 8.3.1977 - 20 W 67/77 - in StAZ 1978, 160.

2) Vgl. die Nachweise oben S. 137 (Fn. 4).

3) Vgl. Pennrich StAZ 1969, 152.

4) Vgl. BT-Drucks. V/2370 S. 63, 64.

änderung an sich - nämlich für den Fall der Adoption (§ 1757 Abs. 1 Satz 1 BGB) - nichts einzuwenden habe¹⁾, auch nicht ein starker Wunsch nach Aufrechterhaltung persönlicher Beziehungen, wenn ihm - wegen § 1751 Abs. 1 Satz 1 2. Halbsatz BGB - nicht einmal an einer weiteren Kontaktpflege gelegen sei. Beide Argumentationsweisen können jedoch die Entscheidung darüber, ob ein "wichtiger Grund" die Namensänderung rechtfertigt, letztlich nicht maßgeblich beeinflussen. Will man nach den eingangs gemachten Ausführungen den Gesichtspunkt des Kindeswohls in den Mittelpunkt der Überlegungen rücken, kann es nur darauf ankommen, in welchem Maße das Kind die bisherige Namensverschiedenheit in seiner spezifischen Situation als Problem empfindet. Da die Adoption gegenüber einer bloßen Namensänderung - wie wir gesehen haben - nicht einmal unbedingt die bessere Lösung darstellt, würde dem Kind ein schlechter Dienst erwiesen, falls man den gewünschten und von Gesetzes wegen nach objektiven Kriterien zu rechtfertigenden Namenswechsel gewissermaßen als Sanktion gegen den adoptionsunwilligen Stiefvater²⁾ oder umgekehrt gegen den nach § 1747 BGB einwilligungsbereiten leiblichen Vater ablehnen wollte. Im Mittelpunkt der Überlegungen kann nur die Frage stehen, ob das im Zeitpunkt der behördlichen oder gerichtlichen Entscheidung vorliegende Tatsachenmaterial eine hinreichend sichere Prognose darüber zuläßt, daß die Qualität der bisher entstandenen familiären Bindungen des Kindes zu der Stiefvaterfamilie eine derart stabile Zuordnung zu diesem Familienverband garantiert, daß der neue Familienname - seiner

¹⁾ Vgl. VG Minden Beschl. v. 2.12.1969 - 2 K 1/69 - in StAZ 1970, 162.

²⁾ Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 26.

Funktion entsprechend - auch eine auf Dauer angelegte Familienzugehörigkeit signalisiert.

III. Laufende Unterhaltszahlungen und regelmäßige Wahrnehmung des Umgangsrechts durch den nichtsorgeberechtigten Elternteil

Als Indizien für eine besondere Intensität der Beziehungen zwischen Kind und nichtsorgeberechtigtem Elternteil, aus der die Forderung nach Beibehaltung der bisherigen Namensgleichheit hergeleitet wird, werden vonseiten des leiblichen Kindesvaters vielfach laufende Unterhaltszahlungen und vor allem die regelmäßige Wahrnehmung des sogenannten Umgangsrechts nach § 1634 Abs. 1 BGB angeführt.

In bezug auf den zuerst genannten Gesichtspunkt besteht innerhalb der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung weitgehend Einigkeit, daß die Leistung fortlaufender Unterhaltsbeiträge die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht sei, die nicht zur Verneinung eines ansonsten zu bejahenden "wichtigen Grundes" führen und schon gar nicht einen Rechtsanspruch auf Fortführung des "Erzeugernamens" begründen könne¹⁾. Nur aus der Nichterfüllung dieser Pflicht könne

¹⁾ OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 164; VGH Kassel Urt. v. 28.5.1979 - VI OE 92/78 - in StAZ 1980, 202; OVG Bremen Urt. v. 22.9.1981 - 1 BA 39/81 - in FamRZ 1982, 192; VG Kassel Urt. v. 14.5.1980 - III E 973/79 - in StAZ 1980, 283 und Urt. v. 16.9.1981 - III E 147/80 - in NVwZ 1982, 143; vgl. auch BVerfG Urt. v. 24.3.1981 - 1 BvR 1516/78 u.a. - in NJW 1981, 1202; a.A. OLG Frankfurt Beschl. v. 8.3.1977 - 20 W 67/77 - in StAZ 1978, 161.

umgekehrt auf ein geringes Interesse des Vaters am Wohlergehen seines Kindes geschlossen werden¹⁾. Allenfalls die freiwillige Zahlung über den gesetzlichen Unterhaltsbeitrag hinausgehender, "aufwendiger Geldleistungen" wird dabei grundsätzlich positiv bewertet²⁾.

Diese auf den ersten Blick als zutreffend erscheinende Rechtsprechung ist nicht ganz unproblematisch. Es bedeutet - vor allem aus der Sicht des Kindesvaters - ein Messen mit zweierlei Maß, wenn in verschiedenen Entscheidungen zur Begründung enger Bindungen zwischen Kind und Stiefvater darauf verwiesen wird, daß dieser (allein) Unterhalt leiste und insofern (!) auch tatsächlich an die Stelle des leiblichen Vaters trete³⁾. Man darf darüber hinaus die soziale Wirklichkeit nicht außer Betracht lassen, wonach im Schnitt etwa 40% aller geschiedenen Mütter keine, unregelmäßige oder verminderte Unterhaltszahlungen für ihre Kinder erhalten⁴⁾. Der Streit um Unterhaltszahlungen gehört zu jenen praktischen Problemen, die in Folge einer Scheidung das Risiko erhöhen, daß das betroffene Kind wegen einer notwendig werdenden Berufs-

1) VG München Urt. v. 15.9.1969 - Nr. 3166/69 - in FamRZ 1971, 448.

2) Vgl. VGH Mannheim Urt. v. 22.12.1971 - I 871/71 - in JZ 1972, 399.

3) Vgl. BVerwG Urt. v. 5.3.1971 - VII C 75.70 - in BVerwGE 37, 304; zu Überlegungen, die legenferenda die Unterhaltungspflicht des Stiefvaters auf den Gesichtspunkt der tatsächlichen Haushaltsgemeinschaft zu stützen, siehe Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 36.

4) Waller-Döhner/Kulms/Höh, Soziologie der Scheidung, in: Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform, 1978, S. 97; Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 165 ("...die Leistung der Unterhaltsbeiträge ist eines der trübsten Kapitel in der Geschichte der Scheidungskinder").

tätigkeit der Mutter "neben dem Vaterverlust auch unter einem teilweisen Mutterverlust leidet"¹⁾. Wenn man berücksichtigt, daß günstige Voraussetzungen zur Bewältigung einer Familientrennung für die Kinder in dem Maße gegeben sind, wie ihre Mütter die psychischen, aber auch die materiellen Folgen einer Scheidung bewältigen²⁾, muß man immerhin anerkennen, daß jeder materielle Einsatz des nichtsorgeberechtigten Elternteils, dem Unterhaltszahlungen nur höchst selten leichtfallen³⁾, zumindest mittelbar die weitere Entwicklung des Kindes günstig beeinflusst⁴⁾. Auch wenn dieser aufgrund der laufenden Gewährung von Unterhalt nicht die Beibehaltung des bisherigen Familiennamens durch das Kind - quasi als "familiäre Gegenleistung"⁵⁾ - erwarten kann, wird es daher den tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht, wollte man die im Rahmen der eigenen finanziellen Möglichkeiten gezahlten Unterhaltsbeiträge nicht wenigstens als Zeichen dafür werten, daß der leibliche Vater am weiteren Wohl seines Kindes interessiert ist und insofern auch - zumindest von seiner Seite - persönliche Beziehungen bestehen, die für Fragen der konkreten Namensführung unter Umständen eine Rolle spielen können.

Als problematisch erweist sich vielfach, den Umfang des persönlichen Kontaktes zwischen Kind und nichtsorgeberechtigtem Vater (in Ausübung der Befugnis nach § 1634 Abs. 1 Satz 1 BGB) als

1) Fthenakis/Niesel, bild der wissenschaft 1981, 79.

2) Waller-Döhner/Kulms/Höh ebd., S. 98.

3) Dieckmann AcP 178, 322.

4) Vgl. Steffen ZBlJugR 1979, 139.

5) Diederichsen, Festschrift für Beitzke, 1979, S. 178.

Gradmesser für namensrechtlich relevante Bindungen zwischen den genannten Personen heranzuziehen. Welchen Stellenwert dem sogenannten Umgangsrecht nach einer Scheidung im Lichte des Art. 6 Abs. 2 GG beizumessen ist, wurde bereits oben (S. 139) herausgestellt. Vor diesem Hintergrund kann es nicht zweifelhaft sein, daß sowohl die Häufigkeit als auch die konkrete Ausgestaltung des genannten Rechts zum persönlichen Umgang bedeutsame Hinweise dafür liefern, ob die Aufrechterhaltung einer namensmäßigen Verbindung zwischen den Beteiligten geboten erscheint oder nicht. Je intensiver sich von seiten des nichtsorgeberechtigten Vaters die Kontaktpflege gestaltet, um so mehr verlangen schon rein praktische Bedürfnisse danach (Möglichkeit von Polizei- oder Grenzkontrollen), die bestehende familiäre Beziehung durch Namensgleichheit zum Ausdruck zu bringen. Gegenteiliges gilt grundsätzlich für den umgekehrten Fall.

Schwierig ist es jedoch, den vom leiblichen Vater häufig gemachten Vortrag zu bewerten, aus dem bisher gänzlichen oder zeitweiligen Verzicht auf die Ausübung des Umgangsrechts könne nicht auf einen Abbruch der Bindungen geschlossen werden, vielmehr dokumentiere seine diesbezügliche Zurückhaltung als Ausdruck besonderer Rücksichtnahme auf die möglichst störungsfreie Entwicklung des Kindes die besondere Zuneigung zu diesem¹⁾.

Hierbei muß man sich vergegenwärtigen, daß im entwicklungspsychologischen und sozialpädago-

¹⁾ Vgl. OVG Berlin Urt. v. 21.2.1980 - V B 13. 78 - in FamRZ 1981, 87.

gischen Schriftum verschiedentlich die Ansicht vertreten wird, das Umgangsrecht diene ausschließlich einseitigen Elterninteressen, dem Wohl des Kindes, insbesondere seinem Bedürfnis nach Dauerzuständen und familiärer Harmonie, sei es jedoch abträglich¹⁾. Besonders problematisch und belastend für das Kind sei gerade der zwangsläufige Übergang von einem Elternteil zum anderen, weil es von einem emotionalen Bezugssystem in das andere überwechseln müsse und die Eltern in der Übergabesituation häufig wieder mit Aggressionen aufeinanderprallen sehe²⁾ der ständige Wechsel der Bezugsperson sei typische Ursache von Identifikationskonflikten³⁾ sowie eines psychischen Hospitalismus, und der Zwang, sich rasch von einem Bezugssystem auf das andere umzustellen, erzeuge notwendigerweise Opportunisten⁴⁾. Aus diesem Grunde wird dem nichtsorgeberechtigten Vater teilweise sogar geraten, um des Kindes willen auf sein Besuchsrecht zu verzichten⁵⁾. Demgegenüber geht

- 1) Vgl. Tägert, Forensische Psychologie im Bereich des Familienrechts, in: Gottschaldt/Lersch/Sander/Thomae (Hrsg.), Handbuch der Psychologie, Bd. XI, 1967, S. 620; Giesen NJW 1972, 226; Lempp NJW 1972, 317; Zenz, Kindeswohl und Selbstbestimmung, in: Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform, 1978, S. 180; Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 44.
- 2) Lempp NJW 1972, 317.
- 3) Zenz ebd., S. 180, 181; vgl. auch Reuther FamRZ 1967, 260 und Zenz, Soziale und psychologische Aspekte der Familienpflege und Konsequenzen für die Jugendhilfe, Gutachten für den 54. DJT, Teil A, 1982, S. 37.
- 4) Lempp NJW 1972, 318; Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 40, 41; Haffter ebd., S. 76 spricht von der Züchtung einer "Haltung des Lavierens", mit der das Kind möglichst viel für seine Lebensansprüche herauszuschlagen suche.
- 5) Lempp, Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 46; Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 78, 164.

eine andere Auffassung davon aus, daß das Kind ein Recht auf Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung seiner Bindungen gegenüber beiden geschiedenen Elternteilen habe und daher konsequenterweise die Forderung nach einem großzügig gestalteten Umgangsrecht zu erheben sei¹⁾. Das Unterbinden jeglichen Kontakts könne zu einer unangemessenen, das Verhältnis zum Sorgeberechtigten belastenden Idealisierung des abwesenden Elternteils führen und infolgedessen stärkere und schädlichere psychische Auswirkungen haben als die vorübergehenden, durch die Ausübung des Umgangsrechts entstehenden Beunruhigungen²⁾. Im übrigen vollziehe sich - unabhängig davon, daß der persönliche Verkehr des nichtsorgeberechtigten Elternteils mit dem Kind in vielen Fällen im gegenseitigen Einvernehmen komplikationslos verlaufe - die Reifeentwicklung und Persönlichkeitswerdung vor allem in der Konfrontation und Auseinandersetzung mit Anforderungen und Belastungen; die Fähigkeit zu Selbstverwirklichung und Kreativität erlange nicht unwesentliche Impulse aus Spannungen und Konflikten³⁾.

An den vorstehenden Ausführungen wird deutlich, daß in den maßgeblichen außerjuristischen Disziplinen grundlegende Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, welche Maßnahmen unter dem

1) Fthenakis/Niesel, bild der wissenschaft 1981, 82.

2) Arntzen, Elterliche Sorge und persönlicher Umgang mit Kindern aus gerichtspsychologischer Sicht, 1980, S. 26, 28.

3) Tägert, Forensische Psychologie im Bereich des Familienrechts, in: Gottschaldt/Lersch/Sander/Thomae (Hrsg.), Handbuch der Psychologie, Bd. XI, 1967, S. 620 unten; Steffen ZBlJugR 1979, 135, 141.

Blickwinkel des Kindeswohls am besten geeignet sind, die scheidungsbedingte Elterntrennung überwinden zu helfen. Diese unterschiedlichen Auffassungen spielen dabei nicht nur im Zusammenhang mit familiengerichtlichen Entscheidungen nach § 1634 Abs. 2 BGB eine Rolle, sondern strahlen mittelbar auch auf die hier untersuchten Namensänderungsverfahren aus. Die Beantwortung der Frage, welche Namensführung dem Wohl des Kindes im Einzelfall förderlicher ist, hängt wesentlich davon ab, ob der jeweilige Entscheidungsträger (vielfach unbewußt), ebenso wie der möglicherweise zu Rate gezogene Jugendamtsmitarbeiter oder Gutachter, mehr zu einer auf Harmonie bedachten Lösung tendiert - dann wird er im Zweifel einer Namensänderung den Vorzug geben - oder ob er die durch Scheidung und Wiederheirat des sorgeberechtigten Elternteils entstandenen Fakten, zu denen auch die regelmäßig entstehende Namensverschiedenheit gehört, nicht verdrängt, sondern aufgearbeitet sehen will.

Unabhängig davon ist im Rahmen der Bewertung des persönlichen Kontaktes als Indikator für den Grad der Bindungen zwischen Kind und leiblichem Vater zu berücksichtigen, daß die Wahrnehmung des Umgangsrechts vor dem Hintergrund der bereits oben dargestellten "sorgerechtlichen Reservefunktion" des zunächst nichtsorgeberechtigten Elternteils (S. 139, 140) nach den Vorstellungen des Gesetzgebers einer möglichen Entfremdung aus der Sicht des Kindes von vornherein vorbeugen soll. Wenn man diesem Grundgedanken Rechnung tragen will, ist ein entsprechendes Bemühen um persönliche Beziehungen in jedem Fall erforderlich. Fehlt es daran, sind schon besondere Umstände glaubhaft zu

machen, aufgrund derer die gewählte Zurückhaltung tatsächlich der Beruhigung affektiv aufgeladener Konfliktsituationen dienen sollte.

In diesem Zusammenhang gilt es auch zu bedenken, daß eine spätere Übertragung des Sorgerechts auf den ursprünglich nichtsorgeberechtigten Elternteil angesichts der Vorbehaltsklausel in § 1678 Abs. 2, § 1680 Abs. 2 Satz 1, § 1681 Abs. 1 Satz 2 BGB ("es sei denn, daß dies dem Wohle des Kindes widerspricht") nur dann in Betracht kommt, wenn nicht zuvor eine tiefgreifende Entfremdung von Vater und Kind eingetreten ist. Falls aber spärliche oder gänzlich fehlende Kontakte im Entscheidungszeitpunkt eine solche Entfremdung erkennbar werden lassen - unabhängig davon, ob sie auf Desinteresse oder bewußter Zurückhaltung beruht - und damit eine Sorgerechtsübertragung wenig wahrscheinlich machen, entfällt auch die Notwendigkeit, durch die Beibehaltung des bisher geführten Familiennamens auf seiten des Kindes eine (ideale) Verbindung zu belassen, an die später einmal angeknüpft werden könnte. Sollte sich jedoch herausstellen, daß der Aspekt der Rücksichtnahme auf wohlverstandene Kindesinteressen und nicht Bequemlichkeit als bestimmendes Motiv für einen völligen oder teilweisen Verzicht auf die Befugnis zum persönlichen Umgang mit dem Kind zu werten ist, spricht das nicht unbedingt gegen eine Namensänderung. Selbst wenn man auf die Möglichkeit abstellt, daß sich das Kind in der Pubertät unter Spannungen - auch zur sorgeberechtigten Mutter - aus der Stiefvaterfamilie löst und dem nichtsorgeberechtigten Elternteil

emotional zuwendet¹⁾, kann nicht zwingend davon ausgegangen werden, daß dieser Prozeß wiederauflebender persönlicher Beziehungen durch das Fehlen eines äußeren Bandes in Form eines gleichen Familiennamens belastet wird.

IV. Fehlverhalten eines Elternteils

Angesichts der Tatsache, daß der Beziehungsüberhang zu einem der beiden geschiedenen Elternteile regelmäßig als das wichtigste Kriterium bei der Entscheidung über den Namensänderungsantrag eines Stiefkindes angesehen wird, gilt es der Frage nachzugehen, welche rechtlichen Konsequenzen dem Umstand beigemessen werden sollen, daß ein Elternteil seinen Einfluß auf das Kind unter Verletzung seiner in der "Wohlverhaltensvorschrift"²⁾ des § 1634 Abs. 1 Satz 2 BGB normierten Verpflichtung zur sogenannten Umgangsloyalität³⁾ zu einer Entfremdung des Kindes vom anderen Elternteil mißbraucht. Eine solche Beeinflussung gegen den anderen Elternteil kann dabei zum Beispiel vom nichtsorgeberechtigten Kindesvater ausgehen, wenn dieser

- 1) Lempp, Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 46; Arntzen, Elterliche Sorge und persönlicher Umgang mit Kindern aus gerichtspsychologischer Sicht, 1980, S. 26f.
2) BT-Drucks. VIII/2788 S. 41.
3) BT-Drucks. VIII/2788 S. 54; zu der Forderung, die mit dem Scheitern der elterlichen Lebensgemeinschaft für das Kind unvermeidlich verbundenen Nachteile durch ein verständiges Zusammenwirken möglichst gering zu halten vgl. BVerfG Beschl. v. 15.6.1971 - 1 BvR 192/70 - in BVerfGE 31, 209 und Diederichsen NJW 1980, 9 ("...Deshalb muß beiden Eltern nachdrücklich klar gemacht werden, daß der Konflikt, der zum Scheitern ihrer Ehe geführt hat, auf keinen Fall in das Kind projiziert werden darf...").

sein Recht zum persönlichen Umgang mit dem Kind zu dessen "Abwerbung" gebraucht, um langfristig eine Änderung der bisher geltenden Sorgerechtsentscheidung nach § 1696 Abs. 1 BGB zu erreichen. Sie wird am häufigsten jedoch von seiten des sorgeberechtigten Elternteils vorgenommen, der aus verschiedensten Motiven¹⁾ den ehemaligen Ehepartner - insbesondere mit Blick auf dessen als lästig und den "Familienfrieden" störend empfundene Umgangsrecht - "ausschalten" will. Die Folge einer solchen "induzierten Gegeneinstellung"²⁾ ist dann vor allem im letzten Fall oft ein "anerzogener Haß auf den Vater"³⁾. Schließlich ist denkbar, daß das angestrebte Namensänderungsverfahren von seiten der Kindesmutter als gezielter "Akt der Feindseligkeit gegenüber ihrem ersten Ehemann"⁴⁾ eingesetzt wird oder die ohnehin schon problematische Situation durch ein bewußtes Verschweigen der wahren Abstammungsverhältnisse über das sonst in ähnlichen Fällen bestehende Maß hinaus zu Lasten des Kindes kompliziert wurde⁵⁾.

Im Rahmen der einschlägigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung besteht zu dieser Fragestellung die einhellige Auffassung, daß die Ur-

- 1) Vgl. Arntzen, Elterliche Sorge und persönlicher Umgang mit Kindern aus gerichtspsychologischer Sicht, 1980, S. 10ff.
- 2) Arntzen ebd., S. 5ff.
- 3) Vgl. OVG Berlin Urt. v. 21.2.1980 - V B 13. 78 - in FamRZ 1981, 87, 89 mit Verweis auf das eingeholte psychologische Gutachten; weitere Beispiele bei Reuther FamRZ 1967, 260. Vgl. OVG Berlin Urt. v. 4.6.1959 - VI B 117. 58 - in StAZ 1962, 279.
- 5) Vgl. OVG Berlin Urt. v. 20.6.1974 - V B 8.73 - in StAZ 1975, 164.

sache für die im Entscheidungszeitpunkt tatsächlich feststellbare Entfremdung oder das nachweislich bestehende Spannungsverhältnis zwischen Kind und einem Elternteil ohne rechtliche Bedeutung sei, da es allein darauf ankomme, daß die in Aussicht genommene Namensänderung dem Wohl des Kindes förderlich sei¹⁾. Soweit ersichtlich findet sich lediglich in einer einzigen Entscheidung ein Hinweis darauf, daß unter Umständen etwas anderes dann gelten könnte, wenn eine Konfliktsituation von einem Beteiligten bewußt herbeigeführt wäre, um seine Rechtsposition in dem Namensänderungsverfahren zu verbessern²⁾.

Da - wie bereits mehrfach ausgeführt - das Vorliegen eines "wichtigen Grundes" im Sinne von § 3 Abs. 1 NÄG nach objektiven Kriterien zu bestimmen ist und die Handhabung des Namensänderungsrechts durch dessen Orientierung an Allgemeinheitsbelangen nach herrschender Meinung auch sonst nicht zu Strafsanktionen für unrechtmäßiges Verhalten gebraucht werden darf³⁾, besteht an der Richtigkeit der oben zitierten Rechtsprechung kein Zweifel. Doch auch wenn betont wird, daß den Interessen des Kindes damit am besten gedient sei, widerstrebt es vielfach dem Gerechtigkeitsgefühl verschiedener Verfahrensbeteiligter, einem böswilligen und mit Intrigen arbeitenden Elternteil auch noch im Hinblick auf die gewünschte Namensgleichheit

1) OVG Berlin ebd. und Urt. v. 4.11.1976 - V B 9.74 - in StAZ 1978, 70 sowie Urt. v. 21.2.1980 - V B 13.78 - in FamRZ 1981, 90; VG Kassel Urt. v. 14.5.1980 - III E 132/79 - in StAZ 1980, 282.

2) VG Kassel ebd.

3) Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 66.

"Recht" zu geben¹⁾. Benutzt ein Elternteil das gemeinsame Kind und dessen Namen als Streitobjekt, mit dem man den anderen am tiefsten verletzen kann²⁾, oder will insbesondere die Kindesmutter auf dem Wege einer Namensänderung im Grunde nur den letzten Rest einer Erinnerung an ihre geschiedene Ehe ausradieren³⁾, ist höchst fraglich, ob überhaupt noch eine Orientierung am Maßstab des Kindeswohls stattfindet, wenn vermittels der vorgenommenen Namensänderung fortwirkende Scheidungskonflikte der Eltern gelöst werden.

Sicher erscheint es plausibel, daß durch die Herstellung von Namensgleichheit innerhalb der Stiefvaterfamilie ein "Stein des Anstosses" beseitigt wird und daß die einseitige Induktion und damit die auf lange Sicht äußerst gefährliche Instrumentalisierung des Kindes in dem Maße abgebaut werden, in dem vor allem dem sorgeberechtigten Elternteil scheidungs-, aber auch persönlichkeitsbedingte Probleme⁴⁾ ge-

¹⁾ Vgl. Lempp, Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 45 (zu Anträgen nach § 1634 Abs. 2 Satz 2 BGB seitens des sorgeberechtigten Elternteils).

²⁾ Lempp ebd., S. 13, 38f; Steffen ZBlJugR 1979, 133 ("Kinder als Vehikel und Funktionsträger für die Fortsetzung der nach wie vor affektiv-dynamisch aufgeladenen Konflikte").

³⁾ Vgl. Reuther FamRZ 1967, 260; Roether, Ehe- und Scheidungskonflikte, in: Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform, 1978, S. 124; Ethenakis/Niesel, bild der wissenschaft 1981, 82.

⁴⁾ Vgl. dazu auch Erikson, Identität und Lebenszyklus (6), 1980, S. 173, 174: "Bei Ehestreitigkeiten führen (Mütter) die Kinder ins Feld, um mit deren Leben ihr eigenes zu rechtfertigen. Sie sind hochgradig eifersüchtig und sehr empfindlich gegen die Eifersucht anderer; in unserem Zusammenhang ist es besonders bedeutungsvoll, wenn die Mutter eifersüchtig auf jedes Zeichen reagiert, daß das Kind sich stärker mit dem Vater identifiziert oder, schlimmer noch, seine Identität ganz und gar auf der des Vaters aufbaut".

nommen werden. Für den Fall aber, daß die Beeinflussung des Kindes zu Ungunsten des nicht im gemeinsamen Haushalt lebenden nichtsorgeberechtigten Elternteils das naturgemäß in jeder Erziehung liegende Maß¹⁾ in bedenklicher Weise überschreitet - allerdings ohne die Schwelle zu erreichen, oberhalb derer ein Eingreifen des Familiengerichts (§ 1696 Abs. 1 BGB) oder des Vormundschaftsgerichts (§ 1666 Abs. 1 BGB) erforderlich wäre²⁾ -, muß auch einmal der Überlegung nachgegangen werden, ob nicht gerade durch die Ablehnung eines Namensänderungsantrags ein heilsamer Zwang ausgelöst werden könnte, in einer die Entwicklung des Kindes förderlichen Weise die gesamte aus der Elterntrennung resultierende Situation aufzuarbeiten.

Die Entscheidung über die künftige Namensführung eines Stiefkindes kann zweifellos keinen Ersatz für im Einzelfall erforderliche Familienthera-

- 1) Vgl. Lempp NJW 1972, 317; Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 43; Ell ZBlJugR 1980, 323 ("Zusammenleben ist immer auch gegenseitige Beeinflussung. Erziehung ist letztlich Beeinflussung. Daß ein Elternteil ein Kind in keiner Weise beeinflussen soll, ist eine schlechthin unmögliche Forderung").
- 2) Zum Verhältnis einer abändernden familiengerichtlichen Entscheidung nach § 1696 BGB zu vormundschaftsgerichtlichen Entscheidungen nach § 1666 BGB ausführlich Schlüter/König FamRZ 1982, 1165f; danach besteht "für gestaltende Regelungen des Sorgerechts" eine ausschließliche Zuständigkeit des Familiengerichts (§ 23b Abs. 1 Satz 2 Nr. 2, 3 GVG, § 621 Abs. 1 Nr. 1, 2 ZPO, sobald eine familiengerichtliche Sorgerechtsentscheidung nach § 1671 BGB ergangen ist - das Vormundschaftsgericht ist daneben nur für Ermahnungen, Verwarnungen, Ge- und Verbote nach §§ 1666ff BGB zuständig.

peutische Maßnahmen darstellen. Das Namensänderungsverfahren wäre damit überfordert, die Funktion des Namens überbewertet. Man muß sich jedoch vor Augen halten, daß den Stiefkindern in einer bestimmten, durchaus nicht seltenen Fallkonstellation auf lange Sicht mit einer Namensänderung kein Gefallen erwiesen wird: dann nämlich, wenn der Kindesvater aufgrund des Ablaufs der Ereignisse zwangsläufig das Gefühl entwickeln muß, systematisch aus seiner elterlichen Verantwortung und Vaterrolle verdrängt zu werden, in einer solchen Situation ideellen Verbindungen wie der bisher bestehenden Namensgleichheit natürlicherweise eine überhöhte Bedeutung beimißt, und zu befürchten ist, daß er bei einem Zerschlagen dieses letzten äußeren Bandes - zum Schaden des Kindes - resignierend jedes weitere Bemühen um die Aufrechterhaltung persönlicher Bindungen einstellt. Verständlich und persönlich nachvollziehbar wird ein solcher "Rückzug" etwa dann, wenn bereits die Initiative zur Scheidung nicht vom Kindesvater ausging¹⁾, dieser sie vielmehr zu verhindern suchte, wenn er sich vergeblich um das Sorgerecht der Kinder bemühte²⁾, wenn er um die Wahrnehmung seines Besuchsrechts mittlerweile einen endlosen und zermürbenden Streit mit dem früheren Ehepartner führt und dieser inzwischen jegliche weitere Kontaktpflege vielleicht sogar mit gerichtlichen Mitteln zu unterbinden trachtet.

-
- 1) Nach statistischen Berechnungen geht das Scheidungsbegehren derzeit in fast 60% der Fälle von der Frau aus, fast doppelt so oft wie von seiten des Ehemannes, vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1981, S. 855.
- 2) Vgl. dazu die Ausführungen S. 6 unten (mit Fn. 5).

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei noch einmal hervorgehoben, daß es bei dem Vorstehenden nicht um eine "überlebte patriarchalisch-biologische Betrachtungsweise"¹⁾ geht, auch nicht um eine besondere Berücksichtigung vermeintlicher Vaterrechte, sondern ausschließlich darum, die langfristigen, mittelbaren Auswirkungen eines Namenswechsels in die Überlegungen mit einzubeziehen. Gerade an dem neuralgischen Abwägungsgesichtspunkt "Fehlverhalten eines Elternteils" wird deutlich, daß im Namensänderungsverfahren zur Gewährleistung einer fundierten Entscheidung familiäre Hintergründe äußerst sorgfältig ermittelt werden müssen und daß die bloße Feststellung einer momentanen Entfremdung zwischen zwei Beteiligten eben nicht ausreicht, um das von der Praxis selbst gesteckte Ziel einer Kindeswohlförderlichen Lösung zu erreichen.

V. Ausdrücklicher Namensänderungswunsch des Kindes

Verfolgt man die Rechtsprechung der letzten Jahre zu der sogenannten Stiefkinderproblematik, so ist festzustellen, daß die Verwaltungsgerichte in zunehmendem Maße ihre Entscheidung von einer Anhörung des Kindes selbst abhängig machen. Diese findet immer häufiger nicht im Gerichtssaal statt, sondern im Rahmen eines möglichst zwanglosen Gesprächs mit dem Berichtserstatter, der das Ergebnis anschließend in die mündliche Verhandlung einbringt.

Es geht dabei in erster Linie nicht darum, einen bestimmten Willen des Kindes hinsichtlich seiner

¹⁾ Simon StAZ 1974, 205.

künftigen Namensführung zu ermitteln, sondern um die Feststellung seiner Neigungstendenzen und persönlichen Bindungen zu den geschiedenen Elternteilen. Daß der Wunsch des betreffenden Kindes - mag er auch noch so beharrlich vortragen werden - letztlich nicht ausschlaggebend für eine Namensänderung sein kann¹⁾, ergibt sich daraus, daß der bürgerliche Name nicht der freien Disposition des einzelnen unterliegt²⁾ und das jeweilige Namensänderungsbegehren allein im Rahmen der Prüfung von § 3 Abs. 1 NÄG deshalb auch nicht maßgeblich ist. Die beantragte Namensänderung wird von den Gerichten jedoch zu Recht als Kindeswohlförderlich angesehen, wenn sich der Wille des Kindes derart innerlich verfestigt hat, daß es im Falle einer Ablehnung seines ausdrücklichen Namensänderungswunsches Schaden zu nehmen droht³⁾.

Da das Kind wegen § 2 Abs. 1 NÄG im Namensänderungsverfahren nicht als Antragsteller fungiert und daher auch nicht selbst den für die Beurteilung eines "wichtigen Grundes" zu berücksichtigenden Tatsachenstoff liefert, erfolgt seine persönliche Anhörung aufgrund der Erkenntnis, daß eine Entscheidung, die den Belangen des Kindes gerecht werden will, in der Regel nur ergehen kann, wenn es in dem gerichtlichen Verfahren die Möglichkeit erhalten hat, seine persönlichen Beziehungen zu den übrigen Familienmitgliedern erkennbar werden zu lassen. Sie ist damit Ausfluß des Gedankens, daß jede am Kindeswohl orientierte gerichtliche Konflikt-

1) Vgl. VG Kassel Urt. v. 14.5.1980 - III E 132/79 - in StAZ 1980, 282.
2) Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 22.
3) VG Kassel ebd.

lösung das Kind in seiner Individualität als Grundrechtsträger berücksichtigen muß¹⁾ - eine Überlegung, die für das Sorgerechtsverfahren in § 50b FGG bereits ihren gesetzlichen Niederschlag gefunden hat²⁾. Während dort aber der erklärte Kindeswille als Ausdruck bewußter Eigenentscheidung und Selbstbestimmung besonders ins Gewicht fällt³⁾, ist er im Namensänderungsverfahren lediglich ein Hinweis für die Intensität namensrechtlich relevanter Beziehungen des Kindes zu der sorgeberechtigten Mutter sowie dem Stiefvater einerseits und zu dem nicht-sorgeberechtigten Vater andererseits. Gerade die Antwort des Kindes auf die Frage, ob es lieber - gleich der Mutter - denselben Familiennamen wie der Stiefvater führen oder den bisherigen behalten wolle, liefert ein feines Indiz dafür, ob das Verhältnis zum Stiefvater durch vorbehaltlose Anerkennung von dessen (Ersatz-) Vaterrolle oder durch den Wunsch nach einer gewissen Distanzierung gekennzeichnet ist⁴⁾.

- 1) Vgl. BVerfG Beschl. v. 5.11.1980 - 1 BvR 349/80 - in NJW 1981, 218.
- 2) Vgl. dazu vor allem Diederichsen NJW 1980, 10; Freund DRiZ 1982, 268ff.
- 3) Coester NJW 1981, 962; Vgl. auch BT-Drucks. VIII/2788 S. 42 ("Damit wird dem Gedanken der zunehmenden Selbstverantwortlichkeit eines Kindes auch im Verfahrensrecht Rechnung getragen") sowie Erichsen, Verstaatlichung der Kindeswohlentscheidung? (2), 1979, S. 21 ("Der Staat hat...das Kind als ein - zwar nach Reifegrad differenziert - eigenverantwortliches und zur Selbstbestimmung fähiges Wesen anzusehen").
- 4) Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 98.

Legt man die in verschiedenen Bestimmungen (§ 1617 Abs. 2 Satz 2, § 1618 Abs. 2 Satz 1, § 1720 Satz 1 BGB; § 50b Abs. 2 Satz 1 FGG) zum Ausdruck gekommene Vorstellung des Gesetzgebers zugrunde¹⁾, kann nicht zweifelhaft sein, daß spätestens vom vierzehnten Lebensjahr an eine persönliche Anhörung des Kindes im Namensänderungsverfahren als obligatorisch zu bezeichnen ist. Es handelt sich um ein Alter, in dem Kinder nach einschlägigen Untersuchungen beginnen, ihre eigenen urteilsfähigen Maßstäbe zu finden und sich mit einem eigenen Standpunkt im Streit der Eltern zu behaupten²⁾. Das schließt nicht aus, daß sich das Gericht zweckmäßigerweise auch bei wesentlich kleineren Kindern, die ihre Empfindungen zu den geschiedenen Eltern teilen unter Umständen noch nicht verbal deutlich machen können, im Wege einer zwanglosen informatorischen Anhörung - wie eingangs beschrieben - einen "unmittelbaren Eindruck" (vgl. § 50b Abs. 1 FGG a.E.) von deren häuslicher Situation und ihren besonderen persönlichen Neigungen verschafft³⁾. In verfahrensrechtlicher

- 1) Nach OVG Münster Urt. v. 24.2.1981 - 18 A 590/77 - in StAZ 1982, 335 ist auch § 5 Satz 2 des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung vom 15.7.1921 (RGBl. I S. 939) dahingehend entsprechend anzuwenden, daß bereits ein Kind, das das 12. Lebensjahr vollendet hat, nicht gegen seinen Willen gezwungen werden kann, den tatsächlich jahrelang geführten Namen der Familie des Stiefvaters aufzugeben und wiederum den Familiennamen seines leiblichen Vaters anzunehmen.
- 2) Remplein, Die seelische Entwicklung des Menschen im Kindes- und Jugendalter, 1966, S. 425f, 485f; Lempp, Die Ehescheidung und das Kind, 1976, S. 15.
- 3) Vgl. Lempp ZBJugR 1974, 131f und Fehmel ZBJugR 1982, 656 (zur Kindesanhörung im Sorgerechtsverfahren).

Hinsicht ist aber zu beachten, daß der Antrag eines Prozeßbeteiligten, Beweis zu erheben durch eine (förmliche) Vernehmung des Kindes als Zeuge, in der Regel unzulässig ist, und zwar immer dann, wenn sich eine hinreichende Klärung des Sachverhaltes auf andere Weise - Auswertung der Akten des Sorgerechtsverfahrens, der Jugendamtsberichte, eventuell angeforderter psychologischer Gutachten - erzielen läßt¹⁾. Eine solche Behandlung von Beweisanträgen ist insofern sachgerecht, als dadurch psychische Belastungen auf seiten des Kindes von vornherein vermieden werden, die mit seinem Erscheinen vor Gericht - insbesondere in Gegenwart streitender Eltern - verbunden sein können.

In diesem Zusammenhang bleibt jedoch die Frage klärungsbedürftig, ob das Kind nicht auch im Fall eines zwanglosen Gesprächs mit dem Berichtserstatter einem nicht zu unterschätzenden Spannungszustand ausgesetzt wird. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß die Äußerung des Kindes zu der von ihm bevorzugten Namensführung aus seiner Sicht möglicherweise eine Kränkung jeweils eines Elternteils darstellt²⁾. Der ausdrücklich geäußerte Wunsch, entweder weiterhin so zu heißen wie der leibliche Vater oder aber künftig den Namen des Stiefvaters zu führen,

1) OVG Münster Urt. v. 24.2.1981 - 18 A 590/77 - in StAZ 1982, 335 mit Verweis auf § 98 VwGO i.V.m. § 450 Abs. 2, § 455 Abs. 2 Satz 1 ZPO.

2) Vgl. - wiederum zur Kindesanhörung im Sorgerechtsverfahren - Dieckmann AcP 178, 315; Roether, Ehe- und Scheidungskonflikte, in: Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform, 1978, S. 126f; Steffen ZBlJugR 1979, 142; Wegener NJW 1979, 1254 ("Schuldgefühle gegenüber dem 'geopferten' Elternteil").

kann darüber hinaus auch Ausdruck einer "vitalen Selbstschutzhaltung"¹⁾ oder einer "Identifizierungsnotwehr"²⁾ sein. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, daß nach einigen Ergebnissen entwicklungspsychologischer Forschung davon auszugehen ist, daß gerade Kinder im Kleinkind- und Grundschulalter ihr werdendes "Ich" überaus eng mit ihrem Vornamen verklammern³⁾ und das denkbare ebenfalls für den Familiennamen gilt, sobald sie von ihrem sozialen Umfeld zur besseren Unterscheidung auch mit diesem Namensbestandteil angesprochen werden (spätestens mit dem Besuch des Kindergartens). Vor diesem Hintergrund ist die Äußerung eines Namensänderungswunsches nur dann vorstellbar, wenn ein außerordentlicher, das Bedürfnis nach Fortführung des bisherigen Namens beseitigender Problemdruck besteht. Wenn dieser unter der Kindeswohlperspektive als "wichtiger Grund" qualifiziert werden soll muß in der persönlichen (informatorischen) Anhörung oder gegebenenfalls auf dem Wege einer psychologischen Begutachtung ermittelt werden, ob er tatsächlich aus dem eigenen Erleben des Kindes entspringt oder aber fremdgesteuert ist. Ob das geleistet werden kann, ist zweifelhaft.

Einem Verzicht auf eine unmittelbare Befragung des Kindes - gleichgültig, auf welche Weise sie erfolgt - soll damit keinesfalls das Wort geredet werden. Es geht an dieser Stelle nur darum, die möglichen Gefahren aufzuzeigen, die

-
- 1) Haffter, Kinder aus geschiedenen Ehen (3), 1979, S. 49.
2) Palandt-Diederichsen (41), § 1671 BGB, Anm. 3.
3) Zöller FamRZ 1975, 614, 615 (m.w.N.); LG Stuttgart Beschl. v. 7.3.1978 - 2 T 55778 - in DAVorm 1978, 794f mit Verweis auf eine umfangreiche gutachterliche Stellungnahme.

mit ihr verbunden sind. Je häufiger die Verwaltungsgerichte ihre Entscheidung davon abhängig machen, wie das Kind seine Beziehungen zu den geschiedenen Elternteilen schildert und welche Stellungnahme es zur Frage der zukünftigen Namensführung abgibt, um so mehr wird es in den aus der Scheidungssituation fortwirkenden, teilweise erbitterten Schlagabtausch hineingezogen und - schlimmer noch - um so mehr nehmen die bedenklichen Beeinflussungsversuche im Vorfeld einer Anhörung von beiden Seiten zu¹⁾. Wollte man provozierend formulieren, ließe sich auch sagen, daß einem durch die Scheidung seines Eltern betroffenen Kind, dessen größte Belastung der Verlust dieser Eltern als zusammengehörige Gemeinschaft darstellt, bei einer verstärkten Berücksichtigung seines Namensänderungswunsches keineswegs die Verarbeitung dieses Verlustes erleichtert, sondern sogar erschwert wird.

Eine Gesamtschau der in der Praxis derzeit am häufigsten herangezogenen Abwägungsgesichtspunkte zur Ermittlung einer "dem Wohl des Kindes förderlichen" Namensführung läßt verschiedene Begründungsdefizite erkennen. Diese wiederum erklären, warum betroffene Eltern, Stiefeltern-teile, Kinder und auch die jeweiligen Entscheidungsträger aus unterschiedlichen Positionen heraus vielfach Unzufriedenheit sowohl über den Gang des Verfahrens als auch über das am Ende gefundene Ergebnis äußern. Die Tatsache, daß der Name von den Beteiligten selten als "unverbindliche zufällige Äußerlichkeit"²⁾, als "völlig

1) Vgl. dazu die Ausführungen im vorigen Abschnitt.

2) Graf von Bernstorff NJW 1957, 1901.

sinnfreie Identifikationsmarke"¹⁾ angesehen wird²⁾, spielt dabei im Unterbewußtsein oft eine wichtige Rolle und erschwert die Diskussion um die Lösung eines Konflikts mit Instrumentarien des Rechts in einem besondere Sensibilität verlangenden Problemkreis nicht unerheblich. Die neuerdings vorgenommene Orientierung am Maßstab des Kindeswohls hat dem Ringen um die Bewältigung von Scheidungsfolgen in dem Teilaspekt der Namensführung zwar wichtige Impulse gegeben - der "Stein der Weisen" ist damit noch nicht gefunden.

¹⁾ Fleischer, Zum Begriff des Namens, in: Agri-
cola/Fleischer/Protze/Ebert (Hrsg.), Die

²⁾ Deutsche Sprache, 1970, S. 640.
Sieh oben S. 22ff.

H. Ausblick

Die abschließende Betrachtung gilt der Suche nach Möglichkeiten, das Verlangen ehelicher Stiefkinder nach einer Namensänderung de lege ferenda Regelungen zu unterwerfen, die in größerem Maße geeignet sind, Schwächen der derzeitigen Rechtslage zu vermeiden und der besonderen Problematik gerecht zu werden.

Teilweise wird erwogen, die sogenannten "Stiefkinderfälle" materiell dem Familienrecht zuzuordnen und dabei die Zuständigkeit zur Entscheidung über einen entsprechenden Namensänderungsantrag von den Verwaltungsbehörden und -gerichten auf die Familiengerichte zu verlagern¹⁾. Dahinter steht zunächst der Gedanke, daß die angesprochene Fallkonstellation typischerweise durch bestimmte familienrechtliche Tatbestände geprägt ist, nämlich durch die Scheidung der Eltern, die Übertragung des Sorgerechts auf einen Elternteil und durch dessen Wiederheirat (ohne die rechtliche Möglichkeit, die Namensseinheit mit dem Kind von sich aus zu wahren²⁾, vgl. § 1355 Abs. 2 Satz 1 und 3 BGB). Außerdem wird betont, daß bei einer Zuständigkeitsverlagerung die besonderen Erfahrungen von Familienrichtern mit der Lösung von Schei-

1) Der obige, von verschiedenen mit der Materie befaßten Praktikern gemachte Vorschlag ist unter anderem verbalisiert worden von Die-derichsen in der ZDF-Sendung "Wie würden Sie entscheiden? (Namensänderung)" vom 15.3.1982 - Prod.-Nr. 6491/2041 sowie von Lempp in einem Brief an den Verfasser.

2) OVG Münster Beschl. v. 15.5.1979 - XV A 2648/76 - (n.v.).

dungsfolgeproblemen genutzt werden könnten. Dieser Novellierungsvorschlag geht im Ansatz zutreffend davon aus, daß die Stiefkinderfälle angesichts der weiten Fassung des § 3 Abs. 1 NÄG eher zufällig unter die Bestimmungen des Namensänderungsgesetzes von 1938 fallen, welches in Abgrenzung zu den Möglichkeiten eines Namenswechsels nach Bestimmungen des BGB grundsätzlich nur die nicht familienrechtlich motivierten Namensänderungen erfassen wollte. Angesichts der Tatsache, daß die Änderung eines Namens bei Kindern und Jugendlichen öffentliche Interessen an der Beibehaltung des bisher geführten Namens nur in äußerst geringem Maße tangiert¹⁾, um so mehr aber besondere private Interessenlagen als Folge einer familiären Konfliktsituation (Scheidung), erscheint es auch nicht zwingend erforderlich, diejenigen Stellen mit den Namensänderungsanträgen von Stiefkindern zu befassen, die üblicherweise den Streit zwischen öffentlichen und privaten Belangen zu entscheiden haben, nämlich Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte. Da aber eine bloße Zuständigkeitsverlagerung nichts am Entscheidungsmaßstab des "wichtigen Grundes" bzw. des "Kindeswohls" mit den Begründungsschwächen einzelner Abwägungsgesichtspunkte ändern würde und auch nichts an der Tatsache eines gerade für das betroffene Kind häufig belastenden Verfahrens, kann sie jedoch nur dann befürwortet werden, wenn ihre Vorteile unabweisbar sind. Das ist aber nicht der Fall. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß eine Entscheidung über die künftige Namensführung eines durch die Scheidung seiner Eltern betroffenen

¹⁾ Sieh oben S. 100.

Kindes mangels eines Bedürfnisses nach sofortiger Regelung sinnvollerweise nicht in den unmittelbaren Verbund von Scheidungs- und Scheidungsfolgesachen im Sinne von § 623 Abs. 1, § 621 Abs. 1 ZPO aufgenommen und damit zwangsläufig auch nicht die Detailkenntnis des zuständigen "Scheidungsrichters" genutzt werden kann. Sie einzusetzen ist schließlich auch dann nicht möglich, wenn der Wunsch nach einer Namensänderung in Folge einer späteren Wiederheirat der sorgeberechtigten Mutter in einem größeren zeitlichen Abstand zum Scheidungsverfahren artikuliert wird und dann beim Familiengericht inzwischen ein Dezernatswechsel eingetreten ist. Ansonsten haben aber auch die Verwaltungsgerichte - an den Amtsermittlungsgrundsatz nach § 86 Abs. 1 Satz 1 VwGO ebenso gebunden wie die Familiengerichte im Falle eines Wechsels in der Entscheidungszuständigkeit (vgl. § 12 FGG) - gleichermaßen die Möglichkeit, auf außerjuristische Erkenntnisquellen wie Jugendamtsberichte und psychologische Gutachten zurückzugreifen und sich durch die persönliche Anhörung verschiedener Verfahrensteilnehmer einen unmittelbaren Eindruck von der familiären Situation des jeweiligen Einzelfalls zu verschaffen. Darüber hinaus ist festzustellen, daß das vielfach geäußerte Unbehagen bezüglich des jetzigen Rechtszustandes auch nicht mit einer im Vergleich zu Familiengerichten geringeren Qualifikation von Verwaltungsrichtern bei der Bewertung zwischenmenschlicher Beziehungen sowie entwicklungspsychologischer Sachverhalte begründet wird und begründet werden kann. Es erscheint ohnehin unmöglich, die Sachkenntnis des einen Juristen gegen diejenige eines anderen auf einem

Gebiet aufzurechnen, auf welchem beide aufgrund ihrer Ausbildung und bisherigen Tätigkeit nicht von vornherein als kompetent zu bezeichnen sind. Etwas anderes mag dann gelten, wenn die Familienrichter aufgrund obligatorischer (!) Aus- und Fortbildungsinhalte künftig generell in der Beurteilung der Motive geschiedener Elternteile als "Persönlichkeitspsychologen mit fundierten diagnostischen Fähigkeiten" sowie "in der Anhörung der Kinder als einfühlsame und verstehende Kinderpsychologen" zu qualifizieren wären und wenn sie entsprechende "psychotherapeutisch-klinische Erfahrungen" und "spezielle Kenntnisse auf dem Gebiet der Scheidungsforschung" besitzen sollten¹⁾. Unter diesen utopisch anmutenden Voraussetzungen könnte eine Zuständigkeitsverlagerung angesichts der Bedeutung entwicklungspsychologischer Fragen für die Beurteilung von Namensänderungsanträgen ehelicher Stiefkinder auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen; ein praktisch verwertbarer Vorschlag ist damit allerdings nicht gemacht.

Weitere denkbare Lösungsalternativen bestehen darin, entweder den Familiennamen des Kindes aufgrund einer familienrechtlichen Bestimmung im Rahmen der §§ 1616ff BGB grundsätzlich an die Inhaberschaft des Sorgerechts zu knüpfen und für jeden (!) Fall²⁾ einer Namensänderung aufseiten eines nur allein sorgeberechtigten Elternteils eine Erstreckungsregelung nach dem Modell des § 1617 Abs. 2 BGB einzuführen oder die Einbenennung des Kindes durch gemeinsame

¹⁾ Vgl. Fthenakis/Niesel/Kunze, Fhescheidung: Konsequenzen für Eltern und Kinder, 1982, S. 215.
²⁾ Vgl. oben S. 167.

Erklärung von sorgeberechtigtem Elternteil und Stiefelternteil unter Einwilligung des Kindes (und eventuell auch des jeweils anderen Elternteils) nach dem Muster des § 1618 BGB zu ermöglichen¹⁾. Für den zuletzt genannten Weg wäre darüber hinaus zu überlegen, ob die fehlende Einwilligung des nichtsorgeberechtigten Elternteils durch das Vormundschafts- oder Familiengericht ersetzt werden könnte, - jedenfalls immer dann, wenn dieser sie ohne triftigen Grund verweigert oder unbekannten Aufenthalts ist²⁾. Beide Alternativen haben gleichermaßen den Vorteil, daß sie den Weg zu der angestrebten Namensänderung in entscheidendem Maße verkürzen und daher dem Kind Belastungen ersparen, die aus der Dauer des derzeit notwendigen Verfahrens nach dem Namensänderungsgesetz sowie aus den in diesem Rahmen häufig festzustellenden, problematischen Beeinflussungsversuchen resultieren. Sie kommen darüber hinaus dem natürlichen Bedürfnis nach Namensgleichheit aller zu einer faktischen (Klein-) Familie gehörenden Personen als symbolischer Ausdruck einer neuen Einheit in besonderer Weise entgegen und verwirklichen konsequent das Prinzip der Namensableitung nach horizontalen Momenten bei gleichzeitigem Zurücktreten des Abstammungsgedankens³⁾. In der Tat stellt sich die Frage, warum diejenigen Motive, die bei den §§ 1617, 1618 BGB Pate gestanden haben - Gewährleistung eines unverbrüchlichen Namenseinklangs von Mutter und heranwachsendem Kind, Verhinderung einer mög-

1) Vgl. die Nachweise oben S. 18 (Fn. 1).

2) Vgl. Conradi FamRZ 1980, 105 m.w.N.

3) Vgl. oben S. 117, 118.

lichen Diskriminierung durch eine nach außen für jedermann erkennbare Namensverschiedenheit als "Zeichen gestörter Familienverhältnisse"¹⁾ - nicht auch auf die Situation ehelicher Stiefkinder übertragbar sein sollen, insbesondere mit Blick auf die vorrangige Elternverantwortung des sorgeberechtigten Elternteils. Außer für den Ausnahmefall des Todes oder der völligen Unauffindbarkeit des leiblichen Vaters, in dem die Möglichkeit einer Einbenennung durch den Stiefvater durchaus als sinnvoll bezeichnet werden kann²⁾, bestehen jedoch gegen die dargestellte Problemlösung erhebliche Vorbehalte. Wenn man sich bei einer denkbaren Novellierung am Modell der §§ 1617 Abs. 2, 1618 BGB orientieren wollte, würde man zunächst übersehen, daß weder die Position des Vaters eines nicht-ehelichen Kindes mit derjenigen des nichtsorgeberechtigten leiblichen Vaters nach einer Ehescheidung verglichen werden kann noch die aufgrund unterschiedlich gewachsener persönlicher Bindungen völlig andersartige psychologische Situation des nichtehelichen Stiefkindes einerseits und des ehelichen Stiefkindes nach Scheidung seiner Eltern andererseits. Vor allem durch eine "Erstreckungslösung" würde der leibliche Kindesvater bei der Suche nach einer Namensführung, die dem Wohl des Kindes am meisten entspricht, derart rigoros ausgeschaltet, daß dadurch ein Widerspruch zu der gesetzlichen Wertung von der fortbestehenden, allerdings subsidiären elterlichen Verantwortung des nichtsorgeberechtigten Elternteils entstünde, wie sie in seiner "sorgerechtlichen Reservefunk-

¹⁾ Simon StAZ 1974, 197 (Aufsatztitel).

²⁾ So auch Frank, Grenzen der Adoption, 1978, S. 27.

tion"¹⁾ zum Ausdruck kommt. Entsprechendes gilt auch für eine "Einbenennungslösung", die auf dessen Einwilligung gänzlich verzichtete. Wenn sie aber ansonsten durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden könnte, müßte der praktische Nutzen einer solchen Regelung insofern als äußerst gering angesehen werden, als dann der Streit darum geführt würde, wann die Einwilligung "ohne triftigen Grund" verweigert wird. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß sich in der Namensänderungspraxis nicht diejenigen Fälle als problematisch erweisen, in denen das Verhältnis von Kind und leiblichem Vater durch dessen "Rückzug" relativ stark gelöst ist und dieser gegen eine beabsichtigte Namensänderung weder mit einem Widerspruch noch mit einer Klage vorgeht. Besondere Entscheidungsschwierigkeiten tauchen vielmehr gerade dann auf, wenn der Vater sich intensiv darum bemüht, eine gute Beziehung zu dem Kind aufrecht zu halten. In diesen Fallkonstellationen würde eine Erstreckungs- oder Einbenennungslösung (unter Verzicht auf eine Einwilligung des Kindesvaters) zwar vordergründig dem Gesichtspunkt einer möglichst problemlosen Regelung Rechnung tragen, in Wirklichkeit aber auf zweifelhafte, dem Namensrecht letztlich nicht zukommende Weise im Bewußtsein des Kindes und auch der übrigen Beteiligten "die Tatsache verdrängen, daß es sozusagen zwei Väter hat"²⁾.

Vor diesem Hintergrund gilt es der Überlegung nachzugehen, ob nicht zumindest in den Fällen,

¹⁾ Vgl. oben S. 139, 140.

²⁾ Vgl. BVerwG Urt. v. 10.3.1983 - VII C 6.81 (bisher n.v.).

in denen auf seiten des betroffenen Kindes ein eindeutiger Beziehungsüberhang weder zur Stiefvaterfamilie noch zum leiblichen Vater auszumachen ist oder ein solcher auf einer einseitigen negativen Beeinflussung beruht, dem besonderen Verfahrensdruck und der Gefahr einer Instrumentalisierung des Kindes durch die geschiedenen Elternteile dadurch aus dem Weg gegangen werden kann, daß das Kind einen Doppelnamen erhält - gebildet aus seinem bisher geführten Familiennamen und dem jeweils neuen Ehenamen der sorgeberechtigten Mutter.

Es ist zwar sachgerecht, bei der Gewährung von Doppelnamen grundsätzlich zurückhaltend zu verfahren, um der Entstehung zu langer, umständlicher und wenig einprägsamer Familiennamen entgegenzuwirken¹⁾ und um die Gefahr von Namenspotenzierungen im Laufe der Generationen auszuschalten²⁾. Dabei kann jedoch in diesem Zusammenhang nicht außer Betracht bleiben, daß der Gesetzgeber selbst von diesem Grundsatz in einigen Ausnahmefällen (§ 1355 Abs. 3, § 1757 Abs. 2 Satz 1 3. Alt. BGB) abgewichen ist, in denen die Führung eines Doppelnamens nach seiner Vorstellung "von der Natur der Sache her angezeigt ist"³⁾ und nicht geargwöhnt werden kann, daß sie aus Eitelkeit angestrebt wird⁴⁾ oder einer bewußten "Zuordnungsverwirrung"⁵⁾

- 1) Vgl. Loos, Namensänderungsgesetz, 1970, S. 60f; von Buch JZ 1974, 449; Edlbacher, Das Recht des Namens, 1978, S. 27f, 65; Frauenstein/Kümmel/Reichard, Die öffentlich-rechtliche Namensänderung, 1981, S. 17.
- 2) Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts, 1980, S. 151.
- 3) Loos ebd.; Edlbacher ebd.
- 4) Vgl. Ficker, Öffentliches Namensrecht, 1952, S. 65.
- 5) Münchener Kommentar - Schwerdtner (1978), § 12 BGB, Rdnr. 1.

dienen soll. In den genannten Fällen - wie auch in verschiedenen anderen Konstellationen (vgl. die Ausführungen oben S. 158, 160, 165) - werden Doppelnamen "als interessenausgleichende Zwischenlösung"¹⁾ akzeptiert und sind insofern "längst eine feststehende Form des deutschen Namensrechts"²⁾. Sie werden darüber hinaus aus verschiedensten Anlässen, zu denen auch die Stiefkinderverhältnisse gehören, stillschweigend geduldet³⁾, vor allem dann, wenn der Rechtsverkehr das Bedürfnis empfindet, zur exakten Identifizierung einer Person eine zweiteilige Namensgestalt zu gebrauchen.

Wenn ein Kind einerseits in die Familie von Stiefvater und sorgeberechtigter Mutter faktisch eingebunden ist, andererseits aber seine Beziehungen zum nichtsorgeberechtigten Vater - auch unter Berücksichtigung von dessen "sorgerechtlicher Reservefunktion" - nicht gänzlich abgebrochen sind, unterschlägt ein Name, der entweder nur die tatsächliche Zugehörigkeit des Kindes zur Stiefvaterfamilie oder nur die Abstammung vom leiblichen Vater dokumentiert, jeweils ein maßgebliches namenstiftendes Moment, welches eine exakte "Referenz auf ein Individuum hin"⁴⁾ zu leisten vermag. Lediglich eine Namenskombination, die sowohl einen Hinweis auf

1) Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 218; vgl. auch OVG Münster Urt. v. 10.10.1961 - II A 1515/60 - in OVG 17, 98, 99, 101.

2) Brintzinger StAZ 1970, 94; vgl. in diesem Zusammenhang auch Wengler StAZ 1973, 207, wonach in verschiedenen anderen Ländern der Familienname stets ein Doppelname ist; zur Doppelnamenbildung nach der Erbhofgesetzgebung vgl. Bussert StAZ 1964, 76 sowie die Ausführungen oben S. 53, 54.

3) Brintzinger ebd.

4) Schützeichel, Einführung in die Familiennamenkunde, in: Gottschald, Deutsche Namenkunde (5), 1982, S. 21.

den räumlichen Bezugsrahmen des Kindes als auch auf die "Herkunftsfamilie"¹⁾ enthält und damit an horizontale wie vertikale Namensableitungsaspekte anknüpft, verfügt über die größte Assoziationswirkung zur Individualisierung eines ehelichen Stiefkindes. Sie ist daher am besten geeignet, dieses Kind in die für seine Person relevanten gesellschaftlichen Zusammenhänge zu stellen und praktische Probleme, die durch die Namensverschiedenheit entweder mit dem sorgeberechtigten oder dem nichtsorgeberechtigten Elternteil entstehen, von vornherein zu vermeiden. Der Funktion des Namens, einen Menschen - bezogen auf seinen Lebenskreis - mit sprachlichen Mitteln unterscheidungskräftig und unmißverständlich als etwas einmalig Vorhandenes zu bezeichnen, wird nur dadurch in konsequenter Weise Rechnung getragen.

Um diesen Vorgaben gerecht zu werden, ist es nicht zwingend erforderlich, eine "echte" Doppelnamenbildung mit der Maßgabe vorzunehmen, daß beide Namens Elemente gleichermaßen "vererblich" und bei einer späteren Heirat als "Geburtsnamen" im Sinne von § 1355 Abs. 2 BGB anzusehen sind. Der spezifischen Situation des durch die Scheidung seiner Eltern betroffenen Kindes würde in ausreichendem Maße bereits dadurch entgegengekommen, daß dem "angestammten" Namen, mit dem es nach einschlägigen Untersuchungen sein werdendes "Ich" verknüpft²⁾, der davon abweichende Name des sorgeberechtigten Elternteils (bedingt durch Wiederheirat oder auch eine Erklärung nach § 1355 Abs. 4 Satz 2 BGB) als

¹⁾ Gernhuber, Lehrbuch des Familienrechts, 1980, S. 150.

²⁾ Vgl. Zöllner FamRZ 1975, 616.

höchstpersönlicher "Begleitname" angefügt oder vorangestellt wird. Das jeweilige Namensführungsrecht würde infolgedessen um diesen Begleitnamen individuell erweitert. In Anlehnung an die Bildung eines Ehegattendoppelnamens nach § 1355 Abs. 3 BGB, bei dem "die Einrichtung des Begleitnamens gerade der Kontinuität der Identität dienen, nicht aber Identitätsdurchbrechungen nach außen hin erkennbar bekräftigen soll"¹⁾ und der gemeinsame Ehe name die Zugehörigkeit zu einer neuen Lebensgemeinschaft kennzeichnet, könnte ein entsprechender Stiefkinderdoppelname vergleichbare Aufgaben wahrnehmen. Angesichts der Tatsache, daß die Träger von Doppelnamen im Alltag gewöhnlich nur mit ihrem ersten Namensbestandteil angedredet werden²⁾, mag dabei einiges dafür sprechen, den Namen der sorgeberechtigten Mutter (und des Stiefvaters) an die erste Stelle zu setzen, jedoch wahrt eine Hintanstellung dieses Namens hinter den nach § 1616 BGB erworbenen Namen in größerem Maße persönliche - und auch öffentliche - Kontinuitätsinteressen; sie entspricht darüber hinaus dem bei Doppelnamenbildungen gängigen, auch in § 1355 Abs. 3 BGB verwendeten Kombinationsmuster, wonach das vertikale vor dem horizontalen Namensableitungsmoment steht.

Die Möglichkeit, ehelichen Stiefkindern zu einem Doppelnamen zu verhelfen, wird im Rahmen von Namensänderungsverfahren nur in Ausnahmefällen

¹⁾ Raschauer, Namensrecht, 1978, S. 236.

²⁾ Ruthe FamRZ 1976, 412; Münchener Kommentar - Wacke (1978), § 1355 BGB, Rdnr. 18.

verwirklicht¹⁾. Im Gegensatz aber zu einer solchen "Verfahrenslösung", die angesichts der mangelnden Vorausssehbarkeit der behördlichen oder verwaltungsgerichtlichen Entscheidung manchen Betroffenen davon abhält, eine Rechtsverwirklichung in der dargestellten Form überhaupt anzustreben²⁾, und die - insbesondere bei einem Ausschöpfen sämtlicher Instanzen - wegen der langen Verfahrensdauer überhaupt erst einen besonderen Problemdruck erzeugt, dürfte in der Diskussion um die Namensführungsproblematik ehelicher Stiefkinder nach hier vertretener Auffassung erst dann ein entscheidender Fortschritt erzielt werden, wenn sich der Gesetzgeber de lege ferenda zur Schaffung einer "modifizierten Erklärungslösung" nach dem Modell der §§ 1355 Abs. 3, 1618 BGB durchringen könnte. Wesentlicher Inhalt einer solchen Vorschrift müßte sein, daß die sorgeberechtigte Mutter und ihr zweiter Ehemann mit Einwilligung des Kindes (vgl. § 1618 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 BGB) ihren vom Kindesnamen abweichenden Familiennamen dem vom Kind nach § 1616 BGB geführten Namen - verbunden mit einem Bindestrich - durch öffentlich beglaubigte Erklärung gegenüber dem Standesbeamten anfügen können. Gleichzeitig ist in diesem Zusammenhang daran zu denken, eine entsprechende Regelung außerdem für den Fall einzuführen, daß der sorgeberechtigte Elternteil aufgrund einer Erklärung nach § 1355 Abs. 4 Satz 2 BGB einen anderen Namen trägt als

¹⁾ Vgl. u.a. BVerwG Urt. v. 5.3.1971 - VII C 75.70 - in BVerwGE 37, 301, 305f; VG Freiburg Urt. v. 21.4.1976 - VS VI 300775 - in FamRZ 1977, 321 und Urt. v. 3.2.1981 - 6 K 162/80 - (n.v.).

²⁾ Vgl. Kininger, Die Realität der Rechtsnorm, 1971, S. 133ff, 138.

das Kind. Da dieses im Falle der Bildung eines Doppelnamens zumindest partiell die Namensgleichheit mit dem nichtsorgeberechtigten Elternteil bewahrte, dürfte im übrigen darauf verzichtet werden können, den leiblichen Vater bei der dargestellten "modifizierten Einbenennung" zu beteiligen, zumal dabei nicht irgendwelche Rechtspositionen seinerseits, wie sie oben markiert worden sind (S. 123ff, 142, 143), tangiert werden. Die weiterbestehende Möglichkeit einer Namensänderung nach § 3 Abs. 1 NÄG könnte damit auf diejenigen (Ausnahme-) Fälle beschränkt werden, die mit der genannten Vorschrift in erster Linie erfaßt werden sollten (siehe oben S. 151ff), wohingegen die durch die Typizität bestimmter familienrechtlicher Sachverhalte geprägte Namensführungsproblematik ehelicher Stiefkinder in systematisch sauberer Weise eine Regelung im Rahmen des bürgerlichen Rechts erhielte.

Aufgrund der Tatsache, daß dem aus der Sicht der geschiedenen Elternteile beidseitigen Bedürfnis nach Namensidentität mit dem betroffenen Kind durch eine bloße - allerdings formgebundene - Erklärung Rechnung getragen werden kann, wird verhindert, daß der Name als Instrument zur Überwindung scheidungsbedingter Konflikte überfordert und in unnötig überzogener Weise zur Schaffung vermeintlich "klarer Verhältnisse" zweckentfremdet wird. Dem sorgeberechtigten Elternteil wird im wesentlichen der Anreiz genommen, die Namensänderung des Kindes zur Befriedigung affektiver Eigeninteressen zu benutzen und damit einem Verdrängungsmechanismus Vorschub zu leisten. Vor allem aber wird das Kind aus einer weiteren "Kraftprobe" der geschiedenen Elternteile heraus-

gehalten und damit vor der Gefahr bewahrt, daß durch das belastende Verfahren seinerseits Schuldgefühle, Identitätsunsicherheiten und Loyalitätskonflikte entstehen. Gerade ein Kind, das - wenn auch vielleicht einseitig verdeckt - gleich starke emotionale Beziehungen zu seinem Vater und seiner Mutter hat und dessen Interesse damit grundsätzlich auf eine kindheitslange unauflösliche Eltern-/Kind-Beziehung gerichtet ist, wird von dem Druck befreit, sich in der Frage seiner künftigen Namensführung alternativ entscheiden zu müssen.

Die Bildung eines Stiefkinderdoppelnamens über eine "modifizierte Einbenennungserklärung" - die sich im übrigen für die Fälle eines in Zukunft möglichen gemeinsamen elterlichen Sorgerechts¹⁾ geradezu aufdrängt - kann daher auch im Hinblick auf die jetzt "streitigen" Verfahren insgesamt eine wesentliche Entlastung bedeuten. Natürlich kann auch diese Lösung die Tragödie, die jede Elterntrennung für das betroffene Kind bedeutet, nicht ungeschehen machen. Sie wird aber dem praktischen Bedürfnis bestimmter Personen nach Namensgleichheit und dem, was ein Familienname seiner Funktion nach zu leisten vermag, in einer außergewöhnlichen Konfliktsituation am besten gerecht - und ist damit in jedem Fall ehrlicher als das mit vielfältigen Schwächen und Begründungsdefiziten behaftete jetzige Verfahren nach dem Namensänderungsgesetz.

¹⁾ Vgl. BVerfG Urt. v. 3.11.1982 - 1 BvL 28/80 - in NJW 1983, 101ff.

Literaturverzeichnis

- Agricola/Fleischer/
Protze/Ebert (Hrsg.) Die Deutsche Sprache, Kleine Enzy-
klopädie in zwei Bänden
2. Band
Leipzig 1970
- Ambrosius, Walter Reichweite und Gültigkeit des § 3a
Namensänderungsgesetz
DÖV 1963, 602-606
- Altösterreichische Adelsbezeich-
nungen und die Entscheidung des
Bundesverfassungsgerichts zu § 3a
NAG/Art. 3 GG
DÖV 1965, 36-38
- Arndt, Jürgen Name und Wappen in ihrer Funktion
als Familienkennzeichen
StAZ 1954, 40-42
- Arnold/Eysenck/Meili Lexikon der Psychologie
2. Band
Freiburg/Basel/Wien 1980
- Arntzen, Friedrich Elterliche Sorge und persönlicher
Umgang mit Kindern aus gerichts-
psychologischer Sicht
München 1980
- Bach, Adolf Deutsche Namenkunde
Band I: Die deutschen Personenna-
men
2. Halbband: Die deutschen Perso-
nennamen in geschichtlicher, geo-
graphischer, soziologischer und
psychologischer Betrachtung
2. Auflage
Heidelberg 1953

- Bareuther Nitze, - Streifzüge in das deutsche Namensrecht und in die Namenskunde
StAZ 1933, 241-244
- Becker, Hans-Joachim Namensrecht und Namensänderung
FamRZ 1955, 40-41
- Anmerkung zum Beschluß des OLG
Frankfurt am Main vom 20.8.1955
in FamRZ 1956, 325
FamRZ 1956, 327
- Beres, Martin Das Kindeswohl in der familiengerichtlichen Praxis
ZBlJugR 1982, 1-10
- Das Kindeswohl - Ein Wunschtraum?
Versuch einer Bilanz
ZBlJugR 1982, 449-478
- Bernstorff, Werner Namensschutz und Namensänderung
Graf von DÖV 1957, 249-251
- Der Familienname in der deutschen
Rechtsordnung
NJW 1957, 1901-1904
- Das Recht des Familiennamens in
der neueren Rechtsprechung
NJW 1961, 633-638
- Zum § 3a des Namensänderungsgesetzes - Stellungnahme zum Aufsatz
von Brintzinger in DÖV 1962, 441ff
DÖV 1963, 126-129
- Der Familienname als Gegenstand
des Gleichberechtigungsgrundsatzes
FamRZ 1963, 110-113

- | | |
|---|--|
| Bettermann/Nipperdey/
Scheuner (Hrsg.) | Die Grundrechte
Vierter Band, 1. Halbband
Berlin 1960 |
| Bitzi, Bruno | Der Familienname als Marke
Frankfurt am Main 1972 |
| Boesch, Bruno | Die Eigennamen in ihrer geistigen
und seelischen Bedeutung für den
Menschen
Der Deutschunterricht 9 (1957),
Heft 5, S. 32-50 |
| Bonner Kommentar | Kommentar zum Bonner Grundgesetz
Loseblatt, Stand Oktober 1981
Hamburg
Zweitbearbeitung Art. 6 GG: Pirson
[zit.: Bonner Kommentar -
Pirson] |
| Bosch, F.W. | Anmerkung zum Beschluß des OLG
Celle vom 14.10.1960 in FamRZ 1961
33
FamRZ 1961, 34-35 |
| - | Eherecht in Gefahr?
FamRZ 1971, 57-68 |
| - | Anmerkung zum Urteil des OVG Ko-
blenz vom 3.8.1982 in FamRZ 1983,
205
FamRZ 1983, 206 |
| Brintzinger, Otto-
bert L. | Zum Namensänderungsgesetz
DÖV 1962, 441-454 |
| - | Zur Auslegung des § 3a Namensän-
derungsgesetz
DÖV 1965, 231-235 |

- Brintzinger, Otto-
bert L. Zum § 3a des Namensänderungsge-
 setzes - Entgegnung zur Stellung-
 nahme von Graf von Bernstorff in
 DÖV 1963, 126ff
 DÖV 1963, 129-132
- Aktuelle Probleme des Namensrechts
 StAZ 1970, 89-96 und 118-124
- Anmerkung zum Urteil des Verwal-
 tungsgerichtshofs Baden-Württem-
 berg vom 24.2.1970 in StAZ 1971,
 55 und zum Urteil des Bundesver-
 waltungsgerichts vom 2.10.1970 in
 StAZ 1971, 57
 StAZ 1971, 58-60
- Brügge, Peter "Habe heute alles hingeschmissen" -
 Über die geschiedenen Väter in der
 Bundesrepublik
 "Der Spiegel", Heft 38/1977,
 S. 96-112
- Brugger, Walter
(Hrsg.) Philosophisches Wörterbuch
 16. Auflage
 Freiburg/Basel/Wien 1981
- Buch, Wolfgang von Name, Ehefrau und Kennzeichen
 JZ 1974, 445-450
- Burghardt, Werner Namensänderungen slawischer Fami-
 liennamen im Ruhrgebiet
 Festschrift für Karl Bischoff zum
 70. Geburtstag
 Köln/Wien 1975
 S. 271-286

- | | |
|-----------------------|---|
| Bussert, Rudolf | Anmerkung zum Beschluß des Amtsgerichts Bielefeld vom 30.5.1962 in StAZ 1964, 75
StAZ 1964, 76 |
| Clauß, Günter (Hrsg.) | Wörterbuch der Psychologie
Leipzig 1981 |
| Coester, Michael | Sorgerechtsentscheidungen und Grundgesetz
NJW 1981, 961-962 |
| Conradi, Margret | Zivilrechtliche Regelung des Stiefkindverhältnisses - Alternative zur Adoption des Stiefkindes
FamRZ 1980, 103-107 |
| Corsing, Fritz | Ausgewählte Kapitel aus dem Namensrecht
StAZ 1928, 358-360 und 376-379 |
| Danner, - | Namenrecht
StAZ 1933, 47-52 |
| Dessoir, Max | Vom Jenseits der Seele
6. Auflage
Stuttgart 1931 |
| Dieckmann, Albrecht | Betrachtungen zum Recht der elterlichen Sorge - vornehmlich für Kinder aus gescheiterter Ehe -
AcP 178 (1978), 298-329 |
| - | Zur Namensführung des Kindes
StAZ 1982, 266-278 |
| Diederichsen, Uwe | Der Ehe- und Familienname nach dem 1. EheRG
NJW 1976, 1169-1177 |

- Diederichsen, Uwe Zur Reform des Eltern-Kind-Ver-
hältnisses
FamRZ 1978, 461-474
- Die Familie - Menschen in der
Reform
Festschrift für Günther Beitzke,
1979,
S. 169-189
- Die Neuregelung des Rechts der
elterlichen Sorge
NJW 1980, 1-11
- sieh: Palandt, Bürgerliches Ge-
setzbuch
- Dippel, - Darstellung der Tätigkeit des
Standesbeamten und der dieser Tä-
tigkeit zugrundeliegenden Rechts-
gebiete
StAZ 1932, 409-412
- Dölle, Hans Die Gleichberechtigung von Mann
und Frau im Familienrecht
JZ 1953, 353-362
- Familienrecht
Band II
Karlsruhe 1965
- Dubischar, Roland Grundbegriffe des Rechts.
Eine Einführung in die Rechtstheo-
rie
Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1968
- Dürig, Günter sieh: Maunz/Dürig/Herzog/Scholz,
Grundgesetz

- Eckstein, Ludwig Pädagogische Situationen im Lichte
der Erziehungsberatung
Bern/Stuttgart 1962
- Edlbacher, Oskar Das Recht des Namens
Wien 1978
- Der Name im internationalen Pri-
vatrecht. Die Arbeiten der CIEC
an einem Übereinkommen
StAZ 1979, 3-9
- Ell, Ernst Anmerkungen aus psychologischer
Sicht zur Regelung der Personen-
sorge
ZBlJugR 1980, 319-325
- Wie ist das mit der "Hauptbezugs-
person"?
ZBlJugR 1982, 76-82
- Engler, Helmut Der Familienname des nichtehe-
lichen Kindes
FamRZ 1971, 76-81
- Erichsen, Hans-Uwe Verstaatlichung der Kindeswohlint-
scheidung?
2. Auflage
Berlin/New York 1979
- Erikson, Erik H. Identität und Lebenszyklus
6. Auflage
Frankfurt am Main 1980
- Ey, Wolfgang Anmerkung zum Beschluß des OLG
Frankfurt vom 8.3.1977 in StAZ
1978, 159
StAZ 1978, 185

- Fehmel, H.-W. Nochmals: Kindesanhörung im
Sorgerechtsverfahren
ZBlJugR 1982, 654-663
- Ficker, Hans G. Das Recht des bürgerlichen Namens
Frankfurt am Main 1950
- Öffentliches Namensrecht
Frankfurt am Main 1952
- Fleischer, Wolfgang Die deutschen Personennamen.
Geschichte, Bildung und Bedeutung.
2. Auflage
Berlin 1968
- sieh: Agricola/Fleischer/Protze/
Ebert, Die Deutsche Sprache
- Frank, Rainer Grenzen der Adoption. Eine rechts-
vergleichende Untersuchung zur
Schutzbedürftigkeit faktischer
Eltern-Kind-Verhältnisse.
Frankfurt am Main 1978
- Frauenstein, Ludwig Öffentlich-rechtliche Namensände-
rungen - Voraussetzungen und
Verfahren -
StAZ 1980, 261-265
- Anmerkung zu Urteilen des VG Kas-
sel vom 14.5.1980 in StAZ 1980,
280 und 282
StAZ 1980, 283-284
- Frauenstein/Kümmel/
Reichard Die öffentlich-rechtliche Namens-
änderung
Frankfurt am Main 1981

- | | |
|----------------------------|--|
| Freud, Anna | Totem und Tabu
Frankfurt am Main 1973 |
| Freund, Herbert | Die Anhörungspflicht gemäß § 50b
FGG - nützliche Pflicht oder "des
Guten zuviel"?
DRiZ 1982, 268-270 |
| Frisé, Maria | Vater, Mutter, Kind - Was ist mit
der Familie los?
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
30.4.1982, Beilage "Bilder und
Zeiten" |
| Fröhlich, W.D. | Identifikation, soziale
in:
Arnold/Eysenck/Meili, Lexikon der
Psychologie, ebd. |
| - | Integration, soziale
in:
Arnold/Eysenck/Meili, Lexikon der
Psychologie, ebd. |
| Fthenakis/Niesel | Wie Kinder die Trennung der Eltern
erleben
bild der wissenschaft 1981, (Heft
8), 70-83 |
| Fthenakis/Niesel/
Kunze | Ehescheidung: Konsequenzen für
Eltern und Kinder
München/Wien/Baltimore 1982 |
| Gansen, Peter | Familiennamen und Bürgerrecht der
Juden
StAZ 1929, 239-241 |

- Gardiner, Alan
Henderson The theory of proper names.
A controversial essay
2nd edition
London/New York/Toronto 1954
(Nachdruck 1957)
- Geissler, Rolf Möglichkeiten des modernen deut-
schen Romans
3. Auflage
Frankfurt am Main/Berlin/Bonn/
München 1968
- Gernhuber, Joachim Kindeswohl und Elternwille
FamRZ 1973, 229-244
- Lehrbuch des Familienrechts
3. Auflage
München 1980
- Giesen, Dieter Das Wohl des Kindes im Falle eines
Elternkonfliktes zwischen Sorge-
und Verkehrsberechtigtem
NJW 1972, 225-229
- Globke, Hans Das Recht der Namensänderung
DV 1938, 51-55
- Goldstein/Freud/
Solnit Diesseits des Kindeswohls
Frankfurt am Main 1982
- Gottschald, Max Deutsche Namenkunde
5. Auflage mit einer Einführung in
die Familiennamenkunde von Rudolf
Schützeichel
Berlin/New York 1982
- Gottschaldt/Lersch/
Sander/Thomae (Hrsg.) Handbuch der Psychologie in 12
Bänden
Göttingen 1959-1978

- | | |
|-----------------------|---|
| Grimm, Jakob | Deutsche Rechtsaltertümer
4. Ausgabe
Leipzig 1899 |
| Gundrum, Hans | Deutsches Namensrecht in West und Ost
StAZ 1968, 277-282 |
| Häberle, Peter | Öffentliches Interesse als juristisches Problem
Bad Homburg 1970 |
| Haffter, Carl | Kinder aus geschiedenen Ehen.
Eine Untersuchung über den Einfluß der Ehescheidung auf Schicksal und Entwicklung der Kinder nach ärztlichen, juristischen und fürsorgerischen Fragestellungen
3. Auflage
Bern/Stuttgart/Wien 1979 |
| Hahnzog, Klaus | Namensänderung ehelicher Kinder nach Scheidung der Eltern
BayVBl 1970, 126-128 |
| Hassenstein, Bernhard | Der Begriff des Kindeswohls in der Sicht der Verhaltensbiologie
Sonderdruck aus AFET-Mitglieder-rundbrief Nr. 4/1975
S. 66-73 |
| Heinrichs, Helmut | sieh: Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch |
| Heintze/Cascorbi | Die deutschen Familiennamen
Halle (Saale) 1925 |

- Hering, Hermann Das Namensänderungsgesetz
RVerwBl 1938, 65-68
- Hermann, Robert Über das Recht der Namensführung
und der Namensänderung
AcP 45 (1862), 153-169 und 315-341
- Heuschmidt, H. Anmerkung zum Urteil des OVG Lüne-
burg vom 20.7.1971 in FamRZ 1972,
387
FamRZ 1972, 390-391
- Hinz, Manfred sieh: Münchener Kommentar zum
Bürgerlichen Gesetzbuch
- Hoffmeister, Johannes Wörterbuch der philosophischen
(Hrsg.) Begriffe
2. Auflage
Hamburg 1955
- Holzhauser, Heinz Die Neuregelung des Pflegekind-
verhältnisses
ZRP 1982, 222-227
- Horn, Dieter Rechtssprache und Kommunikation.
Grundlegung einer semantischen
Kommunikationstheorie
Berlin 1966
- Hubernagel, G. Grundsätze der behördlichen Namens-
änderung in Preußen
StAZ 1925, 167-170
- Jayme, Erik Vorwort zu dem Beitrag von Robert
H. Mnookin (sieh ebd.)
FamRZ 1975, 1
- Kininger, Ewald Die Realität der Rechtsnorm
Berlin 1971

- | | |
|----------------------------|--|
| Klarmann, Johann
Ludwig | Zur Geschichte der deutschen Familiennamen
2. Auflage
Lichtenfels 1927 |
| Kleinpaul, Rudolf | Die deutschen Personennamen
Berlin/Leipzig 1921 |
| Klenner, Wolfgang | Gedanken über die Anwendung psychologischer Erkenntnisse durch den Familienrichter
DAVorm 1979, 807-810 |
| Klußmann, Rudolf | "Kindeswohl" (Vortragsskriptum)
Sonderdruck des Bundesverbandes der Pflege- und Adoptiveltern e.V.
1979 |
| Koehler, Alexander | Zu den neuen Namensänderungsvorschriften
Einführung zu Ficker, Öffentliches Namensrecht, ebd. |
| Koenig, - | Das geltende Namensänderungsrecht in Preußen
RVerwBl 1936, 821-825 |
| König, René | Zwei Grundbegriffe der Familiensoziologie
Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik
1945, 522-550 |
| Krüger, Hildegard | Der Name der Frau nach bürgerlichem Recht
AcP 156 (1957), 232-264 |

- Krüger, Hildegard Anmerkung zum Urteil des Bundes-
verwaltungsgerichts vom 16.5.1957
in JZ 1958, 356
JZ 1958, 358-359
- Kühn/Tourneau (Hrsg.) Familienrechtsreform - Chance
einer besseren Wirklichkeit?
Bielefeld 1978
- Kumme, Werner Das neue Namensrecht des nicht-
ehelichen Kindes
ZBlJugR 1976, 523-526
- Larenz, Karl Methodenlehre der Rechtswissen-
schaft
4. Auflage
Berlin/Heidelberg/New York 1979
- Allgemeiner Teil des Deutschen
Bürgerlichen Rechts
5. Auflage
München 1980
- Lecheler, Helmut Der Schutz der Familie
FamRZ 1979, 1-8
- Lehr, Ursula Die Rolle der Mutter in der Sozia-
lisation des Kindes
2. Auflage
Darmstadt 1978
- Leisner, Walter Zur Verleihung des Erzeugernamens
(Vaternamens) an das uneheliche
Kind im Wege der Namensänderung
FamRZ 1966, 123-132
- Lempp, Reinhart Das Wohl des Kindes in §§ 1666 und
1671 BGB
NJW 1963, 1659-1662

- Lempp, Reinhart Die Rechtsstellung des Kindes aus
 geschiedener Ehe aus kinder- und
 jugendpsychiatrischer Sicht
 NJW 1972, 315-319
- Kindeswohl und Kindesrecht
 ZBlJugR 1974, 124-138
- Die Ehescheidung und das Kind
 München 1976
- Lepa, Manfred Der Inhalt der Grundrechte
 2. Auflage
 Köln 1981
- Levi, Sigmund Vorname und Familienname im Recht
 Gießen 1888
- Loos, Wolfgang Die westfälischen "Hofnamen"
 StAZ 1968, 108-112
- Namensänderungsgesetz
 Kommentar
 Frankfurt am Main/Berlin 1970
- Lüderitz, Alexander Die Rechtsstellung ehelicher Kin-
 der nach Trennung ihrer Eltern
 im künftigen Recht der Bundesre-
 publik Deutschland
 FamRZ 1975, 605-614
- Neues elterliches Sorgerecht
 FamRZ 1978, 475-477
- sieh: Münchener Kommentar zum
 Bürgerlichen Gesetzbuch

- Lüderitz, Alexander Problemfelder des Adoptionsrechts
FamRZ 1981, 524-527
- Mangoldt, von/Klein Das Bonner Grundgesetz
Band II
Berlin/Frankfurt am Main 1964
- Martell, - Deutsche Personennamen
StAZ 1927, 347-349
- Maßfeller, Franz Das Übereinkommen von Istanbul
vom 4.9.1958 über die Änderung von
Namen und Vornamen (Konvention 4),
in:
Die Übereinkommen der Commission
Internationale de l'Etat Civil
(CIEC), StAZ 1962, 148ff, 205ff,
293ff, 321ff
StAZ 1962, 210-212
- Maunz, Theodor sieh: Maunz/Dürig/Herzog/Scholz,
Grundgesetz
- Maunz/Dürig/Herzog/
Scholz Grundgesetz
Kommentar
Loseblatt, Stand September 1981
München
- Mergenthaler, Erich Heiraten und prellen?
FamRZ 1978, 4
- Metzger, Wolfgang Über die Auswirkungen der Ver-
pflanzung eines Kindes in eine ihm
fremde Umgebung
Unsere Jugend 1971, 153-158
- Gedanken zum Adoptionsrecht
ZBlJugR 1972, 37-49

- | | |
|-------------------------------|---|
| Mitteis/Lieberich | Deutsche Rechtsgeschichte
15. Auflage
München 1978 |
| - | Deutsches Privatrecht
9. Auflage
München 1981 |
| Mnookin, Robert H. | Was stimmt nicht mit der Formel
"Kindeswohl"?
FamRZ 1975, 1-6 |
| Müller-Freienfels,
Wolfram | Kernfragen des Gleichberechti-
gungsgesetzes
JZ 1957, 685-696 |
| Münch, Eva Marie von | sieh: Münch, von (Hrsg.), Grund-
gesetz-Kommentar |
| Münch, Ingo von
(Hrsg.) | Grundgesetz-Kommentar
Band 1
2. Auflage
München 1981 |
| Münchener Kommentar | Münchener Kommentar zum Bürger-
lichen Gesetzbuch
Band I und V
München 1978
[zit.: Münchener Kommentar -
(Bearbeiter)] |
| Mussen/Conger/Kagan | Lehrbuch der Kinderpsychologie
3. Auflage
Stuttgart 1981 |
| Oerter, Rolf | Moderne Entwicklungspsychologie
15. Auflage
Donauwörth 1975 |

- Overländer, Hermann Die Änderung des Familiennamens
und der Staatsangehörigkeit durch
familienrechtliche Willenserklä-
rungen und durch Staatsakt
StAZ 1950, 134-137
- Palandt Bürgerliches Gesetzbuch
Kommentar
41. Auflage
München 1982
[zit.: Palandt-(Bearbeiter)]
- Pennrich, Walter Kritische Gedanken zu den Richt-
linien der Bundesregierung über
die Änderung von Familiennamen
StAZ 1969, 150-152
- Pirson, Dietrich sieh: Bonner Kommentar, Kommentar
zum Bonner Grundgesetz
- Popper, Karl R. Logik der Forschung
5. Auflage
Tübingen 1973
- Pulgram, Ernst Historisch-soziologische Betrach-
tung des modernen Familiennamens
in:
Beiträge zur Namenforschung
Band 2
Heidelberg 1950
S. 132-165
- Quappill, - Namensrecht
StAZ 1930, 266-268
- Doppelnamen
StAZ 1932, 129-130

- | | |
|------------------------------|--|
| Radbruch, Gustav | Rechtsphilosophie
6. Auflage
Stuttgart 1963 |
| Ramm, Thilo | Familiennamen und Grundgesetz
FamRZ 1963, 337-340 |
| Raschauer, Bernhard | Namensrecht
Wien/New York 1978 |
| Remplein, H. | Die seelische Entwicklung des
Menschen im Kindes- und Jugend-
alter
München/Basel 1966 |
| Reuther, Rudolf | Verkehrsrecht für den unehelichen
Vater?
FamRZ 1967, 258-263 |
| Richter, Horst-Eber-
hard | Patient Familie
Reinbek 1972 |
| Rix, Helmut | Zum Ursprung des römischen Gentil-
namenssystems, in:
Temporini, Hildegard (Hrsg.), Auf-
stieg und Niedergang der römischen
Welt, ebd.
S. 700-758 |
| Roether, Joachim | Ehe- und Scheidungskonflikte in:
Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familien-
rechtsreform - Chance einer besse-
ren Wirklichkeit?
Bielefeld 1978
S. 121-141 |
| Ruthe, Dietlinde | Die Neuordnung des Namensrechts
FamRZ 1976, 409-417 |

- Rutter, Michael Bindung und Trennung in der frühen Kindheit: Forschungsergebnisse zur Mutterdeprivation
München 1978
- Scheffler, Erna Ehe und Familie in:
Bettermann/Nipperdey/Scheuner
(Hrsg.), Die Grundrechte
Vierter Band, 1. Halbband
Berlin 1960
S. 245-324
- Schleichert, Hubert Identifikation und die Semantik
von Eigennamen
Linguistische Berichte 15 (1971),
12-19
- Schlichting, Walther Anhörung Dritter bei behördlicher
Änderung von Familiennamen
StAZ 1957, 85-89
- Schlüter/König Die Konkurrenz von Familiengericht
und Vormundschaftsgericht in
Sorgerechtsangelegenheiten - ein
ungelöstes Problem
FamRZ 1982, 1159-1169
- Schmidt-Bleibtreu/
Klein Kommentar zum Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland
5. Auflage
Neuwied/Darmstadt 1980
- Schmidt-Futterer, - Darf das uneheliche Kind im Namens-
änderungsverfahren den Familien-
namen seines Erzeugers erhalten?
MDR 1961, 192-193

- Schnitzerling, Manfred Kann das uneheliche Kind als Doppelnamen den Ehenamen der verwitweten Mutter und den des Erzeugers erlangen?
StAZ 1965, 282
- Schönthür, Rudolf Das Recht der Namensänderung
FV 10 (1961), 348-350
- Schorr, - Namensführung, Namensänderung und Namensberichtigung in den Standesregistern
StAZ 1927, 294-301
- Schützeichel, Rudolf sieh: Gottschald, Deutsche Namenkunde
- Schwerdtner, Peter sieh: Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
- Schwimann, Michael Kollisions- und sachrechtliche Behandlung einer Namenserteilung ("Namensgebung") bei ehelichen Kindern
ÖJZ 1977, 85-90
- Simitis, Spiros Zum Namen der geschiedenen Frau
StAZ 1969, 275-283
- Kindeswohl - eine Diskussion ohne Ende?
Anhang zu:
Goldstein/Freud/Solnit, Diesseits des Kindeswohls (1982)
S. 169-195

- Simitis/Rosenkötter/
Vogel/Boost-Muss/From-
mann/Hopp/Koch/Zenz Kindeswohl. Eine interdisziplinäre
Untersuchung über seine Verwirk-
lichung in der vormundschaftsge-
richtlichen Praxis
Frankfurt am Main 1979
[zit.: Simitis u.a.]
- Simon, Dietrich V. Reformüberlegungen zur Rechts-
stellung der Pflegekinder
NJW 1982, 1673-1676
- Simon, Hans-Peter Das Verkehrsrecht - ein natürliches
Elternrecht?
FamRZ 1972, 485-490
- Der Name des Kindes als Zeichen
gestörter Familienverhältnisse
StAZ 1974, 197-206
- Statistisches Bundesamt Fachserie 1: Bevölkerung und Er-
Wiesbaden (Hrsg.) werbstätigkeit
Reihe 2: Bevölkerungsbewegung
(1980)
Stuttgart/Mainz 1982
- Steffen, Gerhard Lebensqualität und Persönlichkeits-
entwicklung nach Ehescheidung,
Sorgerechts- und Verkehrsregelung
ZBlJugR 1979, 129-152
- Stern, Erich Beitrag zur Psychologie des Stief-
kindes
Zeitschrift für Kinderforschung
34 (1928), 144-157
- Stölzel, Otto Ueber Namensrecht
StAZ 1928, 232-234

- | | |
|-----------------------------------|--|
| Stölzel, Otto | Änderungen im Rechte der Namens-
änderung
StAZ 1933, 5-6 |
| - | Über Zusatznamen
StAZ 1933, 126-128 |
| - | Namenrecht
RVerwBl 1935, 427-430 |
| Suppa, Rudolf | Namenserteilung durch Erklärung
Handakte für die standesamtliche
Arbeit
Heft 5, 1979 |
| Tägert, Ilse | Forensische Psychologie im Be-
reich des Familienrechts, in:
Gottschaldt/Lersch/Sander/Thomae
(Hrsg.)
Handbuch der Psychologie
Band XI: Forensische Psychologie
Göttingen 1967
S. 598-633 |
| Temporini, Hilde-
gard (Hrsg.) | Aufstieg und Niedergang der römi-
schen Welt
Teil I, Band 2
Berlin/New York 1972 |
| Toman, W. | Identifikation
in:
Arnold/Eysenck/Meili, Lexikon der
Psychologie, ebd. |
| Trautner, Hanns Martin | Lehrbuch der Entwicklungspsycho-
logie
Band 1
Göttingen/Toronto/Zürich 1978 |

- Vries, Josef de sieh: Brugger, Philosophisches Wörterbuch
- Wacke, Andreas Änderungen der allgemeinen Ehevirkungen durch das 1. EheRG FamRZ 1977, 505-528
- sieh: Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
- Waller-Döhner/
Kulms/Höh Soziologie der Scheidung
in:
Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familienrechtsreform - Chance einer besseren Wirklichkeit?
Bielefeld 1978
S. 81-101
- Wegener, Hermann Anmerkung zum Beschluß des OLG München vom 18.9.1978 in NJW 1979, 603
NJW 1979, 1253-1254
- Weinberger, Ota Rechtslogik
Wien/New York 1970
- Welck, Stephan
Freiherr von Rechtstatsachenuntersuchungen zum Verwaltungsermessen
DÖV 1973, 732-736
- Wengler, Wilhelm Der Name der natürlichen Person im internationalen Privatrecht
StAZ 1973, 205-212
- Wiarda, Tileman
Dothias Ueber deutsche Vornamen und Geschlechtsnamen
Berlin/Stettin 1800

- Wlochatz, - Aus der Geschichte der deutschen
Familiennamen
StAZ 1930, 166-169
- Wolff/Bachof Verwaltungsrecht I
9. Auflage
München 1974
- Wuttke, A. Der deutsche Volksaberglaube der
Gegenwart
Berlin 1900
- Zenz, Gisela Kindeswohl und Selbstbestimmung,
in:
Kühn/Tourneau (Hrsg.), Familien-
rechtsreform - Chance einer besse-
ren Wirklichkeit?
Bielefeld 1978
S. 169-184
- Soziale und psychologische Aspekte
der Familienpflege und Konsequen-
zen für die Jugendhilfe
Gutachten für den 54. DJT, Teil A:
Soll die Rechtsstellung der
Pflegekinder unter besonderer Be-
rücksichtigung des Familien-,
Sozial- und Jugendrechts neu ge-
regelt werden?
München 1982
S. 7-61
- Zöllner, Paul Der Vorname des Kindes in der
Qualität eines schutzbedürftigen
Moments der kindlichen Entwicklung
FamRZ 1975, 614-618

Zöller, Paul

Die Änderung des Vornamens eines
Adoptivkindes nach § 1757 Abs. 2
BGB im Verhältnis zur Vornamens-
änderung bei einem Adoptivkind
nach §§ 11, 1 und 3 des Gesetzes
über die Änderung von Familienna-
men und Vornamen vom 5.1.1938
StAZ 1978, 201-204

Lebenslauf

Am 30. Dezember 1953 wurde ich als dritter Sohn des Bankprokuristen Franz Enste und seiner Ehefrau Antonia Enste geb. Lammers in Münster/Westf. geboren. Ich bin deutscher Staatsangehöriger.

Von 1960 bis 1964 besuchte ich die Katholische Volksschule St. Erpho in Münster und von 1964 bis 1972 das altsprachliche Staatliche Gymnasium Paulinum, ebenfalls in Münster. Dort legte ich am 15. Mai 1972 die Reifeprüfung ab.

Nach Absolvierung eines zweijährigen Wehrdienstes nahm ich im Wintersemester 1974/75 an der Westfälischen Wilhelms-Universität das Studium der Rechtswissenschaft auf. Am 23.6.1979 legte ich vor dem Justizprüfungsamt beim Oberlandesgericht Hamm die erste juristische Staatsprüfung ab.

Den juristischen Vorbereitungsdienst begann ich am 1.11.1979 beim Landgericht Münster. Die zweite juristische Staatsprüfung bestand ich am 16.3.1982 vor dem nordrhein-westfälischen Landesjustizprüfungsamt in Düsseldorf.

Vom 1.6.1977 bis zum 30.6.1982 war ich im Institut für Wirtschaftsverwaltungsrecht der Universität Münster (Direktor: Prof. Dr. G. Über) zunächst als studentische, später als wissenschaftliche Hilfskraft tätig.

Von Mai 1982 bis März 1983 arbeitete ich, gefördert durch ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung, an der Anfertigung der vorliegenden Dissertation. Seit dem 16. Mai 1983 bin ich als Richter in der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit in Lüneburg tätig.

Ich bin seit dem 1. August 1978 mit Petra Enste geb.
Husing verheiratet. Am 13.2.1979 wurde unsere erste
Tochter Verena, am 24.9.1982 unsere zweite Tochter
Maria geboren.

